

RT DE: News, Analyse und Meinung

Digest März 2023

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	10
Meinung	60

News

Selenskijs Berater weist Verantwortung für Angriffe in Russland zurück – Kreml: "Glauben ihm nicht"

<https://gegenzensur.rtde.life/international/164205-selenskijs-berater-weist-verantwortung-fuer/>

01.03.2023

Nach Aussagen von Michail Podoljak, Berater im ukrainischen Präsidentenbüro, greife Kiew keine Einrichtungen in Russland an und führe lediglich einen Verteidigungskrieg. "Wir glauben ihm nicht", erwiderte darauf Kremlsprecher Dmitri Peskow.

Michail Podoljak, Berater im ukrainischen Präsidentenbüro, behauptete am Mittwoch, die Ukraine führe einen Verteidigungskrieg und greife keine Ziele in Russland an. Die Zunahme der Angriffe auf die russische Infrastruktur sei auf "Panik und Desintegrationsprozesse" zurückzuführen. "Das äußert sich in einer Zunahme von inländischen Attacken unbekannter Flugobjekte auf Infrastrukturobjekte", schrieb er auf Twitter. Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte zu Podoljaks Äußerungen:

"Wir glauben ihm nicht".

In den vergangenen Tagen tauchten in den russischen Medien immer wieder Berichte über abgestürzte Drohnen auf. Russlands Verteidigungsministerium hatte am Dienstag mitgeteilt, die ukrainischen Streitkräfte hätten versucht, zivile Infrastruktureinrichtungen in den Gebieten Kuban und Brjansk sowie in der Republik Adygeja mit Drohnen anzugreifen. Alle feindlichen Objekte seien abgefangen worden. Zudem war auf dem Gelände einer Ö raffinerie in der Stadt Tuapse nach Angaben der lokalen Behörden in der Nacht auf Dienstag ein Brand ausgebrochen, den die Agentur *RIA Nowosti* ebenfalls mit einer Drohne in Verbindung brachte.

Der Gouverneur des Moskauer Gebiets, Andrei Worobjow, bestätigte zudem einen Drohnenabsturz im Stadtbezirk Kolomna. Ihm zufolge sei das Ziel wahrscheinlich eine zivile Infrastruktureinrichtung gewesen. Medienberichten zufolge soll der Flugkörper mit Sprengstoff beladen gewesen sein.

* * *

NBC-Journalist Keir Simmons auf ukrainische "Todesliste" gesetzt

<https://gegenzensur.rtde.life/international/164279-nbc-journalist-keir-simmons-in/>

02.03.2023

Für einen NBC-Journalisten bleibt sein Bericht über die russische Halbinsel Krim nicht folgenlos. Denn die berüchtigte "Mirotworez"-Datenbank im Internet stuft den Briten Keir Simmons nun als prorussischen "Propagandisten" ein.

Der NBC-Korrespondent Keir Simmons ist für seine Krim-Berichterstattung von ukrainischen Aktivisten, die angeblich als "nichtstaatliche Organisation" agieren, als Feind der Ukraine auf eine berüchtigte Website "Mirotworez" dieser selbsternannten "Friedensstifter" gesetzt worden. Zudem kündigte auch die Regierung in Kiew an, gegen den britischen Journalisten ermitteln zu wollen. "Der Besuch der vorübergehend besetzten Krim vom Territorium der Russischen Föderation aus ist ein Verstoß gegen die Gesetzgebung der Ukraine", sagte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleg Nikolenko, am Mittwoch:

"Wer dagegen verstößt, kann rechtlich belangt werden, zum Beispiel mit einem Einreiseverbot in die Ukraine für solche Handlungen."

Das umstrittene Unternehmen Mirotworez, das nach eigenen Angaben sowohl einen Sitz in der polnischen Hauptstadt Warschau als auch im US-amerikanischen Langley – dem Hauptquartier der CIA in Virginia – unterhält, wurde im Jahr 2014 von Anton Geraschtschenko gegründet, einem ehemaligen Berater des ukrainischen Innenministeriums. Auf der Website, die dem Vernehmen nach sowohl vom ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) als auch von westlichen Nachrichtendiensten unterstützt wird, werden regelmäßig detaillierte personenbezogene Informationen samt Adressen und Telefonnummern von angeblichen "Feinden der Ukraine" veröffentlicht.

Traurige Berühmtheit erlangte die Website durch die Bekanntmachung der personenbezogenen Daten von über 4.000 Journalisten und anderen Medienvertretern aus aller Welt, die in der Donbass-Region im Osten der Ukraine gearbeitet oder eine Akkreditierung für diese Region erhalten hatten. Mehrere dort gelistete Personen waren nur wenige Tage, nachdem ihre Namen auf der Liste aufgetaucht waren, ermordet worden, darunter der ukrainische Schriftsteller Oles Busyna, der ehemalige Parlamentarier Oleg Kalaschnikow und der italienische freischaffende Journalist Andrea Rocchelli, gemeinsam mit dem früheren russischen Dissidenten Andrei Mironow. Viele andere auf Mirotworez genannte Personen erhielten bisher "nur" Morddrohungen.

Für das Vorgehen war die Regierung in Kiew seinerzeit noch von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) scharf verurteilt worden. Bereits 2016 hatte die OSZE erklärt, es sei "einfach inakzeptabel, dass Journalisten für das, was sie sagen oder schreiben, bedroht werden". Allerdings konnte auch die OSZE mit ihrer Kritik dem umstrittenen Treiben kein Ende bereiten. Es wird geschätzt, dass derzeit rund 200.000 Namen und deren Daten auf der Mirotworez-Liste stehen, darunter auch die von vielen Einwohnern auf der Krim. Der Name des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad wurde bereits 2018 hinzugefügt, auch der US-Schauspieler Steven Seagal und der französische Filmstar Gerard Depardieu stehen ebenfalls auf der Liste.

Der ermordete italienische Journalist Rocchelli war bereits unmittelbar nach dem Maidan-Putsch im Jahr 2014 in der Liste aufgetaucht. Er wurde noch im selben Jahr von der ukrainischen Armee getötet, seine "Akte" auf Mirotworez wurde daraufhin stolz mit dem Vermerk "liquidiert" versehen. Rocchelli war seinerzeit von der ukrainischen Regierung beschuldigt worden, mit "prorussischen

terroristischen Organisationen" zu kollaborieren. Simmons wird in seiner auf Mirotworez veröffentlichten "Akte" hingegen der "Verletzung der Souveränität der Ukraine", der Teilnahme an oder Verbreitung von russischer Propaganda und der "versuchten Legalisierung der Besatzung" beschuldigt.

Simmons war mit einem Zug von Moskau aus über die Krim-Brücke nach Kertsch auf die Halbinsel gereist. Er berichtete über die seiner Meinung nach im Oktober letzten Jahres "in einem strategischen und symbolischen Schlag" gegen Russland gesprengte, aber "jetzt vollständig wiederhergestellt" nutzbare Brücke. Dort angekommen, hatte er sich in eine *NBC*-Nachrichtensendung eingeschaltet, die live aus Sewastopol übertragen wurde, und behauptet, dass dies "die größte Annäherung eines US-Nachrichten-Teams an die russische Schwarzmeerflotte seit vielen, vielen Jahren" gewesen sei. Im Verlauf der Sendung hatte Simmons zudem Zweifel an den Hoffnungen von US-Beamten geäußert, die Krim könne mit der Zeit "entmilitarisiert" und von ukrainischen Truppen wieder eingenommen werden. Allerdings hatte er Russland in der gleichen Übertragung unterstellt, die dortigen Anwohner in irgendeiner Weise eingeschüchtert zu haben, obwohl diese ihm zuvor ausdrücklich Gegenteiliges berichtet hatten.

Die US-Regierung hat sich bisher noch nicht zu dem Fall geäußert. Auch aus dem Vereinigten Königreich war bisher keine Stellungnahme zu vernehmen, obwohl Simmons britischer Staatsbürger ist. Dennoch ist davon auszugehen, dass westlichen Regierungen das alles natürlich bekannt ist. Unter den Tausenden von Personen, deren Namen auf Mirotworez aufgeführt sind, befinden sich Journalisten, Geschäftsleute und Politiker – sowohl Ukrainer als auch eine Vielzahl von Ausländern. Neben Simmons tauchen auch die Namen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger auf. Den völlig inhumanen Charakter der Website verdeutlicht die Tatsache, dass selbst die Namen von mehr als 300 Kindern dort aufgeführt werden.

Eigentlich sollte es das oberste Ziel jeder Regierung sein, die eigenen Staatsbürger zu beschützen. Aber zu Zeiten, nachdem sogar der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder auf die "Todesliste" gesetzt worden war, hat es die deutsche Bundesregierung nicht für nötig gehalten, in Kiew offiziell gegen solche Praktiken der Einschüchterung und Bedrohung zu intervenieren. Stattdessen teilte die Bundesregierung damals mit: "Wir haben der ukrainischen Seite unsere Position schon in der Vergangenheit deutlich gemacht und wir haben darauf gedrungen, dass die ukrainische Regierung auf die Löschung dieser Webseite hinwirkt. Das werden wir auch jetzt tun." Auch das waren nur leere Worte, wie sich später herausstellen sollte, denn bisher ist nichts dergleichen passiert. Anstatt auf die Löschung der Seite zu drängen, unterstützt die Bundesregierung die ukrainische Regierung weiterhin mit Milliarden und Waffen, indem sie behauptet, Kiew kämpfe damit für "Demokratie" und "Freiheit".

Auch in westlichen Medien wird über die öffentliche "Tötungsliste", die sich gegen alle richtet, die das Kiewer Regime infrage stellen, bisher kaum berichtet. "Diese Tötungsliste wird vom ukrainischen Innenministerium geführt, das eine Adresse in Langley, Virginia, angibt und eine IP in Brüssel hat", sagte der US-amerikanische politische Aktivist Jackson Hinkle, der am Mittwoch ebenfalls in die Datenbank aufgenommen wurde. Hinkle wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Mirotworez sogar die Ermordung der russischen Journalistin Darja Dugina im vergangenen Jahr feierte, für die Berichten zufolge selbst der der US-Geheimdienst Teile der ukrainischen Regierung verantwortlich gemacht hat.

Jüngst waren auch der kroatische Präsident Zoran Milanović und der Rockmusiker Roger Waters in die Liste aufgenommen worden, weil sie sich gegen das im Westen verbreitete Narrativ über den Ukraine-Krieg ausgesprochen hatten.

* * *

Folgen der Corona-Politik: Krankenkasse warnt vor mehr Krebsfällen

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/164355-folgen-corona-politik-krankenkasse-warnt/>

03.03.2023

Nach Angaben der Krankenkasse AOK waren Vorsorgeuntersuchungen und Operationen von Tumoren in den letzten drei Jahren deutlich seltener als vor der Corona-Krise. Die Krankenkasse warnt nun vor mehr Krebsfällen.

Vielfach wurde von den Kritikern der Corona-Maßnahmen bereits angemahnt, dass als Folge der Corona-Politik in der Bundesrepublik zahlreiche Vorsorgeuntersuchungen ausfallen – mit möglicherweise drastischen Folgen. Nun veröffentlichte die Krankenkasse AOK im Februar Daten zur Krebsvorsorge in Deutschland.

Einer Auswertung von Versichertendaten zufolge lag die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen im ersten Halbjahr 2022 bei Gebärmutterhalskrebs und Hautkrebs um jeweils elf Prozent niedriger als im Vorpandemiejahr 2019. Die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen und der Krebsbehandlungen ist nach Angaben der AOK nun schon das dritte Jahr in Folge auf einem Rekordtief. Zuvor hatte die Berliner Zeitung über die Auswertung der AOK-Daten berichtet.

Auch Uwe Schwichtenberg, Sprecher des Berufsverbands der Deutschen Dermatologen (BVDD), der als Hautarzt in Bremen arbeitet, sagte, dass die Zahl der diagnostizierten Hautkrebserkrankungen laut seinem Bauchgefühl zugenommen hätte, auch wenn er es nicht mit Zahlen belegen könne. In der Praxis habe er immer mehr Fälle von Hautkrebserkrankungen in einem fortgeschrittenen Stadium:

"Die Antwort der Patienten ist immer gleich. Wegen Corona sind sie nicht mehr zur Früherkennung gegangen."

Dies könne dramatische Folgen haben, denn je später die Diagnose erfolge, desto schwieriger werde die Therapie. Zu Beginn der Corona-Krise hielt er es zwar vertretbar, Vorsorgeuntersuchungen im März und April 2020 abzusagen, da man noch nicht genau wusste, womit man es bei SARS-CoV-2 zu tun hatte. Nach der ersten Welle habe man aber wieder auf den Normalbetrieb umgestellt. Bei zahlreichen Patienten sei in Sachen Vorsorge aber noch keine Normalität eingetreten:

"Wir sehen immer noch eine große Zurückhaltung bei den Frühuntersuchungen. Dabei ist die Pandemie jetzt schon eine Weile in kontrollierten Bahnen."

Mediziner sehen aber auch die Krebstherapie durch die Corona-Politik beeinträchtigt: Michael Ghadimi, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie und Direktor der Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Kinderchirurgie am Universitätskrankenhaus Göttingen, erklärte, Kliniken hätten enorme Kapazitäten an Betten für COVID-Patienten freihalten müssen, die den Krebspatienten dann fehlten:

"Somit müssen wir leider damit rechnen, dass sich die Prognosen für viele Patientinnen und Patienten verschlechtern werden."

Auch aus der AOK-Auswertung geht hervor, dass Klinikbehandlungen allgemein zurückgehen. Die Krankenhausbehandlungen lagen 2020 um 13 Prozent niedriger als 2019, 2021 um 14 Prozent und 2022 um 15 Prozent. Laut Daten des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl der Krebsbehandlungen 2022 im Vergleich zu 2019 von 1,55 Millionen um 7,2 Prozent auf 1,44

Millionen.

Laut Gerhard Schillinger, Leiter des Stabs Medizin im AOK-Bundesverband, sei es zu Beginn der Corona-Krise 2020 zwar verständlich gewesen, dass Kliniken medizinisch nicht dringend notwendige Untersuchungen ausgesetzt hätten, da man noch nicht viel über den Erreger wusste. Er merkte jedoch an, dass viele ausgefallene Vorsorge-Untersuchungen nicht nachgeholt wurden.

"Wir rufen deshalb dringend dazu auf, nun wieder zur Vorsorge zu gehen."

Im Hinblick auf die Darmkrebsvorsorge ist die Situation allerdings nicht ganz so dramatisch. Grund dafür: Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Deutschen Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten (DGVS) habe beispielsweise auf ein 2019 begonnenes Einladeverfahren gesetzt. Die Krankenkassen schreiben dabei Mitglieder an und erinnern sie an die Frühuntersuchungen.

Laut Ulrich Tappe vom Landesverband sei dies ein Erfolgsmodell. 2020 hatte man zu Beginn der Pandemie zwar eine "Delle", aber mittlerweile steigen die Zahlen wieder an. Ein ähnliches Verfahren existiere auch für Brustkrebs – aber nicht für andere Krebsarten wie Hautkrebs.

* * *

Laschet über Nebenwirkungen bei Corona-Impfungen: "Man hat's nicht kommuniziert"

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/165792-laschet-ueber-nebenwirkungen-bei-corona-impfungen/>
20.03.2023

Weil der Staat zu wenig über Impfnutzen und Nebenwirkungen aufgeklärt habe, bestehe eine moralische Verantwortung, Impfgeschädigte zu unterstützen, so Armin Laschet. Der Staat und die Pharmakonzerne sollten sich freiwillig beteiligen. Währenddessen steht der Haftungsausschluss bei Pfizer wegen mutmaßlichen Betrugs in den Zulassungsdokumenten auf der Kippe.

Der ehemalige NRW-Ministerpräsident Armin Laschet bedauert die Fehler, die die Politik während der COVID-19-Pandemie gemacht habe. Dies teilte er in einem ZDF-Interview am Sonntag mit. Im Nachhinein sei er der Meinung, man hätte "offen und klar" sagen müssen, dass es bei der Impfung auch Nebenwirkungen gebe. Laschet wörtlich:

"Im Nachhinein hätte man sagen müssen, offen, klar: Es gibt auch Nebenwirkungen. Man hat's nicht gesagt, man hat's nicht kommuniziert. Die Kritik am Kommunikationsmanagement ist berechtigt."

Weil das Vorkommen von Impfnutzen und Nebenwirkungen von der Politik nicht kommuniziert worden sei, habe man den "Corona-Leugnern Raum gegeben". Infolgedessen sei es hinsichtlich der Corona-Maßnahmen zu einer Schwarz-Weiß-Malerei gekommen. Wobei das Vertrauen in die Politik auch untergraben werde, wenn Impfschäden laut Angaben des Paul-Ehrlich-Institut gar nicht gemessen werden.

Laschet zufolge muss die Politik jetzt eine kritische Bilanz der Corona-Maßnahmen ziehen. Dazu wünschte er sich eine Enquetekommission zur Auswertung der Fehler im Hinblick auf zukünftige Pandemien, "um es beim nächsten Mal besser zu machen":

"Denn es können immer wieder Pandemien kommen, und wir müssen uns vornehmen,

demnächst anders zu agieren."

Er selbst sei als "Lockerer" bezeichnet worden, teilte er im Interview mit, weil er dem Druck auf Ungeimpfte kritisch gegenübergestanden habe. Aber eben deshalb, weil es diesen Druck und die 2G-Regeln (Teilhabe nur für Geimpfte und Genesene) gegeben habe, mit denen Ungeimpfte vom öffentlichen Leben ausgeschlossen worden seien, müsse der Staat jetzt für Ungeimpfte aufkommen. Zwar habe man bei den Impfstoffverträgen eine Haftung ausgeschlossen, aber es gebe eine moralische Pflicht, den Impfgeschädigten zu helfen:

"Druck auf Ungeimpfte, den hat es gegeben, und deshalb ist der Staat jetzt auch in der Pflicht, denen beizustehen, die Impfschäden erlitten haben", so der CDU-Politiker.

Der Ex-Ministerpräsident befürworte hierfür ein Stiftungsmodell. Daran sollten sich seiner Ansicht nach auch Konzerne wie BioNTech oder Moderna oder andere freiwillig beteiligen, "die viel Geld verdient haben in der Pandemie".

Allerdings gehen die Meinungen in Bezug auf die Rechtmäßigkeit des Haftungsausschlusses für die Pharmakonzerne weiter auseinander. So erklärte der Biochemiker und Diplom-Ingenieur Dieter Quarz am Freitag in der 147. Sitzung des Corona-Ausschusses (ab Min. 25) den Betrug, den der Pharmakonzern Pfizer bei den Angaben der Impfstoffinhalte begangen haben soll. Bei der Auswertung von rund 400.000 Seiten der Zulassungsdokumente zur Impfung für die US-amerikanische Zulassungsbehörde FDA hätten kritische Wissenschaftler nun herausgefunden, dass gefälschte Analyse-Bilder die tatsächliche Zusammensetzung vertuschen, referierte der Experte für biochemische Auswertung.

Fälschungen nach demselben Muster seien dem Chemiker in den Neunzigerjahren bei seiner Recherche zu den Doping-Fällen im Radsport untergekommen, bei denen die Universität Freiburg beteiligt war. Daher habe er die Fälschungsvorwürfe auch so schnell nachvollziehen können.

Seine Erkenntnisse über die mutmaßlich gefälschten Analysen der Inhalte der Pfizer-Impfstoffe fasste der Ingenieur auch in einem Beitrag für das Online-Magazin *Alschner-Klartext* zusammen. Sollte Pfizer vorsätzlicher Betrug nachgewiesen werden, wäre der Haftungsausschluss juristisch nicht mehr haltbar, erklärte Quarz die finanzielle Brisanz der mutmaßlichen Betrugsfunde in den Pfizer-Dokumenten.

* * *

Seymour Hersh zu Nord Stream: "Scholz spielte das Spiel mit – und hält seitdem dicht"

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/166415-seymour-hersh-zu-nord-stream/>

28.03.2023

Niemanden scheinen die Hintergründe der Anschläge auf Nord Stream 1 und 2 so wenig zu interessieren wie die Bundesregierung. Im Interview mit dem deutschen Unternehmer und Autor Marc Friedrich sprach der US-Investigativjournalist Seymour Hersh über die mögliche Rolle des Kanzlers in der Affäre.

Der deutsche Unternehmer und Autor Marc Friedrich hat am Montag mit dem US-amerikanischen Investigativjournalisten Seymour Hersh ein Interview zu den Anschlägen auf die deutsch-russischen Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 im vergangenen September geführt. Zuvor hatte sich Hersh auf der Autoren-Plattform Substack in mehreren Artikeln zu den Hintergründen des Anschlags geäußert und die USA beschuldigt, die Aktion von langer Hand geplant und mithilfe von

Norwegen durchgeführt zu haben. Hersh beschuldigte außerdem den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz, von den USA wenigstens nachträglich eingeweiht worden zu sein und seither die wahren Schuldigen zu decken. Hershs jahrzehntelange Arbeit als Investigativjournalist hat ihm viele Kontakte in hochrangigen Positionen verschafft, die er aber nicht preisgeben kann. Wie Hersh gegenüber Friedrich betonte: Wer Namen nennt, lebt nicht mehr lange.

Biden setzte vollständig auf Sieg der Ukraine

Zu den Gründen der Entscheidung für die Sprengung sagte Hersh, dass die deutsch-russische Annäherung im Zuge von Kanzler Willy Brandts Ostpolitik den USA bereits damals ein Dorn im Auge gewesen sei. Als Nord Stream 1 im Jahr 2011 fertiggestellt wurde, sorgten die riesigen Mengen günstigen russischen Erdgases nicht nur für einen immensen Antrieb für die erdgasintensive Industrie und Hersteller wie BASF. Deutschland konnte sogar überschüssiges Erdgas an andere Länder weiterverkaufen. Als Nord Stream 2 zehn Jahre später fertiggestellt wurde und die USA bereits Sorgen über die Möglichkeit eines russisch-ukrainischen Krieges äußerten, übte man auf die deutsche Regierung Druck aus, die zweite Pipeline zu sanktionieren.

Als der Krieg im Februar 2022 schließlich ausbrach, habe sich die Biden-Administration für die enorme finanzielle und militärische Unterstützung für Kiew entschieden und das Gleiche von den NATO-Partnern in Europa erwartet. Besonders auf Deutschland sei seitdem enormer Druck ausgeübt worden, obwohl Deutschland überhaupt kein Interesse daran habe, eine bedeutende Militärmacht zu werden, wie Hersh betonte. Während die USA immer weitere Milliarden US-Dollar in die Ukraine gepumpt hätten, um sie kampffähig zu halten – mittlerweile ist diese Unterstützung auf 120 Milliarden US-Dollar gewachsen –, sei Biden beunruhigt gewesen, dass die Bundesregierung versuchen könnte, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland für den Fall der Niederlage Kiews warm zu halten.

Auch aus innenpolitischen Erwägungen setze Biden alles auf einen Sieg Kiews, obwohl es sogar in US-Sicherheitskreisen Personen gegeben habe, die dieser Position gegenüber skeptisch gewesen seien. Und auch die Mehrheit der US-amerikanischen Öffentlichkeit sei mittlerweile gegen eine Fortsetzung der Unterstützung. Die Sprengsätze seien wahrscheinlich mit Unterstützung norwegischer Taucher an den Röhren angebracht worden, Monate bevor sie gesprengt wurden. Dann habe Biden entschlossen, dass Deutschland keine Option mehr haben sollte, zum Zustand vor dem Krieg zurückzukehren, und die Sprengung befahlen.

Wer sammelte wohl die nicht explodierte Bombe ein?

Bidens Hauptmotiv sei also gewesen, da er Deutschland nicht ewig verpflichten konnte, den Krieg der USA in der Ukraine zu führen, den Deutschen das russische Gas wegzunehmen. Während die USA und Norwegen nun davon profitierten, dass der Gasfluss aus Russland nach Europa gedrosselt wurde, würden Unternehmen wie BASF überlegen, ihre Produktion in Länder zu verlagern, die stabiler als Deutschland sind und genug Treibstoff für die Produktion garantieren, z. B. China.

Der letzte Winter sei zwar mild ausgefallen, es sei ein LNG-Terminal gebaut worden und die Regierung habe umfassende Subventionen für die Wähler beschlossen. Im nächsten Winter aber könnte es bereits zu größeren Schwierigkeiten kommen. Die großen Unternehmen würden durchkommen, die kleinen wie Bäckereien eher nicht.

Noch weniger als die kleinen Unternehmen und die Kosten für die einfachen Bürger interessiere die Bundesregierung jedoch, wer eigentlich hinter den Anschlägen auf Nord Stream steckt. Vielmehr scheine man bemüht zu sein, zu der Causa möglichst wenig zu sagen und den Medien viel Raum für Spekulationen zu geben. Vier Erdgas-Stränge, doch nur drei Explosionen. Vielleicht hätte man hier

einen Hinweis finden können? Doch raten Sie mal, so Hersh, wer kurze Zeit nach der Explosion vor Ort gewesen sei und die nicht explodierte Bombe eingesammelt habe: die USA. Eine Erklärung, wie die Anschläge durchgeführt wurden, haben währenddessen selbst die deutschen "Faktenprüfer" nicht, die Hershs Theorie zu widerlegen versuchten.

"Präsidenten sollen nicht lügen" – und Kanzler?

Insbesondere für die deutsche Öffentlichkeit wäre es von großem Interesse zu wissen, wer einen der wichtigsten Stützpfeiler der Energie- und Wohlstandssicherheit Deutschlands angegriffen und erfolgreich zerstört hat. Es handele sich bei den Anschlägen auf Nord Stream 1 und 2 ja um nicht weniger als einen kriegerischen Akt. Erste Hinweise auf die Pläne der USA – und auf die erwartbare Reaktion der Bundesregierung – habe es bereits wenige Wochen vor Kriegsbeginn gegeben. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz habe Biden damals indirekt mit der Zerstörung von Nord Stream gedroht, falls Russland in der Ukraine einmarschieren würde. Scholz, der alles gehört habe, denn er habe ja direkt neben dem US-Präsidenten gestanden, sagte hierzu – nichts.

Hersh kann gemäß den Aussagen seiner Quellen nicht behaupten, dass der Bundeskanzler in die Pläne der USA vor der Sprengung eingeweiht war. Doch spätestens ab dem 3. März 2023, als Biden und Scholz ein langes Gespräch unter vier Augen führten, in dem es laut einer Quelle von Hersh um die Pipelines ging und an dem nicht einmal die Berater des Kanzlers teilnehmen durften, scheine klar zu sein, dass Scholz den Anschlag durch die USA deckt. Der Kanzler mache sich der Geheimhaltung der Fakten schuldig. Das sei aber etwas, so Hersh, was der Kanzler nicht tun sollte. Seine Aufgabe sei es, das deutsche Volk zu schützen:

"Anfangs hat [Scholz] es vielleicht nicht gewusst. Aber sobald es passierte, spielte er das Spiel mit und hält seitdem dicht."

Biden habe sich unterdessen mit einer Lüge in die Ecke manövriert, so Hersh. Dort stecke er fest. Hier kämen dem US-Präsidenten die Medien zugute:

"[Biden] kann nicht zugeben, dass er gelogen hat. Niemand wird ihn unter Druck setzen, denn so sind die Medien heute. Sie haben Angst vor einem neuen Trump."

Präsidenten sollten aber nicht lügen, so Hersh. Deswegen werde er auch in Zukunft seine Arbeit als Investigativjournalist fortsetzen. Er brauche hierfür gar nichts tun. Die Leute würden zu ihm von allein kommen. Was für Präsidenten gelte, gelte aber auch für Kanzler. Scholz lüge zwar nicht so offen wie Biden. Doch dafür tue er das, was er am besten könne: nichts sagen.

* * *

Köln: Razzia bei Friedensaktivisten wegen "Unterstützung der russischen Armee"

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/166426-koeln-razzia-bei-friedensaktivisten-wegen/>

28.03.2023

Am Montagmorgen durchsuchte die Polizei die Wohnung der Friedenaktivistin Elena Kolbasnikova und ihres Ehemannes Max Schlund. Den beiden wird vorgeworfen, "militärische Sachgüter" an die russische Armee geliefert zu haben. Im Gespräch mit RT DE berichtet Kolbasnikova über den Ablauf der Razzia.

Felicitas Rabe im Gespräch mit Elena Kolbasnikova

Bei den Friedensaktivisten Elena Kolbasnikova und Max Schlund fand am Montagmorgen eine Razzia statt. Die Polizei teilte dem Ehepaar mit, man werfe ihm vor, mithilfe seines Vereins "Brücke der Freundschaft zwischen Russland und Deutschland" Ausrüstung an die russische Armee in die Ostukraine geliefert zu haben. Angeblich unterstütze der Verein die russischen Streitkräfte mit militärischen Sachgütern. Tatsächlich sammelte der Verein Winterbekleidung, warme Decken und Sachen im Rahmen der humanitären Hilfe, die er im November an Zivilisten im Donbass verteilte.

Am Dienstag, nach dem Arbeitsgerichtsverfahren ihres Ehemannes Max Schlund, der im März von seinem Arbeitgeber UPS fristlos gekündigt wurde, teilte die Friedensaktivistin gegenüber *RT DE* mit, wie die Hausdurchsuchung am Montagmorgen vonstattengegangen sei.

Um sechs Uhr früh habe es an der Wohnungstür geklingelt, berichtete Kolbasnikova. Sie sei zur Tür gelaufen und habe gehört, wie jemand schrie: "Sofort aufmachen, hier ist die Polizei." Daraufhin habe sie gerufen, sie wolle sich nur kurz etwas anziehen und dann die Türe aufmachen. Sie müsse sofort aufmachen, sonst würden sie die Wohnungstür zerstören, hätten die Beamten geschrien.

Nach dem Öffnen der Tür seien fünf bewaffnete Beamte in die Wohnung gestürmt und hätten sofort alle Zimmer kontrolliert. Die Eingangstür sei offen geblieben. Sie habe dann höflich darum gebeten, die Türe zu schließen, damit ihre Katzen nicht wegliefen. Ihre Bitte sei von der Polizei ignoriert worden.

Als sie habe weinen müssen, wurde die Wohnungstür schließlich geschlossen. Sie habe die Beamten dann nach dem Hausdurchsuchungsbefehl gefragt und darum gebeten, ihren Anwalt anrufen zu dürfen. Ihr Mobiltelefon habe sie schon in der Hand gehalten. Das Telefon sei ihr abrupt aus den Fingern gerissen und jegliche Telefonate seien untersagt worden. Man habe das Ehepaar dann zum Sitzen an den Esstisch verbracht. Kolbasnikova habe darum gebeten, zur Toilette gehen zu dürfen. Zunächst kläre er sie über den Grund für die Hausdurchsuchung auf, habe der Einsatzleiter mitgeteilt. Erst danach dürfe sie zur Toilette.

Dem Hausdurchsuchungsbefehl hätten sie und ihr Mann entnommen, dass ihnen vorgeworfen wurde, mit dem von Elena Kolbasnikova mit gegründeten Verein "Brücke der Freundschaft zwischen Russland und Deutschland" Ausrüstung an die russische Armee geliefert zu haben. Zudem werde ihrem Mann vorgeworfen, Streitkräfte für den "russischen Angriffskrieg" zu rekrutieren.

Bevor sie ihre Toilette habe benutzen dürfen, sei der Raum von der Polizei kontrolliert worden. Fassungslos berichtete die Migrantin, die ursprünglich aus der ukrainischen Stadt Dnjepr stammt, wie man sie und ihren russischstämmigen Ehemann gefragt habe, ob sie Waffen besäßen, und dann ihre ganze Wohnung durchsucht habe. Die Mobiltelefone und Laptops der beiden seien mitgenommen worden. Durchsucht worden seien auch ihr Keller und ihre beiden Autos. Sie stehe noch immer unter Schock, teilte die Friedensaktivistin unter Tränen mit.

Der Anwalt des Ehepaars erklärte gegenüber *RT DE*, dass für Kolbasnikova und Schlund neben dem Arbeitsgerichtsverfahren des UPS-Mechanikers mittlerweile drei weitere Gerichtsverfahren liefen oder anstünden.

* * *

Analyse

Der jüngste G20-Gipfel – ein Reinfall für den kollektiven Westen

<https://gegenzensur.rtde.life/international/164180-juengste-g20-gipfel-reinfall-fuer/>

01.03.2023

Der jüngste G20-Gipfel war für den kollektiven Westen ein totaler Reinfall. Nicht überraschend, dass die selbsternannten Qualitätsmedien so gut wie nichts von dem Ereignis berichteten, als habe der G20-Gipfel gar nicht stattgefunden. So als habe es die Blamage nicht gegeben, ist das Ganze mal wieder eine Verschwörungstheorie.

Eine Analyse von Rainer Rupp

Bei dem gerade Ende Februar 2023 beendeten G20-Gipfel im indischen Bengaluru (ehemals Bangalore) verfolgten die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer selbsterklärten Rolle als Weltführungsmacht eine simple, nur auf ein Ziel gerichtete Strategie. US-Finanzministerin Janet Yellen verlangte von allen anderen G20-Ländern nur eines: Russland für seinen "brutalen, unprovzierten Angriffskrieg in der Ukraine" auf das Schärfste zu verurteilen und sich bedingungslos hinter die antirussischen US-Sanktionen zu stellen. Schnell wurde jedoch deutlich, dass die nichtwestlichen G20-Länder gar nicht daran dachten, über das Stöckchen zu springen, das ihnen Frau Yellen ultimativ hinhielt.

Allen voran machte Indien, das bei diesem G20-Gipfel den Vorsitz führte, klar, dass es nicht bereit ist, sich der US-Agenda zu unterwerfen. Indische Regierungsvertreter sagten, dass die G20 keine politischen Treffen veranstalte, sondern Treffen zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen. Für das gemeinsame Abschluss-Kommuniqué verweigerte Indien die Verwendung des Wortes "Krieg" für die Lage in der Ukraine. Es zog die Bezeichnung der Situation in der Ukraine als "Krise" und als "Herausforderung" vor.

Die Finanzminister von Frankreich (Bruno le Maire) und Deutschland (Christian Lindner) drohten dagegen bei einer Pressekonferenz am Rande des Gipfels, dass sie das gemeinsame Kommuniqué nicht unterschreiben würden, sollte Russland darin nicht verurteilt werden. Aber auch davon ließen sich die G20-Mitglieder aus dem globalen Süden nicht beindrucken und so ist der Gipfel ohne gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende gegangen.

Wie bereits ein Jahr zuvor – beim G20-Gipfel in Indonesien – ignorieren die Staats- und Regierungschefs der Schwellenländer auch dieses Jahr wieder den auf Isolation Russlands gerichteten Druck des kollektiven Westens. Dabei zeigten sich die großen unter ihnen (Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko und Südafrika) partout nicht bereit, von ihrer Sicht abzuweichen. Sie hoben stattdessen hervor, dass die Isolierung Russlands die Welt wirtschaftlich und politisch gefährde.

Da auch die nächsten beiden G20-Gipfel 2024 in Brasilien und 2025 in Südafrika stattfinden werden, wird es wohl auf absehbare Zeit kein Heimspiel für den kollektiven Westen werden, wenn er wieder versuchen wird, der G20-Plattform das westliche Narrativ über das Weltgeschehen aufzudrängen.

Die meisten Finanzminister und Regierungsvertreter der G20-Staaten waren direkt von der Münchner Un-"Sicherheitskonferenz" in das indische Bengaluru gereist. Am ersten Tag der Münchner Konferenz hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gesagt, er sei "schockiert darüber, wie viel Glaubwürdigkeit wir im globalen Süden verlieren". Mit seinem "Wir" hatte

Macron die westlichen Staaten gemeint, angeführt von den USA.

Bei einer Podiumsdiskussion am 18. Februar auf der Münchner Konferenz hatten drei Staats- und Regierungschefs aus Afrika und Asien deutlich gemacht, warum sie mit dem vom Westen auf sie ausgeübten Druck, die Beziehungen zu Russland abubrechen, nicht einverstanden sind. Ein wichtiger Kritikpunkt war dabei, dass der kollektive Westen offenkundig nur an Krieg und Eskalation und keineswegs an Verhandlungen interessiert ist. So hat Brasiliens Außenminister Mauro Vieira, der etwas später an demselben Tag die russische Invasion in der Ukraine in einem Tweet verurteilte, zugleich die verschiedenen Konfliktparteien aufgefordert, "die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung zu schaffen. Wir können nicht weiter nur vom Krieg reden".

Mit Entsetzen beobachten die Staaten des globalen Südens, wie inzwischen fast zwei Hundert Milliarden Dollar an Geldern und in Form von Waffen in die Ukraine geschickt worden sind – mit dem einzigen Ziel, diesen Krieg zu verlängern, der stattdessen beendet werden muss, bevor er außer Kontrolle gerät. Auch in den Ländern des globalen Südens ist bekannt, dass der Westen Ende März 2022 die vielversprechenden Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul für eine baldige diplomatische Lösung des Konfliktes blockiert hat. Offensichtlich will der Westen lieber zur Schwächung Russlands so lange wie möglich auf dem Rücken der einfachen ukrainischen Menschen Krieg führen.

Den Schwellenländern ist auch bewusst, dass sowohl das Gerede westlicher Politiker über einen endlosen Krieg zum Zwecke eines "Sieges über Russland" als auch die kostenlose Bewaffnung der Ukraine mit immer stärkeren und technologisch höherwertigen westlichen Waffen schließlich – am 21. Februar 2023 – zum vorläufigen Rückzug Russlands aus dem einzigen noch verbliebenen Rüstungskontrollabkommen für strategische Atomwaffen (New START-Vertrag) geführt haben.

Zugleich aber ist dem globalen Süden auch bewusst, dass es die USA waren, die ihrerseits in den letzten zwei Jahrzehnten Schritt für Schritt ein Rüstungskontrollabkommen nach dem anderen aufgekündigt hatten. Es begann mit dem einseitigen Rückzug der USA aus dem Vertrag über die Abwehr ballistischer Raketen im Jahr 2002 und setzte sich bis zum einseitigen Austritt aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme im Jahr 2019 fort, womit das Atomwaffenkontrollregime beendet wurde.

Der Kommentar des Außenministers von Brasilien, Mauro Vieira, über die Notwendigkeit, "die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung zu schaffen", wird von den Entwicklungsländern geteilt, die den vom Westen konzipierten "endlosen Krieg" gegen Russland als Gefahr sowohl für das Wohlergehen ihrer eigenen Staaten als auch für den ganzen Planeten betrachten. Kolumbiens Vizepräsidentin Francia Márquez sagte auf dem Münchener Podium:

"Wir wollen nicht weiter darüber diskutieren, wer der Gewinner oder der Verlierer dieses Krieges sein wird. Wir sind alle Verlierer, und am Ende ist es die Menschheit, die alles verliert."

Das stärkste Statement in München kam von Namibias Premierministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila.

"Wir fördern eine friedliche Lösung dieses Konflikts", sagte sie, "damit alle Ressourcen der Welt darauf konzentriert werden können, die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt zu verbessern, anstatt für den Kauf von Waffen, für das Töten von Menschen und für die Schaffung von Feindseligkeiten".

Auf die Frage, warum Namibia sich bei der UN-Abstimmung über den Krieg der Stimme enthalten

habe, sagte Kuugongelwa-Amadhila:

"Unser Fokus liegt auf der Lösung des Problems ... nicht auf die Abwälzung der Schuld."

Das Geld, das für den Kauf von Waffen verwendet wird, sagte sie, "könnte besser verwendet werden, um die Entwicklung in der Ukraine, in Afrika, in Asien, an anderen Orten, in Europa selbst, wo viele Menschen Not haben, zu fördern".

Der aktuell kursierende chinesische Plan für einen Frieden in der Ukraine, der auf den Prinzipien der Bandung-Konferenz der "blockfreien Staaten" von 1955 aufbaut, ist im Vorfeld mit fast allen Regierungen des globalen Südens beraten worden, und er enthält auch die von seinen Vertretern bei den Konferenz in München angesprochenen Punkte.

Die in München anwesenden europäischen Staats- und Regierungschefs, die im Umgang mit Vertretern des globalen Südens nach wie vor ihr neokoloniales Zwei-Klassen-Denken zur Schau stellen, waren natürlich taub für die Argumente von Leuten wie Frau Kuugongelwa-Amadhila von Namibia. Der "Hohe Vertreter" der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell hatte im Oktober 2022 nicht einmal ausreichend Feingefühl und Verstand besessen, um zu erkennen, dass er mit seinen rassistischen und hässlichen Bemerkungen sich und der europäischen Diplomatie ins Knie geschossen hatte.

Anlässlich der Einweihung der Europäischen Diplomatischen Akademie im belgischen Brügge am 13. Oktober 2022 wollte Borrell den Diplomatie-Studenten, die einmal die Europäische Union rund um die Welt vertreten werden, die "richtige Brille" für ihren künftigen Umgang mit dem globalen Süden aufsetzen. Er sagte:

"Ja, Europa ist ein Garten. Wir haben einen Garten angelegt. Alles funktioniert. Es ist die beste Kombination aus politischer Freiheit, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Zusammenhalt, die die Menschheit aufbauen konnte - die drei Dinge zusammen. Und hier ist Brügge ist das vielleicht eine gute Darstellung für schöne Dinge, geistiges Leben, Wohlbefinden. Der Rest der Welt ... ist nicht gerade ein Garten. Der größte Teil der restlichen Welt ist ein Dschungel, und der Dschungel könnte in den Garten eindringen. (...) Die Gärtner müssen in den Dschungel gehen. Die Europäer müssen sich viel stärker mit dem Rest der Welt auseinandersetzen. Andernfalls wird der Rest der Welt auf verschiedene Weise in uns eindringen."

Und das ist eine klare Drohung Borrells an den globalen Süden, die genauso tödlich sein kann, wie die Erklärung der US-Regierung, sich um dieses oder jenes Land "etwas" mehr "kümmern" zu wollen, um ihm "Freiheit", "Demokratie" und die US-Marktwirtschaft zu bringen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023 sagte Borrell, er teile "dieses Gefühl" des französischen Präsidenten Macron, der Westen müsse "die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit vielen Vertretern des sogenannten globalen Südens bewahren oder sogar wieder aufbauen". Die Länder des Südens, sagte Borrell, "beschuldigen uns der Doppelmoral", wenn es darum geht, den Imperialismus zu bekämpfen, eine Position, die "wir entlarven müssen". Borrell weiß nicht einmal, was Doppelmoral ist, wie sein Beispiel vom "europäischen Garten" und dem unzivilisierten Dschungel jenseits des Gartens zeigt.

Warum Borrell und die anderen imperialistischen EU-Heuchler sich nun in Zukunft "viel stärker mit dem Rest der Welt auseinandersetzen" müssen, macht eine Reihe von Berichten deutlich, die von führenden westlichen Geld- und Finanzhäusern veröffentlicht wurde. BlackRock, einer der weltgrößten Finanzkraken, stellte z.B. in seinem Global Outlook-Bericht fest, dass wir jetzt in "eine

fragmentierte Welt mit konkurrierenden Blöcken eintreten", während die Credit Suisse auf die "tiefen und anhaltenden Brüche" hinweist, die sich in der Weltordnung aufgetan haben.

Die Credit Suisse beurteilt diese "Brüche" durchaus treffend:

"Der globale Westen (westliche Industrieländer und Verbündete) hat sich in Bezug auf strategische Kerninteressen vom globalen Osten (China, Russland und Verbündete) entfernt, während sich der globale Süden neu organisiert, um seine eigenen Interessen zu verfolgen."

Dies manifestiert sich nun in der Weigerung des globalen Südens, vor Washington in die Knie zu gehen. Aber ohne Russland und China als Partner könnte es sich der "globale Süden" nicht leisten, den bösartigen und gewalttätigen US-Hegemonen herauszufordern.

* * *

Neue Dimension des Krieges: Russische Neonazis greifen Russland von ukrainischem Territorium aus an

<https://gegenzensur.rtde.life/international/164319-neue-dimension-krieges-russische-neonazis/>

02.03.2023

Eine große Gruppe ukrainischer Saboteure drang am Donnerstag ins russische Gebiet Brjansk ein und schoss auf Zivilisten. Die Terroristen gehören dem neonazistischen Netzwerk "Russischer Freiwilligenkorps" an. Dessen Gründer Denis Nikitin organisierte Hooligan-Kämpfe und lebte lange in Deutschland.

Eine Analyse von Wladislaw Sankin

Am Donnerstag überquerte eine Sabotage-Gruppe die russisch-ukrainische Grenze und drang in zwei russische Dörfer im Gebiet Brjansk ein. Deren Zahl war zunächst unklar, aber es könnte sich um mehrere Dutzend Personen handeln, sodass viele russische Medien von einem größeren Terrortrupp sprechen. Auch Präsident Putin sprach von einer "terroristischen Attacke".

Berichten von Augenzeugen zufolge schossen die Eindringlinge auf ein Auto mit Zivilisten. Laut dem FSB wurde dabei ein Mann getötet und ein zehnjähriges Kind verletzt. Bei wahllosem Schießen im Dorf Ljubetschany starb ein weiterer Zivilist – 57-jähriger Mann. Nach einiger Zeit zogen die Saboteure ab. Inzwischen sind die Dörfer wieder unter Kontrolle russischer Sicherheitskräfte, das Gelände wird entmint.

Im Laufe des Tages hat das sogenannte "Russische Freiwilligenkorps" (RFK) die Verantwortung für die Ereignisse übernommen. Die Bewegung veröffentlichte ein Video, das vor einer Klinik in einem der beiden Dörfer gefilmt wurde, und rief zum bewaffneten Aufstand gegen das "Regime" auf.

Auf einem der Videos haben die Beobachter schnell einen international bekannten russischen Neonazi und Organisator der Faustkämpfe in der Hooligan-Szene, Denis Nikitin, erkannt. Auf einem anderen einen ehemaligen Kämpfer des Neonazi-Regiments "Asow", der im vergangenen Jahr aus Russland in die Ukraine kam.

Das RFK wurde im August 2022 von Nikitin gegründet. Nikitin ist kein Unbekannter, er ist medial aktiv und gibt gerne Interviews. Nach seinen eigenen Angaben hält er sich seit 2017 in der Ukraine auf, die für ihn ein "Zuhause" geworden sei. Zuvor hatte er viele Jahre in Deutschland als "Kontingent-Flüchtling" verbracht, er besitzt einen deutschen Aufenthaltstitel.

Nikitin ist ein Pseudonym, sein echter Name lautet Kapustin. Unter diesem Namen stand er als einflussreicher Neonazi und Hooligan unter Beobachtung deutscher Sicherheitsorgane. Das Magazin Vice hatte ihm im Oktober 2017 einen großen Artikel gewidmet. Diesem zufolge verknüpfte er die deutsche und russische Hooligan-Szene, organisierte europaweite Kampf-Events und schuf die Bekleidungsmarke "White Rex" – alles mit einem Hauch rechtsextremer Ideologie. Beschrieben wird er als "rechtsextremer Hooligan aus Moskau sowie Gründer der Neonazi- und Kampfsportmarke White Rex".

Nun sind Nikitin und sein Korps als Teil der "Ausländischen Legion" in die Strukturen der ukrainischen Armee integriert und befinden sich im engen Austausch mit allen Kampfeinheiten der ukrainischen Streitkräfte. Über einen Berater des Präsidenten habe er direkten Draht zur Regierung in Kiew.

Sein politisches Programm ist einfach – das "Regime" von Wladimir Putin zu stürzen und Russland in viele kleinere Staaten zu reißen. Am modernen Russland gefällt ihm nicht, dass "Tschetschenen" und "Tadschiken" dort das Sagen haben. Kampf und Krieg sind für Nikitin und seine Gefolgsleute Normalzustand. Die Tötung von Zivilisten nimmt er in Kauf, da sie in ihm durch "Propaganda" einen Feind sehen. In Symbolik und Ideologie seiner Bewegung gibt es viele Anklänge an die von Nazideutschland gebildete "Russische Befreiungsarmee" von General Wlassow.

Der einflussreiche russische Militärkorrespondent und Mitglied der Gesellschaftlichen Kammer Alexander Kots ruft nach diesem Vorfall dazu auf, ukrainische Militärorgane als terroristische Organisationen einzustufen. Auch andere politische Beobachter sehen das ähnlich.

Es gibt in der Tat wenig Zweifel, dass der ukrainische Staat unmittelbar hinter der Attacke steht und dass die Gruppe von Nikitin nach einem Plan handelte. Einen Beleg dazu lieferte der Sprecher des ukrainischen Aufklärungsdienstes GUR Andrei Jussow. GUR ist unmittelbar in die Strukturen des ukrainischen Verteidigungsministeriums eingegliedert und gilt als Selenskij-nah. Der ukrainische Telegram-Kanal KTime zitiert ihn wie folgt:

"Die Russische Föderation ist heute ein Gebilde, in dem es eine Vielzahl von interethnischen, interreligiösen, soziopolitischen und anderen Konflikten gibt. Heute gibt es eine öffentliche Erklärung des RFK. Das sind Menschen, die mit Waffen in der Hand gegen Putins Regime und diejenigen, die ihn unterstützen, kämpfen ... Vielleicht beginnen die Russen aufzuwachen, etwas zu erkennen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen."

Viele russische Medienbeobachter verweisen in diesem Zusammenhang auf viele eingestreute Falschnachrichten in den ersten Stunden, als noch wenig über die Attacke bekannt war. So war anfangs von einer Geiselnahme von hundert Personen die Rede. Dadurch wird deutlich: Die Gruppe von Nikitin, die offenbar nur aus einem Haufen marginaler Absteiger besteht, bekam durch ihren Coup maximale mediale Aufmerksamkeit und damit einen viel höheren Bekanntheitsgrad.

Diese Aktion, die laut russischen amtlichen Angaben zivile Opfer mit zwei Toten und einem schwer verletzten Kind forderte, könnte schwere, nicht kalkulierbare Folgen für die ukrainische militärische Führung haben. In Russland wird schon seit Langem darüber diskutiert, die ukrainischen offiziellen Organe als terroristische Organisationen einzustufen. Und der russische Präsident, der noch vor seiner Amtseinführung ein hartes Vorgehen gegen den damaligen terroristischen Untergrund im Land eingeleitet hatte, bezeichnete diese Attacke des RFK bereits als "terroristisch". Damit ist die Richtung für eine weitere politische Bewertung durch Politik und Gesellschaft vorgegeben.

In den 2000er Jahren wurden nahezu alle Anführer der Terroristen durch ausgeklügelte

Geheimoperationen des FSB im Nordkaukasus liquidiert. Die Erinnerung an diese schweren Zeiten ist in Russland wach. Hinzu kommt ein wichtiges Detail: Damals kämpften die ukrainischen militanten Nationalisten an der Seite der Terroristen.

In der Bekämpfung des Terrorismus haben russische Sicherheitsorgane weltweit einzigartige Erfahrung. Wenn Kiew nach einer Reihe von Frontniederlagen von den Westmächten zu einer Lösung des Konflikts gedrängt wird, könnte Russland die Terrorismus-Karte "Mit Terroristen verhandelt man nicht" ausspielen. Die RFK-Attacke hat es um mehrere Schritte näher zu dieser Position gebracht.

* * *

"Hybride Kriegführung": Die Vergiftungswelle in Iran und die deutschen Medien

<https://gegenzensur.rtde.life/der-nahe-osten/164422-hybride-kriegfuehrung-die-vergiftungswelle-in-iran-und-die-deutschen-medien/>

03.03.2023

Hunderte Schülerinnen wurden in Iran in letzter Zeit vermutlich vergiftet. Die Meldung kommt den westlichen Medien gelegen, um wieder die Spaltung der iranischen Gesellschaft zu schüren, nachdem die jüngsten Unruhen in Iran gescheitert waren.

Von Seyed Alireza Mousavi

Seit fünf Monaten sind Hunderte Schülerinnen in Iran aufgrund mutmaßlicher Vergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die Vergiftungsfälle hatten Ende November in der Stadt Ghom begonnen, wo etwa 50 Schülerinnen unter Atemnot litten und ins Krankenhaus gebracht wurden. Ähnliche Vergiftungen ereigneten sich seitdem in mehreren anderen Schulen in Ghom, und anderen Städten wie Teheran.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi betonte am Freitag, dass "der Feind im Rahmen eines psychologischen Krieges versucht, Stress und Angst unter Schülern und Eltern zu erzeugen, um damit Chaos zu schüren". Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat Berichte über vergiftete Schülerinnen im Iran als "schockierend und zutiefst besorgniserregend" bezeichnet. Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian warf den westlichen Regierungen vor, wegen der Vergiftungen "Krokodilstränen zu vergießen".

Am Dienstag beriet das iranische Parlament in einer Sitzung über die Vergiftungsfälle. Daran nahm laut der Nachrichtenagentur *IRNA* auch der iranische Gesundheitsminister Bahram Ejnollahi teil.

Anders als im benachbarten Afghanistan gibt es in Iran keine Geschichte religiöser Extremisten, die sich gegen die Bildung von Mädchen richten. Selbst auf dem Höhepunkt der Islamischen Revolution von 1979, mit der die vom Westen unterstützte Pahlavi-Dynastie gestürzt worden war, hatten Frauen und Mädchen weiterhin die Schule und Universitäten besucht. Seit Jahrzehnten studieren in der Islamischen Republik Iran mehr Frauen als Männer an Universitäten.

Der Westen scheint auf eine neue Runde der Unruhestiftung zu setzen, nachdem die erste Phase der orchestrierten und durch westliche Medien angeheizten Kampagne für Unruhen in Iran krachend gescheitert war. Obwohl die Hintergründe der Vergiftungen in den Schulen weitgehend unklar sind, haben die deutschen Medien versucht zu suggerieren, dass die Regierung in Teheran hinter der Vergiftungen von Mädchen an Schulen steht. Medien wie *Bild* und *FAZ* kommentierten, dass die iranische Führung sich nach den jüngsten gescheiterten Protesten an Mädchen rächen wolle.

Iran versuche, Mädchen daran zu hindern, Schulen zu besuchen. Diese Behauptung wird in Medien hierzulande verbreitet, während die Regierung in Teheran durch zahlreiche staatliche Einrichtungen afghanischen Schülerinnen und Studentinnen seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan kostenlose virtuelle Bildung anbietet.

* * *

Auswertung freigezügelter Dokumente: Beging Pfizer "ein Verbrechen gegen die Menschheit"?

<https://gegenzensur.rtde.life/nordamerika/164669-auswertung-pfizer-dokumente-verbrechen-gegen/>
07.03.2023

Nachdem die Herausgabe der Pfizer-Dokumente in den USA erstritten wurde, werteten 3.500 Freiwillige die konzerneigenen Unterlagen über die Wirkungen und Nebenwirkungen der Impfungen aus. Das Projekt wurde von der US-Publizistin Naomi Wolf initiiert. Heraus kam, dass sowohl dem US-Pharmakonzern als auch der US-Gesundheitsbehörde FDA die schweren Folgeschäden dieser Impfungen bekannt waren.

Von Felicitas Rabe

Mittels eines Antrags im Rahmen des in den USA geltenden Informationsfreiheitsgesetzes (Freedom of Information Act FOIA) hat die Gruppe Public Health and Medical Professionals for Transparency im August 2021 die Freigabe von zuvor unter Verschluss gehaltenen Pfizer-Dokumenten über die COVID-19-Impfstoffe eingeklagt, freibekommen und mittlerweile im Internet veröffentlicht. In der Gruppe hatten sich mehr als 200 Ärzte, Wissenschaftler, Professoren und Fachleute des öffentlichen Gesundheitswesens zusammengeschlossen, von denen einige öffentlich die Wirksamkeit unter anderem der Lockdowns, der Maskenpflicht und des Pfizer-Impfstoffs infrage gestellt haben.

Zuvor hatte die US-amerikanische Gesundheitsbehörde Food and Drug Administration (FDA) bei Gericht beantragt, dass die Pfizer-Dokumente noch bis zu 75 Jahre lang geheim bleiben sollten. Das Gericht lehnte dieses unerklärliche Ansinnen ab: Wie *Reuters* meldete, forderte US-Bezirksrichter Mark Pittman vom Northern District of Texas die FDA in einem Gerichtsbeschluss vom Januar 2022 auf, zeitnah 12.000 Dokumente und anschließend monatlich jeweils 55.000 Seiten solange freizugeben bis alle Dokumente – insgesamt um die 300.000 Seiten zur Verfügung stehen.

Ein Team um die Publizisten Dr. Naomi Wolf und Steve Bannon hat im Anschluss an die gerichtliche Freigabe die Dokumente des Pharma-Giganten Pfizer über seine COVID-19-Impfstoffe mit der Unterstützung durch tausende Fachleute ausgewertet und die Ergebnisse veröffentlicht. Darüber berichtete auch das deutschsprachige Online-Magazin *Achgut.com*.

Zunächst hatte die US-amerikanische Aktivistin und Schriftstellerin Dr. Naomi Wolf, die auch selbst die Corona-Maßnahmen infrage stellte, für die Auswertung der Dokumente mit ihrem ins Leben gerufenen *DailyClout*-Team ein Freiwilligen-Projekt gestartet. Auf ihren Aufruf hin meldeten sich Ärzte aus verschiedenen Fachrichtungen wie zum Beispiel Labor-Ärzte, Pathologen, Anästhesisten, Sportmediziner, Kardiologen, aber auch Wissenschaftler anderer Fachgebiete. Der Aufruf wurde außer auf ihren eigenen Plattformen auch auf der Video- und Podcast-Plattform Pandemic War Room von Stephen K. Bannon veröffentlicht.

Bemerkenswert sei daran, so der Beitrag auf *Achgut.com*, "dass hier mit Naomi Wolf und Steve Bannon zwei in Amerika sehr einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik und Medien

zusammenarbeiten: Wolf wurde als feministische Autorin bekannt, schrieb u.a. für den *Guardian* und die *Huffington Post*; politisch kommt sie eher aus der linksliberalen Ecke", während der Ex-Marinesoldat Steve Bannon – Investmentbanker und Hollywood-Filmproduzent – als Mitbegründer der rechten Nachrichten-Website *Breitbart News Network* eher dem konservativen Spektrum zuzuordnen sei. Unter anderem war er als ehemaliger Berater von Präsident Donald Trump zeitweise dessen Chefstrategie im Weißen Haus.

Gemeinsam akquirierten beide ungefähr 3.500 Freiwillige, um die Auswertung der Pfizer-Dokumente in allgemein verständlicher Sprache vornehmen zu lassen. Ende Januar erschien unter der Projekt-Leitung von Amy Kelly die so entstandene Auswertung als Buch (727 Seiten) unter dem Titel "Pfizer Documents Analysis Reports" (deutsch: Berichte über die Analyse der Pfizer-Dokumente). In ihrem Vorwort an die Leser schrieb Naomi Wolf darin unter anderem:

"Sie werden sehen, dass die 50 Berichte ein möglicherweise massives Verbrechen gegen die Menschheit dokumentieren."

"Sie werden sehen, dass Pfizer, wie es scheint, wusste, dass die mRNA-Impfstoffe gar nicht funktionierten."

"Sie werden sehen, dass sich die Inhaltsstoffe der mRNA-Injektionen, inklusive der Lipid-Nanopartikel (LNP), innerhalb weniger Tage im ganzen Körper verteilen und sich in der Leber, den Nebennieren, der Milz und den Eierstöcken anreichern."

"Sie werden sehen, dass Pfizer und die FDA wussten, dass die Injektionen die Herzen von Minderjährigen schädigten und dass sie dennoch Monate warteten, bis sie die Öffentlichkeit informierten."

"Am meisten beunruhigend ist der erkennbare Rundum-Angriff auf die menschliche Fortpflanzungsfähigkeit: Mit Schäden bezüglich der Spermienzahl, der Hoden, der Beweglichkeit der Spermien; es gibt Schäden an Eierstöcken, bezüglich der Menstruationszyklen, der Plazenta."

"Sie werden ein Dutzend oder mehr Bezeichnungen für die Zerstörung der Menstruationszyklen von erwachsenen und heranwachsenden Frauen finden."

"Für mich steht allerdings fest, dass die Berichte, die von Spitzen-Experten und auf Grundlage der Primärquellen verfasst wurden, aufzeigen, dass wahrscheinlich ein Verbrechen gegen die Menschheit begangen wurde, das in seinem Ausmaß präzedenzlos ist."

In dem hier veröffentlichten Beitrag können nur Auszüge aus dem bei *Dailyclout.io* veröffentlichten Vorwort von Naomi Wolf zitiert werden. Entsprechend der Inhaltsbeschreibung bei *Achgut.com*, dokumentiere das Buch zum Beispiel, dass die tatsächliche der Wirksamkeit des Pfizer-Impfstoffes unter 50 Prozent läge – gemäß den bei Pfizer selbst vorgenommenen Forschungen zu diesem Impfstoff. Laut den Daten der klinischen Studien des Pfizer-Konzerns seien etwa 20 Prozent der damit Geimpften an COVID-19 erkrankt, davon 15 Prozent sogar mit schwerer Symptomatik. Darüber hinaus seien über 200 geimpfte Personen in der Post-Marketing-Studie der Firma Pfizer an COVID-19 verstorben.

Den Pfizer-Dokumenten zufolge sei zum Beispiel sowohl dem Pharmakonzern Pfizer als auch der obersten US-Gesundheitsbehörde FDA bekannt gewesen – und zwar entgegen deren öffentliche Aussagen –, dass die Impfstoff-Bestandteile von der Injektionsstelle durch den Blutkreislauf wanderten, wichtige Blut-Organ-Schranken überwinden (u.a. im Gehirn, in den Hoden und in den Eierstöcken) und auf unbestimmte Zeit weiterhin schädliche Spike-Proteine produzieren.

Achgut.com fasst in seinem Artikel auch andere Daten der Auswertung zusammen: über die erhöhten fötalen Todesraten oder die Nebenwirkungen auf Babys bei stillenden geimpften Müttern. Die Pfizer-Dokumente hätten auch Aufschluss über die Weitergabe und Folgen von Impfstoffbestandteilen an Ungeimpfte gegeben – über das sogenannte Shedding. Dies wurde ebenso von den freiwilligen Experten ausgewertet, wie auch die Folgeschäden auf die männliche Fruchtbarkeit oder auf den Herzmuskel.

Grundsätzlich stehe der umfassenden Auswertung zufolge die positive Beurteilung der klinischen Studien durch Pfizer im Widerspruch zur Realität. Nach Einführung der COVID-19-Impfstoffe habe Pfizer sogar selbst die Nebenwirkungen und das Versagen hinsichtlich der zuvor zugesicherten Wirkung dokumentiert. Das hätten die Auswertungen tausender Pfizer-Dokumente durch 3.500 freiwillige Experten aus Medizin und Wissenschaft ergeben.

* * *

Nicht geläutert: Wie Minister Lauterbach die Öffentlichkeit weiterhin mit erfundenen Zahlen täuscht

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/165515-nicht-gelaeutert-wie-minister-lauterbach/>

18.03.2023

Gesundheitsminister Lauterbach kann die Impfschäden nicht mehr leugnen. Jüngst versprach er im ZDF sogar das, worauf Betroffene teils schon zwei Jahre vergeblich warten: Hilfe. Trotzdem führte er seine Märchenstunde fort. Er erfand zum Beispiel Zahlen zur Anzahl der Betroffenen.

Von Susan Bonath

Dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) es mit der Wahrheit oft nicht so genau nimmt, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern. Erst kürzlich war aufgefliegen, dass der Gesundheitsökonom vor Jahren seinen Lebenslauf frisiert hatte. In der Corona-Krise "etablierte" er sich als oberster Panikmacher. Er interpretierte diverse Studien nach Gutdünken, befürwortete die massive Diskriminierung Ungeimpfter und kolportierte stets die Mär der "nebenwirkungsfreien Impfung".

Dass er daneben lag, war schon damals klar. Heute versucht sich der Minister aus der Affäre zu winden. In einem Interview im *ZDF* gab er sich betroffen angesichts eines vorangegangenen Beitrags über Impfgeschädigte. Nach mehr als zwei Jahren des Leugnens dieser Probleme wolle er diese Probleme nun doch erforschen lassen. Doch Lauterbach kann es nicht lassen: Erneut belog er die Öffentlichkeit über Fakten und Zahlen.

Fehlende Studien, erfundene Zahlen

Der Gesundheitsminister erklärte nicht nur wahrheitswidrig, bei seiner früheren Behauptung von einer "nebenwirkungsfreien Impfung" handele es sich lediglich um "eine Übertreibung, die ich da einmal in einem missglückten Tweet gemacht habe". Denn tatsächlich hatte er dies häufiger behauptet, etwa in Talkshows, bei denen er zeitweise Dauergast war. Er spielte die Folgen der Corona-Injektionen zudem erneut herunter – und dies mit offenbar erfundenen Zahlen. Wörtlich erklärte Lauterbach:

"Schwere Impfschäden sind auf der Grundlage des Paul-Ehrlich-Instituts oder der europäischen Zulassungsbehörde in der Größenordnung von weniger als eins zu 10.000"

Impfungen."

Wo genau er bei den genannten Behörden diese Daten gefunden haben will, erläuterte er nicht. Und tatsächlich existieren sie nicht. Eine wissenschaftliche Grundlage für die Angabe, dass angeblich weniger als ein schwerer Schaden pro 10.000 Impfungen aufgetreten sei, gibt es schon gar nicht. Denn weder das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) in Deutschland noch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) haben dazu evidenzbasiert geforscht. Lauterbachs Angabe geht auch nicht aus den PEI-Daten hervor.

Das in Deutschland für die Impfstoffsicherheit zuständige PEI sammelt lediglich Verdachtsfälle. Diese werden teils von Ärzten, teils von Betroffenen oder Angehörigen gemeldet. Aus vielen Erzählungen Geschädigter geht hervor, dass Mediziner häufig mögliche Zusammenhänge leugnen und eine Meldung verweigern.

Das PEI selbst untersucht die Verdachtsfälle nicht klinisch. Vielmehr interpretiert es sie nur statistisch. Auf zahlreiche Anfragen der Autorin, wie vielen Fällen wie nachgegangen wurde, erklärte das PEI sinngemäß: Man könne das nicht sagen, zuständig dafür seien ausschließlich die Behörden vor Ort. Manchmal frage das PEI nach, führe aber keine Statistik. Kurzum: Das PEI wisse dies nicht.

So dürfte es sich bei den Meldefällen nur um die Spitze eines Eisbergs handeln. Das wahre Ausmaß ist nicht ansatzweise bekannt. Auch werden die Fälle nicht systematisch untersucht, sodass niemand sagen kann, ob ein kausaler Zusammenhang zur Impfung besteht, und wenn ja, welcher. Mit anderen Worten: Wegen fehlender Studien weiß kein Mensch auch nur annähernd, wie viele Geimpfte durch die Corona-Präparate geschädigt wurden. Lauterbachs Angabe von "eins zu 10.000" ist eine bloße Behauptung.

Meldequote ist viel höher

Das PEI hält seinerseits vieles im Dunkeln. Zunehmend verschwiegen es in seinen Sicherheitsberichten sowie gegenüber der Presse immer mehr Details. Bereits seit über einem Jahr erfährt die Öffentlichkeit beispielsweise nichts mehr über schwerwiegende Meldungen bei Kindern und Jugendlichen, seit Mitte 2022 hält es auch die Anzahl angezeigter Todesfälle geheim. In den ersten eineinhalb Impfstoffjahren wurden dem Institut bereits mehr als 3.000 Sterbefälle übermittelt, bei denen die Impfung als Ursache im Verdacht steht.

In seinem zuletzt herausgegebenen, stark gestutzten Bericht ist allerdings die Rede von insgesamt rund 333.500 gemeldeten mutmaßlichen Nebenwirkungen bis Ende Oktober 2022. Von diesen habe das PEI knapp 51.000 Fälle als schwerwiegend eingestuft, dies bei rund 188 Millionen verspritzten Dosen. Das wäre dann allerdings nicht etwa "weniger als ein Fall bei 10.000 Impfungen", sondern fast drei Fälle, also dreimal mehr, als Lauterbach behauptete.

Bezogen auf die 64,8 Millionen mindestens einmal geimpften Personen in Deutschland wurden dem PEI demnach sogar acht schwer Geschädigte pro 10.000 Probanden gemeldet. Auf rund 1.260 Geimpfte kam bis Ende Oktober vergangenen Jahres somit ein schwerwiegender Verdachtsfall, die Dunkelziffer ist unbekannt.

Die Erkrather Anwaltskanzlei Rogert & Ulbrich äußerte sich in einer Pressemitteilung vom 15. März ähnlich zu Lauterbachs Interview. Die Juristen enttarnten die vom Minister genannten Zahlen mit Blick auf das PEI sowie die EMA als eindeutig falsch. Darüber hinaus habe er wahrheitswidrig behauptet, die Krankenkassen übernähmen die Behandlungskosten für Geschädigte vollständig. Wörtlich teilte die Kanzlei dazu mit:

"Vielmehr hätten viele Mandanten mittlerweile beträchtliche Schulden angehäuft, weil ihre Krankenkasse die teuren Behandlungen eben nicht übernehme. Besonders perfide dabei sei, dass die Kassen sich teilweise darauf beriefen, dass die Impfung freiwillig sei und eine Drittschädigung vorliege, weshalb man sich an die Schädiger halten müsse, erläutern die Anwälte weiter."

Vorsätzlich getäuscht?

Die tatsächlichen Fakten zur Erforschung der schweren Impfnutzenwirkungen zeigen sehr deutlich, wie der Gesundheitsminister mit Fake News arbeitet, offensichtlich um die Öffentlichkeit weiterhin zu beschwichtigen. Diese Fakten kann man wie folgt zusammenfassen:

Erstens sammelt das PEI nur Verdachtsfälle, die es ausschließlich statistisch interpretiert. Dabei kamen bis Ende Oktober 2022 fast 51.000 schwerwiegend Betroffene zusammen. Allerdings ließ das PEI diese Fälle nie systematisch untersuchen. Niemand kann also wissen, wie viele Menschen es wirklich betrifft.

Zweitens existieren in Deutschland keinerlei evidenzbasierte Studien zur Erforschung von Impfschäden. Einen Versuch hatte der Charité-Mediziner Harald Matthes gestartet. Er kam auf etwa acht Geschädigte von 1.000 Geimpften. Mangels Forschungsbudget erhob Matthes die Daten damals über ein Online-Portal. Das brachte Matthes harsche Vorwürfe und mediale Shitstorms ein. Die Charité stoppte die Studie.

Drittens berichteten mittlerweile unzählige Betroffene, wie Ärzte einen möglichen Impfschaden selbst bei unmittelbarer zeitlicher Korrelation leugneten, sie abwimmeln, ihnen psychische Probleme unterstellten und sich weigerten, die Probleme dem PEI zu melden. Sogar medizinische Behandlungen mussten viele Betroffene selbst bezahlen. Es ist von einer hohen Dunkelziffer Geschädigter auszugehen.

Lauterbach ist also keineswegs geläutert. Anstatt Verantwortung zu übernehmen, Fehler einzugestehen und endlich zielführende Studien aufzusetzen, sofern es jetzt noch möglich ist, führt er die Öffentlichkeit weiterhin mit falschen Zahlen in die Irre. Was er allerdings in dem Interview mit dem ZDF einräumte, ist zweifellos ein unfassbarer Skandal. Er bezog sich auf die PEI-Berichte und sagte:

"Die Zahlen waren mir ja all die Zeit bekannt, die sind auch relativ stabil geblieben. (...)"

Tatsächlich hatte das PEI bis Mitte 2021, bevor Lauterbach seinen Tweet über "nebenwirkungsfreie Impfungen" absetzte, bereits knapp 107.000 Meldungen insgesamt ausgewiesen, darunter rund 10.600 schwerwiegende Erkrankungen und über 1.000 Todesfälle, bei denen die Corona-Impfung als Ursache vermutet wurde.

Um es auf den Punkt zu bringen: Lauterbach hat die offiziellen Zahlen demnach keineswegs aus Dummheit ignoriert. Wie er selbst erklärt, wusste er genau Bescheid, hat also bewusst gelogen und so die Öffentlichkeit getäuscht – mit schwerwiegenden Folgen für eine unbekannte Zahl von Menschen.

* * *

Die USA und die internationale "regelbasierte" Ordnung

<https://gegenzensur.rtde.life/nordamerika/165387-usa-und-internationale-regelbasierte-ordnung/>

18.03.2023

Musste schon das Verhältnis der USA zum Völkerrecht, gelinde gesagt, als ambivalent charakterisiert werden, so zeigt sich in den letzten Jahren, dass die von Washington propagierte "regelbasierte" Weltordnung letztlich der Verschleierung des US-Anspruchs auf Vorherrschaft dient.

Von Carmen Parejo Rendón

In den letzten dreißig Jahren wurden die internationalen Beziehungen von der Willkür eines korrupten "Sheriffs" gekapert.

"Im Moment stehen wir zwei Weltmächten gegenüber, China und Russland, jede mit erheblichen militärischen Fähigkeiten, und beide beabsichtigen, die derzeitige regelbasierte Ordnung zu ändern", erklärte im Juni 2022 General Mark Milley, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, vor einer Gruppe von Kadetten an der Militärakademie West Point in New York.

Das war jedoch nicht das erste Mal, dass wir US-Vertreter von einer solchen "Regel"-basierten internationalen Ordnung sprechen hörten. Es war auch nicht das letzte Mal. Vielleicht wäre es wichtig zu wissen, was sie mit dieser auf Regeln basierenden Welt meinen.

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten

US-Außenminister Antony Blinken wurde konkreter, als er auf den "Grundsatz, dass ein Land die Grenzen eines anderen nicht mit Gewalt ändern kann", Bezug nahm. Und auf "das Prinzip, dass ein Land nicht die Entscheidungen oder die Politik eines anderen diktieren kann". Diese Aussage von Blinken könnte die Ahnungslosesten in Fragen der internationalen Beziehungen der letzten Jahre erröten lassen, wenn wir uns unter vielen anderen an die Fälle Jugoslawien, Libyen, Syrien, Irak, Afghanistan, Venezuela oder Kuba erinnern. Aber was bedeuten solche Worte wirklich?

Was tun die Vereinigten Staaten in Bezug auf das Völkerrecht, in Bezug auf ihre unterzeichneten Abkommen mit anderen Staaten und in Bezug auf ihre internationalen Beziehungen im Allgemeinen? Halten sich die USA selbst an die "Regeln", die sie zu verteidigen vorgeben?

Der Appell an das Prinzip der "Nichteinmischung" klingt merkwürdig, wenn doch die wahre Regel der USA bisher darin bestand, immer wieder Mechanismen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzusetzen, um ihre eigene Hegemonie zu sichern. Zumindest manchmal – wenn auch selten – unter dem Schutz der Vereinten Nationen. In den meisten Fällen völlig unilateral.

Und wenn irgendeine Institution oder Organisation ihre Vorgehensweise infrage stellte, beschränkten sich die USA einfach darauf, dieses Gremium zu ignorieren oder dessen Mitglieder zu sanktionieren.

US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof

Das war der Fall in Bezug auf den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), als man dort die Verbrechen der US-Armee in Afghanistan untersuchen wollte. Die Regierung von Donald Trump (2017–2021) beschloss kurzerhand, dem Staatsanwalt und den Ermittlern das Visum zu verweigern und Sanktionen gegen sie zu verhängen.

Nicht zu vergessen, dass die USA das Römische Statut (die Gründungsrechtsgrundlage des Internationalen Gerichtshofs) nie unterzeichnet haben. Bis dahin war es jedoch nie vorgekommen, dass Mitglieder dieses Gerichts für die Erfüllung ihrer Pflichten bestraft wurden. Schließlich entschied der IStGH, dass er seine Ermittlungen in Bezug auf Afghanistan zwar aufnehmen, aber die Taten der USA beiseitelassen würde.

Republikaner und Demokraten ergänzen sich

Während der Trump-Administration zogen sich die USA einseitig aus mehreren Abkommen und internationalen Organisationen zurück. Sie stellten die Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein, zogen sich aus dem Pariser Abkommen gegen den Klimawandel zurück, aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und aus dem Menschenrechtsrat der UNO, unter vielen anderen. Mit der Ankunft von Joe Biden finanzierten die USA erneut die WHO und traten dem Pariser Abkommen wieder bei. Jedoch in vielen anderen Fällen blieben Trumps Entscheidungen bestehen.

Das Nuklearabkommen mit Iran

Ein bedeutender Fall ist das Nuklearabkommen mit Iran, genannt Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), das zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, der Russischen Föderation, der Volksrepublik China und der Islamischen Republik Iran unterzeichnet wurde. In der Logik der Politik des maximalen wirtschaftlichen Drucks gegen das persische Land während der Trump-Administration sind die USA 2018 einseitig aus dem Abkommen ausgestiegen und haben neue Wirtschaftssanktionen gegen Iran verhängt. Seitdem versuchen die europäischen Vertragspartner erfolglos, Alternativen zur Umgehung der US-Sanktionen zu finden. Mit Bidens Ankunft im Weißen Haus versprach der demokratische Präsident, der bei der Unterzeichnung des Abkommens im Jahr 2015 Vizepräsident war, eine Rückkehr zum JCPOA, was die Aufhebung der gegen Iran verhängten Sanktionen implizierte.

Doch der maximale Druck gegen Iran wird noch immer aufrechterhalten. Wir sehen einmal mehr, wie sich die europäischen Partner der USA den Interessen Washingtons unterwerfen und nicht in der Lage sind, ihre eigene internationale Politik zu verfolgen.

Die Biden-Administration versuchte zunächst, die Inhalte und Bedingungen des Abkommens zu ändern. Sie boykottiert seitdem alle Verhandlungsrunden zwischen den noch integrierten Parteien und weigert sich, ihre einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Iran zu beseitigen. Das lässt vermuten, dass die von Trump umgesetzte Politik letztendlich auch für Bidens Strategie von Nutzen war. Und hinter dem scheinbaren Gegensatz zwischen den beiden ist auch eine gewisse Ergänzung zu erkennen.

"Alte" Abkommen

"Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus einem wichtigen Vertrag des Kalten Krieges weckt Ängste vor einem Wettrüsten", titelte die spanische Zeitung El País am 2. August 2019. Man meinte damit den Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF). Die spanischen Medien wiesen darauf hin, dass Washington bereits Pläne habe, im selben Sommer neue Tests mit vom INF verbotenen Raketen durchzuführen. Gleichzeitig betonten sie die Verpflichtung der USA, mit diesen "alten Abkommen" zu brechen, um neue zu konsolidieren, die auch die Volksrepublik China mit einschließen.

Nach der "Raketenkrise" im Jahr 1962 haben die USA und die UdSSR die Notwendigkeit geäußert, Dialogmechanismen zu schaffen, um zu verhindern, dass ein Fehler oder ein Missverständnis einen

großen nuklearen Konflikt auslöst. Heute distanzieren sich die USA einseitig vom Anti-Ballistic Missile Treaty (ABM) im Jahr 2002, vom INF im Jahr 2019 und vom Open-Skies-Vertrag im Jahr 2020. Obwohl die letzten beiden Entscheidungen direkt mit der Regierung von Trump in Verbindung stehen, sei darauf hingewiesen, dass die Biden-Administration nicht zu diesen Vereinbarungen zurückgekehrt ist. Auch hier sehen wir eher ein wechselseitiges Zusammenspiel als einen Gegensatz zwischen der internationalen Politik der Demokraten und der Republikaner.

New-START-Vertrag ausgehöhlt

Obwohl Joe Biden 2021 dazu bereit war, den Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen (New START) zu verlängern, wurde seitdem keiner der 18 vorgesehenen Kontrollbesuche durchgeführt. Die USA nutzten den Vertrag jedoch als Druckmittel, um die Russische Föderation dazu zu zwingen, ihr Territorium einseitig inspizieren zu lassen. Moskau ist nun der Ansicht, dass im Kontext der aktuellen extremen Konfrontation zwischen der NATO und der Russischen Föderation und der nur einseitigen Bereitschaft zur Vertragserfüllung das Abkommen bedeutungslos ist. So kündigte der russische Präsident Wladimir Putin am 21. Februar an, dass er die Teilnahme Russlands an diesem Vertrag aussetze.

Wir waren der Meinung, dass sich die auf Regeln basierende internationale Ordnung auf multilaterale Vereinbarungen und Organisationen zwischen verschiedenen Staaten bezieht. Wohingegen der selbst ernannte Welt-"Sheriff" darunter ein System versteht, mit dem seine willkürlichen Regeln allen anderen auferlegt werden.

Gemäß dem Wörterbuch der Königlichen Akademie der spanischen Sprache ist eine Regel etwas, "das erfüllt werden muss, weil es in einer Gemeinschaft vereinbart wurde". Um Missverständnisse oder irrtümliche Interpretationen zu vermeiden, sei hinzugefügt: Eine "Norm" ist nichts anderes als eine "Regel, die befolgt werden muss oder an die sich Verhaltensweisen, Aufgaben, Aktivitäten anpassen müssen".

Vielleicht liegt das Problem darin, dass wir glaubten, dass sich die auf Normen basierende internationale Ordnung auf die multilateralen Organisationen und Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Staaten bezieht; während der selbst ernannte Welt-"Sheriff" darunter nur ein System verstand, mit dem er seine willkürlichen Regeln allen anderen auferlegt.

Der Anspruch auf Vorherrschaft in Lateinamerika

Ein Beispiel für diese Konzeption gab die US-republikanische Kongressabgeordnete María Elvira Salazar kürzlich im Kongress in Washington eine Erklärung ab:

"Ich werde es auf Spanisch sagen, damit es meine argentinischen Freunde sehr klar verstehen. Ihr Präsident (Alberto Fernández) und Ihre Vizepräsidentin (Cristina Fernández) schließen einen Pakt mit dem Teufel, der Folgen biblischen Ausmaßes haben könnte." Und weiter:

"Die USA können keinen Verbündeten tolerieren, der chinesische Militärflugzeuge baut und an seine Nachbarn exportiert", sagte Salazar bei einer Anhörung der Kommission für Außenpolitik des Repräsentantenhauses. Sie drohte:

"Wenn Sie eine Fabrik für den Bau von chinesischen Kampfflugzeugen errichten wollen, wäre das eine sehr schlechte Idee für Sie, und besonders was Ihre Beziehung zu den USA betrifft!"

Zurück zum Anfang: Als Blinken sich auf den Grundsatz bezog, "dass ein Land die Entscheidungen oder die Politik eines anderen nicht diktieren kann", versäumte er hinzuzufügen, dass seine

regelbasierte Welt die selbst ernannte US-amerikanische Sonderstellung mit beinhaltet.

Kurz gesagt, es wird nur möglich sein, eine Welt mit Regeln aufzubauen, die es verdienen, als solche bezeichnet zu werden, wenn die große Hegemonie der letzten Jahrzehnte endet. Regeln im Sinne von Vereinbarungen, die helfen, Frieden und Entwicklung für alle Staaten zu garantieren.

Übersetzt aus dem [Spanischen](#).

* * *

Todesstoß für den US-Dollar? Saudi-Arabiens Wendung zum Petroyuan

<https://gegenzensur.rtde.life/wirtschaft/165662-iranisch-saudische-annaeherung-wird-dollar-dem-dollar-einen-todessto%C3%9F-versetzen/>

19.03.2023

Es besteht kein Zweifel, dass die bevorstehenden saudischen Schritte zur Unterstützung des Petroyuan, die in Abstimmung mit dem Iran und Russland unternommen werden, die nächste natürliche Phase bei der Abkopplung vom US-Dollar in Gang setzen.

Von Andrew Korybko

Die geoökonomische Integration Eurasiens machte vergangene Woche einen großen Sprung nach vorne, als Ergebnis der von China vermittelten iranisch-saudischen Annäherung, die das Handelspotenzial des Golfkooperationsrates (GCC) mit Russland und China erschließt. Die wohlhabenden Mitgliedsstaaten des GCC können nun durch diese Annäherung auf einen Schlag zwei Megaprojekte mit Transit durch den Iran vorantreiben, die sie mit dem Nord-Süd-Transportkorridor (NSTC) mit Russland und mit dem China-Zentralasien-Westasien-Wirtschaftskorridor (CCAWAEC) mit China verbinden werden.

Saudi Arabien als De-facto-Anführer des GCC hat einer umfassenden Wirtschaftsreformpolitik, bekannt unter dem Titel "Vision 2030", eine hohe Priorität eingeräumt. Die vom Kronprinz und Premierminister von Saudi Arabien, Mohammed bin Salman, nach seinem Machtantritt im Jahr 2015 lancierte Doktrin kam bedauerlicherweise arg ins Stottern, was ein Ergebnis des katastrophalen Kriegs im Jemen war, der seit demselben Jahr tobte. Aber jetzt scheint alles wieder auf Kurs und vielversprechender denn je zu sein, nachdem Saudi Arabien im vergangenen Dezember Investitionszusagen im Wert von 50 Milliarden US-Dollar aus China erhalten hat.

Die Volksrepublik China betrachtet die "Vision 2030" als Ergänzung zu ihrer Belt & Road Initiative (BRI), da sich Saudi Arabien auf Investitionen im Realsektor konzentrieren will, um die saudische Wirtschaft präventiv von ihrer derzeit unverhältnismäßigen Abhängigkeit von Erdölexporten zu diversifizieren. Die geographische Lage Saudi Arabiens an der Kreuzung zwischen Afrika und Eurasien macht Investitionen in diese Region auch aus Sicht der logistischen Interessen Chinas äußerst attraktiv, daher Pekings massives Engagement bei der umfassenden saudischen Wirtschaftsreformpolitik.

Ohne das von Peking vermittelte Abkommen der vergangenen Woche zwischen dem Iran und Saudi Arabien hätte sich China auf Seerouten verlassen müssen, die unter der Kontrolle der mächtigen US-Marine stehen, um die bevorstehende Explosion im bilateralen Handel zu bewältigen. Aber jetzt kann mit dem Transitkorridor CCAWAEC alles viel sicherer über den Iran abgewickelt werden. Mit Blick auf die Zukunft besteht auch die theoretische Möglichkeit, dass chinesische Energieinvestitionen im Iran die Golfstaaten mit Zentralasien und von dort aus mit der Volksrepublik verbinden und so Pekings energiestrategische Interessen vollständig sichern.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, der allerdings nicht ungangbar scheint. Der Wunsch Saudi-Arabiens, der BRICS und der SOZ beizutreten, die derzeit die einflussreichsten multipolaren Organisationen der Welt sind, könnte dieses Szenario viel früher Wirklichkeit werden lassen, als selbst die optimistischsten Beobachter dies erwartet hätten. All dies scheint eine Revolution in geoökonomischen Angelegenheiten anzukündigen, und das sogar ohne, dass Saudi-Arabien dem Petroyuan seine volle Unterstützung aussprechen müsste.

Sobald dieser große Erdölexporteur damit beginnt, seine Ressourcen in nicht auf Dollar lautenden Währungen – zum Beispiel in chinesischen Yuan – zu verkaufen, wird dem Petrodollar, auf dem der wirtschaftlich-finanzielle Aspekt der unipolaren Hegemonie der USA beruht, ein Todesstoß versetzt. Der globale systemische Übergang zur Multipolarität und die bevorstehende Dreiteilung der internationalen Beziehungen, die der endgültigen unvermeidlichen Form dieses Prozesses vorausgehen wird, würde sich, sobald dies geschehen ist, beispiellos beschleunigen und damit den anhaltenden Niedergang der USA weiter vorantreiben.

Diese oben genannten Prozesse wurden bereits durch die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine unumkehrbar gemacht, zu der Moskau sich zur Verteidigung seiner roten Linien bei der nationalen Sicherheit gezwungen sah, nachdem die NATO diese dort heimlich überschritten hatte und anschließend Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien, mit denen man das Sicherheitsdilemma politisch lösen wollte, zurückwies. Im Laufe des vergangenen Jahres musste selbst die New York Times zugeben, dass nicht nur die Sanktionen gescheitert sind, sondern auch der Plan, Russland zu "isolieren".

All dies ist größtenteils das Ergebnis davon, dass Russland den globalen Süden dazu inspirieren konnte, sich gegen den Neokolonialismus zu erheben und sich zu weigern, den Forderungen des von den USA geführten kollektiven Westens nachzukommen, und dafür ihre eigenen Interessen einseitig zu opfern. Indien spielte hier aufgrund seines Status als weltweit größtes Schwellenland eine führende Rolle, was vergleichsweise mittelgroßen und kleineren Ländern das Selbstvertrauen gab, in seine Fußstapfen zu treten.

Diese weltweit bedeutende Großmacht, die am südasiatischen Ende des Nord-Süd-Transportkorridors sitzt, der auf dem Weg nach Russland durch den Iran führt, hat auch seine Bezüge von Erdöl zu ermäßigten Preisen aus Moskau so weit ausgeweitet, dass sein jahrzehntelanger strategischer Partner heute sein größter Zulieferer ist. Von entscheidender Bedeutung ist, dass eine zunehmende Zahl der Geschäfte zwischen Moskau und Neu-Delhi in nicht auf Dollar lautenden Währungen getätigt werden, was die Prozesse bei der Entkopplung vom US-Dollar in einem solchen Ausmaß beschleunigte, dass sogar Reuters sich gezwungen sah, darüber zu berichten.

Es besteht kein Zweifel, dass die bevorstehenden saudischen Schritte zur Unterstützung des Petroyuan, die in Abstimmung mit dem Iran und Russland unternommen werden, die nächste natürliche Phase bei der Abkopplung vom US-Dollar in Gang setzen. Der Handel zwischen Russland und dem GCC-Realsektor, der über den Iran abgewickelt wird, wird in nationalen Währungen abgerechnet werden und bereitet diese drei Protagonisten auf jenen Moment vor, in dem sie sich entscheiden werden, dem Petrodollar den Todesstoß zu versetzen.

Alles in allem ist es keine Übertreibung zu behaupten, dass die Dominanz des US-Dollars durch die iranisch-saudische Annäherung zunichte gemacht wird. Dieses von Peking vermittelte Abkommen zwischen dem Iran und Saudi Arabien macht dieses Ergebnis unvermeidlich, es sei denn, es kommt zu einem subversiven Ereignis, wie einem von den USA geförderten Putsch gegen Mohammed Bin Salman, obwohl dies eher unwahrscheinlich bleibt, nachdem er seine Macht Ende 2017 erfolgreich

festigen konnte. In diesem Sinne kann man zuversichtlich sein, dass die Entwicklung der vergangenen Woche im Nachhinein als Wendepunkt betrachtet wird.

Aus dem [Englischen](#).

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien spezialisiert hat sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung.

* * *

Orientierung kommt von Orient: 20. Jahrestag des Irakkriegs und dessen Folgen

<https://gegenzensur.rtde.life/international/165711-orientierung-kommt-von-orient-irakkrieg/>

19.03.2023

In der Nacht vom 19. auf den 20. März begann die US-Luftwaffe Bagdad zu bombardieren. Die EU und die NATO waren tief gespalten. Die neuen NATO-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa waren für den Krieg, Paris und Berlin widersetzten sich. Moskau und Peking begannen damals nicht nur ihre wirtschaftliche, sondern auch diplomatische Zusammenarbeit.

Von Karin Kneissl

Zum 20. Jahrestag des Angriffs der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak

Im Rückspiegel der Geschichte betrachtet erlangt das Zeitgeschehen klare Konturen, da sich das Gesamtbild in all seinen Auswirkungen zeigt. In zwanzig Jahren kann wenig oder einiges passieren. Zwischen dem März 2003 und diesen Märztagen im Jahr 2023 haben Entwicklungen eingesetzt, welche Katastrophen über Millionen Menschen im Nahen Osten brachten. Der Zerstörung des Iraks, die Auflösung der Armee durch den ersten "US-Konsul" Paul Bremer im Mai 2023 und die Flüchtlingsströme in Nachbarstaaten wie Syrien und Jordanien mit den nachfolgenden terroristischen Anschlägen, zählen zu diesen Kriegsfolgen.

Die neuen Mittel der Propaganda

Über die fadenscheinigen Kriegsgründe, wie ein inexistentes Arsenal von Massenvernichtungswaffen und Bagdads angebliche Rolle im islamistischen Terrorismus, wurde ein Jahr später ausführlich geschrieben. Ab dem Frühjahr 2004 lagen bereits Beweise vor, was alles erlogen worden war – ob seitens der Internationalen Atomenergiebehörde oder dank Recherchen wie der des US-Publizisten Seymour Hersh.

Selten zuvor waren Desinformationskampagnen und all das, was man seit der Regierungszeit von Donald Trump als "fake news" bezeichnet, derart akribisch zum Laufen gebracht worden. Diverse Thinktanks ließen ihre Experten ausschwärmen, welche für "Regime Change und Demokratie" im Irak warben. Wer dagegen argumentierte, war antiisraelisch, antiamerikanisch und so weiter.

Ich gehörte zu jenen, die in Debatten und Vorträgen, ob im TV oder an Universitäten, sich den Mund fusselig redeten, um gegen diesen Krieg anzutreten. Doch die Kriegsmaschinerie der USA und ihrer Verbündeten, ob des britischen Premiers Tony Blair oder des damaligen spanischen Premiers José Maria Aznar, hatte bereits lange zuvor zu laufen begonnen. Mit den Anschlägen vom 11. September wurde bereits eine Verknüpfung zu Bagdad hergestellt, wenngleich keine Verbindung

zwischen der Regierung von Saddam Hussein und den Attentätern bestand. Zur Erinnerung: Unter den Terroristen, welche die Maschinen pilotierten, war kein einziger irakischer oder afghanischer Staatsbürger. Es handelte sich vorwiegend um saudische Staatsangehörige.

"The unfinished business" und die Bush-Familie

Doch bereits im Herbst des Jahres 2001 wurden in Washington die Kriegsszenarien für einen Einmarsch im Irak nebst Regimewechsel neuerlich durchgespielt. An der Johns Hopkins Universität hatte der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in seiner früheren Funktion als Dekan dies in Seminaren internationaler Politik ebenso unternommen. Die Arbeitshypothese von Wolfowitz lautete, dass der Irak infolge einer Liberalisierung seiner Erdölindustrie den Wiederaufbau nach einem Krieg gleichsam aus eigener Tasche finanzieren würde – also aus dem Erdöllexport.

Die Gruppe rund um den Vizepräsidenten Dick Cheney, der neben Wolfowitz auch dessen Vorgesetzter Donald Rumsfeld angehörte, waren zweifellos die wesentlichen Einflüsterer des US-Präsidenten George W. Bush. Im Gegensatz zu seinem Vater, George H. Bush, der als langjähriger CIA-Direktor ein versierter Analytiker war, verfügte der relativ unerfahrene Präsident nicht über eine persönliche klare Linie. Aber in Sachen Irak hatte er dennoch eine Position, wenngleich diese weniger reflektiert als vielmehr ein alter Reflex war. Es ging darum, das sogenannte "unfinished business" des Irakkrieges von Anfang 1991 zu Ende zu bringen.

Die Kriegskoalition aus dem Jahr 1991 unter Führung der USA operierte auf Basis einer Resolution des UNO-Sicherheitsrates. Es handelte sich nicht um Krieg im völkerrechtlichen Sinne, sondern war eine von der UNO-Satzung vorgesehene Maßnahme gegen einen Staat. Einzig der damalige jordanische König Hussein hatte sich hinter Saddam Hussein gestellt, alle anderen unterstützten den Krieg gegen Bagdad. Die US-Regierung hatte sich klar an die UNO Resolution gehalten, bei der es nur um die Wiederherstellung der territorialen Integrität Kuwaits, nicht aber einen Sturz der Bagdader Regierung ging.

Hierbei setzte man vielmehr auf die Kurden im Norden des Landes und ermunterte diese zum Aufstand gegen Bagdad. Die Rebellion wurde von der irakischen Armee niedergeschlagen, ebenso eine Erhebung im schiitisch dominierten Süden des Landes. Vielleicht hatten sich die Rebellen auch mehr konkrete Militärhilfe der USA erwartet. Fazit war, dass Langzeitherrscher Hussein trotz militärischer Niederlage fest im Sattel saß.

Aus US-Sicht war man gescheitert und innerhalb der Bush Familie war die Rede vom "unfinished business", also dem unerledigten Geschäft. Für George W. Bush ergab sich mit dem Einmarsch in den Irak die Möglichkeit, die vielleicht psychologisch betrachtet eine Rolle gespielt haben mag, aus dem Schatten des mächtigen Vaters hervorzutreten und einen Regimewechsel herbeizuführen. Jedenfalls hatte ich in Gesprächen mit US-Vertretern stets den Eindruck, dass bereits mit dem 11. September eine Obsession zum Irak um sich gegriffen hatte, die in einem Angriff münden würde.

Der UNO-Sicherheitsrat in Aufruhr

Im Vorfeld zur Irak-Invasion prallten im Gremium des UNO-Sicherheitsrates die Positionen hart aufeinander. Während der US-Außenminister Colin Powell mit einer fragwürdigen PowerPoint-Präsentation für die Präsenz von Massenvernichtungswaffen im Irak gleichsam warb, stellten sich die Außenminister von Deutschland und Frankreich teils unter Beifall im Rat gegen einen Angriff.

Zeitgleich begannen damals China und Russland, die beide vehement gegen einen Krieg waren, zumal sie auch Erdölinteressen im Irak verfolgten, sich bei Entscheidungen abzustimmen.

Gewissermaßen begann die enge Kooperation zwischen Moskau und Peking in einer koordinierten multilateralen Vorgehensweise. Es war beiden Regierungen klar, dass mit einem Krieg die Büchse der Pandora geöffnet würde und der Kollaps der irakischen Institutionen zu einer regionalen Anarchie führen würde.

Genauso sollte es dann auch kommen. Es folgten die Jahre der wöchentlichen Anschläge, des Aufstiegs des Islamischen Staats im Jahr 2014 und die vielen innerirakischen Konflikte. Wer ein wenig die Verhältnisse im Land kannte, wusste um die Katastrophe, die sich mit dem Kriegsbeginn am 20. März 2003 anbahnte.

China und Russland unterwegs in eine neue Weltordnung

Wenn nun am 20. März der chinesische Staatspräsident Xi Jinping zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Moskau eintrifft, dann geht es nicht nur um bilaterale Energiebeziehungen, die seit dem Jahr 2004 systematisch betrieben werden. Wie bereits bei ihrer gemeinsamen Erklärung in Peking im Februar 2022 wollen Wladimir Putin und Xi Jinping ihre Außenpolitik abstimmen und gemeinsam voranbringen. Dass das Ukraine-Dossier hierbei auch zur Sprache kommt, ist zu erwarten, wird aber wohl von den medialen Erwartungen im Westen überschätzt.

Es mag reiner Zufall sein, dass genau dieses Datum ausgewählt wurde, nämlich der 20. Jahrestag der Irakinvasion. Aber dieser Zufall zeigt im Rückblick dieser zwei Jahrzehnte, warum und wie intensiv die russischen und chinesischen Strategien sich verwoben haben. Zudem hilft auch die gute persönliche Chemie zwischen den beiden Präsidenten.

Ein Wortspiel, das ich immer wieder gerne bediene und in diesem Zusammenhang vortrefflich passt, lautet: Orientierung kommt von Orient. Peking und Moskau wissen ihren Blick auf den Osten zu teilen. Zwanzig Jahre nach der US-Invasion im Irak und Millionen Toten und Vertriebenen wollen China und Russland damit auch ihre Sicht auf die Welt noch einmal systematisch vorantreiben. Der Irakkrieg zeitigte neben all dem Elend auch konkrete analytische Folgen.

* * *

"Riesiges Potenzial für Zusammenarbeit": Was bedeutet das Treffen zwischen Putin und Xi?

<https://gegenzensur.rtde.life/international/165791-riesieger-potential-fuer-zusammenarbeit-was/>
20.03.2023

Chinas Präsident Xi Jinping kommt zu einem dreitägigen Besuch nach Moskau. Bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten werden die Staatschefs ihre künftige Zusammenarbeit besprechen. Die Partnerschaft zwischen Moskau und Peking sei derzeit besonders aktuell, meinen Experten.

Von Irina Taran und Jelisaweta Komarowa

Am Montag beginnt Chinas Präsident Xi Jinping seinen dreitägigen offiziellen Besuch in Moskau, für den mehrere Verhandlungsrunden zwischen dem chinesischen Staatsoberhaupt und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin geplant sind.

Wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bemerkte, werden sich die Staatschefs Russlands und Chinas am 20. März in der zweiten Tageshälfte bei einem informellen Mittagessen unter vier Augen treffen. Am nächsten Tag finden dann die offiziellen Gespräche statt.

Der Kreml berichtete, dass die Seiten aktuelle Fragen zur weiteren Entwicklung der umfassenden Partnerschaft und strategischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern besprechen werden. Der Pressedienst des Kremls kündete weiter an:

"Außerdem ist ein Meinungsaustausch im Kontext der Vertiefung der russisch-chinesischen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene geplant. Es wird auch eine Unterzeichnung wichtiger bilateraler Dokumente stattfinden."

Der Assistent des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, betonte, dass beide Seiten im Laufe der Verhandlungen unter anderem die Ukraine-Krise besprechen werden. Er erklärte den Journalisten:

"Natürlich wird der Konflikt in der Ukraine besprochen. Ich kann sagen, dass wir die gefasste und abgewogene Haltung der chinesischen Regierung in dieser Frage hoch einschätzen."

Uschakow bemerkte, dass die Vorschläge des chinesischen Friedensplans zur Regelung des Konflikts größtenteils mit Moskaus Sichtweise auf die gegenwärtige Situation übereinstimmen.

Darüber hinaus werden die Staatschefs Russlands und Chinas auch das Thema der militärtechnischen Zusammenarbeit klären, sagte der Assistent des russischen Präsidenten.

Außerdem werden sie Uschakow zufolge die Hauptrichtungen der bilateralen Partnerschaft – auch die des Energiebereiches – besprechen und eine Reihe von Dokumenten unterzeichnen. Insbesondere sei hierbei die Rede von einer Deklaration zur Vertiefung der Beziehungen und strategischen Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Erklärung für einen richtungsweisenden Entwicklungsplan zur wirtschaftlichen Kooperation beider Länder bis zum Jahr 2030.

Im Rahmen der Gespräche ist auch ein Treffen der chinesischen Delegation mit den Leitern der größten russischen Unternehmen vorgesehen.

Uschakow bezeichnete Xis Besuch in Moskau als das wichtigste Ereignis in den Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Er sagte:

"Wir haben keine Zweifel, dass die bevorstehenden Gespräche einen starken Impuls der bilateralen Partnerschaft in ihrem gesamten Umfang geben."

Seinerseits betonte der offizielle Vertreter des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, dass der bevorstehende Besuch von Chinas Staatschef in Moskau die Zusammenarbeit mit Russland in mehreren Bereichen stärken werde. Das Treffen diene dem "Erreichen einer größeren Harmonie und Kooperation" zwischen der Neuen Seidenstraße und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, sagte Wang, und es werde beiden Ländern beim Erreichen ihrer jeweiligen Entwicklungsziele helfen. Wie er weiter erklärte, werde Xi Jinping während seines Besuchs in Russland "die strategische Koordination und praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern stärken sowie einen neuen Impuls der Verstärkung von bilateralen Beziehungen geben".

"Im Namen des Wohlstands und der Prosperität"

Im Vorfeld des Treffens haben die Staatschefs Russlands und Chinas ihre Artikel in *Renmin Ribao* und der *Rossijskaja Gaseta* veröffentlicht. Wladimir Putins und Xi Jinpings Beiträge behandeln vornehmlich die Dynamik der russisch-chinesischen Beziehungen.

In seinem Artikel "Russland und China – eine in die Zukunft gerichtete Partnerschaft" nannte der

russische Präsident den Besuch seines Amtskollegen ein bedeutendes Ereignis, das erneut den "besonderen Charakter" der Partnerschaft zwischen den beiden Ländern bestätigen würde, welche sich auf dem gegenseitigen Vertrauen sowie dem "Respekt vor der Souveränität und den Interessen der jeweils anderen Seite" aufbaue. Putin betonte:

"Die russisch-chinesischen Beziehungen haben das höchste Niveau in ihrer ganzen Geschichte erreicht und verfestigen sich weiter. In ihrer Qualität übersteigen sie die militärisch-politischen Bündnisse aus Zeiten des Kalten Krieges, darin gibt es keinen Leiter und Untergeordneten, keine Beschränkungen oder Tabuthemen."

Eine der Prioritäten der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Peking sei die Partnerschaft in Wirtschaft und Handel. Laut Russlands Staatschef verdoppelte sich der Warenumsatz zwischen Moskau und China zum Ende des Jahres 2022 und erreichte den Umfang von 185 Milliarden US-Dollar. Der russische Präsident bemerkte:

"Das ist ein neuer Rekord. Und wir haben jeden Grund zu vermuten, dass die von uns und dem Präsidenten Xi Jinping angestrebte Marke von 200 Milliarden US-Dollar nicht 2024, sondern schon im laufenden Jahr überschritten wird. Dabei ist es wichtig, dass beim bilateralen Handel der Anteil von Zahlungen in Nationalwährungen steigt und dass unsere Beziehungen noch souveräner werden."

Der russische Präsident merkte des Weiteren an, dass die Erdgaspipeline "Kraft Sibiriens" zwischen Russland und China nach ihren Maßstäben zu einem "Geschäft des Jahrhunderts" geworden sei, das die Lieferungen russischen Erdöls und Kohle bedeutend ansteigen ließ. Er nannte auch den Bau von neuen Atommeilern in China unter Beteiligung russischer Spezialisten und die Aktivität der chinesischen Unternehmen, die sich an russischen Flüssiggasprojekten beteiligen, sowie die Festigung der industriellen und landwirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder. Moskau und Peking werden gemeinsam den Weltraum erforschen, neue Technologien entwickeln und Brücken bauen, so Russlands Staatsoberhaupt.

Putin stellte fest, dass sowohl Russland als auch China für die Schaffung einer "gleichberechtigten, offenen, inklusiven, nicht gegen Drittländer gerichteten" Sicherheitsarchitektur auf regionaler und internationaler Ebene konsequent zusammenarbeiten.

Dabei halte sich der kollektive Westen immer verbissener an archaischen Dogmen, an seiner "schwindenden Dominanz" und setze dabei die Schicksale ganzer Länder und Völker aufs Spiel, so Putin weiter. Er erklärte:

"Der von den USA betriebene Kurs auf die doppelte Eindämmung von Russland und China sowie von allen, die sich dem US-amerikanischen Diktat nicht beugen, nimmt immer schärferen und gefährlicheren Charakter an. Es findet eine Demontage der internationalen Sicherheitsarchitektur und Zusammenarbeit statt. Russland wurde zu einer 'unmittelbaren Bedrohung' und China zu einem 'strategischen Konkurrenten' erklärt."

Außerdem zollte er China Anerkennung für dessen ausgewogene Position im Ukraine-Konflikt sowie für das Verständnis für die "Vorgeschichte und wahren Gründe" der laufenden Geschehnisse und fügte hinzu, dass Russland für eine politisch-diplomatische Regelung der Krise offen sei.

Dabei bemerkte Russlands Präsident, dass Moskau dem Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit treu bleibe. Dieses Prinzip werde von der NATO "grob verletzt". Putin betonte:

"Wir sind über verantwortungslose und schlicht gefährliche Handlungen, die globale

nukleare Sicherheit untergraben können, tief besorgt. Wir nehmen keine illegitimen einseitigen Sanktionen hin, die abgeschafft werden müssen."

Ihm zufolge sei die "vom Westen provozierte und sorgfältig angeheizte Krise in der Ukraine" die schillerndste, doch bei Weitem nicht die einzige Erscheinung der Pläne zum Erhalt der eigenen weltweiten Dominanz. Russlands Staatschef erklärte:

"Es ist unübersehbar, dass die NATO ihrer Tätigkeit eine globale Dimension zu verleihen und in die asiatisch-pazifische Region einzudringen versucht. Dass einige Kräfte den gesamteurasischen Raum zielstrebig in ein Netz von 'geschlossenen Clubs' und militärischen Blocks aufzuspalten versuchen, um die Entwicklung unserer Länder einzudämmen und ihre Interessen zu verletzen. Doch niemand wird es schaffen."

Laut Putin würden die Beziehungen zwischen Russland und China einen Grundpfeiler der internationalen Stabilität darstellen und das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Putin schlussfolgerte:

"Ich bin mir sicher, dass unsere Freundschaft und Partnerschaft, die sich auf der strategischen Wahl der beiden Länder begründen, im Namen des Wohlstands und der Prosperität Russlands und Chinas weiterhin wachsen und sich festigen werden. Zweifellos wird der jetzige Besuch des Präsidenten der Volksrepublik China in Russland dazu beitragen."

Der chinesische Präsident bemerkte in seinem Artikel "Entschlossen voranschreiten zu neuen Perspektiven der Freundschaft, Zusammenarbeit und gemeinsamen Entwicklung Chinas und Russlands", dass sowohl Russland als auch China eine eigenständige Außenpolitik betreiben sowie die bilateralen Beziehungen als eine der Hauptprioritäten in ihrer Diplomatie betrachten. Moskau und Peking würden in aktuellen internationalen und regionalen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse rechtzeitig "die Uhren vergleichen" und bei der nachhaltigen Entwicklung der bilateralen Beziehungen "den Ton angeben". Xi weiter:

"Die reifen und gefestigten Beziehungen verstärken sich beständig und dienen als Maßstab für internationale Beziehungen neuen Typs, die durch gegenseitigen Respekt, friedliche Koexistenz und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit gekennzeichnet sind."

Ihm zufolge sei das Ziel seines Moskau-Besuchs eine "Festigung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des Friedens". Chinas Staatschef betonte:

"Ich bin bereit, gemeinsam mit Präsident Wladimir Putin neue Pläne und Maßnahmen im Namen der Eröffnung neuer Perspektiven der russisch-chinesischen Beziehungen, der allumfassenden Partnerschaft und der strategischen Zusammenarbeit aufzustellen."

Er berichtete, dass China als Russlands größter Außenhandelspartner gemeinsam mit Russland den Umfang der gegenseitigen Investitionen steigern und an einer Reihe von strategisch wichtigen Projekten im Bereich der Energie, Weltraumforschung, Luftfahrt und Transport zusammenarbeite. Xi erklärte:

"All dies bringt nicht nur Vorteile für die einfachen Menschen, sondern gibt einen unerschöpflichen Impuls für die Entwicklung beider Länder."

Laut Xi rufen Moskau und Peking "in effektiven Schritten eine wirkliche Multipolarität ins Leben". Für beide Seiten sei es wichtig, das gegenseitige Vertrauen zum Erhalt der etablierten

Entwicklungsdynamik der russisch-chinesischen Beziehungen auf hohem Niveau zu festigen. Xi betonte:

"Es ist notwendig, parallel den Umfang und die Qualität der Zusammenarbeit bei Investitionen, Handel und Wirtschaft zu steigern, die politische Koordination zu festigen, günstigere Bedingungen für hochqualitative Entwicklung der Zusammenarbeit bei Investitionen zu schaffen, die Gemeinsamkeit der Interessen auszubreiten und neue Wachstumspunkte zu suchen."

Gleichzeitig würden auch neue, schnell heranwachsende Sicherheitsrisiken drohen. Chinas Staatschef betonte:

"Handlungen der Hegemonie, des Despotismus und der Hetze fügen der Welt beträchtlichen Schaden zu."

Er stellte außerdem fest, dass eine "totale Verschärfung der Ukraine-Krise" zu beobachten sei. Xi bemerkte:

"China nimmt auf Grundlage des eigentlichen Wesens der Geschehnisse stets eine objektive und unvoreingenommene Position ein, unternimmt Anstrengungen zur Unterstützung der Aussöhnung und der Friedensverhandlungen."

Dabei war sich Chinas Staatsoberhaupt sicher, dass die jüngst veröffentlichte Position Chinas zur politischen Regelung der Ukraine-Krise die Einheit der Ansichten der Weltgemeinschaft zur Lösung dieses Konflikts maximal widerspiegele. Xi erklärte:

"Schwierige Probleme haben keine einfachen Lösungen."

"Besondere Beachtung"

Es ist anzumerken, dass die Nachricht vom anstehenden Treffen der Staatsoberhäupter Russlands und Chinas recht lebhaft Reaktionen im Westen hervorrief.

So erklärte die britische Führung, dass London damit rechne, dass Xi Jinping während seiner Gespräche mit dem russischen Präsidenten ihn zu einem Truppenrückzug aus der Ukraine auffordern werde. Davon berichtete *Sky News* unter Verweis auf Großbritanniens Ministerpräsidenten Rishi Sunak.

Seinerseits äußerte Washington die Hoffnung, dass Chinas Staatschef nach dem Ende seines Russland-Besuchs einen "direkten Kontakt" zum ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij aufnehmen werde. Dies gab der Kommunikationsdirektor des nationalen Sicherheitsrats der USA, John Kirby, bekannt. Dabei bemerkte er, dass es nach Ansicht Washingtons wichtig sei für Xi, auch die Meinung der ukrainischen Seite und nicht nur Russlands Standpunkt anzuhören. Später sagte er in einer Sendung von *Fox News*, dass die USA mögliche Aufrufe zu einem Waffenstillstand in der Ukraine nach Abschluss des anstehenden Treffens der Staatshäupter Russlands und Chinas für unakzeptabel halten würden.

Das Oberhaupt des ukrainischen Außenministeriums, Dmitri Kuleba, behauptete in einem Interview mit dem britischen Fernsehsender *BBC*, dass Kiew zu Gesprächen mit Peking bereit sei und äußerte sein Bedauern darüber, dass es seitens Chinas gegenwärtig keine Pläne für ein Treffen zwischen Selenskij und Xi gebe – dieser jedoch Russland besuche.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich zum russisch-chinesischen Dialog. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Japans Ministerpräsidenten Fumio Kishida in Tokyo behauptete Scholz, dass es schwierig sei, einzuschätzen, in welcher Richtung sich die Gespräche zwischen den Staatsefs von Russland und China in Moskau entwickeln werden. Seinerseits äußerte Kishida den Wunsch, dass Xi eine "verantwortliche Haltung gegenüber der Region und der Welt" zeigen werde.

Darüber hinaus veröffentlichten mehrere Medien Publikationen zum bilateralen Treffen.

Die chinesische Zeitung *Global Times* schreibt unter Verweis auf Experten, dass Xis Besuch in Moskau der internationalen Gemeinschaft signalisieren werde, dass die Partnerschaft zwischen Russland und China "so fest wie noch nie" sei. In der *Global Times* heißt es:

"In letzter Zeit haben die USA und einige weitere westliche Länder ihre Bemühungen zur Verleumdung und Dämonisierung der russisch-chinesischen Beziehungen aktiviert. Indem sie Lügen zur angeblichen 'chinesischen Unterstützung' Russlands im Konflikt mit der Ukraine verbreiten, versuchen die USA und ihre Verbündeten, Russland und China eine Falle zu stellen."

Einen Tag nach dieser Publikation veröffentlichte die Zeitung eine zweite Meldung. Darin wird der Besuch von Chinas Staatsef in Russland als Unterstützung der weiteren strategischen Zusammenarbeit und Festigung der gegenseitigen vorteilhaften Partnerschaft beider Staaten bezeichnet. *Global Times* zufolge werde dies nicht nur beiden Ländern und Völkern Vorteile bringen, sondern auch eine "größere Gewissheit in die internationale Gemeinschaft vor dem Hintergrund der jetzigen Menge an Risiken". In der Meldung heißt es:

"Es wird ein Besuch sein, der sich auf Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit konzentrieren wird. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise in der Ukraine und der wachsenden geopolitischen Spannung weltweit zog dieser Besuch besondere Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und der öffentlichen Meinung auf sich."

Die *Global Times* schreibt weiter, dass in dieser "schwierigen und unruhigen Lage", wie man sie heute beobachten könne, Russland und China über ein großes Potenzial für die Festigung ihrer Zusammenarbeit verfügen. Die chinesisch-russische Freundschaft gewinne "eine so wichtige Bedeutung wie noch nie". Die Autoren des Artikels von *Global Times* betonen:

"Die feste Zusammengehörigkeit von wirtschaftlichen Strukturen der beiden Länder schafft ein kolossales Potenzial für Zusammenarbeit in Bereichen der Energie, Industrie, Technologien und Humankapital. Diese Partnerschaft akzeptiert keine Einmischung oder Druck von irgendeiner dritten Seite."

Auch die US-amerikanische Zeitung *The Hill* veröffentlichte ihre Prognose bezüglich des anstehenden Treffens zwischen den Staatsefs. Ihre Autorin Ellen Mitchell behauptete, dass die Verhandlungen zwischen Putin und Xi angeblich eine Herausforderung für die USA und ihre Verbündeten darstellen würden, wenn Letztere weiterhin versuchten, Russlands Wirtschaft durch "zerstörerische Sanktionen" unter Druck zu setzen. Laut Mitchell sei es am wahrscheinlichsten, dass Russland und China ihre Partnerschaft öffentlich gegen die ungerechte westliche Einmischung in die innerstaatlichen Angelegenheiten beider Länder bestätigen werden. Die Autorin betonte außerdem, dass die Nachricht über die bevorstehenden Gespräche zwischen dem russischen und chinesischen Präsidenten die westlichen Staatsefs besorgt haben soll.

"Die Zusammenarbeit stärken"

Nach Meinung von Experten gewinnt die Entwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen Moskau und Peking gerade jetzt an Aktualität. Vor dem Hintergrund der Verschärfung von Russlands Beziehung zum Westen sagte der wissenschaftliche Leiter des Instituts für China und modernes Asien der Russischen Akademie der Wissenschaften, Alexander Lukin, in einem Gespräch mit RT:

"In der aktuellen Lage, in den recht schwierigen Beziehungen Russlands zum Westen, sind Verbindungen zu China – der führenden, nicht westlichen Wirtschaftsmacht der Welt – für die russische Seite besonders wichtig. Deshalb werden während Xi Jinpings Besuch in Moskau vornehmlich die Fragen der politischen und militärisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit verhandelt."

Er schloss nicht aus, dass neben der bereits angekündigten Unterzeichnung der Deklaration und der gemeinsamen Erklärung in Anwesenheit der Staatschefs auch eine Reihe von Verträgen, darunter die Zusammenarbeit verschiedener Unternehmen beider Länder, unterzeichnet werden könnten.

Dabei sagte der Analytiker, dass eines der Schlüsselthemen des Dialogs in der Entwicklung der Kooperation zwischen Moskau und Peking im Bereich des Handels liegen könnte, da der bilaterale Handelsumsatz immer stärker zunehme. Lukin erklärte:

"Russland hat Gesprächsthemen für seinen wichtigsten Handelspartner. Der Handelsumsatz mit China steigt. Betrug er im vergangenen Jahr noch 185 Milliarden US-Dollar, so wird er im Jahr 2024 – oder nach Schätzungen der russischen Regierung sogar früher – 200 Milliarden US-Dollar erreichen. China kauft von Russland große Mengen an Öl und Gas. Mit russischer Hilfe werden in China Atomkraftwerke gebaut, Kontakte im Bereich der Weltraumforschung werden ausgebaut. All dies wird im Rahmen des wirtschaftlichen Blocks während der Verhandlungen besprochen werden."

Nach Meinung des Leiters des Instituts für Orientalistik der Wirtschaftshochschule Moskau, Andrei Karnejew, zeugt das Treffen zwischen den Staatschefs von Russland und China von einer außerordentlichen Wichtigkeit der allumfassenden strategischen Partnerschaft der beiden Länder. Karnejew bemerkte gegenüber RT:

"Der Besuch in Moskau wird zum ersten Auslandsbesuch von Xi Jinping nach seiner Wiederwahl. Russland sowie China haben ein riesiges Potenzial für Zusammenarbeit. Und nun müssen die Uhren verglichen werden, um die Kooperation zu stärken."

Laut Karnejew wird der russisch-chinesische Gipfel einen zusätzlichen Antrieb für die Vertiefung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Investitionen geben. Er fügte hinzu:

"Darüber hinaus wird dies mit Sicherheit die multilaterale Partnerschaft im Rahmen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit stärken. Während die westlichen Staaten China Sanktionen für eine Vertiefung der Verbindungen zu Russland androhen, werden die Delegationen der beiden Länder besprechen, wie man unter diesen Bedingungen die bilateralen Beziehungen so aufbaut, dass der westliche Einfluss minimiert wird."

Nach Meinung des Analytikers wächst trotz der schwierigen internationalen Lage die Zusammenarbeit zwischen Russland und China im Bereich der Energie recht schnell. Er erklärte:

"Außerdem steigt der Import von Erzeugnissen der chinesischen Maschinenbauindustrie rasant, sodass chinesische Autohersteller erfolgreich am russischen Markt arbeiten. Außerdem gibt es Möglichkeiten, den Export von russischen Landwirtschaftsprodukten und"

Lebensmitteln nach China zu steigern."

"Keine Grenzen bei der Zusammenarbeit"

Was die politische Thematik des anstehenden Treffens angeht, wird nach Meinung der Analytiker die Besprechung der Ukraine-Krise zu deren Schlüsselfrage. Lukin bemerkte:

"China hat jüngst seinen Vorschlag aus zwölf Punkten zur Regulierung der Krise veröffentlicht. Russland begrüßte Chinas Position in dieser Angelegenheit. Deswegen denke ich, dass die chinesische Seite wahrscheinlich über die Perspektiven der russischen Politik hinsichtlich der Möglichkeit einer Regulierung unter der Einbeziehung von Elementen des chinesischen Plans sprechen wird."

Was die militärtechnische Zusammenarbeit zwischen Russland und China angeht, ist Karnejew der Ansicht, dass sie sich bereits jetzt auf einem hohen Niveau befinde, allerdings hier auch noch Handlungsspielraum bestehe. Der Analytiker erklärte:

"Die Partnerschaft im Bereich der Verteidigung zwischen Russland und China entwickelt sich erfolgreich. Vor Kurzem fanden gemeinsame russisch-chinesische Militärübungen unter der Beteiligung Irans statt. Insgesamt richtet sich diese Kooperation vor dem Hintergrund der schwierigen internationalen Lage auf den Erhalt des Friedens und der Stabilität in Eurasien, wo einige Länder versuchen, neue Konfliktherde anzulegen."

Beide Experten teilen die Meinung, dass Moskau und Peking die Zusammenarbeit in mehreren Bereichen aktiv stärken werden. Lukin versicherte:

"Die russisch-chinesischen Beziehungen werden sich in alle Richtungen entwickeln. Jüngst stellte Peking fest, dass Russland und China bei der Zusammenarbeit keine Grenzen, keinen Deckel oder sonstige Einschränkungen haben. Es ist wirklich so, die Verbindungen werden nur stärker und fester."

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

* * *

Abgestürzte US-Drohne vor der Krim: Die Frage der Bergung

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/165865-abgestuerzte-us-drohne-vor-krim/>

21.03.2023

Diese Analyse behandelt einen wenig bekannten Aspekt maritimer Hilfsoperationen. Bei dem Absturz einer MQ-9-Drohne der US Air Force vor der Krim-Küste am Morgen des 14. März 2023 stellt dieser jedoch ein sehr entscheidendes Element dar. Zwei russische Su-27-Kampffjets hatten die Drohne zuvor mehrmals überflogen.

Von Nat South

Bergungen auf See sind wahrscheinlich nicht das interessanteste Thema, aber solche Operationen sind ein fester Bestandteil maritimer Aktivitäten. Über die Bergung gesunkener Schiffe hört und liest man kaum etwas und sie werden in den Medien nur knapp erwähnt, meist als Fußnote bei Zwischenfällen oder Unfällen. Doch die US-Marine und die britische Marine wissen nur allzu gut, dass die Bergung empfindlicher Ausrüstung von größter Bedeutung ist. Beide mussten vor nicht allzu langer Zeit aus den Tiefen des Mittelmeers und des Südchinesischen Meeres abgestürzte F-35-

Kampffjets bergen, was in beiden Fällen rund fünf Wochen dauerte.

Ziel ist es, zum einen keine sensible Ausrüstung zurückzulassen, die gegnerischen Militärs möglicherweise nützliche Informationen liefern würde, zum anderen können die Überreste einen Aufschluss zur Unfallursache bringen. Dabei sind mehrere Phasen zu berücksichtigen:

1. Die Sicherung der ungefähren Position des Wracks
2. Sondierung der Lage und Absuchen des Meeresbodens rund um die Absturzstelle
3. Visuelle Prüfung des Wracks und Beurteilung seines Zustands
4. Bergung des Wracks oder Teilen davon

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Prozess für die Bergung des Wracks der MQ-9 derselbe sein. Da die US-Marine im Schwarzen Meer keine Ressourcen hat, um eine rasche Bergungsoperation durchzuführen, sind die USA nicht ohne Weiteres in der Lage, die Wrackteile der Drohne vom Meeresboden zu heben. Russland hat die technischen Möglichkeiten, die Trümmer der MQ-9 Reaper vom Meeresboden zu bergen. Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, sagte:

"Dies muss getan werden. Und wir werden sicherlich daran arbeiten."

Die russische Schwarzmeerflotte verfügt über eine Reihe von Schiffen, die an Such- und Rettungsoperationen (SAR) sowie an Operationen zur Erkundung des Meeresbodens und an der anschließenden Bergung teilnehmen können. Sie sind jeweils mit unterschiedlichen Spezifikationen ausgestattet. Die meisten dieser Schiffe sind Hilfsschiffe und verfügen über eine Ausrüstung für Tauchoperationen oder sie haben Geräte an Board, mit denen der Meeresboden abgesucht werden kann.

Für die Anfangsphase, die Suchphase, stehen der Schwarzmeerflotte mehrere hydrografische und wissenschaftliche Schiffe zur Verfügung, mit denen man eine detaillierte Erkundung des Absturzgebiets durchführen kann. Dazu gehören Schiffe, die für spezielle Unterwasserarbeiten von Bedeutung sind, wie zum Beispiel die Seliger oder das hydrografische Schiff Projekt 862/II der Yug-Klasse Donuslaw. Zudem gibt es weitere kleinere hydrografische Schiffe der Moma- oder Finik-Klasse in der russischen Flotte, mit denen man die Absturzstelle am Meeresboden auskundschaften könnte.

Für die letzte Phase der Bergungsoperation – das Heben des Wracks oder Teilen davon – verfügt die Schwarzmeerflotte über Schiffe mit hoher Lastfähigkeit. Dies sind beispielsweise das große Festmacherschiff, der Bojentender und das Rettungsschiff des Projekts 141, die KIL-158 der Kaschtan-Klasse mit seinem 100-Tonnen-Schwerlastkran sowie die Epron des Projekts 527 der Prut-Klasse, die unter anderem für Bergungs-, Hebe- und bemannte Tauchoperationen ausgerüstet ist.

Angesichts ihrer potenziellen Größe sind im Vergleich zum Heben einer ganzen Jet-Flugzeugzelle oder eines Hubschraubers bei der MQ-9 keine schweren Wrackteile zu erwarten. Dies bedeutet, dass die Identifizierung und Bergung von Fragmenten auch von anderen Schiffen durchgeführt werden kann. Falls die MQ-9 beim Aufprall auf das Wasser auseinandergebrochen sein sollte, würden die Wrackteile weit über den Meeresboden verteilt sein, was dann eine detailliertere Untersuchung erforderlich macht. In diesem Fall würde eine Bergung der Einzelteile vom Meeresgrund wesentlich komplizierter und aufwendiger sein.

Die von der Hauptdirektion für Tiefseeforschung (GUGI) des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation betriebene Seliger ist ein Forschungsschiff des Projekts 11982 und ideal für

solche Arbeiten geeignet – insbesondere für Such- und Bergungsoperationen –, da sie für Meeresforschung und die Erkundung des Meeresbodens ausgelegt ist. Die Seliger verfügt über verschiedene Instrumente für die Unterwassersuche, darunter das autonome Such- und Rettungstauchboot ARS-600 für die Suche nach Unterwasserobjekten in bis zu 600 Metern Tiefe.

Die ARS-600 ist ein hochmobiles bemanntes Tauchboot, das über Greifarme verfügt und Lasten von bis zu 80 Kilogramm heben kann. Bezeichnenderweise verfügt die Seliger über ein dynamisches Positionierungssystem (DPS), das die Position des Schiffes auf der Meeresoberfläche kontrollieren und aufrechterhalten kann. Im September 2018 war sie vor der syrischen Küste im Einsatz, um bei einer Suchoperation die Teile des Wracks einer abgeschossenen IL-20 zu bergen.

Zudem gibt es weitere dedizierte Rettungsschlepper mit Mehrzweckfähigkeit wie die SB-742 oder die Kapitän Gurew des Projekts 22870. Sie hat einen Komplex für die Unterstützung von Tauchern bei Taucheinsätzen bis zu einer Tiefe von 60 Metern. Diese Schiffstypen können auch bei Bergungs- und Rettungseinsätzen hilfreich sein, wie das vor der syrischen Küste bei der Bergung einer Su-33 und einer MiG-29 der Fall war, die im Jahr 2016 ins Mittelmeer stürzten.

Darüber hinaus steht der Schwarzmeerflotte das Bergungsschiff Sayany des Projekts 05361 der Michail-Rudnitskij-Klasse zur Verfügung. Und schließlich ist da noch die ehrwürdige alte Dame der Schwarzmeerflotte, die Kommuna, ausgestattet mit einem Rettungstauchboot AS-28 sowie einer ferngesteuerten Unterwasserdrohne (ROV), mit der man in bis zu 1.000 Metern Tiefe operieren kann.

Die Kommuna ist ein ziemlich betagtes Schiff und seit über 100 Jahren im Einsatz. Deshalb ist es zweifelhaft, ob sie direkt an der Bergung teilnehmen wird, sie ist nicht so modern ausgestattet wie andere Schiffe, die zur Verfügung stehen. Obwohl sie über eine Ausrüstung mit großer Tiefenkapazität verfügt, hat sie kein dynamisches Positionierungssystem (DPS), das zur Bergung kleiner Trümmerteile notwendig wäre. Die Kommuna hat jedoch die Fähigkeit, das Rettungstauchboot AS-28 zum Einsatzort zu bringen. So könnte sie also – wenn auch höchst unwahrscheinlich – den Einsatz eines bemannten Tiefsee-Tauchboots möglich machen, falls dies erforderlich sein sollte.

Zur Not könnte sogar die Vsevolod Bobrow, ein Schiff zur logistischen Unterstützung des Projekts 03182, bei verschiedenen Aspekten der Bergungsoperation helfen. Sie ist mit Frachtkränen ausgestattet, von denen aus man die Untersuchung des Meeresbodens durchführen kann und – dank der sich an Bord befindenden Dekompressionskammer – auch Tauchoperationen unterstützt werden können. Kurzum, es gibt in der russischen Flotte genügend Schiffe, die für den Einsatz zur Bergung von Wrackteilen geeignet wären.

Vergangenes Jahr wurden bereits häufig Aspekte der Bergungsoperation und Ausrüstung angesprochen, die nach dem Untergang des Flaggschiffs der Schwarzmeerflotte Moskwa sozusagen hinter den Kulissen stattgefunden haben. Zu dieser Zeit war auch der Rettungsschlepper Spasatel Bech (früher unter dem Namen SB-739) im Dienst, der eine Tauchunterstützung für bis zu 60 Meter Tiefe, einen ROV und andere Suchgeräte einsetzen konnte. Dieses Schiff wurde jedoch im Juni 2022 während einer Mission vor der Schlangeninsel an der Küste der Ukraine versenkt.

Bergungsoperationen

Angesichts der Tatsache, dass sich die ermittelte Absturzstelle beziehungsweise die Überreste der MQ-9 in Gewässern von mehr als 900 oder 1.200 Metern Tiefe befinden – laut US-Offiziellen und Medien –, werden die Bergungsoperationen an ihr Limit kommen, aber nicht unbedingt so belastend sein wie extreme Bergungsoperationen in der Tiefsee, so wie es bei der abgestürzten F-35

der Fall war. Alles hängt weitestgehend vom Gesamtzustand der Drohne ab.

Obwohl Schiffe mit Ausrüstung zur Tauchunterstützung zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel Taucherglocken, erreicht der Wasserdruck in dieser Tiefe mehr als 90 bar, sodass keine Menschen eingesetzt werden können, was somit unbemannte und ferngesteuerte Tauchdrohnen erfordert.

Sobald die Absturzstelle oder das Trümmerfeld lokalisiert worden ist, könnten diese dann unter der Verwendung von Side-Scan-Sonar den Bereich am Meeresboden absuchen, inspizieren und kartieren. Anschließend würde die Operation höchstwahrscheinlich genau so ablaufen, wie hier die Bergung einer abgestürzten F-35 der US-Navy im Südchinesischen Meer im Jahr 2022 beschrieben wird:

"Das Flugzeug wurde mit einer CURV-21 geborgen, einer ferngesteuerten Tauchdrohne, das eine spezielle Befestigungsvorrichtung am Flugzeugwrack anbrachte. Der Hebehaken des Schiffskrans wurde dann auf den Meeresboden abgesenkt und an die Befestigungsvorrichtung eingehakt. Anschließend wurde das Flugzeugwrack an die Oberfläche gehoben und an Bord der Picasso gehievt."

Dasselbe Verfahren wurde angewendet, um im Jahr 2021 einen Hubschrauber der US-Navy aus extremen Tiefen im Pazifik zu bergen. Man beachte, was hierzu erklärt wird:

"Die Tiefe ist ein Faktor, ebenso die Verfügbarkeit der benötigten Ausrüstung. Andere Faktoren sind die Verfügbarkeit eines Schiffes mit dynamischem Positionierungssystem, das Wetter und die Jahreszeit. Wenn man ein Flugzeug bergen will, muss das Schiff direkt über der Absturzstelle in Position bleiben können."

Eine weitere Methode wäre die Verwendung von Hebeballons. Davon gibt es verschiedene Ausführungen, entweder als eine Art länglicher Airbag oder als fallschirmförmiges Hebekissen, die in diversen Größen erhältlich sind. Diese könnten unter bestimmten und besonderen Umständen zusammen mit einem Hebekran verwendet werden.

Präzedenzfälle im Schwarzen Meer

Eine von der Schwarzmeerflotte durchgeführte Bergung war die der Liman, einem Schiff für elektronische Aufklärung, das am 27. April 2017 nach der Kollision mit dem Handelsschiff Youzarsif H etwa 20 Seemeilen nordwestlich der Bosphorus-Meerenge sank.

Die russische Marine schickte umgehend ein Schiff, um das Gebiet zu sichern. Anschließend wurde die Seliger hinterhergeschickt, um das Wrack zu untersuchen und zu begutachten. Danach kam auch noch die SB-739 zur Bergung sensibler Ausrüstung hinzu. Alles in allem hatten mehrere Schiffe unterschiedliche Rollen in dieser Operation, die KIL-158, die Epron, die Seliger und die SB-739. Die Liman sank außerhalb der türkischen Hoheitsgewässer, dennoch war es angesichts der Rolle dieses Schiffes und der Nähe zu einem NATO-Staat äußerst dringend, streng geheimes Material und Ausrüstung aus dem Wrack zu bergen. Eine sehr ähnliche Situation dürfte sich bei der Moskwa ereignet haben.

Ein weiterer Präzedenzfall, speziell auf das Schwarze Meer bezogen, hatte sich am 30. August 1974 ereignet. Ein Zerstörer der Kaschin-Klasse, die Otwaschnij, geriet nach einer Explosion im hinteren Munitionsmagazin in Brand und war daraufhin gesunken. Die sowjetische Marine lancierte auch in diesem Fall umgehend eine Operation zur Bergung von sensibler Ausrüstung aus dem Wrack.

Die russische Marine hat in den vergangenen zehn Jahren angemessene Erfahrung mit

Rettungseinsätzen entwickelt, einschließlich während der Unterstützung Argentiniens bei der Suche nach dem gesunkenen U-Boot ARA San Juan im Jahr 2017. Bis vor Kurzem veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium regelmäßig Informationen über Übungen, die mit einer Vielzahl von Ausrüstungen durchgeführt wurden, einschließlich mit Mini-Tauchbooten (DSRV), ferngesteuerten Unterwasserdrohnen sowie mit Tiefsee-Anzügen und Taucherglocken. Zudem hat die russische Marine in den vergangenen Jahren an mehreren Expeditionen teilgenommen, die oft komplexer Natur waren. Beispielsweise um in der Barentssee gesunkene Objekte aus dem Zweiten Weltkrieg zu bergen, die Bergungsfähigkeiten aufrechtzuerhalten oder, wie ein kürzlich erschienener Bloomberg-Artikel es umschrieb, es "der Marine zu ermöglichen, spezialisierte Taucher zu trainieren und Geräte wie Mini-U-Boote und Tauchdrohnen zu testen". In ähnlicher Weise gab es Expeditionen archäologischer Natur im Schwarzen Meer, darunter eine im Jahr 2015, die von Präsident Wladimir Putin in einem Tauchboot begleitet wurde, das der Russischen Geografischen Gesellschaft (RGS) gehört.

Aus dem [Englischen](#).

Nat South ist eine ehemalige Spezialistin für Maritime Richtlinien in den Bereichen Sicherheit und Regulierung. Als unabhängige Autorin und Kommentatorin zu maritimen geopolitischen Themen mit Schwerpunkt Arktis sind ihre neuesten Analysen auf ihrem [LiveJournal-Blogpost](#) zu finden.

* * *

Xi zu Besuch in Moskau: Schlüsselmoment im Kampf gegen die US-Hegemonie

<https://gegenzensur.rtde.life/international/165954-xi-in-moskau-schluesselmoment-im-kampf-zur-beendigung-us-hegemonie/>

22.03.2023

Russland und China haben mittlerweile verstanden, dass sie zusammenhalten müssen, um Washingtons Aggressionen abzuwehren. Denn wenn eines der beiden Länder fällt, bleibt das andere Land auf sich allein gestellt. Eine Annäherung ist unumgänglich.

Von Dmitri Trenin

Der Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in Moskau war nicht nur symbolisch. Es handelte sich dabei um seine erste Auslandsreise, nachdem er für eine dritte Amtszeit als Staatspräsident wiedergewählt wurde. Xis Staatsbesuch war besonders wichtig im Lichte des größeren Kontextes, in dem er stattgefunden hat. Die globale Situation erfordert eine weitere Vertiefung der chinesisch-russischen Beziehungen, um die externen Herausforderungen anzugehen, denen beide Länder ausgesetzt sind.

Das internationale System befindet sich in einer Krise vom Ausmaß eines Weltkriegs. Diese Krise begann vor fast einem Jahrzehnt, als der vom Westen unterstützte Regierungsumsturz auf dem Maidan in Kiew losgetreten wurde und mit Russlands Reaktion darauf, die Kontrolle über die Krim zu übernehmen, was zu einer bis heute anhaltenden amerikanisch-russischen Konfrontation führte. Drei Jahre später gingen die USA von der bisherigen China-Politik des "Engagieren und Eindämmen" abrupt zu einem Handels- und Technologiekrieg über, was in eine ernsthafte Konfrontation zwischen Washington und Peking mündete.

Vergangenes Jahr startete Russland seine Militäroperation in der Ukraine, um jene Bedrohung zu beseitigen, die in Moskau als ein "landgestützter, von den USA bewaffneter und kontrollierter Flugzeugträger vor Russlands Haustür" betrachtet wurde, zu dem die Ukraine de facto geworden

war. Damit degenerierte die russisch-amerikanische Konfrontation zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den beiden größten Atommächten der Welt. Gleichzeitig verschärfte Washington zunehmend seine Haltung gegenüber Peking und versuchte zudem, seine Verbündeten und Partner in Asien und Europa gegen China zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund haben auch die Spannungen um Taiwan erheblich zugenommen. Daher kann die Möglichkeit, dass Washington einen bewaffneten Konflikt um diese Insel heraufbeschwören wird, nicht ausgeschlossen werden. Hier steht nicht nur das Schicksal der Ukraine oder die Zukunft Taiwans auf dem Spiel. Das Problem ist die bestehende Weltordnung selbst und ihr gegenwärtiges Organisationsprinzip: Die globale Hegemonie der USA. Dieser von Moskau und Peking rundweg abgelehnte Status wird nun ernsthaft in Frage gestellt. Seit einigen Jahren bezeichnen die USA die gegenwärtige Situation als "Konkurrenz der Großmächte", was im 20. Jahrhundert die Essenz beider Weltkriege war. Russland und China setzen sich seit den 1990er-Jahren für einen Übergang von der US-geführten Unipolarität zu einer multipolaren Weltordnung ein. Diese Position wird von zahlreichen Ländern in Asien, dem Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika unterstützt. Tatsächlich ist der Prozess des systemischen Wandels bereits in vollem Gange.

Als Antwort darauf verfolgen die USA eine Strategie, um ihre globale Übermacht um jeden Preis zu verteidigen, was letztlich auf eine Strategie der Prävention hinausläuft. Die USA haben den Aufstieg Chinas, die unerwartete Wiederauferstehung Russlands nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie die regionalen und nuklearen Ambitionen Irans als Herausforderungen verstanden, die nicht tolerieren werden kann. Ungeachtet des starken Interesses Pekings an der Aufrechterhaltung seiner umfangreichen und profitablen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen, der Bemühungen Russlands, die Krise im Donbass gemäß den Vereinbarungen von Minsk zu lösen, und des Engagements Irans für das Nuklearabkommen, ist Washington kontinuierlich in die Offensive gegangen.

Zudem haben die USA verstanden, dass die Zeit nicht auf ihrer Seite ist, und haben somit beschlossen zu handeln, solange die Kräfteverhältnisse noch zu den eigenen Gunsten stehen: Moskau so weit zu provozieren, dass militärische Maßnahmen in der Ukraine ergriffen werden mussten, was Russland schwächen und isolieren sollte; das Schüren von Spannungen rund um Taiwan mit dem Ziel, Druck auf China auszuüben und Allianzen gegen Peking im asiatisch-pazifischen Raum zu schmieden. Weiter beinhaltet die US-Strategie die Mobilisierung und Disziplinierung zahlreicher Verbündeter auf der ganzen Welt. Die Übermacht der USA innerhalb dieser verschiedenen Blöcke, mit der die neueste Version eines Weltimperiums dargestellt wird, war noch nie so absolut wie jetzt.

Tatsächlich sind ehemalige Großmächte wie Großbritannien und Frankreich sowie die führenden Industriemächte Deutschland und Japan heute viel enger an die Politik der USA gebunden als zu Zeiten des Kalten Krieges. Nachdem Washington die NATO ermutigt hat, in den Indopazifik zu expandieren und mit AUKUS einen neuen Militärblock gegründet hat, der speziell auf China abzielt, nutzt Washington die gesamte Macht seiner Allianzen gegen China und Russland. Man hofft auch, beide Rivalen einen nach dem anderen auszuschalten. Zuerst Russland als Großmacht eliminieren und dann China dazu zu bringen, Washingtons Diktat zu akzeptieren.

Was könnte dann angesichts der Lage die Strategie der chinesisch-russischen Interaktion sein? China und Russland sind Großmächte, die ihre Strategien völlig souverän auf der Weltbühne ausspielen. Die Ziele dieser Strategien orientieren sich direkt an den jeweiligen nationalen Interessen. Die Beziehungen zwischen Moskau und Peking sind weit entfernt von einer strengen Blockdisziplin, wie sie in den von den USA geführten westlichen Allianzen herrscht.

Dennoch verstehen die chinesische und die russische Führung, dass sie Washingtons Plan, zuerst Moskau zu neutralisieren, um sich dann gegen Peking zu wenden, zunichte gemacht werden muss. Infolgedessen könnten US-amerikanische Warnungen und Drohungen in Richtung China wegen der Hilfe, die Peking Russland leisten könnte, tatsächlich kontraproduktiv sein. Chinas Führung wird den Ton dieser Ermahnungen als unhöflich und respektlos empfinden, insbesondere im Zusammenhang mit bevorstehenden Waffenlieferungen aus den USA an Taiwan. Während China die US- und EU-Märkte für seine Waren und Dienstleistungen gewinnen will, fragt man sich, ob man Washington und seinen Verbündeten tatsächlich vertrauen kann, angesichts der Erfahrung Moskaus mit den Minsker Abkommen, die, wie die ehemaligen deutschen und französischen Staatsoberhäupter zugegeben haben, nichts weiter als eine Finte waren, um der Ukraine Zeit für die Aufrüstung zu verschaffen.

Daher ist mit einer wesentlich stärkeren Koordination zwischen Peking und Moskau zu rechnen. Dies deutet nicht auf die Bildung eines neuen Militärblocks in Eurasien hin, sondern auf eine größere gemeinsame Anstrengung, um der Welt zu helfen, sich schneller in Richtung Multipolarität zu bewegen, was effektiv bedeutet, dass die globale Hegemonie der USA beendet werden muss.

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, wäre die Reduzierung der Rolle des US-Dollars bei internationalen Transaktionen. Ein Großteil des bilateralen Handels zwischen China und Russland wird bereits in chinesischen Yuan abgewickelt, wobei der Yuan auch im Verkehr mit Drittländern verwendet werden kann. Eine weitere Möglichkeit, an der Erschaffung einer neuen Weltordnung beizutragen, besteht darin, nicht-westliche Institutionen wie BRICS und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) aufzuwerten, damit sie die Agenda in Bereichen wie Finanzen und Technologie sowie Energie und Klima und nicht zuletzt im Bereich der internationalen Sicherheit führen.

Chinas jüngster Aufstieg als weltweiter geopolitischer und nicht nur geo-ökonomischer Akteur, der durch seine jüngste Vermittlung der iranisch-saudischen Annäherung in den Vordergrund trat, wird in Moskau als praktischer Schritt in Richtung der neuen Weltordnung begrüßt. Moskau und Peking könnten erfolgreicher sein, wenn sie gemeinsam daran arbeiten, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vieler Länder im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika von den USA und ihren europäischen Verbündeten zu reduzieren.

Im Bereich der militärischen Sicherheit gibt es viel, wovon Russland und China durch eine engere Zusammenarbeit profitieren könnten. Über die bestehenden Formate hinaus. Das Hauptziel bestünde darin, Washington nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten davon abzubringen, den Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine zu eskalieren und Peking wegen Taiwan noch mehr zu provozieren.

Ein spezifischer Bereich ist der eingehende Dialog über Nuklearpolitik und nukleare Proliferation unter den gegenwärtigen Bedingungen der Konfrontation zwischen den Großmächten und den tatsächlich bestehenden Konflikten. Auch wenn China und Russland am Übergang zu einer multipolaren Zukunft arbeiten, tragen Putin und Xi eine enorme Verantwortung, um sicherzustellen, dass dieser Übergang ohne einen heißen Krieg zwischen den Großmächten erfolgt. Eine engere Zusammenarbeit zwischen China und Russland in Sicherheitsfragen würde diesen Übergang auf alle Fälle sicherer machen.

Aus dem [Englischen](#).

Dmitri Trenin ist Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Senior im Kollegium für Forschung am Institut für globale Ökonomie und internationale Beziehungen. Er ist zudem Mitglied des russischen Rates für internationale Beziehungen.

* * *

Spiel mit dem Schicksal? London bringt Uran in den Ukraine-Konflikt ein

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166001-london-bringt-uran-in-ukraine/>

23.03.2023

Großbritannien hat Lieferungen von Munition mit abgereichertem Uran an die Ukraine angekündigt. Russische Regierungsvertreter verurteilen das Vorhaben scharf. Warum entschied sich London zur Übergabe von Waffen, die zuvor von der NATO in Jugoslawien eingesetzt wurden?

Von Juri Sainaschew

Parallel zur Kompanie von Challenger-2-Kampfpanzern wird Großbritannien der Ukraine auch Munition, darunter Panzergranaten mit abgereichertem Uran liefern. Dies berichtete die stellvertretende Verteidigungsministerin des Vereinigten Königreichs, Baroness Annabel Goldie. "Solche Geschosse verfügen über eine hohe Effektivität bei der Bekämpfung moderner Panzer", behauptete sie in einer schriftlichen Antwort auf die entsprechende Anfrage des Mitglieds des House of Lords Raymond Jolliffe.

Der Umfang der britischen Militärhilfe an die Ukraine im vergangenen Jahr hatte etwa 2,3 Milliarden Pfund betragen. Insbesondere wurden über 10.000 Panzerabwehrraketensysteme vom Typ NLAW, über zweihundert Panzerwagen, Mehrfachraketenwerfer M270 und Hochpräzisionsraketen Brimstone gesendet. Überdies bildeten britische Instrukteure bei Vorbereitungskursen über 10.000 ukrainische Militärs aus. Außerdem leistete das Königreich humanitäre Hilfe im Wert von 1,5 Milliarden Pfund. In diesem Jahr beabsichtigt London, mindestens 2,3 Milliarden US-Dollar für Militärhilfe an die Ukraine zu bewilligen.

Die Aussage der britischen Baroness rief bei den ukrainischen Nationalisten Begeisterung hervor. So zitierte das Nachrichtenportal *Ukraina.ru* den Anführer der neonazistischen Gruppierung S14 und Kämpfer der ukrainischen Spezialkräfte Jewgeni Karas:

"Nachdem das Vereinigte Königreich uns Granaten mit abgereichertem Uran übergeben hat, die keine radioaktive Bedrohung darstellen, nachdem, was wir hier im Allgemeinen bombardiert haben, und wenn es eine Erhöhung der Strahlung um ein Mikroröntgen gibt, dann ist es egal. Nicht, dass viele dieser Granaten abgefeuert werden, aber die Hauptsache ist, dass sie eine sehr hohe Durchschlagskraft haben."

Dagegen sorgte diese Nachricht im ehemaligen Jugoslawien für Ratlosigkeit. Durch den Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran während der Aggression der NATO wurden sowohl Zivilisten, als auch NATO-Soldaten, die an der Operation teilnahmen, getötet. Daran erinnerte der Leiter der Serbischen Radikalen Partei Vojislav Šešelj und fügte hinzu:

"Großbritannien spielt mit dem eigenen Schicksal. Es tritt immer offener in den Krieg gegen Russland ein."

Wie die Nachrichtenagentur *TASS* erinnerte, waren im Laufe des Angriffs auf Serbien im Jahr 1999 etwa fünfzehn Tonnen abgereichertes Uran über Geschosse auf das Land abgeworfen worden. Danach nahm Serbien den ersten Platz bei Krebserkrankungen in Europa ein. Während der ersten zehn Jahre nach den Bombardierungen erkrankten etwa 30.000 Bewohner der Republik an Krebs,

von denen 10.000 bis 18.000 Menschen starben.

Im Januar 2020 wurde in Serbien die erste Klage gegen die NATO für den Einsatz von abgereichertem Uran eingereicht. Die serbischen Klagen waren mit den 500 Klagen der italienischen Soldaten, die im Jahr 1999 im besetzten Kosovo stationiert waren, identisch. Etwa 200 davon wurde stattgegeben – Italiens Verteidigungsministerium erstattete den Schaden. Die Kanzlei des serbischen Anwalts Srđan Aleksić bereitet die Einreichung von über 2.500 weiteren Klagen von lokalen Militärangehörigen und Polizisten vor. Aleksić prognostizierte:

"Beim Einsatz von Geschossen mit abgereichertem Uran entsteht Uranstaub, der über ganz Europa verstreut und zu Ausbrüchen von Krebserkrankungen führen wird."

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärte:

"Diese Geschosse töten nicht nur, sie verseuchen auch die Umwelt und rufen Krebserkrankungen bei Bewohnern dieses Lands hervor. In Jugoslawien kamen in erster Linie NATO-Soldaten, insbesondere Italiener, zu Schaden. Danach versuchten sie lange, von der NATO eine Entschädigung für die verlorene Gesundheit einzuklagen ... wann wird man in der Ukraine aufwachen?"

Der ehemalige Leiter der Abteilung für internationale Verträge des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant a. D. Jewgeni Buschinski, erklärte der Zeitung *Wsgljad*:

"Der Krieg in Jugoslawien hat bereits bewiesen, dass solche Geschosse sowohl für diejenigen gefährlich sind, die sie einsetzen, als auch für jene, gegen die sie eingesetzt werden. Eine radioaktive Verseuchung der Umwelt findet trotzdem statt, auch wenn sie klein ist."

Die größte Gefahr des abgereicherten Urans bestehe nicht in der Radioaktivität, sondern in der Toxizität, erklärte der wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, Ilja Kramnik:

"Der Staub, der durch die Einschläge solcher Geschosse entsteht, ist giftig und kann eine Reihe von schweren Folgen für den Körper hervorrufen. Übrigens haben die Unsrigen zunächst auch abgereichertes Uran für Geschosskappen getestet, doch später zugunsten von Wolframkarbid darauf verzichtet."

Jedenfalls werden nach Kramniks Meinung die Lieferungen solcher Munition an die ukrainische Armee nichts am Kräfteverhältnis an der Front ändern.

Um wie viel effektiver solche Geschosse beim Durchschlagen von Panzerung sind, zeigt das vom russischen Verteidigungsministerium im Jahr 2018 veröffentlichte Handbuch "Die Armee Russlands im Vergleich". Demnach wurde die Stabilisierungsanlage und das Ladegerät des Panzers T-80BVM für Munition des Typs 3BM59 "Swinez-1" und 3BM60 "Swinez-2" modernisiert. Das Pfeilwuchtgeschoss "Swinez-1" hätte einen Kern aus Wolframkarbid und "Swinez-2" einen aus Uranlegierung. Konnte das erstere 700 bis 740 Millimeter homogener Panzerung in einer Entfernung von zwei Kilometern durchschlagen, betrug dieser Wert beim zweiten 800 bis 830 Millimeter auf gleicher Distanz.

Der Leiter des Zentrums des Instituts für aktuelle internationale Probleme der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums, Wadim Kosjulin, zählt zu Experten, die den

Umweltschaden durch den Einsatz von Uranmunition anzweifeln. Er sagte:

"Ein Panzergeschoss mit einer solchen Kappe wird auch 'fliegende Brechstange' genannt. Uran ist sehr schwer, und je schwerer das Geschoss ist, desto besser schlägt es die Panzerung durch. Seinerzeit setzte das Pentagon solche Geschosse in Jugoslawien ein und seitdem haben viele den Verdacht, dass sie der Umwelt schadeten. Es ist nicht bewiesen, könnte aber theoretisch wahr sein."

In jedem Fall ruft diese Waffe sowohl in russischer, als auch in westlicher öffentlicher Meinung negative Assoziationen hervor, räumte der Experte ein. Kosjulin sagte:

"Besonders empört sind lokale Umweltschützer. Warum beschloss London dennoch, solche Geschosse an Kiew zu liefern? Möglicherweise läuft ihnen die Munition aus, die Lager leeren sich, und Großbritannien schickt diese Geschosse wegen Munitionsmangel."

Die Lieferung von Munition mit abgereichertem Uran werde für London ein böses Ende nehmen, warnte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Nach seiner Ansicht zeige Großbritannien damit die Bereitschaft, "nicht nur Risiken einzugehen, sondern auch Verletzungen des humanitären Völkerrechts in Kauf zu nehmen". Der Minister erklärte:

"Dies geschah auch 1999 in Jugoslawien und viel Anderes, das sie sich erlaubten, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Londons Entscheidung bedeute, dass die Welt einem nuklearen Konflikt einen Schritt näherkäme, es blieben bis dahin "immer weniger Stufen", erklärte Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu. Er sagte:

"Dies lässt uns ernsthaft über den weiteren Verlauf der Ereignisse nachdenken und wie wir darauf antworten können."

Die Pläne Großbritanniens zeugen von der Bereitschaft des Westens, bis zum letzten Ukrainer nicht nur in Worten, sondern bereits in Taten zu kämpfen, erklärte diesbezüglich der russische Präsident Wladimir Putin. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping warnte er:

"In dieser Hinsicht möchte ich anmerken, dass, wenn das geschieht, Russland zu einer entsprechenden Reaktion gezwungen sein und dabei berücksichtigen wird, dass der kollektive Westen bereits Waffen mit einer nuklearen Komponente einsetzt."

Bald nach dieser Erklärung aus Moskau versicherte Washington, dass es in diesem Fall dem Beispiel Großbritanniens nicht zu folgen beabsichtige. Laut Pentagons Pressesprecher Patrick Ryder habe das US-amerikanische Kommando keine solchen Pläne.

Übersetzt aus dem [Russischen](#) und zuerst erschienen bei Wsgljad.

* * *

Genozid in Galizien: Wie die russische Identität in der Westukraine ausgelöscht wurde

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/166020-genozid-in-galizien-wie-russische-westukraine-ausgeloescht-wurde/>

25.03.2023

Vor der Entwicklung der Region Galizien zum Zentrum des ukrainischen Nationalismus wurden die dortigen Russophilen in einigen der ersten Konzentrationslager Europas "ausgemerzt".

Von Dmitri Plotnikow

Galizien, ein geschichtsträchtiges Gebiet im Westen der Ukraine, ist derzeit das Zentrum der nationalistischen Bewegung des Landes. Allerdings waren die Dinge einst ganz anders. Vor etwas mehr als hundert Jahren konkurrierten Vertreter gegensätzlicher politischer Bewegungen, Russophile und Pro-Ukrainer, um die Loyalität der einheimischen ruthenischen Bevölkerung, der Russynen.

Die Russophilen in Galizien begrüßten den Beginn des Ersten Weltkriegs als einen Schritt in Richtung einer erwarteten Wiedervereinigung mit Russland. Die ukrainische Bewegung aber blieb Österreich-Ungarn gegenüber treu. Mit deren Hilfe eliminierte Wien die ruthenischen Intellektuellen, die es als "fünfte Kolonne" – sprich: Landesverräter – betrachtete. Um dies zu verwirklichen, richteten die Habsburger Konzentrationslager ein.

Und was dann geschah, entspricht einem Völkermord.

Der Anfang der Tragödie

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs mussten die Russophilen in Galizien schwere Zeiten durchmachen. Infolge der österreichischen Politik des "Teilen und Herrschen" kam es zu einer Spaltung der Bewegung. Die ältesten und angesehensten Organisationen gerieten in die Hände von pro-österreichischen Führern, die eine ukrainische und nicht eine ruthenische Identität propagierten.

Nachdem die Armee des Russischen Reiches am 18. August 1914 die Grenze überschritten und eine Offensive in Galizien lanciert hatte, kam es in der Region zu massiven Repressionen. Die Menschen fielen dem Zorn der österreichischen Behörden wegen Kleinigkeiten zum Opfer – wie zum Beispiel dem Besitz russischer Literatur, der Zugehörigkeit zu einer russischen Gesellschaft, dem Besitz eines russischen Schuldiploms oder der bloßen Sympathie für Russland. In einigen Fällen wurden Menschen verhaftet, nur weil sie sich als Russen bezeichneten. Die Gefängnisse waren voll von sogenannten "Staatsfeinden" und "gefährlichen Moskauer Agenten" während die Straßen von Galgen gesäumt waren.

"Die der 'Russophilie' verdächtigten wurden an Bäumen vor den Fenstern der Häuser gehängt. Sie hingen dort einen Tag lang an den Bäumen, dann wurden sie heruntergeholt und andere kamen an die Reihe", erzählte einer der Bauern aus dem Bezirk Gorodetskij. Die Unterdrückung betraf vor allem die Intellektuellen und die orthodoxen Priester, von denen die meisten ihre Studien im russischen Reich abgeschlossen hatten.

Der Unterdrückung gegen die Intellektuellen folgten solche gegen die breite Öffentlichkeit. Verdächtig wurde jeder, der mit Russland oder der russischen Kultur sympathisierte. Dies betraf Personen, die einst Russland bereist hatten, russische Zeitungen lasen oder einfach nur als russophil bekannt waren. Die Militärgerichte arbeiteten rund um die Uhr und für Fälle von mutmaßlichem Hochverrat wurde ein vereinfachtes Gerichtsverfahren eingeführt.

Die Mitglieder der galizischen Bewegung der Russynen, die den "ukrainischen Weg" wählten, beteiligten sich tatkräftig an der Unterdrückung. Pro-österreichische Politiker erstellten Listen mit "unzuverlässigen" Verdächtigen, die auf bloßen Anschuldigungen beruhten, und verhafteten jeden,

der mit Russland sympathisierte. Ilya Terech, eine russophile Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, schrieb: "Zu Beginn des Krieges verhafteten die österreichischen Behörden fast alle russischen Intellektuellen in Galizien und Tausende von Bauern auf der Grundlage von Listen, die den Verwaltungs- und Militärbehörden von den Befürwortern der Ukraine übergeben wurden."

Menschen, die sich als Russen verstanden oder einfach einen russischen Namen trugen, wurden willkürlich verhaftet.

"Jeder, der eine russische Zeitung, ein Buch, eine heilige Ikone oder auch nur eine Postkarte aus Russland besaß, wurde festgesetzt, misshandelt und abtransportiert. Darauf folgten dann Hinrichtungen ohne Ende, mit tausenden von unschuldigen Opfern, einem Meer von Blut der Märtyrer und von den Tränen der Waisenkinder", überlieferte ein weiterer Russophiler, Yulian Yaworskij.

Im Oktober 1914 schrieb der russische Schriftsteller Michail Prischwin, der als medizinischer Assistent an der Front diente, in sein Tagebuch: "Als ich in Galizien ankam sah ich die lebendigen Bilder aus der Zeit der Inquisition." Prischwin beschrieb die Gefühle der galizischen Russynen gegenüber Russland wie folgt: "Galizier träumen von einem großen, reinen und schönen Russland. Ein siebzehnjähriger Schuljunge, der akzentfrei Russisch sprach, ging mit mir durch Lwow (das heutige Lviv und damalige Lemberg). Er schilderte mir die Unterdrückung der russischen Sprache. Den Schülern war es nicht einmal erlaubt, eine Landkarte von Russland zu besitzen, und vor dem Krieg wurde er dazu gezwungen, Bücher von Puschkin, Lermontow, Tolstoi und Dostojewski zu verbrennen."

Die Hölle auf Erden

Die Gefängnisse in Galizien waren nicht groß genug, um alle Festgenommenen unterzubringen. Allein in Lwow befanden sich am 28. August 1914 zweitausend Gefangene. Daher beschlossen die österreichischen Behörden, Konzentrationslager einzurichten. Im September 1914 wurde in der Steiermark die riesige Haftanstalt Thalerhof eröffnet. Die ersten Häftlinge kamen dort am 4. September an. Gemäß der Aussage eines Überlebenden, des Pfarrers Theodor Merena, handelte es sich bei den Gefangenen um "Menschen unterschiedlichen Standes und Alters". Unter ihnen waren Geistliche, Juristen, Ärzte, Lehrer, Beamte, Bauern, Schriftsteller und Studenten. Das Alter der Gefangenen reichte von Säuglingen bis zu Greisen.

Gelegentlich kamen auch ukrainische Aktivisten, die dem österreichischen Regime treu ergeben waren, in den Thalerhof. Sie wurden jedoch meist rasch wieder freigelassen. Einer erinnerte sich später daran, dass alle Gefangenen die Möglichkeit hatten, freizukommen, indem sie ihren russischen Namen niederlegten und sich als "Ukrainer" in die "Ukrainische Liste" eintragen ließen.

Bis zum Winter 1915 gab es im Thalerhof keine Baracken. Die Menschen schliefen trotz Regen und Frost unter freiem Himmel auf dem Boden. Die sanitären Verhältnisse im Lager waren katastrophal und unmenschlich.

Die Latrinen waren nicht zugedeckt und wurden nicht selten von zwanzig Personen auf einmal benutzt. Nachdem Baracken errichtet worden waren, überfüllten sich diese und beherbergten statt der vorgesehenen 200 Personen bis zu 500 Insassen. Die Gefangenen schliefen auf Stroh, das nur selten ausgetauscht wurde. Selbstverständlich waren dadurch Epidemien weit verbreitet. Allein in den zwei Monaten nach November 1914 starben über dreitausend Häftlinge an Typhus.

"Nur selten trat der Tod im Thalerhof auf natürliche Weise ein – er wurde injiziert, durch das Gift der Infektionskrankheiten. Auch gewaltsamer Tod war im Thalerhof an der Tagesordnung. Von

einer Behandlung der Kranken konnte keine Rede sein. Selbst die Ärzte waren den Gefangenen gegenüber feindselig eingestellt", schrieb der inhaftierte Schriftsteller russynischer Abstammung, Vasily Vavrik. Keiner der Häftlinge erhielt eine angemessene medizinische Versorgung. Anfänglich gab es im Thalerhof nicht einmal ein Krankenhaus und die Menschen starben auf dem feuchten Boden. Als die Krankenhausbaracken schließlich errichtet wurden, verwehrten die Ärzte den Patienten so gut wie jede medizinische Behandlung.

Um Angst zu verbreiten, errichteten die Gefängnisbehörden im ganzen Lager Galgen, an denen sie regelmäßig "Gesetzesbrecher" aufhängten. Bei den Vergehen konnte es sich um bloße Kleinigkeiten handeln, wie zum Beispiel in der Baracke nachts geraucht zu haben. Zur Bestrafung wurden auch eiserne Fesseln verwendet, selbst bei Frauen. Darüber hinaus war das Lager von Stacheldraht, Wachtürmen, aggressiven Hunden, Plakaten mit Propaganda-Parolen, Foltereinrichtungen, einem Graben für Hinrichtungen, Galgen und einem angrenzenden Friedhof umgeben.

Dieses Lager war drei Jahre lang in Betrieb und wurde im Mai 1917 auf Anordnung von Karl I. von Österreich aufgelöst. Die Baracken blieben aber bis 1936 auf dem Gelände stehen, bis sie schließlich abgerissen wurden. In der Folge wurden 1767 Leichen exhumiert und in ein Gemeinschaftsgrab im nahe gelegenen Dorf Feldkirchen überführt.

Die genaue Zahl der Opfer im Thalerhof ist bis heute umstritten. Dem offiziellen Bericht von Feldmarschall Schleer vom 9. November 1914 zufolge, waren zu diesem Zeitpunkt 5700 Russophile dort inhaftiert. Laut einem der Überlebenden waren es im Herbst desselben Jahres etwa 8000 Gefangene. Zwanzig- bis dreißigtausend russische Galizier und Bukowiner gingen insgesamt durch den Thalerhof. Alleine in den ersten anderthalb Jahren starben etwa 3000 Häftlinge. Anderen Quellen zufolge wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1915 bereits 3800 Menschen hingerichtet. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs töteten die österreichisch-ungarischen Behörden insgesamt mindestens 60.000 Russynen.

Die Erinnerung an die Vergessenen

In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen bemühten sich die ehemaligen Häftlinge, die Erinnerung an die Tragödie zu verewigen, die den galizischen Ruthenen widerfuhr, und sie bemühten sich, die Erinnerung an die Opfer von Thalerhof aufrechtzuerhalten. Die erste Gedenkstätte wurde 1934 errichtet, und schon bald entstanden ähnliche an anderen Orten der betreffenden Region. In den Jahren 1924 bis 1932 wurde der Thalerhof-Almanach veröffentlicht. Darin sind Dokumente und Augenzeugenberichte des Völkermordes zusammengefasst. In den Jahren 1928 und 1934 wurden in Lemberg Thalerhof-Kongresse mit über 15.000 Teilnehmern abgehalten.

Im Jahr 1939 wurde Galizien Teil der UdSSR. Noch vor der Sowjetzeit gab es ein stillschweigendes Verbot über das Thema Thalerhof zu sprechen, denn allein die Tatsache, dass es in Galizien Russen gab, wurde als Hindernis für die Ukrainisierung angesehen, die in der Westukraine nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv vorangetrieben wurde. Nach der Eingliederung von Galizien und Wolhynien in die UdSSR wurden die meisten russophilen Organisationen in Lemberg aufgelöst. Nichtsdestotrotz fanden die Gedenkveranstaltungen an den Gedenkstätten weiterhin statt. Mit dem Älterwerden und dem Tod der Zeitzeugen wurde eine neue Generation von Galiziern im Geiste des Atheismus erzogen, die eine ukrainische nationale Identität annahm. Infolgedessen kamen immer weniger Menschen zu den Gedenkveranstaltungen.

In der heutigen Ukraine gibt es keine öffentliche Diskussion über den Völkermord an den Russynen. Kein einziges Schulbuch über die Geschichte des Landes erwähnt den Thalerhof. Die Vorstellung, dass in Galizien – dem stolzen Zentrum der "ukrainischen Kultur" – einst Russen

lebten, passt nicht in die nationalistische Ideologie der heutigen Ukraine. Und die meisten jungen Menschen haben noch nie etwas von Thalerhof gehört.

Die Tragödie war ein Wendepunkt der russophilen Bewegung in Galizien. Alle Menschen, die sich nicht unterordneten und keine ukrainische Identität annahmen, wurden physisch beseitigt. Nur wenige Jahre nach den tragischen Ereignissen änderte sich bereits die öffentliche Meinung und die Region geriet unter den Einfluss anderer Bewegungen und Politiker. Als dann Österreich-Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg zerfiel, entwickelte sich Galizien zu einem starken Zentrum der ukrainischen nationalistischen Bewegung.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Dmitri Plotnikow ist ein politischer Journalist, der sich mit der Geschichte und den aktuellen Ereignissen der ehemaligen Sowjetstaaten beschäftigt.

* * *

Frankreich, was nun?

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/166285-frankreich-was-nun/>

27.03.2023

Die Proteste in Frankreich ebbten nicht ab; seit Wochen sorgt Staatspräsident Macron mit dem hartnäckigen Festhalten an seinen Renten-"Reform"-Plänen für erhitze politische Stimmung unter den Franzosen. Die Proteste haben nicht nur eine innerfranzösische sozialpolitische Dimension, sondern auch eine EU-politische.

Von Pierre Lévy

Steht Frankreich am Vorabend eines Aufstandes? Wurde der Staatsbesuch des englischen Königs in Frankreich (und insbesondere in Versailles) verschoben, weil man befürchtete, dass Charles III. ein indirektes Opfer der Volksrache werden könnte, ähnlich wie sein französischer Kollege Ludwig XVI. im Jahr 1793? Ernsthaft: Wird der Monarch-Präsident Emmanuel Macron seine Rentenreform aufgeben müssen?

Denn die Bewegung gegen diese lässt nicht nach. Am neunten Aktionstag, dem 23. März, wurde ein neuer Rekord an Demonstranten auf den Straßen verzeichnet, fast so viele wie am 7. März. Nach Angaben der Polizei oder der Gewerkschaften beliefen sich die Demonstrationzüge in den großen und kleinen Städten auf über eine bis drei Millionen Menschen.

An mehreren Orten errichteten kleine Gruppen (die maskiert waren, in Wirklichkeit aber im Gegensatz zu den Demonstranten eher aus dem gutbürgerlichen Milieu stammten) Barrikaden, versuchten, öffentliche Gebäude (darunter Rathäuser) in Brand zu setzen, und griffen die Sicherheitskräfte an (wobei unter diesen mehr als 400 Personen verletzt wurden). Die Bilder gingen in ganz Europa herum.

Vor allem aber, so die Gewerkschaftsführer, bestätigen Umfragen, dass der Regierungstext bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf Ablehnung stößt, die auf über 70 Prozent geschätzt wird. Und das, obwohl das Gesetz zur Anhebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre am 16. März formell verabschiedet wurde, indem ein Verfassungsartikel angewandt wurde, der es der Exekutive ermöglicht, ihr Vorhaben ohne Abstimmung in der Nationalversammlung durchzusetzen, sofern diese im Anschluss daran nicht einen Misstrauensantrag annimmt. Es wurden zwei solcher Anträge eingebracht, einer davon schrammte nur um neun Stimmen an seiner Annahme vorbei ...

Die meisten Beobachter stellten fest, dass dieses knallharte Vorgehen den Volkszorn und die Beteiligung an Demonstrationen verstärkte. Am 28. März findet ein zehnter Aktionstag statt. Viele Kommentatoren – auch regierungsnahe – fragen sich, wie lange die sich abzeichnende politische Krise dauern wird: Wird Premierministerin Elisabeth Borne, der die absolute Mehrheit in der Versammlung fehlt, im Amt bleiben können? Und wie kann die zweite Amtszeit des Staatspräsidenten selbst, die erst in vier Jahren endet, weitergehen?

Es ist immer riskant, die Zukunft einer sozialen Bewegung und ihre Fähigkeit, ihre Forderungen durchzusetzen, mit Sicherheit vorherzusagen. Daher ist Vorsicht geboten. Zwei grundlegende Faktoren deuten jedoch darauf hin, dass der Staatschef auf dem Weg ist, seine Reform erfolgreich durchzusetzen.

Der erste liegt in der Art der Mobilisierung begründet. Natürlich sind die Demonstrationen massiv; natürlich ist die "öffentliche Meinung" nach wie vor weitgehend gegen den großen sozialen Rückschritt, der darin besteht, zwei weitere Jahre zu arbeiten; natürlich werden bestimmte Sektoren besonders stark mobilisiert – das gilt für den Transportsektor, die Raffinerien oder die Müllabfuhr. Das führt oder kann zu spektakulären Folgen führen.

Aber all diese Elemente sind nicht unbedingt ausschlaggebend für das Kräfteverhältnis, verglichen mit dem, was entscheidend wäre, um das umstrittene Projekt zu Fall zu bringen: ein Massenstreik, der sich auf Tausende von Unternehmen, Fabriken und Büros ausdehnen würde – was sehr weit davon entfernt ist, der Fall zu sein. Die Referenzen in diesem Bereich bleiben 1936 (le "Front populaire") oder Mai/Juni 1968.

Als Beispiel wird oft die Bewegung 1995 angeführt, als der lange und massive Streik der Eisenbahner und anderer öffentlicher Dienste zwar die Abschaffung von Rentensonderregelungen ausgesetzt hatte, aber keineswegs eine radikale Reform der Sozialversicherung verhindern konnte. Aus diesem Jahr stammt auch der Ausdruck "Stellvertreterstreik".

Dieses Phänomen tritt heute wieder auf: Millionen von Bürgern sympathisieren zwar mit den Streikenden in einigen bestimmten Sektoren, aber sagen ihnen im Wesentlichen: Macht weiter, euer Kampf ist unser Kampf, wir unterstützen euch. Auf diese Weise kann das Kräfteverhältnis wahrscheinlich nicht kippen. Applaudieren, einem Meinungsforscher antworten, sogar demonstrieren – das hat noch nie eine Massenmobilisierung in den Betrieben ersetzen können.

Der zweite Faktor ist die Blindheit gegenüber den tatsächlichen Verantwortlichkeiten für die Reform. Diese sind in Brüssel zu suchen (was den französischen Präsidenten keineswegs entlastet, da er Mitverfasser der auf europäischer Ebene beschlossenen Leitlinien ist). Blindheit? Oder, schlimmer noch, die absichtliche Verblendung derjenigen, die um jeden Preis versuchen, die Europäische Union zu schonen, in der (absurden) Hoffnung, dass sie "sozialer" wird.

Es gibt zwar keine EU-Richtlinie, die ein einheitliches Rentenalter in allen Mitgliedsländern vorschreibt. Aber es gibt sehr wohl einen vielschichtigen Druck, dieses überall nach oben zu ziehen. Ein Beispiel dafür ist Spanien, wo das Renteneintrittsalter trotz ausgleichender "Gerechtigkeitsmaßnahmen", die von der "linken" Regierung in ihrer jüngsten Reform betont wurden, jetzt bei 66 Jahren liegt und auf 67 Jahre steigen wird.

Der EU-Rat hatte Frankreich am 12. Juli 2022 "empfohlen", das Rentensystem zu reformieren. Dann hatte die Europäische Kommission vor der Vorstellung der Reform durch Emmanuel Macron eine gewisse Ungeduld durchblicken lassen: "Bisher wurden noch keine konkreten Maßnahmen angegeben".

Darüber hinaus strebt der französische Präsident eine führende Rolle in der Union an, muss dafür aber gegenüber seinen Amtskollegen, insbesondere gegenüber Berlin, glaubwürdig sein. Er möchte daher als eifriger Reformers erscheinen.

Und wer noch Zweifel am Tatort und den Tätern hat, sollte sich an den Europäischen Rat von Barcelona erinnern, der vom 15./16. März 2002 datiert. In den Schlussfolgerungen dieses Gipfels steht in aller Deutlichkeit die Anweisung, "bis 2010 eine schrittweise Erhöhung des effektiven Durchschnittsalters, in dem die Erwerbstätigkeit in der Europäischen Union endet, um etwa fünf Jahre anzustreben".

Damals wurde diese Formulierung von Präsident Jacques Chirac (rechts) und Premierminister Lionel Jospin (sozialistisch) abgesegnet. Der (jedoch sehr EU-freundliche) Zentrist François Bayrou (der heute der Mehrheit von Emmanuel Macron angehört) hatte zu dieser Zeit scharf reagiert:

"Jacques Chirac und Lionel Jospin haben eine wichtige Entscheidung über die Verlängerung der Beitragsdauer für die Renten in Europa unterzeichnet. Wer hat darüber diskutiert? Wer hat auch nur ein Wort darüber verloren? Welcher Bürger, welcher Abgeordnete, welcher Parlamentarier wurde zur Vorbereitung dieser wichtigen Entscheidung eingeladen? Niemand".

Heute bestimmt die Verpflichtung von Barcelona weiterhin die aktuelle Politik, im Namen der "rigorosen" Verwaltung der öffentlichen Finanzen ... und zur größten Zufriedenheit der "Finanzmärkte".

Im französischen Parlament gibt es jedoch keine politische Kraft, die eine Befreiung von der EU in Aussicht stellt: natürlich weder die Abgeordneten der Macronisten, noch die der klassischen Rechten oder der traditionellen Linken – aber auch nicht die, die häufig als links- oder rechtsextrem eingestuft werden.

Solange diese Verleugnung anhält, wird die soziale Bewegung, so stark sie auch sein mag, unter einem Handicap leiden, das ihre Erfolgchancen stark einschränkt.

* * *

Ukraine: Wachsender Widerstand gegen Zwangsrekrutierungen

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166313-wachsende-widerstand-gegen-zwangsrekrutierung-ukrainischer/>

27.03.2023

Der allgemeine Mobilisierungsprozess in der Ukraine ist von Skandalen durchzogen, während die Behörden bei ihrer Jagd nach neuen Rekruten immer verzweifelter agieren. Warum gibt es mit wachsender Zahl von Gefallenen an der Front eine wachsende Gegenreaktion gegen die Methoden, mit denen ukrainische Männer für den Kriegsdienst eingezogen werden?

Von Pjotr Lawrenin

Im vergangenen Jahr wurde die Wehrpflicht sowohl in Russland als auch in der Ukraine zu einem ernstesten Thema. Allerdings war das Ausmaß in den beiden Ländern völlig unterschiedlich. Während in Russland die Mobilisierung partiell blieb, kaum mehr als einen Monat dauerte und rund 300.000 Menschen betraf, hat sich in der Ukraine ein völlig anderes Bild entwickelt.

Kiew hat eine allgemeine Wehrpflichtkampagne eingeleitet, die seit mehr als einem Jahr in Kraft ist. Die genaue Zahl derer, die in dieser Zeit in die Streitkräfte gezwungen wurden, ist nicht mit Sicherheit belegt, und der Rekrutierungsprozess wurde von zahlreichen Skandalen begleitet.

Fälle, in denen Rekrutierungsbeamte Gewalt angewendet haben, um Einberufungsbescheide auszuhändigen und Männer illegal an die Rekrutierungsbehörden auszuliefern, haben zu öffentlicher Empörung geführt. Die ukrainischen Behörden haben jedoch offensichtlich nicht die Absicht, die Rekrutierungsmaßnahmen zu stoppen, da die personelle Situation an einigen Abschnitten der Front kritisch bleibt. Die Streitkräfte der Ukraine verlieren laut der britischen Tageszeitung *The Guardian* und anderen Medien ihre Kontrolle über die Gebiete um Artjomowsk (Bachmut), wo eine große Zahl von Gefallenen und Verwundeten zu beklagen ist. Unterdessen erlässt Kiew weiterhin Einberufungsbescheide zur Mobilisierung und schickt dann Männer ohne angemessene Ausbildung an die Front.

Akzeptable Grenzen

Nach der Gesetzgebung des Landes kann eine Einberufung zum Wehrdienst auf offener Straße nur dann ausgestellt werden, wenn darin die persönlichen Daten der Person angegeben sind, der sie zugestellt werden soll. Es ist auch illegal, dass Rekrutierungsbeamte Bürger festnehmen, da sie keine Strafverfolgungsbehörden und Wehrpflichtige auch keine Kriminellen sind. Doch genau so wird derzeit die Wehrpflicht in der Ukraine erzwungen. Männer im wehrfähigen Alter werden auf offener Straße gejagt, während in den sozialen Medien Videos kursieren, in denen Rekrutierungsbeamte gezeigt werden, wie sie extreme Anstrengungen unternehmen, um – auch mit Gewalt – Einberufungsbescheide "auszuhändigen".

Besonders Odessa sticht in dieser Hinsicht negativ hervor. Beispielsweise wurden Rekrutierungsbeamte dabei erwischt, wie sie in einem Krankenwagen durch die Stadt fuhren. Wenn sie auf Männer im wehrfähigen Alter stießen, hielten sie an, überreichten die Einberufungsbescheide und fuhren weiter. Nachdem Videos in sozialen Netzwerken aufgetaucht waren, mussten sich die örtliche Rekrutierungsbehörden erklären und behaupteten sodann, dass ihnen dieser Krankenwagen für ihre Arbeit überlassen wurde.

Es gab auch Fälle, in denen Männer in Odessa auf offener Straße festgenommen und auch ohne Mobilisierungsvorladung gewaltsam zu Armeedienststellen gebracht wurden. Lange Zeit versuchte das Einsatzkommando Süd der ukrainischen Streitkräfte, die illegalen, gewalttätigen Methoden seiner Rekrutierungsbeamten zu ignorieren.

Am 14. Februar wurde jedoch ein Video veröffentlicht, das Mitarbeiter der Rekrutierungsbehörden zeigt, wie sie einen Mann gewaltsam festnehmen. Um einen Skandal zu vermeiden, versicherte das Militär der Öffentlichkeit umgehend, dass die verantwortlichen Mitarbeiter wegen "falschen" Verhaltens disziplinarisch verwarnet wurden und der Vorfall untersucht werde.

Die Vorfälle in Odessa veranschaulichen die umfassenderen Probleme mit der Wehrpflicht in der Ukraine und stellen die von den Behörden angewandten Methoden infrage. Körperliche Gewalt und Täuschung sind alltäglich geworden. Beispielsweise werden Vorladungen oft von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes ausgestellt, die Stadtbewohner finden die Dokumente dann in ihren Briefkästen, was ebenfalls gesetzlich nicht erlaubt ist. Rekrutierungsbeamte halten die Methoden jedoch für legitim.

Die aktuelle Situation ist verständlich – die ukrainischen Streitkräfte haben im ganzen Land einen kritischen Mangel an Reserven – und man scheint zu versuchen, die Einheiten an der Front mit

allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzufüllen. Die öffentliche Unzufriedenheit mit der Situation nimmt jedoch zu, was nicht nur den Mobilisierungsprozess gefährdet, sondern auch das Vertrauen in die Behörden untergräbt. Der Fall Bogdan Pokito erregte besonders große Aufmerksamkeit. Dem 33-jährigen Einwohner von Ternopol wurde Ende Januar an einer Bushaltestelle der Einberufungsbescheid ausgehändigt, und er wurde ohne jegliche militärische Ausbildung an die Front bei Artjomowsk geschickt, wo er wenige Tage später zu Tode kam.

Schnell voranschreitende Veränderungen

In der Folgezeit nahm die öffentliche Ablehnung dieser Methoden weiter zu – so sehr, dass die politischen Behörden und das Verteidigungsministerium sich gezwungen sahen, ihre Kommunikationspolitik dem rasch anzupassen. Die berüchtigten Rekrutierungsbeamten von Odessa mussten fortan ihre Tätigkeit auf Video aufzeichnen. Natalia Gumenjuk, Leiterin des vereinigten koordinierenden Pressezentrams des Operationskommandos Süd, musste klarstellen, dass "jedes Team von Rekrutierungsbeamten mit Kameras ausgerüstet wird. Wir arbeiten daran. Dies ist kein zwingendes Verfahren, aber da wir erkannt haben, dass die Dinge aus dem Ruder laufen können, haben wir es als Vorsichtsmaßnahme in Kraft gesetzt."

Gleichzeitig forderten ukrainische Parlamentsabgeordnete die für den Mobilisierungsprozess verantwortlichen Vertreter auf, Vorfälle zu untersuchen, die erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit erregt hatten. Bemerkenswert ist, dass die Abgeordneten die Situation erst zur Kenntnis nahmen, nachdem einem Parlamentsmitglied mitten auf offener Straße seine Einberufung ausgehändigt worden war. Nach dem Vorfall sagte Fjodor Wenislawski, Mitglied des Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Geheimdienste der Werchowna Rada, dass das Parlament mit bestimmten Mobilisierungsmethoden "nicht zufrieden" sei.

Er versprach, nach der noch ausstehenden Anhörung Empfehlungen zu erarbeiten, um "klare Grenzen zu definieren, innerhalb derer die Rekrutierungsbehörden agieren können". Die stellvertretende Verteidigungsministerin Anna Maljar schrieb auf ihrem Telegram-Kanal, dass das Ministerium angesichts der Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit auch beabsichtige, die Arbeit der Militärdienststellen zu verbessern.

In der Zwischenzeit hat ein Abgeordneter der Partei "Diener des Volkes", Georgi Masuraschu, einen Gesetzesentwurf eingereicht, der eine dreimonatige Grundausbildung für neue Wehrpflichtige ohne vorherige militärische Erfahrung vorsieht. Es ist jedoch noch unklar, ob dies die Wahrnehmung durch die Ukrainer positiv verändern wird.

Die Mobilisierung nimmt Fahrt auf

Trotz offizieller Erklärungen gewinnt die Wehrpflicht in der Ukraine an Dynamik, und immer mehr Bürger können kurzfristig mobilisiert werden, falls ein Bedarf entsteht, sagte Juri Sak, ein Berater des Verteidigungsministers der Ukraine gegenüber *Bloomberg*. "Wir haben genügend Reserven. Und natürlich werden wir bei Bedarf mehr Bürger mobilisieren", antwortete der Beamte auf die Frage, ob die Ukraine genug Soldaten habe, um weiter zu kämpfen.

Gleichzeitig gibt es für Männer im wehrfähigen Alter kaum Möglichkeiten, dem Wehrdienst noch zu entkommen. Das Verteidigungsministerium der Ukraine listete kürzlich legitime Gründe für die Befreiung von der Wehrpflicht auf: eine Krankheit, die es einem Wehrpflichtigen nicht erlaubt, sich unabhängig zu bewegen, die Notwendigkeit, sich um einen kranken Verwandten kümmern zu müssen, ein eingeleitetes Strafverfahren oder der Tod eines nahen Verwandten. Um eine Befreiung von der Wehrpflicht eingeräumt zu bekommen, muss die Person entsprechende Dokumente vorlegen. Wehrpflichtige, die nicht bei einer Rekrutierungsbehörde erscheinen, werden

verwaltungs- und sogar strafrechtlich verfolgt.

Eine weitere legale Möglichkeit, den Wehrdienst zu umgehen, ist ein Aufschieben der Wehrpflicht. In den vergangenen Monaten haben sich jedoch viele Unternehmer darüber beschwert, dass dieser Mechanismus fehlerhaft verläuft. Es werde immer schwieriger, den Wehrdienst für Spezialisten aufzuschieben. Nicht alle, die auf der Liste stehen, erhalten einen Aufschub, während weitere Fachkräfte riskieren, ebenfalls eine Vorladung zu bekommen. Viele Unternehmen haben deswegen Angst, personenbezogene Daten ihrer Mitarbeiter herauszugeben. Darüber hinaus erfüllen viele Unternehmen nicht die "strategischen" Kriterien, was bedeutet, dass sie überhaupt keine Aufschiebungen für ihre Mitarbeiter beantragen können.

Um im kommenden Frühjahr genügend Arbeitskräfte zu haben, versuchen landwirtschaftliche Betriebe bereits, den Wehrdienst für ihre Mitarbeiter zu aufzuschieben. Denn wenn die Mehrzahl der arbeitsfähigen Männer mobilisiert wird, wird dieser Sektor nicht mehr genügend viele Arbeitskräfte haben. Daher versuchen Manager alle Eventualitäten im Voraus zu arrangieren, zumal für viele Landbewohner die Frist der vorläufigen Aufschiebung abläuft. Angesichts der Bürokratie und der behördlichen Vorsicht rund um das heikle Thema wird die genehmigte Liste möglicherweise erst im Herbst die Betreiber von landwirtschaftlichen Unternehmen erreichen, wenn es Zeit für die Ernte ist. Unklar bleibt derweil, wer im Frühjahr auf den Feldern die Aussaat machen soll.

All dies ist eine große Herausforderung für die ukrainische Landwirtschaft. Laut Viktor Gontscharenko, dem Präsidenten des Verbands der Landwirte und privaten Grundbesitzer der Ukraine, sind die Landwirte besorgt darüber, wer die Traktoren und Mähdrescher bedienen wird, da kleine landwirtschaftliche Betriebe viele Mitarbeiter im Wehrdienstalter beschäftigen. "Wir verlangen für niemanden einen Aufschub. Wir hatten nur einen Fahrer, der an die Front einberufen wurde und bisher kein Problem mit den Vorladungen. Wir wollen uns auch keine Probleme schaffen", sagte der Tankstellenbesitzer Dmitri Leuschkin. Tankstellen sind Teil des Kraftstoff- und Energiesektors, gelten als privilegierte Unternehmen und können für über 50 Prozent der Mitarbeiter im wehrfähigen Alter einen Aufschub der Einberufung beantragen. Die meisten halten sich jedoch lieber bedeckt und versuchen nicht aufzufallen.

Immer mehr Unternehmen entscheiden sich für einen ähnlichen Weg und vermeiden offizielle Anträge auf Aufschiebung. Einer der Leiter eines Unternehmens in der Region Tscherkassy sagte gegenüber dem Newsportal Strana unter der Bedingung, anonym zu bleiben: "Wir haben zahlreiche Fälle bei benachbarten Unternehmen erlebt, bei denen die Hälfte der Mitarbeiter einen Aufschub von der Wehrpflicht erhielt und der Rest Vorladungen zur Mobilisierung – entweder noch bevor der Bescheid der Aufschiebung eintraf oder unmittelbar danach. Diejenigen, denen kein Aufschub gewährt wurde, erhielten umgehend Vorladungen. Deshalb haben wir uns entschieden, unauffällig zu bleiben und keine Listen einzureichen."

Das Problem mit dem Aufschub der Wehrpflicht ist einer der wenigen gemeinsamen Nenner zwischen der Wehrpflicht in der Ukraine und Russland. Als Russland eine Teilmobilmachung einleitete, berichteten die Medien immer wieder über Skandale rund um die Einberufung von Personen, die nicht hätten vorgeladen werden sollen.

Es wurden jedoch Anstrengungen unternommen, um diese Fehler zu korrigieren. So fand beispielsweise die Geschichte der Mobilisierung eines alleinerziehenden Vaters aus Sankt Petersburg, des einzigen gesetzlichen Vormunds von zwei Söhnen, im ganzen Land großen Anklang. Oft wurden russische Bürger auch mobilisiert, obwohl ihnen ein Aufschub gewährt worden war. Aber in der überwiegenden Mehrzahl dieser Fälle griffen die Gouverneure zur Lösung der Probleme ein, was dazu führte, dass gesetzwidrige Mobilisierungen stark eingedämmt werden

konnten.

Psychologische Unterstützung

Die Ukraine braucht dringend Wehrpflichtige, aber der Enthusiasmus der Männer im wehrdienstpflichtigen Alter für den Militärdienst nimmt rapide ab – und die Behörden wissen das. Natalia Gumenjuk beschuldigte "Propagandaquellen", die verbreiteten würden, dass eine Vorladung automatisch einer Entsendung an die Front gleichkäme. "Das ist absolut nicht wahr", behauptete sie. Aber es wird viel mehr als ihre Zusicherungen brauchen, um die ukrainische Öffentlichkeit zu beruhigen und die aktuelle Welle der Ablehnung abebben zu lassen. Vor dem Hintergrund von Kampfhandlungen und Skandalen rund um die Mobilisierung nimmt das Unbehagen in der Gesellschaft zu.

Mitte Februar veröffentlichte das Europäische Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Schätzung, wonach 9,6 Millionen Ukrainer an mittelschweren bis schweren psychischen Störungen leiden könnten. Dieser Bericht zeigt, dass nach den globalen Schätzungen der Organisation 22 Prozent derjenigen, die in den vergangenen zehn Jahren in einem Kampfgebiet gelebt haben, irgendeine Form von psychischen Erkrankungen entwickelt haben, die von leichten Depressionen oder Angstzuständen bis hin zu Psychosen reichen können. Zudem leidet fast jeder zehnte Ukrainer an einer mittelschweren bis schweren psychischen Störung.

"Die Anwendung dieser Schätzungen auf die ukrainische Bevölkerung bedeutet, dass 9,6 Millionen Menschen möglicherweise psychische Störungen haben, von denen 3,9 Millionen mittelschwer oder schwer sein können", heißt es im Bericht der WHO. Angesichts dieser Informationen unterstützte die Organisation die Entwicklung eines Plans zur psychologischen Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung während des Krieges und danach. Diese Statistiken werfen die Frage auf, welchen Tribut dieser Krieg der ukrainischen Gesellschaft abverlangt und was aus ihr nach dem Ende der Feindseligkeiten werden wird, wenn die soziale Solidarität schwächer geworden ist und die Folgen von monate- oder sogar jahrelangen emotionalen Belastungen zutage treten.

Im August 2022 berechnete das ukrainische Gesundheitsministerium die ungefähre Zahl der Ukrainer, die nach dem Krieg an psychischen Störungen leiden werden. Der zuständige Minister Viktor Ljaschko sagte damals voraus, dass 15 Millionen Menschen betroffen sein würden. "Wir sagen bereits in absoluten Zahlen die Anzahl der Menschen voraus, die infolge dieses Krieges an psychischen Störungen leiden werden – das sind über 15 Millionen Menschen. Das sind die Menschen, die zumindest psychologische Unterstützung brauchen werden", erklärte der Beamte.

Während eine leichte Depression keine Gefahr für andere darstellt und nur für den Patienten selbst Leiden verursacht, sind einige Arten von psychologischen Störungen schwerwiegender. Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), von denen laut internationalen Organisationen 50 bis 80 Prozent der Kriegsveteranen betroffen sind, können jedoch Gedanken hervorrufen, sich selbst oder den Mitmenschen Schaden zuzufügen, sowie Probleme bei der Arbeit oder in Beziehungen verursachen, die oft in Aggressionen münden.

In Anbetracht der weit verbreiteten Fälle von PTBS unter ehemaligen Soldaten, die auch wissen, wie man mit Waffen umgeht, und der breiten Verfügbarkeit von Waffen auf dem ukrainischen Schwarzmarkt stellen der Krieg und seine Folgen ein ernsthaftes Risiko für die Gesellschaft dar. In Anbetracht der mindestens 50-prozentigen Verbreitung von PTBS unter den Teilnehmern an den Feindseligkeiten sind bis zum Ende des Krieges wahrscheinlich mindestens 250.000 Ukrainer betroffen. Und diese Zahl ist höchstwahrscheinlich noch zu niedrig angesetzt.

Natürlich ist dieses Thema auch in Russland relevant. Bereits im vergangenen Dezember wies der

russische Präsident Wladimir Putin darauf hin, dass 15 Prozent der Bevölkerung des Landes psychologische Hilfe benötigen und dass der Anteil bei jungen Menschen sogar bei 35 Prozent liegt. Im März wies er die Regierung an, die psychologische Betreuung der Bevölkerung zu verbessern, vor allem unter den Flüchtlingen und den Militärangehörigen.

Es ist noch unklar, wie viele Personen die Streitkräfte der Ukraine in naher Zukunft einziehen wollen. Aber in den vergangenen zwei Monaten wurden etwa 30.000 Soldaten zur Ausbildung nach Westeuropa geschickt. Dies sind meist junge Menschen ohne militärische Erfahrung, die an westlicher Ausrüstung ausgebildet werden müssen. Hinzu kommt die Zahl der Wehrpflichtigen, die dringend als Ersatz von Verlusten an der Front benötigt werden, und derjenigen, die für Hilfsarbeiten außerhalb des aktiven Kriegsgebiets zum Einsatz kommen werden.

Bis jetzt gibt es keinen Hinweis darauf, dass der öffentliche Druck den Kurs der allgemeinen Mobilmachung in der Ukraine irgendwie ändern könnte. In einem Land, in dem bisher etwa eine Million Männer rekrutiert wurden, ging die öffentliche Zurückhaltung, zu den Waffen zu greifen, nicht über das Anprangern illegalen Verhaltens von Rekrutierungsbeamten in den sozialen Medien und über die entsprechende Kritik an den Behörden hinaus. Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit werden sich die Feindseligkeiten jedoch unvermeidlich wieder verschärfen, was bedeutet, dass auch die Verluste zunehmen und mehr Soldaten benötigt werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Ukraine gezwungen sein wird, die Kategorien der Wehrpflicht auf diejenigen auszudehnen, die aufgrund schlechter Gesundheit, ihrer Arbeit oder schwieriger familiärer Umstände davon bisher ausgenommen waren. Dasselbe könnte natürlich auch in Russland geschehen.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Pjotr Lawrenin ist politischer Journalist und ein Experte für die Ukraine und die ehemalige Sowjetunion.

* * *

Der Tatsachenkern hinter der Hasspropaganda: Wie ukrainische Kinder in Russland strandeten

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166342-tatsachenkern-hinter-hasspropaganda-wie-ukrainische-kinder-in-russland-strandeten/>

28.03.2023

Die Behauptung, Russland "deportiere" ukrainische Kinder, war bislang weitgehend substanzlos. Nun haben deutsche und ukrainische Medien mit Berichten über inzwischen in die Ukraine zurückgeführte Kinder diese Lücke zu schließen versucht. Welche Beurteilung deren Geschichten zulassen, möge der Leser selbst entscheiden.

Von Anton Gentzen

Die allgegenwärtige antirussische Hasspropaganda, die deutsche Medien – auch die sogenannten öffentlich-rechtlichen – seit längerer Zeit betreiben, verlangt dem Medienkonsumenten längst vergessene (im Falle der Ostdeutschen) oder nie erworbene (im Falle der Westdeutschen) Fähigkeiten ab: "Zwischen den Zeilen" zu lesen und aus einem Meer an Lügen und Halbwahrheiten den Tatsachenkern herauszufiltern.

Aktuell ist es das Thema der in Russland gestrandeten Kinder aus dem Donbass und den ukrainischen Regionen Cherson und Charkow, das den Hasspropagandisten Futter liefert. In deutschen Medien wird von "Deportationen" gesprochen und geschrieben, bei denen es sich um

Kriegsverbrechen handele. Das Thema ist naturgemäß emotionsgeladen, es eignet sich besonders gut, um Hass gegen das gesamte russische Volk zu säen. Einen Hass, der Generationen andauern und Rechtfertigung für einen Genozid an den Russen selbst bieten könnte. Nicht umsonst wird in diesem Zusammenhang häufig von "den Russen" gesprochen (wörtliches Zitat eines beim ZDF angestellten "Qualitätsjournalisten"), womit gleich ein ganzes Volk, eine 150 Millionen zählende Ethnie, einschließlich jener Russen, die gar nicht in Russland leben und keine Staatsbürger Russlands sind, kollektiv in Haftung genommen wird.

Einem kritischen Medienkonsumenten wird sicherlich sofort auffallen, dass der Begriff "Deportation" – so einhellig verwendet, als wäre er den "Qualitätsjournalisten" zentral vorgegeben worden – in diesem Zusammenhang gar nicht passt. Von einer Deportation spricht man gewöhnlich, wenn eine unliebsame Person oder eine Menschengruppe gewaltsam außer Landes oder von einem Ort, an dem man sie nicht haben will, weggebracht wird. Das Entscheidende ist, dass der Ausführende sich dieser Person oder Menschengruppe entledigen will. So werden Straftäter oder abgewiesene Asylantragsteller aus dem Land deportiert. Von Deportationen spricht man bei ethnischen Säuberungen. Und in Nazideutschland wurden Juden und andere Opfer nach Auschwitz deportiert.

In den Darstellungen deutscher Medien scheint es jedoch so zu sein, als sei Russland geradezu erpicht auf diese "ukrainischen" Kinder, als möchte es sich diese Kinder "aneignen". Treffender wäre es daher, von "Evakuierung" oder – wenn man dem Leser unbedingt eine negative Färbung vorgeben will – von "Entführung" zu sprechen. Dann ginge aber auch die offenbar bezweckte Gleichsetzung des Vorgehens Russlands mit den Nazi-Verbrechen verloren.

Was aber geschah mit den betroffenen Kindern wirklich? Entbehrt die westliche Hasspropaganda jedes Tatsachenkerns? Da man mit bloßen Behauptungen nicht weit kommt, mussten deutsche und ukrainische Medien inzwischen Lebensberichte zur Unterfütterung ihrer bis dahin pauschalen und substanzlosen Beschuldigungen präsentieren. Entkleidet man die Geschichten der Betroffenen der Propagandaelemente, mit denen die Medien sie "ausgeschmückt" haben, wird man der objektiven Wahrheit sehr nahe gekommen sein. Schauen wir uns zwei Beispiele exemplarisch genauer an, eines aus der ukrainischen Presse und eines aus dem gebührenfinanzierten deutschen Fernsehen.

Lilia: Bericht in ukrainischer Presse

"Save Ukraine" ist nach eigenen Angaben eine NGO, die Eltern im Osten des Landes dabei hilft, ihre Kinder aus Russland zurückzuholen. Sie organisiert und finanziert die Reisen von Erziehungsberechtigten, die in Ermangelung direkter Reiseverbindungen über Polen und Weißrussland führen, zu jenem Ort, wo das jeweilige Kind in einem Ferienlager oder Sanatorium untergebracht ist. Die Abholung der Kinder selbst sei, so die Organisation ausdrücklich, kein Problem: Die Kinder werden durch die russischen Pädagogen an den Erziehungsberechtigten sofort und ohne jeden Widerstand übergeben. Es sei der Organisation bereits gelungen, Dutzende von Eltern bei der Rückholung ihrer Kinder zu begleiten.

Für die Nachrichtenplattform *Spektr.Press* präsentierte die Helferorganisation exemplarisch den Fall der 13-jährigen Lilia und ihrer Mutter Tatjana Wlaiko. Der Erfahrungsbericht erschien auf *Spektr.Press* – natürlich in ein antirussisches propagandistisches Narrativ eingebettet – unter dem Titel "112 Tage ohne Mutter" am 20. März dieses Jahres. Wir lassen hier alles Propagandistische weg und geben nur die Geschichte von Mutter und Tochter wieder.

Tatjana Wlaiko lebte bis zum 24. Februar 2022 in dem Dorf Alexandrowka, 40 Kilometer von Cherson entfernt, in der Südukraine. Sie arbeitete in einer Käserei und zog einen 19-jährigen, behinderten Sohn und ihre 13-jährige Tochter Lilia auf. Während der russischen Besatzung der

Region kam das Dorf unter schweren Beschuss (der Spektr-Artikel versucht es so darzustellen, als hätte die russische Armee das Dorf beschossen, was im Widerspruch steht zu der Evakuierung der Familie durch die russische Armee in die damals russisch kontrollierte Bezirkshauptstadt Cherson). Die Mutter sagt, dass sie mit ihrem Sohn und ihrer Tochter gezwungen war, "auf einem Panzer und mit zwei Säcken voller Kleidung" nach Cherson zu fahren.

Am 14. September sei Lilia in die Schule in Cherson eingeschult worden und habe dort ein verlockendes Angebot erhalten. Tatjana Wlaiko berichtet wörtlich:

"Sie geht eine Woche lang zur Schule und kommt dann nach Hause und sagt: 'Mama, sie nehmen uns für zwei Wochen zu einem kostenlosen Gesundheitsurlaub mit'. Ich habe sofort befürchtet, dass es einfacher werden wird, sie wegzugeben als sie zurückzubringen. Meine Tochter aber sagte mir: 'Mama, ich will, das ist meine erste Reise.' Und der Schulleiter sagte: 'Was soll sie hier in Cherson, schick sie doch hin.' Also taten wir es ..."

Am 7. Oktober fuhr die Schülergruppe in das Sanatorium "Metschta" (dt.: Traum) auf die Krim. Als elf Tage später die Evakuierung der Menschen aus Cherson angekündigt wurde, ahnte Tatjana Böses:

"Es wurde klar, dass niemand unsere Kinder zu uns zurückbringen wird."

Tatjana fuhr dann sogar auf die Krim, wofür sie 3.000 Griwna an einen Bootsmann zahlte, sagt sie. Wegen Beschusses (Spektr.Press erwähnt nicht, von welcher Seite) sei zu diesem Zeitpunkt der Fährverkehr über den Dnjepr eingestellt gewesen. In Genitschesk, wo der Bootsmann sie absetzte, bekam sie jedoch eigenen Angaben nach Angst, dass "die Russen sie nicht von der Halbinsel lassen würden", und so brach sie die Reise unverrichteter Dinge ab, ohne überhaupt in dem Sanatorium ihrer Tochter gewesen zu sein. In der Zwischenzeit war Cherson unter ukrainische Kontrolle gelangt. Die Behörden, die Tatjana um Hilfe bat, halfen ihr jedoch nicht:

"Die Polizei in Cherson sagte mir, dass sie mir nicht helfen könne ..."

Ende Dezember habe Tatjana von den Freiwilligen von "Save Ukraine" erfahren, die sich bereit erklärten, beim Abholen von Lilia zu helfen. Die Vorbereitungen für die Reise dauerten etwa einen Monat. Ende Januar schließlich machte sich eine Gruppe von Eltern auf eine lange Reise. Sie mussten von Kiew erst westwärts nach Polen und dann durch Weißrussland und Russland reisen, um endlich auf die Krim zu gelangen. Am 27. Januar kamen sie in Jewpatoria an. Die angebliche "Befreiung" der "deportierten" Kinder selbst habe sich dann komplikationslos und unspektakulär gestaltet. Tatjana erzählt:

"In der Pension, in der Lilia untergebracht war, wurden uns keine Steine in den Weg gelegt. Ich ging zur Verwaltung und schrieb einen Antrag, dass ich meine Tochter mitnehmen will. Und überraschenderweise haben sie sie mir sehr schnell zurückgegeben. Als ich meine Tochter sah, fing ich sofort an zu weinen. Wir beide."

Laut Tatjana wurde ihre Tochter in allen russischen Sanatorien "normal behandelt, sie haben sie nicht geschlagen":

"Sie haben höchstens geschrien. Wegen ihres Verhaltens, wegen des Zustands des Zimmers."

Allein während dieser einen Reise seien, so werden die Freiwilligen von "Save Ukraine" zitiert, 16 Kinder abgeholt worden. Aktuell befinden sich Tatjana und Lilia Wlaiko in Kiew.

Igor: Bericht der ARD

Am 26. März brachte auch das gebührenfinanzierte Erste Deutsche Fernsehen *ARD* nach einer langen Phase pauschaler Behauptungen einen Erfahrungsbericht über ein "verschlepptes" Kind. Unter dem Titel "Verschleppte ukrainische Kinder: Viele kehren gar nicht mehr zurück" erzählt der "Qualitätsjournalist" Tobias Dammers auf tagesschau.de die Geschichte des 16-jährigen Igor (oder "Ihor", wie es die aktuelle "politisch korrekte" Transliterationsregel vorgibt).

Dieser "Qualitätsjournalist" bringt sein Narrativ gleich auf den Punkt:

"Das Angebot, das Ihor später zum Opfer eines mutmaßlichen Kriegsverbrechens machte, war zu verlockend, um es abzulehnen: ein Ferienlager in der russischen Stadt Anapa, weit entfernt von der Kampfzone in seiner ukrainischen Heimat – angeboten durch die russischen Besatzungsbehörden. Der erste Urlaub im Leben des 16-Jährigen sollte mehrere Wochen dauern und kostenlos sein. Aber es kam anders. Denn der Urlaub wurde zur Entführung und vermutlich sogar Teil eines Kriegsverbrechens. Was der schwächliche, blasse Junge nicht ahnen konnte: Aus dem Ferienlager in Russland wird er mehr als vier Monate nicht zurückkehren."

Übersetzen wir vom Propagandistischen ins Deutsche: Der russische Staat hat Igor einen kostenlosen Urlaub an der russischen Schwarzmeerküste spendiert. Während er im Ferienlager war, änderte sich der Frontverlauf. Und dass die russischen Erzieher einen 16-Jährigen nicht durch das Feuer einer hart umkämpften Frontlinie schickten, wird nun in den Augen des deutschen Propagandisten völlig logisch zu einem "mutmaßlichen Kriegsverbrechen".

Igor und seine Mutter Natalja Lissewitsch stammen aus dem Dorf Antonowka im Gebiet Cherson. Die Urlaubsreise an die russische Schwarzmeerküste erfolgte mit der Zustimmung der Mutter. Und wie schon im Fall von Lilia und deren Mutter Tatjana aus dem ukrainischen Presseartikel fiel in die Zeit des Urlaubaufenthaltes von Igor der Rückzug der russischen Armee vom rechtsseitigen Ufer des Dnjepr: Wie Lilia saß nun auch er fest. Die Behandlung im Feriencamp sei "gut" gewesen, berichtet Igor. Es habe keine Gewalt und keine Umerziehungsversuche gegeben. Aber eine Begleiterin habe angekündigt, ihn und andere an russische Adoptivfamilien oder Pflegeheime weiterzuschicken. Außerdem habe es im Ferienlager Gerüchte gegeben, dass diejenigen, die in Russland bleiben möchten, Geld erhalten würden.

Geholfen habe in seinem Fall die Hilfsorganisation "SOS Kinderdorf". Auch Igors Mutter musste dazu persönlich nach Russland reisen, um ihn abzuholen. Die Planung und Reisekosten habe die Hilfsorganisation übernommen. Auch Lissewitschs Strecke führte über Polen nach Weißrussland und bis über die russische Grenze und von dort über Moskau nach Anapa.

In Anapa angekommen, sei Natalia von den Betreuern gefragt worden, ob sie in Russland bleiben wolle. Auch andere Mütter, die in Russland waren, bestätigten solche Angebote. Nachdem sie einige Dokumente unterschrieben hatte, habe sie Igor aber problemlos mitnehmen können, zitiert die *Tagesschau* Lissewitsch. Wie nicht anders zu erwarten, war auch diese Ausreise komplikationslos.

"Verschleppt", "deportiert" und ... beim ersten Versuch freigegeben

Was haben wir aus diesen unabhängig voneinander abgegebenen Lebensberichten erfahren, was haben sie gemeinsam? In beiden Fällen wurden die Kinder nicht gewaltsam "verschleppt" oder "deportiert", wie der Sprachduktus des propagandistischen "Schmuckwerks" in beiden Artikeln weiterhin entgegen der tatsächlichen Substanz suggeriert. Sie traten vielmehr freiwillig und mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten eine Urlaubsreise an. In beiden Fällen kam der geänderte

Frontverlauf der geplanten organisierten Rückreise dazwischen. Und von den objektiven Schwierigkeiten einer langen Anfahrt zum Ziel abgesehen, machte der russische Staat keine Anstalten, die Kinder in seinem Gewahrsam zu behalten. In beiden Fällen betonten die Betroffenen, dass es sie überrascht habe, wie bereitwillig die Erzieher die Kinder an die Mütter herausgaben.

Es muss uns bewusst sein, dass es sicherlich verschiedene Fallkonstellationen gibt. Außer den gestrandeten "Urlaubskindern" gibt es etwa noch die Waisenkinder aus Donezk und Lugansk, die Russland weg von der Front und dem täglichen ukrainischen Beschuss weiter ins Landesinnere in Sicherheit gebracht hat. Hier stoßen Rechtsansichten aufeinander: Nach russischer Auffassung hat der Donbass inzwischen nicht nur genügend "Blutzoll" gezahlt, um auch nach der strengsten völkerrechtlichen Auffassung auf seinem Selbstbestimmungsrecht beharren zu dürfen. Er ist inzwischen auch ein Teil Russlands, die dort lebenden Kinder sind nach der jetzt dort herrschenden russischen Verfassungs- und Gesetzeslage Kinder russischer Staatsangehörigkeit. Es ist demnach nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht des russischen Staates, sie aus der Gefahrenzone herauszubringen.

Dass der Westen das anders sieht, ist nicht von der Hand zu weisen. Dass er (oder die Ukraine) sich aber jetzt um das Schicksal der Kinder des Donbass sorgen würde, wo man sich acht lange – für Donezk und Lugansk durch ukrainischen Artilleriebeschuss und ukrainische Wirtschaftsblockade geprägte – Jahre um nichts gekümmert hatte, kann man niemandem abkaufen.

Doch die Mehrzahl der Fälle, die jetzt zu "russischen Kriegsverbrechen" aufgebauscht werden, sind offenkundig von der Art wie die von Lilia und Igor. Nachdem wir ihre Geschichten von propagandistischer Tünche befreit und auf den Tatsachenkern reduziert haben, sollte jeder Leser selbst urteilen, ob Lilia und Igor "Opfer von Verschleppung und Deportation" sind.

* * *

Meinung

Studie: Rund ein Drittel der erwachsenen Deutschen psychisch erkrankt – wen wundert's?

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/164099-studie-rund-ein-drittel-der-erwachsenen-deutschen-psychisch-erkrankt/>

01.03.2023

Aktuelle Zahlen einer medizinischen Fachgesellschaft mit Schwerpunkt Psychiatrie und Psychotherapie zeigen die Auswirkungen medial-politischer Manipulationen hinsichtlich einer permanenten Dauerberieselung von Warnungen, Mahnungen und Vorgaben an die individuelle Lebensgestaltung.

Von Bernhard Loya

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V. (DGPPN) ist eine wissenschaftlich-medizinische Fachgesellschaft mit rund 10.000 Mitgliedern. Am 28. Februar titelte die *Deutsche Presse-Agentur (dpa)* zu Ergebnissen einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos:

"Umfrage: Ein Drittel der Befragten gibt psychische Erkrankung an"

In Auftrag gegeben wurde die Befragung demnach von dem Versicherungskonzern AXA, einer Aktiengesellschaft, die bevorzugt Privatpersonen und Unternehmen versichert. Der *dpa*-Text zitiert Andreas Meyer-Lindenberg, den Präsidenten der DGPPN, mit der Feststellung, dass das Ergebnis "an sich nicht sehr überraschend sei", und seinem Verweis, dass "Online-Befragungen methodisch keine verlässliche Messung der Häufigkeit psychischer Erkrankungen erlauben". Der *dpa*-Artikel bietet daher zusätzlich den Link zu einer DGPPN-Veröffentlichung mit der Überschrift "Basisdaten zu psychischen Erkrankungen in Deutschland" an. Die Daten, also Zahlen, haben den Stand: Januar 2023. Einleitend heißt es in dieser siebenseitigen Publikation:

"In Deutschland sind jedes Jahr etwa 27,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung von einer psychischen Erkrankung betroffen. Das entspricht rund 17,8 Millionen betroffenen Personen, von denen pro Jahr nur 18,9 Prozent Kontakt zu Leistungsanbietern aufnehmen. Zu den häufigsten Erkrankungen zählen Angststörungen (15,4 Prozent), gefolgt von affektiven Störungen (9,8 Prozent, unipolare Depression allein 8,2 Prozent) und Störungen durch Alkohol- oder Medikamentenkonsum (5,7 Prozent)."

Bewusst provozierend zusammengefasst ein bedauerliches Spiegelbild der deutschen Gesellschaft nach drei Jahren Corona-Drangsalierung seitens Politik und Medien. Vordergründig wurde dabei mit dem sehr gefährlichen, weil äußerst effektivem Argument Angst gearbeitet. Ein Schlagzeile jener Zeit lautete:

"Internes Papier aus Innenministerium empfahl, den Deutschen Corona-Angst zu machen"

Das beabsichtigte Ziel war, "eine gewünschte Schockwirkung [zu] erzielen". Das mentale Samenkorn und ein schnelles Wachstum bewirkten kalkulierte Angst, also permanenten Respekt und Vorsicht:

- vor einem saisonalen – diesmal heimtückischen – Virus,
- einer möglichen Infektion oder Erkrankung,

- *den möglichen Folgen – Stichworte Long-COVID bis Tod*
- *den neuesten Zahlen/Statistiken und daraus resultierenden regulativen Maßnahmen für das Dasein,*
- *dem unachtsamen Mitbürger,*
- *ist die Maske noch frisch/in der Hosentasche?,*
- *den Ungeimpften, den Leugnern und Lügern,*
- *Angst oder Sorge vor der nächsten Warnung und Mahnung des Bundesministers für Gesundheit Karl Lauterbach,*
- *die Angst der Erwachsenen vor den eigenen oder zu betreuenden Kindern.*

Und es wirkte, bekanntlich und nachweislich, unverzeihlicherweise auch bei den Schwächsten der Gesellschaft, den Kindern und Jugendlichen. Dies wurde knallhart einkalkuliert und als "Effekt" achselzuckend hingenommen und aktuell unglaublicherweise "als Fehler" durch vermeintliche Unwissenheit seitens schuldiger Hauptverantwortlicher von sich geschoben.

Die in der DGPPN-Statistik benannte "unipolare Depression" ist die häufigste Form der Depression. Unipolare Depressionen zählen zu den sogenannten "affektiven Störungen", die sich durch in der Bevölkerung weithin bekannte Symptome "wie gedrückte Stimmung, Interesse- und Antriebslosigkeit sowie Hoffnungslosigkeit" äußern. Regelmäßigen Lesern und Betrachtern der sozialen Medien, aus welcher Motivation auch immer, wird diese Auflistung von Irritationen des Daseins – Angststörungen, Depressionen, Alkohol- oder Medikamentenkonsum – in den Beiträgen der über 20-Jährigen auf TikTok, Instagram, Twitter und YouTube wie eine Gesellschaftsschablone vorkommen. Wen wundert's?

Neben drei langen Jahren Dauer-Corona-Gaslighting gehören zum Kontingent der profitablen Angstmacher auch die unerschöpflichen Themenblöcke klimabedingte Endzeitstimmungen, Ernährungsvorgaben und (Neu-)Orientierungen und diesbezüglich eingeforderte sexuelle Daseinsempfehlungen im Gesamtkomplex LGBTQ+-was auch immer:

Ein bedauerliches, wenn nicht tragisches Beispiel früher Auswirkungen dieser Manipulationen zeigt sich im Video einer Schülerin bei dem Versuch, ihren Hunger unter (Eigen-)Kontrolle zu bekommen:

Luisa Neubauer weiß: "Es hängt alles zusammen. Kein Frieden, keine Klimagerechtigkeit." Es geht also auch weiterhin vermeintlich um nicht weniger als Krieg und/oder Frieden in den Köpfen? Der gesellschaftliche Minimalkonsens früherer Zeiten: "Friede den Hütten, Krieg den Palästen" wird seit Jahrzehnten über gezielte Kampagnen und Konditionierungen umgedeutet zu einem gesundheitsbelastenden "Friede den Deutungshütern, Krieg in den Köpfen".

Laut DGPPN zählen psychische Erkrankungen daher nun wahrlich "nicht überraschend" in Deutschland "nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bösartigen Neubildungen und muskuloskelettalen Erkrankungen zu den vier wichtigsten Ursachen für den Verlust gesunder Lebensjahre". Der berühmte Filmtitel "Angst essen Seele auf" aus dem Jahr 1974 fasst in diesen bizarren und anstrengenden Jahren den Irrsinn medial-politischer Vorgaben in einem Satz nachdrücklich zusammen.

18,9 Prozent der Betroffenen nehmen aktuell laut DGPPN keinen Kontakt zu benötigten Leistungsanbietern auf. Es werden keine Gründe genannt. Diese könnten aber lauten: Angst vor der – bzw. einer anderen – Wahrheit sowie immer noch Angst vor Viren. In Zeiten des ersten verordneten Lockdowns waren die, die brav und unreflektiert gehorchten, "besondere Helden". Daran hält man sich fest, bis heute, inklusive der möglichen Auswirkungen in Form von "Störungen durch Alkohol- oder Medikamentenkonsum" oder der "gedrückten Stimmung, Interesse- und

Antriebslosigkeit" oder genereller "Hoffnungslosigkeit". Im Rahmen der wichtigen Kunstaktion #allesdichtmachen im Mai des Jahres 2021 gab es den brillanten Beitrag des Babylon-Berlin-Darstellers Volker Bruch. Er sprach in die Kamera die exquisit herausgearbeitete Stimmung einer mental-sedierten Gesellschaft:

"Mein Name ist Volker Bruch, und ich habe Angst. Aber ich merke, wie meine Angst nachlässt, und das macht mir Angst. Ein Jahr lang hatte ich durchgehend Angst, doch diese Angst lässt jetzt nach, und das macht mir Angst. Ich will wieder mehr Angst haben, denn ohne Angst habe ich Angst. Deshalb appelliere ich an unsere Regierung – macht uns mehr Angst (...)."

Wenig überraschend wurde Bruch dafür wie alle teilnehmenden Künstler unmittelbar medial geteert und gefedert. Wer die Stimme erhebt und sich seiner Angst bewusst stellen möchte, wird zum Schweigen gebracht. Laut DGPPN werden pro Quartal etwa 2,4 Millionen Bürger in diesem Land "von 3.514 Fachärzten für Psychiatrie und Psychotherapie bzw. Nervenheilkunde in ambulanten Praxen behandelt". Die direkten Kosten, also Kosten, die im Gesundheitswesen unmittelbar aufgrund psychischer Erkrankungen entstehen, belaufen sich laut der Veröffentlichung "in Deutschland auf rund 44,4 Milliarden Euro im Jahr". Die Dauer von Krankschreibungen aufgrund psychischer Erkrankungen lag 2020 durchschnittlich bei 48 Tagen und damit bei durchschnittlich fünf Tagen mehr als 2019. Wir dürfen auf die Auswertungen der Jahre 2021 und 2022 gespannt sein.

Die Gesamtkosten aufgrund psychischer Erkrankungen werden für Deutschland auf rund 147 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 4,8 Prozent. Ausschlaggebende Verursacher psychischer Erkrankungen in Deutschland sind dabei auch wesentlich mitverantwortlich gelenkte Kampagnenköpfe wie Neubauer und Greta Thunberg, finanzierte Aktivisten wie die "Letzte Generation", Role models à la "die beliebtesten LGBT-Influencer bei Instagram" und Co. und natürlich Statisten und treue Erfüllungsgehilfen der aktuellen Polit-Darstellerkaste. Die Namen und ihre Taten sind durch mediale Kooperationen mit den Leitmedien bekannt und müssen daher nicht genannt werden.

* * *

Getarnt als "Satire": Wie der deutsche Gebührenfunk Jugendliche mit Lügen indoktriniert

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/164232-getarnt-als-satire-wie-deutsche/>

01.03.2023

Ein breit gestreutes Jugendangebot des "ZDF" will Sahra Wagenknechts Demo-Rede "auf das Wesentliche reduziert" haben. Doch die imitierte Echtheit täuscht: Der frei erfundene Inhalt zielt darauf ab, Friedensbewegte als "Nazifreunde" zu verleumden und Minderjährige zu indoktrinieren.

Von Susan Bonath

Es heißt, Satire darf alles. Doch sollte sie klar erkennbar sein, vor allem, wenn sich der Beitrag gezielt an Jugendliche richtet. Die Macher des gebührenfinanzierten Jugendangebots "Browser Ballett", das sie unter dem Schirm von ARD und ZDF mit hoher Reichweite in den sozialen Medien verbreiten, sehen das anders. Unter ihrem aktuellen Beitrag ist das Wort "Satire" nicht zu finden. Sie geben vor, darin die Rede der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht auf der Friedenskundgebung am Samstag in Berlin "auf das Wesentliche reduziert" zu haben. Das ist jedoch eine gezielte Täuschung, die für viele Jugendliche kaum erkennbar sein dürfte.

Hetzrede in den Mund gelegt

Die Macher suggerieren, reale Ausschnitte von Wagenknechts Rede auf der Kundgebung zu zeigen. Sie bilden die Politikerin auch auf der Bühne ab, die Worte klingen, als kämen sie direkt aus ihrem Mund. Tatsächlich aber handelt es sich um aus- und zu Sätzen zusammengeschnittene Wortfetzen Wagenknechts. Die Macher legen ihr auf diese Art eine Hetzrede in den Mund, die sie nie gehalten hat.

Das Ziel der öffentlich-rechtlichen Akteure wird beim Hören offensichtlich: Sie versuchen damit nicht nur Wagenknecht und ihre Mitveranstalterin, die Feministin Alice Schwarzer, in die Nazi-Ecke zu stellen, sondern die inzwischen über 715.000 Unterzeichner ihres "Manifests für Frieden", die Zehntausenden Demonstranten am Brandenburger Tor und jeden, der sich öffentlich gegen Waffenlieferungen in die Ukraine ausspricht, gleich mit.

Mehr noch: Der Beitrag ist an hetzerischer Demagogie, Menschenverachtung und Frauenfeindlichkeit schwer zu überbieten. Dass er sich direkt an Jugendliche richtet, also per Gesetz Schutzbefohlene, setzt der Täuschung noch die Krone auf. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten verletzen damit nicht nur sämtliche Pressestandards. Man könnte durchaus den Verdacht gezielter Verleumdung, übler Nachrede, schwerer Beleidigung, Misshandlung Schutzbefohlener und sogar der Volksverhetzung erwägen.

Propagandalügen und Sexismus

Die Autoren legen Wagenknecht pikante Worte in den Mund. So habe sie etwa bekundet, sie, alle Teilnehmer und Manifest-Unterzeichner paktierten mit "Neonazis und Reichsbürgern", seien "Handlanger Putins", viele davon "womöglich von Putin bezahlt" und würden den russischen Präsidenten "verehren". Sie habe demnach sogar verlangt, die Ukraine müsse "ein russisches Protektorat werden."

Tatsächlich sprach sich Wagenknecht gegen die ausufernden Waffenlieferungen Deutschlands und des Westens in die Ukraine aus. Stattdessen müsse eine Verhandlungslösung gefunden werden, die auch die legitimen Wünsche Russlands berücksichtigt, forderte sie. Nur so sei Frieden herstellbar. Sie erinnerte an die Vorgeschichte des Krieges: Das Vorrücken der NATO gen Osten, den westlich unterstützten Putsch in Kiew 2014 und den jahrelangen Beschuss des Donbass durch die ukrainische Armee, dem Tausende zum Opfer fielen. Sie kritisierte medial verbreitete Lügen über alle, die das ähnlich sehen.

Das erfahren die Zuschauer des funk-Beitrages freilich nicht. Stattdessen geht es tief unter der Gürtellinie weiter. Demnach habe Wagenknecht geäußert: "Alice Schwarzer und ich fangen jetzt auch an, uns die Schamhaare zu rasieren, um Putin ein Verhandlungsangebot zu unterbreiten." Das gehört unzweifelhaft in die unterste Schublade exzessiver Frauenfeindlichkeit, wie man sie sonst von echten Nazis kennt – also jenen, die die Feministin Schwarzer seit Jahrzehnten innig verachten. Nun soll Schwarzer angeblich ihre "Führerin" sein.

Jugendschutz missachtet

Das Argument "Satire" zieht nicht nur deshalb nicht, weil dies am Beitrag selbst nicht explizit erkenntlich ist. Auch müssen Anbieter davon ausgehen, dass Jugendliche inmitten ihrer Persönlichkeitsentwicklung Satire nicht immer als solche verstehen. Nicht umsonst existieren in Deutschland eine Kommission für Jugendmedienschutz und ein (dort abrufbarer) Jugendmedienstaatsvertrag.

Danach dürfen für Minderjährige zugängliche Medien beispielsweise keine Inhalte produzieren, die "offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Berücksichtigung der besonderen Wirkungsform des Verbreitungsmediums schwer zu gefährden." Auch dürfen Medien demnach nicht zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstacheln, diese böswillig verächtlich machen oder verleumden.

Das *ZDF* übergeht mit seinem Beitrag auch den sogenannten Beutelsbacher Konsens, der die Prinzipien politischer Bildung in Deutschland regelt. Danach ist es Lehrenden "nicht erlaubt, Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern."

Gezielte Indoktrination Minderjähriger

An dieser Stelle, so heißt es weiter im Beutelsbacher Konsens, verlaufe "die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination". Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur eine Informationspflicht, sondern einen Bildungsauftrag innehat, können *ARD*, *ZDF* und ihre – nicht immer auf den ersten Blick erkennbaren – Ableger durchaus als Lehrende gewertet werden.

In diesem Kontext wird deutlich: Das öffentlich-rechtlich verbreitete Jugendangebot "Browser Ballett" verstößt mit seinem Beitrag klar gegen grundlegende Standards des Medienrechts und des Jugendschutzes. Es diskreditiert eine Bevölkerungsgruppe böswillig, verbreitet Lügen über sie und stachelt zum Hass gegen sie auf. Es überrumpelt und indoktriniert gezielt Minderjährige mit erwünschten politischen Meinungen.

Dass dies auch noch auf Kosten der Gebührenzahler geschieht, ist – außer an dem YouTube-Hinweis – auch nicht unbedingt ganz leicht erkennbar. Man muss schon genauer hinsehen. Laut Selbstauskunft, zum Beispiel auf YouTube, ist das "Browser Ballett" seit Oktober 2022 ein "Format von *ZDFneo*, also des öffentlich-rechtlichen, gebührenfinanzierten Zweiten Deutschen Fernsehens mit Sitz im rheinland-pfälzischen Mainz. Zuvor sei "dieser Kanal" vom Jugendsender *funk* produziert worden, der ein gemeinsames Angebot von *ARD* und *ZDF* ist, heißt es.

Propaganda mit Reichweite

Für die Verbreitung solch fragwürdiger Inhalte nutzt das "Browser Ballett" seine beachtliche Reichweite und vermeintliche Glaubwürdigkeit schamlos aus. Auf YouTube hat der Kanal immerhin gut 400.000 Abonnenten, auf Facebook folgen ihm sogar rund 444.000 Nutzer. Auf der sozialen Plattform Instagram erfreut er sich an 150.000 Interessenten, auf "TikTok" an über 33.000. Bei Twitter folgen ihm knapp 32.000 Nutzer. Das *ZDF* will also Jugendliche dort erreichen, wo sie sich virtuell tummeln – was ihm ersichtlich gelingt.

Produziert wird das "Browser Ballett" allerdings von einer privaten Firma namens Steinberger Silberstein GmbH – im Auftrag des *ZDF*. Geschäftsführer dieses Unternehmens ist David Steinberger.

Man könnte konstatieren: So geht gezielte Propaganda, um Jugendliche auf Linie zu bringen. Dafür scheinen dem "Staatsfunk" jedes Mittel recht und die Grenzen der Gesetze egal zu sein. So agieren gewöhnlich autoritäre Regime, etwas, das die deutsche Regierung gern den anderen vorwirft, zum Beispiel Russland. Olaf Scholz und Co. sollte wohl besser vor der eigenen Türe kehren.

* * *

Israelischer Ex-Geheimdienstchef unter EU-Sanktionen – wegen Unterstützung Russlands

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/164215-israelischer-ex-geheimdienstchef-unter-eu/>

01.03.2023

Yakov Kedmi, Ex-Leiter des israelischen Geheimdienstes Nativ, unterstützt seit dem Staatsstreich in der Ukraine offen Russland – es ist ja nur natürlich für einen Juden, sich gegen Nazis auszusprechen. Dafür belegte die EU ihn mit Sanktionen. Ob Israel es der EU gleichtun wird?

Von Jewgeni Satanowski

Was der Autor dieser Zeilen zunächst nicht glaubte, weil er es für eine Art Informationsprovokation Kiew's hielt, hat sich nun bestätigt: Yakov Kedmi ist tatsächlich auf die Sanktionsliste der EU gesetzt worden. Na, ist doch das Normalste der Welt! Die Europäer haben auf Betreiben der ukrainischen Führung und Oligarchen sowie der US-Amerikaner, die von diesen Schutzgeld nehmen, wieder einmal bewiesen: Das, was wir für den Tiefpunkt des moralischen Verfalls, der Widerwärtigkeit und der Niedertracht hielten, ist für sie nur eine Aufwärmübung.

Für das derzeitige westliche Establishment, orientiert an den Vereinigten Staaten und deren Normen und Verhaltensregeln in der Politik – zu denen vor allem das Fehlen jeglicher Normen und Regeln gehört, die sie einschränken könnten –, sieht so die Standardform der Kommunikation mit der Welt um sie herum aus. Also, nochmals, für sie gibt es einfach keinen Boden, zu dem sie sinken können. Da ist ein bodenloser Abgrund.

Besser so, denn "Boden" wäre ein noch zu milder Ausdruck! Der Marianengraben ist ein seichtes Tälchen im Vergleich zu dem Niveau des Bastardismus, auf dem sich diese Leute bewegen. Der Anstand und die Ehrlichkeit, die Talente und Verdienste eines Menschen, seine Lebensweise und seine Taten bedeuten ihnen nichts. Der hinterlistigste, feigste, gierigste und faulste Schimmel, der in den USA, Europa und all den Ländern, die in ihrem Kielwasser folgen, nur ansetzen kann: Solche Art von Schimmel führt diese Staaten und bestimmt ihre Zukunft. Das war schon immer so und wird auch immer so bleiben, bis jeder einzelne dieser Leute aus dem von ihm bekleideten Sessel wie ein Kegel von einer Bowlingkugel herausgestoßen wird – oder mitsamt Sessel zu Pulver zerrieben. Sie können das, was Kedmi offen ausspricht, nicht ebenso offen anfechten – denn er sagt die Wahrheit. Sie haben Angst, sich mit ihm auseinanderzusetzen: Im Westen gibt es niemanden, der mit einem wie ihm fertig werden könnte. Also verhängten sie Sanktionen, aus hilfloser Wut.

Der Autor kennt Yakov Kedmi seit 35 Jahren. Wir waren nicht immer einer Meinung, und das ist normal – unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Schicksalen eben. Aber er war immer ein ehrlicher und äußerst prinzipientreuer Mann, der jegliche Art von Falschheit oder Niedertracht absolut nicht tolerierte. Und außerdem: Er war stets sehr mutig. Und so ist er auch geblieben. Die EU-Sanktionen gegen Yakov Kedmi ... Gottchen, das klingt wie eine gute alte Satire des literarisch heiliggesprochenen Swift! Da fesselten Swifts Liliputaner einen Gulliver, fesselten und fesselten ihn ...

Und jetzt müssen wir nur abwarten, wie die derzeitige Regierung Israels darauf reagiert – und damit dürfte sie nicht auf sich warten lassen: Denn in Israel wird er von vielen für genau die gleichen Eigenschaften verabscheut, die auch der ganze Abschaum in Europa und den Vereinigten Staaten an ihm so verabscheut – vom Abschaum in der Ukraine ganz zu schweigen. Und eine Reaktion wäre jetzt sehr aufschlussreich zur Beurteilung des derzeitigen Zustands des jüdischen Staates und seiner ... Führung.

(Anmerkung der Redaktion: Yakov Kedmi brachte zum Ausdruck, sich durch seine Aufnahme in die Sanktionsliste der Europäischen Union gleichsam geädelt zu fühlen:

"Ich fühle den größten Stolz. Sich auf einer Liste wie der Kinderarzt Leonid Roschal wiederzufinden, der darum flehte, unter Todesrisiko zum Verhandeln mit Terroristen geschickt zu werden! Für dieses ganze Pack, das in Europa diese Entscheidung fällte, ist das jedoch ein Fleck der Schande und ruft in mir nur Verachtung hervor. Das zeigt ihre vollkommene Doppelzüngigkeit. Diskutieren können sie mit mir nicht, sie haben mir nichts zu entgegnen. Im offenen Gespräch ziehen sie immer den Kürzeren. All diese widerlichen europäischen Kanaillen versuchen, die Menschen der Vernunft zu berauben, des Verständnisses und des Selbstbewusstseins – nur dann hoffen sie, etwas erreichen zu können.")

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

[Jewgeni Janowitsch Satanowski](#), Jahrgang 1959, ist ein renommierter Wirtschaftsprofessor und Experte für den Nahen und Mittleren Osten am Moskauer Forschungsinstitut für Israel und den Nahen Osten. 1995 war er Gründungsmitglied des Kongresses der Juden in Russland, dessen Präsident er zeitweilig war. Er publiziert über geopolitische, wirtschaftliche und militärische Themen und ist häufiger Gast in Talkshows des russischen Fernsehens. Wegen seiner pessimistischen, gar apokalyptischen Grundeinstellung zum Weltgeschehen bekam er den Spitznamen "Armageddonytsch". Seine Analysen und seine bissigen Kommentare kann man unter anderem auf seinem [Telegram-Kanal](#) lesen.

* * *

Der NATO-Schreiber und die "Lumpenpazifisten"

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/164207-nato-schreiber-und-lumpenpazifisten/>

02.03.2023

Klar ist: Alles, was nicht auf Linie ist, muss verunglimpft werden. Nur macht die Linie selbst mittlerweile keinen Sinn mehr. Man muss schon geistiger Kontorsionist, vulgo Schlangemensch, sein, wie das Beispiel eines Kommentars in der Welt zeigt.

Von Dagmar Henn

Es wird zunehmend schwerer, den Gedankengängen in Veröffentlichungen deutscher Medien zu folgen. Das ist jetzt nicht metaphorisch gemeint. Sie entbehren jedweder Logik. Wie kommt es zu dieser Denkweise? Kann man überhaupt noch Ursache und Folge oder auch nur Groß und Klein auseinanderhalten, wenn man seine Tage damit verbringt, so etwas zu schreiben?

Um seine Haltung deutschen Friedensdemonstranten gegenüber absolut unverkennbar zu machen, nutzte der *Welt*-Kommentator Clemens Wergin sogar einen Neologismus, der, wie Twitter-Kommentatoren zu Recht anmerkten, aus der Feder eines Julius Streicher stammen könnte: "Lumpenpazifisten." Allerdings ist er Zweitnutzer dieser sprachlichen Entgleisung; sie fand sich bereits im April vergangenen Jahres in einem Kommentar von Sascha Lobo zu den Ostermärschen. Aber die beiden Kriegstreiber werden sich sicher noch über die Tantiemen einig.

Wergin hat eine gründliche transatlantische Dressur hinter sich, verbrachte einige Jahre bei der *Chicago Tribune* und darf sogar in der *New York Times* kommentieren.

Die Überschrift ist so deutlich wie verworren: "Chinas Friedensplan: Putin will nicht verhandeln – das müssen jetzt auch deutsche Lumpenpazifisten kapieren". Also eigentlich sollte man jetzt

Aussagen zu dem erwähnten chinesischen Vorschlag erwarten, statt ausgiebiger Beschimpfungen jenes Teils des deutschen Publikums, das nicht gänzlich auf NATO-Linie eingeschworen ist, aber der Einstieg in die Überschrift bleibt eine unerfüllte Erwartung. Denn es wird nicht wirklich etwas über den chinesischen Vorschlag gesagt; aber man kann ihn ja auf der Seite des chinesischen Außenministeriums nachlesen.

"Russlandfreundlich" sei der Plan, urteilt Wergin, denn "schließlich sah dieser Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen vor – und ohne explizit einen russischen Abzug von ukrainischem Staatsgebiet zu fordern." Und schon sind wir mittendrin im Problem der Logik.

Wergin scheint sich nicht darüber klar zu sein, was ein Krieg ist, und in der Folge dessen begreift er auch nicht, was Friedensverhandlungen sind. Ein Krieg ist die Klärung einer politischen Frage mit den Mitteln materieller Gewalt. In der Logik des Krieges gibt es Sieg oder Niederlage. Für denjenigen, der die Niederlage erleidet, bleibt nur die Kapitulation, also das Strecken der Waffen. Eine Kapitulation ist keine Friedensverhandlung. Diese nüchterne materielle Qualität der militärischen Auseinandersetzung erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, ist die erste Voraussetzung dafür, die Logik des Krieges auch wieder verlassen zu können.

Es ist einer der Tricks, mit denen dieses logikwidrige Geschreibe verkauft wird, die Vorstellung, die mit dem Begriff "Friedensverhandlung" verknüpft wird, nur negativ zu definieren. Wenn man sie positiv schreibt, wird schließlich sofort klar, wo der Wurm steckt, oder eher der Lindwurm. Die Bedingung für "Friedensverhandlungen" wäre der "russische Abzug von ukrainischem Staatsgebiet".

Wobei, das macht es besonders lustig, nach russischem Recht gar keine russischen Truppen auf ukrainischem Staatsgebiet stehen. Weil die vier Regionen Teil des russischen Staatsgebiets sind. Und natürlich muss man, um Wergins Wahn in voller Blüte zu begreifen, noch hinzufügen, dass er auch noch die Krim als ukrainisches Staatsgebiet bezeichnen würde. Selbst das Pentagon hat inzwischen begriffen, dass es die Krim unter keinen Umständen bekommen wird; aber deutsche Kriegspropagandisten und die Realität, das ist ein, sagen wir einmal, etwas gespanntes Verhältnis.

Doch zurück zur Logik des Krieges. Solange sie aktiv ist, und das ist sie mindestens bis zum Abschluss eines Waffenstillstands, entscheidet sich ganz simpel, wer wem einen Rückzug vorschreiben kann: der Sieger dem Verlierer. Krieg richtet sich nicht danach, wer seine Wünsche und Vorstellungen lauter in die Welt brüllt, die Bilanz wird auf dem Schlachtfeld gezogen, nicht in den Redaktionsstuben. Und nach dieser Bilanz ist nicht nur die Ukraine, sondern die NATO dabei, zu verlieren.

"Chinas Plan zielte darauf ab, den Konflikt unter den gegenwärtigen Frontverläufen einzufrieren, was Moskau die Möglichkeit geben würde, sein dezimiertes Militär wieder aufzubauen und dann in einigen Jahren einen neuen Anlauf zur Eroberung der Ukraine zu unternehmen."

Wenn es nicht so durch und durch sinnlos und barbarisch wäre, wie der Westen die ukrainischen Truppen opfert, dann wäre diese Formulierung erheiternd. Denn es ist nicht das russische Militär, das dezimiert ist und wieder aufgebaut werden muss. Der weit überwiegende Teil dieses Militärs befindet sich weit von jeder Kampfhandlung entfernt in Russland; deshalb nennt sich das militärische Sonderoperation und nicht Krieg. Für das ukrainische Militär ist die Formulierung dezimiert allerdings untertrieben, denn die Verluste liegen weit höher als ein Zehntel. In russischen Kanälen und bei nüchternen westlichen Analysten ist längst davon die Rede, dass die ukrainische Armee bereits zweimal im vergangenen Jahr fast völlig aufgerieben wurde; dass, was jetzt an der Front steht, schon der dritte Aufguss ist, unter Einschluss zahlreicher Söldner.

Wobei selbst das ukrainische Militär des Frühjahrs 2022 nicht mehr das Original war, das 2014 den Krieg im Donbass begann, denn auch die Kessel im Herbst 2014 und bei Debaltsevo im Frühjahr 2015 waren ausgesprochen verlustreich.

Es gibt einige etwas vernünftigeren Stimmen im Westen, die zumindest die Realität wahrzunehmen bereit sind, wie das Papier der RAND-Corporation vor einigen Wochen. Darin war explizit die Rede von Verhandlungen auf Grundlage des jetzigen Frontverlaufes. Aber RAND ist eine Einrichtung, die vor allem für das Pentagon arbeitet, das natürlich Truppen, Waffen und Munition zählt und das weiß, dass die Entscheidung auf dem Schlachtfeld zählt.

Wergin fordert, wenn auch durch seine Negativformulierung getarnt, die Kapitulation Russlands als Voraussetzung dessen, was er dann als "Friedensverhandlungen" gelten lassen will. Als stünden die NATO-geförderten Truppen, die ja längst nicht mehr wirklich ukrainische sind, vor Moskau, und würden nicht Minderjährige und Alte auf den Straßen fangen, um die aktuelle Frontlinie noch halten zu können. Verglichen damit war selbst die Bezeichnung des Rückzugs der Naziwehrmacht als "Frontbegradigung" noch beinhardter Realismus.

Der chinesische Vorschlag ist schlicht ein Ablauf aus dem Lehrbuch. So, wie Kriege durch materielle Gewalt entschieden werden, gibt es auch einen Ablauf für Friedensverhandlungen; schließlich hat die Menschheit mit beidem einige Jahrtausende Erfahrung. Friedensverhandlungen beginnen mit einer Waffenruhe, darauf folgt die Aushandlung eines Waffenstillstands, und dann wird, in der Regel mit mindestens einem neutralen Vermittler, versucht, einen Mittelweg zwischen den Interessen beider Parteien zu finden.

Dass das in jeder Hinsicht den Standards entsprechende chinesische Papier bei Wergin als "russlandfreundlich" klassifiziert wird, belegt nicht nur, dass er von Friedensverhandlungen keine Ahnung hat (er könnte sich mal kundig machen, angefangen mit dem Westfälischen Frieden von 1648), sondern auch, dass er den chinesischen Schachzug nicht verstanden hat, weil er davon ausgeht, dieser Vorschlag sei wirklich an den Westen gerichtet. Das war er nie. Auch das chinesische Außenministerium weiß, dass der Westen von Leuchten des Kalibers Wergin geleitet wird, die sich einbilden, die Ergebnisse eines Krieges nach ihren Wünschen verändern zu können.

Weil er sich auch die russische Reaktion selbst strickt, in der nie eine grundsätzliche Ablehnung von Verhandlungen zu finden war, begreift er – wie seine Washingtoner Vorbilder um Nuland und Co. – nicht einmal, dass er mit beiden Füßen in die Falle getappt ist. Denn sie alle belegen mit diesem wahnhaften Gewäsch, Russland müsse seine Truppen zurückziehen, nur, dass der kollektive Westen so wenig Interesse an einem Frieden hat, dass er ihn selbst zu einem Zeitpunkt zurückweist, an dem er ihn bereits suchen müsste; und auch Wergin begreift nicht, dass der chinesische Vorschlag so lehrbuchmäßig ist, weil er sich an ein Publikum außerhalb des Westens richtet, das sehr wohl noch weiß, wie Friedensverhandlungen funktionieren; ein Publikum, das die westliche Ablehnung zur Kenntnis nimmt.

Was noch nicht alles ist. Denn der chinesische Vorschlag war nicht nur eine Demonstration. Wenn man ihn zusammen mit der scharfen Anklage gegen die US-Politik liest, die einige Tage davor veröffentlicht wurde, ergibt sich etwas anderes. Die eindeutige Reaktion des Westens verleiht China nun die Möglichkeit, frei zu agieren, ohne die eigenen rechtlichen Maßstäbe zu verletzen. Wären die Neocons nicht die Neocons, hätten sie das durchschaut und zumindest Gutwilligkeit geheuchelt. Wie man an Wergins Beispiel sehen kann, scheitern die wahren Gläubigen schon daran, China als Akteur ernst zu nehmen.

Natürlich fehlt jede Vorgeschichte bei Wergin, und auch die Verhandlungen in Istanbul vor einem Jahr scheinen nie stattgefunden zu haben: "Nichts deutete in den vergangenen Monaten darauf hin,

dass Russland bereit wäre für eine Verhandlungslösung zu akzeptablen Bedingungen." Wobei natürlich auch hier der Trug am Werk ist, denn "akzeptable Bedingungen" übersetzt sich eben immer in das, was unter keinen Umständen zu haben ist, in eine Kapitulation Russlands. Das, was lehrbuchmäßig ein Weg zum Frieden ist, Verhandlungen zum Interessenausgleich, wäre im vergangenen März zu haben gewesen; auch im Dezember davor auf Grundlage des russischen Vorschlags, oder in den Jahren davor durch eine Umsetzung der Minsker Vereinbarungen; und wieder und wieder war es der Westen, die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der, in der festen Überzeugung, er hätte keinerlei Kompromisse nötig, diese Wege ausgeschlagen hat.

Nur, dass die Arroganz, die Herrn Wergin aus jedem Knopfloch rinnt, in der wirklichen Welt keine Grundlage mehr hat. Die "akzeptablen Bedingungen", die sich in allerlei Wunschträume vom Regimechange in Moskau bis hin zur Balkanisierung Russlands übersetzen lassen, haben sich längst als Illusionen erwiesen, und dennoch wird erbittert an ihnen festgehalten; jeder, der Wergins Artikel liest, kann nachvollziehen, warum man in Moskau schlicht kein Gegenüber sieht, mit dem man verhandeln könnte. Nichts anderes besagt auch die Aussage des Kremlsprechers Dmitri Peskow, die Wergin zitiert: "Im Moment sehen wir keine Voraussetzungen dafür, dass diese ganze Geschichte friedlich ausgeht." Das ist mitnichten eine Aussage, man selbst wolle nicht verhandeln, wie das Wergin behauptet, sondern eine Feststellung der objektiven – und gerade von Wergin selbst belegten – Tatsache, dass da niemand ist, mit dem man verhandeln könne.

So verquer seine Wahrnehmung der realen Machtverhältnisse, so verquer ist auch seine Haltung zu den Friedensdemonstranten in Berlin. Sie seien "russlandfreundliche, angebliche Friedensfreunde", die auf "naive Weise" fordern, "endlich wieder auf Diplomatie zu setzen" – ein Fach, von dem Wergin sichtlich rein gar nichts versteht, sie betrieben "Appeasement-Politik", seien "Lumpenpazifisten".

Nun, für den amerikanischen Imperialismus blind zu sein kommt wohl spätestens mit einer Tätigkeit für die *New York Times*. Weshalb Wergin natürlich von Putins, nicht von Bidens imperialistischem Wahn schreibt, und meint, der müsse "mit Waffenlieferungen an Kiew und einem ukrainischen Sieg beendet werden." Den wird er allerdings in einem Paralleluniversum suchen müssen. Um Bidens imperialistischen Wahn kümmert sich derzeit die russische Armee.

Wie irrwitzig nicht nur Wergin, sondern das gesamte politische Denken in Deutschland ist, zeigt sich nicht nur daran, dass auch das gewaltige Menetekel Nord Stream in diesem Kommentar nicht vorkommt, sondern auch darin, dass Wergins Beschimpfungen durch die Einschätzung ausgelöst werden, Friedensverhandlungen wären ein Vorteil für Russland. So verrannt, wie er ist, hält er vermutlich auch die RAND-Corporation für einen Hort russischer Agenten.

Aber in der bösen Wirklichkeit wären tatsächlich sofortige Verhandlungen die einzige Rettung für die Kiewer Regierung, und die einzige Option für den gesammelten Westen, eine offen sichtbare Niederlage noch zu umgehen. Sie wären die mögliche Rettung für all die ukrainischen Soldaten, die noch in den Fleischwolf geworfen werden sollen, und sie würden vielleicht, aber leider nur vielleicht, eine Chance eröffnen, die deutsche Politik aus dem Würgegriff der US-Interessen zu befreien. Alles unterhalb eines sofortigen Austritts aus der NATO und der Forderung nach sofortigem Abzug der US-Truppen bleibt noch hinter dem zurück, was schon allein in deutschem Interesse geboten wäre; wie verzerrt die gesamte politische Debatte ist, zeigt sich schon daran, dass die Forderungen der Friedensdemonstration weit dahinter zurückbleiben.

Wenn aber jemand, der vorsichtig den selbst aus dem Pentagon schon vernommenen Wunsch nach Friedensverhandlungen artikuliert, von Kreaturen wie Wergin zum Lumpenpazifisten erklärt wird, was wäre dann die angemessene Bezeichnung für solche wie ihn?

* * *

Impfschäden und Freiheitsrechte: Medien bestätigen die Corona-Kritiker

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165120-impfschaeden-und-freiheitsrechte-medien-bestaetigen/>

12.03.2023

In letzter Zeit berichten immer mehr Mainstream-Medien, dass die Corona-Politik der Bundesregierung falsch war und dass die Querdenker mit ihrer Kritik im Kern recht hatten. Aber eine Aufarbeitung oder auch nur eine Entschuldigung gibt es nicht.

Von Thomas Röper

Um zu verstehen, was die derzeitigen Medienberichte über Hunderttausende Impfschäden und über das Eingeständnis, dass die Corona-Maßnahmen "unsinnig, überzogen, rechtswidrig" waren (*Spiegel*), bedeuten, müssen wir uns noch einmal an die leidige Corona-Zeit erinnern.

Die von Politik und Medien bis heute diskreditierten und vom Verfassungsschutz beobachteten Querdenker haben von Beginn an nichts anderes gesagt als das, was nun auch vereinzelt in den Medien gemeldet wird: Die Thesen der Querdenker waren erstens, dass COVID-19 keine gefährliche Seuche, sondern bestenfalls etwas gefährlicher war als eine schwere Grippewelle. Zweitens waren sie daher gegen die Lockdown-Politik und die brutalen Einschränkungen der Freiheitsrechte. Und drittens waren sie wegen der befürchteten Nebenwirkungen gegen die Impfungen, die aufgrund der G-Regeln indirekt zu Zwangsimpfungen gemacht wurden.

Alle Thesen der Querdenker haben sich bewahrheitet. Auch in Ländern wie Schweden oder vor allem Weißrussland (aber auch vielen anderen auf der Welt), die keine oder kaum Einschränkungen verhängt haben, ist das Massensterben ausgeblieben. COVID-19 war keine Killerseuche. Und das ist keine Überraschung, spätestens ab Spätsommer 2020 war das jedem klar, der sich die Zahlen zur Übersterblichkeit in den Ländern, in denen es keine Corona-Maßnahmen gab, angeschaut hat.

Ich erinnere daran, dass ich zu den Vorsichtigen gehört und mich der Kritik an der Corona-Politik erst angeschlossen hatte, als diese Zahlen vorlagen, wofür ich monatelang heftig kritisiert worden war. Aber spätestens ab Sommer 2020 war jedem, der sich die Übersterblichkeit etwa in Schweden angeschaut hat, klar, dass COVID-19 keine Killerseuche ist.

Daraus folgt, dass die Lockdown-Politik und auch die rigorosen Einschränkungen der Freiheitsrechte unbegründet waren. Wir kommen noch zu dem *Spiegel*-Artikel vom 10. März 2023, in dem wir erfahren können, "dass viele Pandemiemaßnahmen unsinnig, überzogen, rechtswidrig waren".

Danke für das Eingeständnis, aber das haben die bösen Querdenker schon 2020 gesagt. Dafür wurden sie jedoch medial geschlachtet, gesellschaftlich und teilweise sogar beruflich geächtet, ihre Demos wurden verboten, und sie werden bis heute vom Verfassungsschutz überwacht.

Besonders bemerkenswert ist, dass Mainstream-Medien in letzter Zeit sogar das Thema der schweren Impfnebenwirkungen thematisieren. Vor allem darauf will ich hier eingehen, denn auch das kommt keineswegs überraschend, und die Querdenker haben auch davor schon von Beginn an gewarnt. Die Opfer dieser fehlerhaften Politik der Regierung werden jedoch allein gelassen.

Die Zahlen

Medien und Politik operieren immer noch mit falschen Zahlen, denn einerseits wird die Zahl der Corona-Opfer bis heute künstlich aufgeblasen, während andererseits die Zahl der Impfpfopfer künstlich kleingehalten wird. Der Grund ist – das berichten auch Mainstream-Medien –, dass viele Ärzte sich weigern, Impfschäden als solche anzuerkennen, und sie weder diagnostizieren noch melden.

Das hat Gründe, denn wenn ein Arzt, der seine Patienten zuvor zur Impfung gedrängt hat, weil er mit den Impfungen schnelles Geld verdienen konnte, nun eingestehen muss, dass diese Impfungen nicht ungefährlich sind, dann gefährdet das seine Glaubwürdigkeit als Arzt. Außerdem kommt die menschliche Eigenschaft hinzu, dass Menschen, also auch Ärzte, nur ungern eingestehen, wenn sie bei einem wichtigen Thema falsch gelegen haben.

Als Corona-Opfer werden bis heute laut RKI alle Verstorbenen in die Statistik aufgenommen, die bei ihrem Ableben einen positiven Corona-Test hatten. Das RKI schreibt auf seiner Seite dazu aktuell:

"Sowohl Menschen, die unmittelbar an der Erkrankung verstorben sind ('gestorben an'), als auch Personen mit Vorerkrankungen, die mit SARS-CoV-2 infiziert waren und bei denen sich nicht abschließend nachweisen lässt, was die Todesursache war ('gestorben mit'), werden derzeit erfasst."

Es ist übrigens eine deutliche Einschränkung zu früher, wenn jetzt "nur" noch Menschen mit Vorerkrankungen in die Statistik eingehen, denn zu Zeiten der Corona-Panik wurde jeder in die Statistik aufgenommen, der einen positiven Test hatte, selbst wenn er keine Symptome hatte und sich bei einem Treppensturz das Genick gebrochen hat, wie ich 2020 aufgezeigt habe. So wurde die Zahl der Corona-Opfer künstlich aufgeblasen, um den Panikmodus von Politik und Medien zu rechtfertigen.

Man kann daher festhalten, dass die derzeit offiziell gemeldeten 168.808 Corona-Toten in Deutschland eine maßlose Übertreibung sind, denn Obduktionen haben gezeigt, dass nicht einmal die Hälfte der als Corona-Tote registrierten Menschen tatsächlich an Corona gestorben sind. Wenn die Zahl derer, die in Deutschland tatsächlich an Corona gestorben sind, demnach bei etwa 80.000 in inzwischen drei Jahren (also durchschnittlich bei unter 27.000 pro Jahr) liegt, bestätigt das die These der Regierungskritiker, dass COVID-19 nur wenig gefährlicher war als eine schwere Grippewelle.

Andererseits wird die Zahl der Impfschäden, wie oben gezeigt, künstlich kleingehalten. Trotzdem haben in Deutschland bereits mehr 333.000 Bundesbürger nach einer Corona-Impfung gesundheitliche Schäden gemeldet, die auch als solche registriert wurden.

In Deutschland wurden etwas über 62 Millionen Menschen mindestens ein Mal gegen Corona geimpft. Das bedeutet, dass etwa 0,5 Prozent der Geimpften danach gesundheitliche Schäden gemeldet haben, wobei die Dunkelziffer weitaus höher ist. Nur zum Vergleich: Bei der Grippeimpfung werden schwere Nebenwirkungen in einem von einer Million Fälle gemeldet.

Die alleingelassenen Impfpfopfer

Zu meiner großen Überraschung gab es in letzter Zeit mehrere Berichte über Opfer der Impfungen. Die *Welt* hat darüber unter der Überschrift "CORONA-IMPFSCHÄDEN – "Ich habe Regierung und Hersteller vertraut, dass es keine großen Risiken gibt" berichtet, und das ZDF, das zu Zeiten von COVID eine wahre mediale Hetzjagd auf alle Kritiker der Maßnahmen der Regierung veranstaltet hatte, widmete dem Thema sogar eine halbstündige Sendung, wobei ich allerdings nicht

herausfinden konnte, wann die im ZDF gezeigt wurde oder ob sie nur im Internet zu sehen ist. In jedem Fall empfehle ich, was selten vorkommt, einen Beitrag des ZDF.

In dem ZDF-Beitrag vom März 2023 wird auch die Haftungsbefreiung der Impfstoffhersteller thematisiert, über die ich schon im August 2020 ausführlich berichtet hatte. Das ZDF braucht anscheinend etwas länger, um die wahren Skandale zu erkennen.

Ich hatte im August 2020 im Detail darüber berichtet, dass die EU-Kommission den Impfstoffherstellern eine komplette Haftungsbefreiung gegeben hat. Im ZDF-Beitrag wird erklärt, dass die EU-Kommission diese Befreiung im Namen der Mitgliedstaaten erteilt hat, was bedeutet, dass ein Impfpflichtiger faktisch gegen Staat klagen muss, wenn es Entschädigung will. Der deutsche Staat ist damit nicht der Beschützer der Menschen in Deutschland und ihrer Rechte, sondern ihr Gegner, weil der Staat keinerlei Interesse daran hat, Impfpflichtige anzuerkennen, weil er dann für die Kosten (Behandlung, Renten etc.) aufkommen muss.

Nur noch mal für alle Fälle: Das sage nicht ich, das sagt das ZDF.

In der Praxis führt das dazu, dass auch die Krankenkassen medizinisch notwendige Behandlungen nicht übernehmen, weil sie nicht lebenswichtig sind und der Impfschaden nicht anerkannt ist. Eine Familie in dem ZDF-Beitrag muss für jede Behandlung ihres Kindes pro Behandlung über 1.000 Euro aus eigener Tasche bezahlen. Und das sind, wie viele der inzwischen über 14.000 Kommentare unter dem Video zeigen, ganz offensichtlich keine Einzelfälle.

Verantwortung will jedoch niemand übernehmen. Jens Spahn, der in Deutschland für das gentechnische Massenexperiment Verantwortliche, verweigert jeden Kommentar, und die Bundesregierung schweigt zu dem Thema.

Die "Coronaversager"

Im *Spiegel* ist am 10. März ein Kommentar mit der Überschrift "Verbotsexzesse in der Pandemie – Wir Coronaversager" erschienen, in dem wir zum Beispiel lesen können:

"Inzwischen wissen wir, dass einige Coronamaßnahmen nicht nur fragwürdig oder unsinnig waren, sondern auch rechtswidrig. Das Brandenburger Verfassungsgericht hat gerade entschieden, dass das sogenannte kommunale Corona-Notlagegesetz gegen die Landesverfassung verstieß, weil es die Gewaltenteilung aushebelte. Geklagt hatte die AfD-Fraktion, die sich jetzt als Verfassungsheldin aufspielen kann, ausgerechnet."

Ich bin kein Fan irgendeiner Partei, aber es war nun einmal die AfD, die als Einzige zumindest zaghaft gegen den Wahn der Regierung, die Freiheitsrechte einzuschränken, vorgegangen ist. Die Medien hingegen, die der Regierung angeblich als vierte Gewalt im Staate auf die Finger schauen sollen, waren die lautesten Propagandisten der (teilweise) illegalen Maßnahmen der Regierung.

Wer glaubt, der *Spiegel*-Kommentar sei selbstkritisch und würde aufarbeiten, was der *Spiegel* und andere Medien in der Corona-Zeit mit ihrer Panik-Berichterstattung und ihren hetzerischen Artikeln gegen jeden, der bei Corona die Regierung kritisiert hat, angerichtet haben, der wird enttäuscht. Stattdessen schreibt der *Spiegel* Dinge wie diese:

"Nun ist es hinterher immer leicht zu sagen, was besser gewesen wäre. Doch was mich im Nachhinein umtreibt, ist, wie leicht die Freiheitsrechte in unserer angeblich so liberalen Gesellschaft suspendiert wurden."

In dem Artikel fehlt jeder Hinweis darauf, dass es Millionen Menschen in Deutschland gab, die laut gesagt haben, "was besser gewesen wäre". Aber die hat der *Spiegel* damals mit allen Mitteln bekämpft und sie unter anderem als "Schwurbler" bezeichnet.

Weiter schreibt der *Spiegel*:

"Zur Demokratie gehören Kontrolle und Gegengewicht; gerade in Krisenzeiten kommt es darauf an."

Und wieder fehlt hier der Hinweis darauf, dass es der *Spiegel* war, der laut in dem Chor mit gebrüllt hat, um das "Gegengewicht", also die Querdenker, zum Schweigen zu bringen. Stattdessen ist angeblich die Politik schuld, wie wir im nächsten Satz sofort erfahren:

"In der Pandemie hat das nicht gut funktioniert. In Berlin regierte die Große Koalition mit üppiger Mehrheit, in den Bundesländern dominierte lange Zeit Team Vorsicht von Markus Söder (CSU) in Bayern bis Peter Tschentscher (SPD) in Hamburg."

Und dann wird es im *Spiegel* richtig dreist:

"Zu wenige widersprachen, als die Politik vor drei Jahren erstmals Schulschließungen anordnete und dann über Monate immer wieder verlängerte."

Doch, lieber *Spiegel*, sehr viele haben widersprochen, aber die hast Du als "Verschwörungsideologen", "Rechtsextreme", "Corona-Leugner" und Schwurbler diskreditiert. Das erwähnt der *Spiegel* nicht, stattdessen erzählt er, wer seiner Meinung nach hätte widersprechen sollen, es aber nicht getan hat:

"kein Bundesverfassungsgericht, keine Nationale Akademie der Wissenschaften, kein Deutscher Ethikrat, kein Christian Drosten."

Entschuldigung, lieber *Spiegel*, lies doch mal mein Buch "Inside Corona", wenn Du wissen willst, warum der Ethikrat oder die Leopoldina nicht widersprochen haben. Der Grund ist, dass dort Leute das Sagen hatten, die direkt oder indirekt von jenen bezahlt wurden oder ihnen ihre Karrieren verdanken, für die die Pandemie das Geschäft ihres Lebens war.

Lieber *Spiegel*, wenn Du mal kritisch über das Verfassungsgericht und darüber, warum es den Corona-Maßnahmen nicht widersprochen hat, berichten willst, dann erlaube ich Dir, meine Artikel darüber kostenlos zu übernehmen. Ich habe im Oktober 2021 ausführlich darüber berichtet, was das Problem beim Bundesverfassungsgericht war, die beiden Artikel findest Du hier und hier, lieber *Spiegel*.

Heuchelei im *Spiegel*

Erst im letzten Absatz seines Artikels lässt der *Spiegel* eine kleine Spur von Selbstkritik erkennen:

"Und wir Medien, auch wir beim Spiegel, die wir uns gern als vierte Gewalt betrachten? Ich fürchte, der Diktator in uns war ziemlich stark."

Ja, aber der Diktator in der *Spiegel*-Redaktion **war** nicht nur ziemlich stark, sondern er **ist immer noch** sehr stark, denn der *Spiegel* hat sich erstens nicht bei all denen entschuldigt, deren Existenzen er in der Corona-Zeit mit seiner Hetze zerstört hat, und zweitens hat sich der Umgang des *Spiegel* mit Andersdenkenden nicht geändert, wie der heutige Umgang des *Spiegel* mit allen zeigt, die zum

Beispiel in Sachen Ukraine und Russland eine andere Meinung haben als die Bundesregierung.

Der *Spiegel*-Artikel ist mit keinem Wort auf die Opfer der Impfungen eingegangen, die der *Spiegel* so laut propagiert hat. Der *Spiegel* hat mit keinem Wort die künstlich nach oben manipulierte Zahl der Corona-Opfer erwähnt. Der *Spiegel* hat sich nicht bei den Querdenkern entschuldigt. Der *Spiegel* hat sich nicht einmal für seine eigene Hetze gegen Andersdenkende entschuldigt. Der *Spiegel*, der eine der treibenden Kräfte der Corona-Politik war, hat sich überhaupt nicht entschuldigt.

Und er wird es auch nicht tun.

Zuerst veröffentlicht auf dem Medienportal [Anti-Spiegel](#).

Thomas Röper ist [Herausgeber](#) und Blogbetreiber der Website *Anti-Spiegel*.

* * *

Lauterbach ein Lügenbaron? Ungereimtheiten im Lebenslauf bringen Minister in Schwierigkeiten

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165133-lauterbach-luegenbaron-ungereimtheiten-im-lebenslauf/>

12.03.2023

Falsche Angaben zu Studienleitungen und organisierten Fördergeldern, fehlende Buchveröffentlichungen und auffällig schmückende Federn in den Bewerbungen – Lauterbach sieht sich mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Wie lange ist der Minister noch haltbar für die Bundesregierung?

Von Bernhard Loyer

Recherchen der Springer-Zeitung *Welt* hinterfragen hinsichtlich der Person Karl Lauterbach in ungewohnt scharfem Ton Teile des Lebenslaufs des Bundesgesundheitsministers. Die Vorwürfe sind nicht unerheblich, eindeutig mit Quellen belegt und führen bezüglich der Brisanz unter normalen Umständen zu unmittelbaren Konsequenzen für den Beschuldigten. Die *Welt*-Recherchen beginnen im Jahr 1995. Dabei geht es um die Bewerbung für eine Professur an der Universität Tübingen.

Lauterbach (SPD) wurde im Verlauf der Corona-Krise spätestens ab dem Jahr 2021 unter auffälliger Mithilfe der öffentlichen-rechtlichen Medien in das Amt des Bundesgesundheitsministers regelrecht hineinkatapultiert. Seit gut zwei Jahren durchleuchten nun kritische Journalisten aus der alternativen Medienszene die vermeintlich blütenweiße Approbationsweste Lauterbachs auf Auffälligkeiten und Fehler.

Bisher mit erstaunlichen und nachvollziehbaren Ergebnissen, aber diesbezüglich nur sehr bedingter Wahrnehmung in der Gesellschaft. Der Mann galt bislang politisch-medial als schützenswert, annähernd unantastbar ausgehend von seiner leitenden Rolle des Dauermahners in Talkshows und Nachrichtensendungen vor dem Regierungswechsel im Jahr 2021, dann gesamtverantwortlich in der Rolle des Bundesgesundheitsministers in der Regierung Scholz.

Es dauerte bis zum 12. März 2023, dass unisono die *Welt* aus dem Springer-Verlag und der *Münchner Merkur* aus dem Ippen-Verlag in einer anscheinend nervösen Reaktion Lauterbachs und des BMG-Presseteams die Bürger über die nun offiziell bestätigten Ungereimtheiten im Lebenslauf des Bundesgesundheitsministers informierten. Die Schlagzeilen vom Wochenende lauten:

- *Welt: "Karriere als Wissenschaftler – Der dunkle Fleck in Lauterbachs Vergangenheit" (Bezahlschranke)*
- *Merkur: "Exklusiv: Lebenslauf gefälscht? Lauterbach reagiert auf die schweren Vorwürfe"*

Weitere Reaktionen bezüglich der Recherche der *Welt*:

- *Bild: "Brisante Recherche zu seiner Uni-Bewerbung – Was ist da los mit Lauterbachs Lebenslauf?"*
- *Focus: "Nach Lebenslauf-Vorwürfen – Lauterbach: 'Den konkreten Fall kann ich nicht mehr rekonstruieren'"*
- *Pro Sieben-Media: "Brisante Recherche: Hat Lauterbach seinen Lebenslauf gefälscht?"*

Einleitend erläutert der *Welt*-Artikel die recherchierten Ungereimtheiten:

"Die Akten des Berufungsverfahrens (im Jahr 1995) sind bis heute im Universitätsarchiv einsehbar – und könnten für den Bundesgesundheitsminister nun zum Problem werden. Denn auch seine Bewerbung lagert hier, und die lässt sich mit seiner tatsächlichen Laufbahn nicht in Einklang bringen."

Lauterbach soll in dem Bewerbungstext die Berufungskommission bezugnehmend auf seine vermeintlich förderliche Rolle in "laufenden Forschungsprojekten" und dafür dringend benötigte "Drittmittelförderung" getäuscht haben, unter anderem für eine mit zwei Millionen Euro "durch das Bundesgesundheitsministerium geförderte Qualitätssicherung in der Prävention, Diagnostik, Therapie und Nachsorge des Mammakarzinoms durch das Tumorzentrum Aachen". Lauterbach verkaufte sich laut den Unterlagen dabei als der benötigte Macher und Geldbesorger. Er habe dies mündlich sogar nachdrücklich bestätigt. Die *Welt* schreibt zu der Recherche:

"Bei einer persönlichen Vorsprache soll Lauterbach nachgelegt haben. In einem Protokoll heißt es, der Bewerber habe angegeben, 'einen beträchtlichen Teil' seiner eingeworbenen Drittmittel nach Tübingen transferieren zu können – ein dickes Plus für Lauterbach im Bewerbungsverfahren, denn die finanzielle Lage der Uni war prekär."

Fast dreißig Jahre später holt Lauterbach diese vollmundige Ansage nun ein. Ausgerechnet das Bundesgesundheitsministerium musste den *Welt*-Autoren demnach "in der vergangenen Woche mitteilen, ein Projekt mit diesem Namen sei nicht bekannt. Auch im Bundesarchiv gibt es keine Dokumentation dazu". Das Brisante dabei: Leiterin des Tumorzentrums Aachen im Jahr 1995 war Lauterbachs Exfrau Angela Spelsberg, mittlerweile vernehmbare Kritikerin des Medien-Darlings Lauterbach. Der *Welt*-Artikel informiert:

"Angela Spelsberg, damals mit Lauterbach verheiratet, erklärte gegenüber dieser Zeitung allerdings, zu einem Projekt mit dieser Beschreibung lägen keine Unterlagen vor. Sie verwies stattdessen auf eine 2002 erschienene, vom Gesundheitsministerium geförderte Brustkrebs-Studie zu Krebsdaten in Aachen. Als Autoren werden sechs Personen aufgeführt – Karl Lauterbach ist nicht darunter."

Es folgt die nächste beeindruckende Information: Das *Welt*-Team kontaktierte den in der von Spelsberg erwähnten Studie aus dem Jahr 2002 wirklich beteiligten Christian Mittermayer, Direktor des Instituts für Pathologie der RWTH Aachen. Dieser ließ am Telefon wissen, er erinnere sich an Lauterbachs Rolle jener Zeit, "in Bezug auf dessen Bewerbung in Tübingen möchte er allerdings Stillschweigen bewahren. Dazu habe man ihm geraten". Die *Welt*-Autoren erhielten dafür Einsicht

in einen Brief Mittermayers, dem zufolge Lauterbach im Jahr 1995 "am Institut für Pathologie eine halbe Assistentenstelle innegehabt hatte", also weit entfernt von einer leitenden Position.

Die Antwort von Lauterbachs Pressechef und Medienberater Hanno Kautz bezugnehmend auf die Fragen: "Um welche Studie geht es? Wer waren die Co-Autoren? Von wem und wann wurde ein Antrag auf Förderung gestellt? Wann wurde der Förderung stattgegeben? Wann floss das Geld?" ist entlarvend bis vernichtend:

"Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass nach mehr als einem Vierteljahrhundert die Details zu den von Ihnen erwähnten Studien nicht rekonstruiert werden können."

Die Nerven im BMG müssen blank liegen, zumindest wird sich Nervosität im Ministerium breitmachen. Kann Karl Lauterbach weiter als Minister geschützt und gehalten werden? Regelmäßige Widersprüchlichkeiten in seinen Aussagen, floppende millionenschweren Impfkampagnen, völlige Fokussierung auf Corona. Nun die Vorwürfe zu Details in seiner Biografie. Die Pressestelle reagierte noch am Wochenende und autorisierte die offizielle Beantwortung von Fragen des *Münchener Merkur*. Diesbezüglich würden sich "die Vorwürfe der *Welt* derzeit (sic!) nicht unabhängig überprüfen lassen". Weiter heißt es wörtlich von Lauterbach:

"Für eine Berufung sind nicht Drittmittel entscheidend, sondern die Qualifikationen. Nicht jedes geplante Drittmittelprojekt wird auch umgesetzt. Vier Professuren sind mir angeboten worden. Den Ruf nach Köln habe ich angenommen. Den konkreten Fall kann ich nicht mehr rekonstruieren."

Lauterbach wurde Ende der 1990er Jahre in Tübingen nicht berücksichtigt, dafür kurze Zeit später in Köln als "C4-Professor für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie". Auffällig hierbei: Die Universität zeigt sich aktuell wenig kooperativ hinsichtlich der Bitte um klärende Unterlagen. Die Uni-Leitung antwortete, es sei "obligatorisch, dass alle Bewerber einer "Wahrheitspflicht" unterliegen, von deren Einhaltung ausgegangen werden dürfe.

Laut dem *Welt*-Artikel wird "auch eine zweite Behauptung zu Drittmitteln in der Bewerbung offenbar nicht stimmen". Ein beteiligter US-Studienleiter teilte der *Welt* mit: "Karl war nicht an der Beschaffung der Förderung beteiligt." Er habe bloß bei der Konzeption und der Analyse der frühen Projektphasen "geholfen". Der dritte irritierende Punkt im *Welt*-Artikel beschäftigt sich mit einer vermeintlich "zugesagten Förderung für ein Buchprojekt". Auf Anfrage teilte die beteiligte Robert Bosch Stiftung den *Welt*-Autoren mit, man habe "Lauterbach die Förderung zwar zugesagt, das Geld sei aber am Ende doch nicht geflossen. Der Grund: Das Buch wurde nicht fertiggestellt".

Noch am 12. März präsentierte die *Welt* unmittelbar einen Folgeartikel. Er trägt den eindeutig diskreditierenden Titel: "Gefälschter Lebenslauf – Lauterbach hat seit Beginn seiner Karriere ein Problem mit der Aufrichtigkeit". Der Artikel endet in der Gesamtbewertung für den Minister vernichtend mit der Feststellung:

"Wenn das Kapital eines Wissenschaftlers und Politikers die Glaubwürdigkeit ist, dann ist dieser Gesundheitsminister, wie sich jetzt herausstellt, von Anfang an ein Irrtum gewesen."

Die kommenden Tage und Wochen werden nun zeigen, ob ein Karl Lauterbach für die amtierende Ampel-Koalition noch zu tragen ist. Der ein oder andere BMG-Ministeriumsangestellte oder Regierungsabgeordnete wird sich sehr genau erinnern, mit welcher Arroganz und Überheblichkeit Lauterbach zurückliegend agierte. Man darf daher gespannt sein, ob sich Lauterbach in einem seiner bevorzugten Talkformate bei *ARD* und *ZDF* kritischen Fragen stellen wird. Die Redaktion von Maischberger & Co. wird sich schon genüsslich die Hände reiben hinsichtlich der öffentlichen

Vorführung. Dass Eimer mit Teer und Federn hinter den Kulissen bereits schon vorbereitet wurden, gilt dabei als reines Gerücht.

* * *

Traum von der Siegerjustiz? Deutsche Politiker wollen Putin vor Strafgericht stellen

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/164974-traum-von-siegerjustiz-deutsche-politiker/>

13.03.2023

Seit Beginn des Ukrainekriegs diskutieren deutsche Politiker und Juristen ernsthaft, wie man den russischen Präsidenten Putin vor Gericht bringen könnte. Auch die deutsche Justiz soll helfen. Eine Anklage bleibt dennoch unwahrscheinlich.

Von Roberto Geier

Wenige Wochen nach der Eskalation des Krieges in der Ukraine durch den Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands stellte der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) gemeinsam mit der ehemaligen Bundesjustizministerin, seiner Parteikollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Strafanzeige gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Mit seiner Anzeige wollte Baum nach eigenen Angaben sichtbar machen, dass man in Deutschland ein rechtliches Instrument habe, um Kriegsverbrecher auch außerhalb Deutschlands zu verfolgen. Die Anzeige sei fundiert und werde durch weitere Fakten beständig angereichert. Zudem habe sie zu Ermittlungen beim Generalstaatsanwalt geführt, der durch das BKA Zeugen unter ukrainischen Flüchtlingen vernommen habe. Zusätzliche Hilfe erhalte man aus der Ukraine.

Im Sommer 2002 wurde in Deutschland das Völkerstrafgesetzbuch in Kraft gesetzt, das sich am Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) orientiert. Seitdem gilt das sogenannte Weltrechtsprinzip, also ein Universalitätsprinzip, das besagt, dass eine mögliche Straftat unabhängig vom Recht des Tatorts und der Nationalität des Täters verfolgt werden kann. Dies gilt besonders bei möglichen Delikten gegen das Völkerstrafrecht. Dass der Chefankläger des IStGH, der britische Jurist Karim Ahmad Khan, bisher noch keine Anklage gegen Putin erhoben hat, kritisierte Baum zugleich. Gegenüber dem *Deutschlandfunk* sagte er:

"Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass man nicht aus der Fülle dieser Informationen auch jetzt rechtliche Schritte ableitet. Das erste wären natürlich Haftbefehle."

Gleichzeitig müsse man natürlich aufpassen, so Baum, dass sich der "Diktator" [gemeint ist der russische Präsident] nicht durch eine negative Reaktion eines Gerichts bestätigt fühle, etwa durch eine ungenügende Klageschrift.

"Hybrides" Tribunal? Die falsche "Signalwirkung"

Nüchtern betrachtet ist es natürlich zweifelhaft, welchen Sinn eine Anklage gegen Mitglieder der russischen Regierung vor einem deutschen Gericht hätte. Aufgrund von Bestimmungen zur Immunität wäre eine Anklage Putins erst nach seiner Amtszeit als Präsident theoretisch möglich. Doch selbst dann wäre der Fall ausgesprochen unwahrscheinlich, dass Putin vor einem deutschen Gericht erscheint. Beim IStGH, der für sich beansprucht, die politische Immunität auch von Staatsoberhäuptern nicht berücksichtigen zu müssen, würde das anders aussehen. In der Tat beschloss der IStGH kurz nach Beginn der russischen Militäroperation, eigene Untersuchungen in der Ukraine einzuleiten. Dabei haben weder Russland noch die Ukraine das Römische Statut ratifiziert, das die rechtliche Grundlage für den IStGH bildet. Khan selbst sagte, dass es zwar besser

wäre, Verdächtige vor ein ukrainisches Gericht zu bringen. Trotzdem gebe es rechtlich kein Hindernis für eine Anklage in Den Haag, so Khan. Um den Tatbestand "Angriffskrieg" untersuchen zu können, bräuchte der IStGH jedoch die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats, dem Russland angehört. Nur Anklagen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wären möglich. Eine Veränderung des Statuts werde aktuell aber betrieben, so Baum.

Da es also so gut wie ausgeschlossen ist, Putin vor den IStGH zu bringen, sind alle diese Überlegungen reine Gedankenspiele. Das hält aber offenbar deren Befürworter nicht davon ab, diese Phantasien noch weiterzuspinnen. So kam ersatzweise die Idee auf, den russischen Präsidenten stattdessen durch ein internationales Sondertribunal anklagen. In ihrer "Grundsatzrede" Mitte Januar in Den Haag sprach sich die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock für ein "hybrides Sondertribunal" aus, das die russische Führung für das Verbrechen der "Aggression" zur Verantwortung ziehen solle. "Hybrid" solle dabei bedeuten, dass dem Tribunal internationale Richter vorstehen sollten, die aber nach ukrainischem Recht entscheiden würden. Die Idee für solch ein Tribunal stammte – wenig überraschend – vom ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba, und Frau Baerbock ließ sich – offenbar von der Genialität dieses Vorschlags umgehend überzeugt – prompt darauf ein.

Verschiedene Experten kritisierten zwar nicht etwa fehlenden Realitätssinn eines solchen Unterfangens, dafür aber immerhin Zweifel an der Legitimität einer solchen Anklage und Verurteilung der russischen Staatsführung nach ukrainischem Recht. So sprach sich der Völkerrechtler Claus Kreß von der Universität Köln gegen das "hybride Modell" aus. Kreß begrüßte laut eigenen Angaben zwar, dass sich die Bundesregierung für die Einrichtung eines Sondertribunals einsetze. Vor einem ukrainischen Tribunal wäre Putin aber nach dem geltenden Völkerrecht ebenfalls immun. Dies sei laut Kreß "kein kleiner Punkt", da Putin der Hauptverdächtige sei. Zudem wäre die erwünschte Signalwirkung, die von einem solchen ukrainischen Tribunal ausgehe, weitaus geringer als die Signalwirkung eines internationalen Tribunals "mit dem Segen der UN-Generalversammlung". Für eine entsprechende Mehrheit solle die Bundesregierung werben. Laut Kreß habe der Generalbundesanwalt die Situation in der Ukraine schon 2015 ins Visier genommen. Man wolle vorbereitet sein für den Fall, dass ein Verdächtiger seinen Fuß auf deutschen Boden setzt. Zudem könne man sich auch vorstellen, dass es einmal zu einem deutschen Auslieferungsersuchen kommt.

Auch der seit 15 Jahren emeritierte Professor Gerd Seidel von der Humboldt-Universität zu Berlin kritisierte Baerbocks Vorschlag. Auch er ist offenbar auf die richtige Signalwirkung bedacht, allerdings sieht Seidel ganz andere Defizite. Ein "hybrides" Tribunal könnte, so Seidel, zumindest außerhalb Europas der Eindruck einer "selektiven Justiz" erzeugen. Bei anderen Kriegen, etwa im Jemen oder beim Irakkrieg von 2003, habe es schließlich auch keine Forderung nach Sondertribunalen gegeben.

Rules for thee but not for me

Eine gewisse derartig "selektive Justiz" des ganzen Vorschlags muss selbst Baum eingestehen. Dem Vorwurf der Doppelmoral könne er laut eigenen Angaben schwer etwas entgegenen. Es sei eine "Schwierigkeit", dass man in der Menschenrechtspolitik Freunde anders behandle als Gegner. So würde heute niemand mehr über das US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba sprechen, in dem noch immer die Gefangenen "sozusagen gesetzlos" festsäßen. Das müsse man, um glaubwürdig zu sein, thematisieren. Es habe mal den Versuch gegeben, Menschenrechtsverletzungen der USA im Irakkrieg zum Gegenstand von Untersuchungen des IStGH zu machen. In Washington, D.C. akzeptiere man aber dessen Statut aber genauso wenig wie in Moskau. Die jetzigen Ermittlungen in Den Haag gegen Russland würden die USA zwar unterstützen, jedoch "mit einer gewissen Distanz", so Baum, etwa indem man Hinweise auf mögliche russische Kriegsverbrechen

zurückhalte. Dies täten die USA womöglich "aus der Furcht, selbst in den Fokus des Gerichts zu kommen – in anderen Fällen".

Glaubt Baum wirklich, dass sich die USA vor dem IStGH fürchten und deswegen Beweise für russische Kriegsverbrechen zurückhalten würden? Oder würde Baum den gleichen rechtsstaatlichen Eifer auch in anderen Fällen zeigen? In jedem Fall scheint Baums Verhältnis zum internationalen Recht von großer Vertrauensseligkeit geprägt.

Die Kritik an der selektiven Anwendung des liberalen Völkerrechts ist berechtigt. Um das Völkerrecht beanspruchen zu dürfen, etwa um ein Mitglied der UN-Generalversammlung zu sein, muss man erst von anderen Staaten anerkannt werden. So sollen etwa nach deutscher Vorstellung die Mitgliedsstaaten der UN-Generalversammlung über ein Sondertribunal über Russland entscheiden dürfen. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk erhielten seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 2014 aber nicht die Möglichkeit, sich gegen die Aggression Kiews, das vom Westen unterstützt wurde, zur Wehr zu setzen. Souveränität und internationale Rechte? Fehlanzeige. Ebenso kommen allen Staaten formal die gleichen Rechte zu, obwohl die Unterschiede zwischen zwei Staaten erheblich sein können. Dies nützt vor allem mächtigen Staaten wie den USA.

Dies schadet natürlich auch dem Vertrauen in das internationale Recht. Nicht nur haben mit den USA, Russland und China drei Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates das Statut des IStGH nicht anerkannt. Auch Staaten wie Indien und die Türkei akzeptieren den IStGH nicht oder haben, wie die Ukraine, ihren Beitritt bisher nicht ratifiziert. Die Philippinen sind vor vier Jahren offiziell aus dem IStGH wieder ausgetreten. Die Afrikanische Union kritisierte mehrmals die Einseitigkeit der Verfolgung von Verbrechen, da sich die Mehrheit der bisherigen Strafverfahren gegen Afrikaner richtete.

Mehr noch: Das "liberale" Völkerrecht, das der IStGH vertritt, trug wesentlich zum Ausbrechen des Ukrainekriegs bei, weil es den USA erlaubte, als raumfremde Macht in der Ukraine Fuß zu fassen und die Region durch Angebote zur künftigen Mitgliedschaft in der NATO zu destabilisieren. Diese entsprechende Vorgehensweise basierte ja auf der "freien" Entscheidung des "ukrainischen Volkes" für den Westen, wie immer wieder erklärt wurde. Mit dieser Auslegung von Völkerrecht hat Moskau also eher schlechte Erfahrungen gemacht.

Die richtige Signalwirkung

Für das "Putin-Tribunal", das Baum vor Augen hat, bräuchte man die Zustimmung durch die UN-Generalversammlung. Die Frage ist, wer von den 193 Mitgliedsstaaten dem zustimmen würde. Im Februar hatten zwar 141 Staaten der UN-Resolution zugestimmt, die den Rückzug russische Truppen aus der Ukraine fordert. Ob dieselben Staaten auch der Einsetzung eines "Putin-Tribunals" zustimmen würden, würde sogar Baum bezweifeln. Wie ernst konnte es diesen Staaten dann mit der Befürwortung der Resolution gewesen sein, wenn sie sofort abspringen, sobald es um konkrete Maßnahmen geht? Dieses Signal dürfe es nicht geben, so Baum. Ebenso dürfe es kein westlich dominiertes Gericht sein, das Putin anklagt. Allgemein bestehe keine große Chance, die Immunität Putins mit einem Sondergericht zu überwinden. Auch dass die möglichen Haftbefehle dazu führen, dass die Angeklagten vor Gericht erscheinen, nehme man nicht an, resümiert Baum. Wozu also dann der ganze Aufwand?

Bemerkenswert ist, dass in all diesen Spekulationen schon vorab gar kein Zweifel an der Schuld des bisher noch nicht einmal "Angeklagten" besteht. Auch die Unrealisierbarkeit des Unterfangens lässt offenbar niemanden in diesen Kreisen zurückschrecken. Die "Signalwirkung", von der beständig die Rede ist und um die es eigentlich gehen dürfte, richtet sich weniger gegen die russische Regierung, sondern vielmehr an die nationale Presse, die die Vorverurteilung durch das Publikum

schüren soll. Denn wenn überhaupt jemand der Kriegsverbrechen beschuldigt wird und sogar von Beweisen die Rede ist, muss doch schließlich auch etwas dran sein. Es ist eine Art medialer Schauprozess mit Vorverurteilung.

Dies wird auch deutlich an Äußerungen Baums, wonach man den "Hauptverdächtigen", den russischen Präsidenten, nicht vor Gericht stellen könne. Die deutsche und internationale Rechtssphäre könnte jetzt schon etwas tun, was "auf Putin zurückfällt". So gebe es die Kommandanten, die "die Zivilbevölkerung angegriffen" hätten. Auch hier könnte man ein Signal aussenden, indem man Haftbefehle gegen sie ausstellte:

"Die können jetzt schon in Verfahren gezogen werden, und wir mahnen also, dass das jetzt auch geschieht. Denn wir sollten deutlich machen, dass nicht nur Waffen, also Panzer, eine Waffe sind, sondern auch das Recht."

In Wirklichkeit geht es Baum also nicht um Recht, sondern darum, dass "Putin den Krieg nicht gewinnen darf", wie es in der deutschen Propaganda einstimmig heißt. Das internationale Recht ist nur ein weiterer Kriegsschauplatz.

An dieser Stelle ist Baums Rechtsauffassung richtig. Das Recht kann tatsächlich eine Waffe sein, die auch in internationalen Konflikten regelmäßig zum Einsatz gebracht wird. Der Westen, der das internationale Recht erfunden hat und die Institutionen zu dessen Wahrung beherrscht, ist besonders geübt im Umgang mit dieser Waffe. Der Hass im Westen auf Russland, der auch vor solchem Unsinn wie einem "Putin-Tribunal" nicht zurückschreckt, rührt hingegen daher, dass Moskau beschlossen hat, die Wahl der Waffen nicht mehr allein dem Westen zu überlassen.

* * *

Wofür will Deutschland in Ghana Arbeitskräfte stehlen?

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165200-wofuer-will-deutschland-in-ghana-arbeitskraefte-stehlen/>

14.03.2023

Es ist noch nicht klar, wie viele Steine in der deutschen Wirtschaft aufeinander stehen bleiben, da fliegen Wirtschaftsminister Heil und Entwicklungsministerin Schulze nach Afrika, um Arbeitskräfte zu werben. Der wirkliche Grund liegt diesmal nicht in Deutschland.

Von Dagmar Henn

Zuerst eine Anmerkung vorneweg, nur, damit auch dem Letzten klar ist, dass ich keine Probleme mit afrikanischen Migrant*innen habe – meine beiden jüngeren Töchter haben einen westafrikanischen Vater. Aber genau darum weiß ich auch sehr genau, dass man Menschen nicht problemlos von einem Ende der Welt an ein anderes verpflanzen kann, und dass der Preis, den die Migrant*innen selbst zahlen, oft hoch ist.

Und noch etwas: In diesem Jahr würden die ersten Kinder, die wegen Hartz IV nicht geboren wurden, volljährig. Mit dieser Änderung des Sozialrechts wurden in einem Land, das zuvor schon nicht gerade einen Ruf der Kinderfreundlichkeit hatte, die Bedingungen, Kinder aufzuziehen, weiter deutlich verschlechtert. Man kann es auch anders formulieren: Der Niedriglohn von heute ist der Fachkräftemangel von morgen. Damit ist auch klar, wer davon profitiert und wer nicht.

Aber eigentlich geht es um einen Bericht des Magazins *Der Spiegel*. In Ghana, so wird erzählt, hätte das deutsche Migrationszentrum seine Politik geändert und würde auf Anwerbung von

Arbeitskräften umschwenken, nachdem es zuvor den Auftrag hatte, die jungen Leute von einer Zukunft in Ghana zu überzeugen. Ähnliches dürfte zumindest im gesamten englischsprachigen Afrika geschehen. Die Begründung: Die deutsche Wirtschaft benötige Arbeitskräfte.

Da muss mir etwas entgangen sein. Klar, es gibt die Bereiche, in denen die Lücken groß sind, in der Pflege beispielsweise, aber meist liegt das unter anderem an schlechten Arbeitsbedingungen und ebenso schlechter Bezahlung. Nur Industrie und IT? Zu einem Zeitpunkt, da deutsche Konzerne reihenweise dabei sind, sich zu verlagern, mehr noch, zu dem sie von den USA gezielt abgeworben werden, mit massiven Subventionen geködert, nachdem ebendiese USA sichergestellt haben, dass Energie in Deutschland unbezahlbar wird?

Die Rechnung geht irgendwie nicht auf. Da bedarf es nicht einmal eines Verweises auf die Einwanderungswelle 2015 und die unzähligen Ukrainer im Land. Was sollen die angeworbenen jungen Leute in einem Land, das gerade seinen eigenen Abstieg inszeniert? Selbst wenn sie scharenweise hierherkämen, würde dadurch kein einziger Betrieb in Deutschland bleiben und kein einziger neu beginnen.

Die *Spiegel*-Reporter umschiffen diese Frage. Sie erzählen etwas von Solartechnik ... als wäre die nicht abhängig von chinesischer Produktion, und als wollte der Westen nicht gerade China ebenfalls sanktionieren. Nebenbei, einen Ersatz chinesischer Solarzellen durch deutsche kann man getrost vergessen – die Produktion des Siliziumkristalls ist der energieaufwändigste Teil des Ganzen, wird also in Deutschland nicht mehr passieren.

Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsministerin Svenja Schulze sind nach Ghana gereist und ließen sich das Migrationszentrum zeigen. "Man müsse künftig alle Register ziehen, um Fachkräfte zu gewinnen, sagte Heil anschließend. Und die Entwicklungsministerin schwärmte vom "enormen Potenzial der Migration". Die Voraussetzungen für Anwerbungen in Ghana sind augenblicklich gut. Schließlich hat Ghana, auch dank seiner folgsamen Umsetzung der CO₂-Politik, enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Diese Zusammenhänge erwähnt der Spiegel selbstverständlich nicht, und die explodierenden Lebenshaltungskosten werden weder mit westlicher Spekulation noch mit der Zinspolitik der FED in Verbindung gebracht. Erwähnt wird jedoch, dass noch andere westliche Länder auf Beute hoffen: "Auch das Vereinigte Königreich rekrutiert gezielt Fachpersonal für das Gesundheitswesen, um die Lücken in britischen Krankenhäusern zu stopfen."

Schon an der vom *Spiegel* gelieferten Geschichte kann man sehen, dass natürlich wieder Illusionen verkauft werden. Eine Vierzigjährige würde gern Stuckhandwerk lernen. Dass gerade solche handwerklichen Ausbildungen eher nicht zu haben sind, dass die drei Jahre Berufsausbildung ein hohes Niveau an deutschen Sprachkenntnissen voraussetzen und die Handwerke mit Personalmangel eher Bäcker und Metzger heißen, wird nicht erwähnt. Restaurator? Das würden nach wie vor gern mehr Deutsche lernen, als es Ausbildungsplätze gibt.

Und überhaupt ist das Handwerk gerade alles andere als eine gesicherte Arbeitsperspektive. Schließlich spart die öffentliche Hand seit Jahrzehnten, und die Verpflichtung zu europaweiten Ausschreibungen hat ganze Sektoren ruiniert. Das wird keineswegs besser, wenn auch noch die Industrie als Abnehmer wegfällt. Stuckhandwerk? Das wird allenfalls für Luxussanierungen benötigt. So wie die Zahlen im Bau augenblicklich aussehen, wird in Deutschland fast gar nichts mehr gebaut. Die Fantasien der Bundesregierung bezüglich Dämmung und Heiztechnik dürften das noch verschärfen. Und wo bitte, sollen die angeworbenen Migranten wohnen? Es ist nach wie vor in ganz Deutschland so, dass Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen grundsätzlich nicht in ein und derselben Gegend zu finden sind.

Warum also jetzt eine Anwerbekampagne, wenn eigentlich klar ist, dass aller Voraussicht nach nicht einmal fertig ausgebildete Kräfte in tatsächlichen Mangelberufen auf eine sichere Zukunft setzen können? Nur für ein paar IT-Kräfte, für deren Tätigkeit die Beherrschung des Englischen ausreicht? Auch wenn selbst die ziemlich bald die Erfahrung machen dürften, dass die Ausbildung deutscher Behördenvertreter zwar irgendwie Englisch beinhaltet, das aber noch lange nicht heißt, dass alle Formen des Englischen verstanden werden?

Nein, dieser Schwenk zielt eher auf den Kollateralschaden, den die Migration im Entsendeland hinterlässt. Es geht dabei nicht um die deutsche Wirtschaft, es geht um die ghanaische, oder, um es genauer zu sagen, es geht darum, den Ausbruch aus den kolonialen Strukturen möglichst zu erschweren.

Denn wenn die Entwicklung hin zu afrikanischer Souveränität anhält, wird Afrika sich verwandeln. Es hat jedes Potenzial, in diesem Jahrhundert ein gigantisches Wachstum hinzulegen. Der Riesenkontinent ist nach wie vor weitgehend unerschlossen und der Binnenhandel ist völlig unterentwickelt.

Die chinesische Entwicklungspolitik ist dabei, das zu ändern. China baut Straßen- und Eisenbahnnetze, Stromversorgung und Fabriken. Ohne die Raubzüge der westlichen Kolonialmächte – die Ghana vor Kurzem erst einen neuen IWF-Kredit verpasst haben – werden alle Kräfte für die eigene Entwicklung gebraucht. Nicht Europa ist der aufsteigende Kontinent, Afrika ist es.

Und während auf der einen Seite alle westlichen Nationen, auch Deutschland, mit allen Mitteln Druck auf die afrikanischen Länder ausüben, sich nicht mit China oder gar Russland zu verbünden, wird gleichzeitig versucht, möglichst schlechte Voraussetzungen für diesen Aufbruch zu schaffen. Wenn die angeworbenen Fachkräfte in Deutschland als Pizzafahrer enden, was soll's, Hauptsache, das Kolonialsystem bleibt erhalten.

Natürlich richtet sich das Hauptinteresse, auch wenn der *Spiegel* das nicht schreibt, auf medizinisches Personal. Die Ausbildung von Ärzten ist eine der teuersten. In diesem Sektor betätigt sich Deutschland schon seit Jahrzehnten als Parasit und schöpft gern Kräfte ab, deren Ausbildung eine andere Volkswirtschaft finanziert hat. Gleichzeitig ist die Entwicklung des Gesundheitssystems eine der wichtigsten Aufgaben für alle afrikanischen Länder; eine Aufgabe, an der sie scheitern, wenn die ausgebildeten Kräfte ständig abgezogen werden.

Wie sähe es denn aus, wenn Deutschland tatsächlich die Entwicklung in Afrika fördern wollte? Dann ginge die Bewegung in die andere Richtung. Gleich, wie die ökonomische Lage sonst ist, gibt es ein kostbares Exportprodukt: die deutsche Berufsausbildung. Wenn man wirklich dazu beitragen wollte, dass die afrikanischen Länder ihr Potenzial entfalten können, müsste man Berufsschulen exportieren. Oder gezielt daran arbeiten, Berufsschullehrer auszubilden und für deren künftige Schulen die nötige Ausstattung zu liefern.

Allerdings wurde in Deutschland in den Sektoren, die in Afrika als Erstes wachsen werden, über Jahrzehnte hinweg die Ausbildung heruntergefahren, sodass das vielleicht gar nicht mehr möglich wäre – in allen Handwerken rund um den Bau beispielsweise. Und selbst bei der Bahn und das gilt nicht nur für Deutschland, ganz Europa würde es nicht mehr schaffen, die Züge zu bauen, die es benötigen wird.

Zusätzlich wird das Beharren auf der Position als Kolonialmacht dafür sorgen, dass diese zukünftigen Züge erst in China und dann in Afrika selbst gebaut werden. Hat jemand in

Deutschland schon einmal ausgerechnet, von welchen Strecken wir hier reden, wenn man nur erreichen will, dass alle afrikanischen Hauptstädte zweimal täglich erreichbar sind?

Ich sage das, um klarzustellen, dass es Möglichkeiten gibt, durch die auch Deutschland einen Nutzen von der afrikanischen Befreiung haben könnte. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, die Souveränität der afrikanischen Länder zu respektieren. Aus einem Land, dessen Souveränität man respektiert, wirbt man keine Arbeitskräfte ab, es sei denn, dass dieses Land darum gebeten hätte.

So schnell wie die internationale Lage sich augenblicklich verändert, ist es vorstellbar, dass die Pläne, die Heil und Schulze verfolgen, ohnehin scheitern. Denn wenn die Trennung von der westlichen Herrschaft weiter fortschreitet, werden Einrichtungen wie dieses deutsche Migrationszentrum als das gesehen, was sie sind – als Institutionen zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Die Länder, die ihre Souveränität absichern wollen, werden eine Abwerbung von Arbeitskräften untersagen. Und wenn in der Vergangenheit solche Entwicklungen Jahre benötigten, zeigen die aktuellen Durchläufe von Farbrevolutionen auch den afrikanischen Ländern deutlich genug, was sie machen müssen.

Man kann dieses absehbare Scheitern durchaus mit Freude betrachten, denn wie viel freundlicher müsste dieses Deutschland zu seinen Menschen sein, wenn es seine Arbeitskräfte nicht mehr überall zusammenstehlen könnte, sondern die Bedingungen schaffen muss, sie selbst aufzuziehen?

* * *

"Kriegste nicht zusammen im Kopf": ARD-Korrespondentin Ina Ruck entdeckt die Grenze des Narrativs

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165202-kriegste-nicht-zusammen-im-kopf/>

14.03.2023

In drei Tweets bekundet die Russland-Korrespondentin Ina Ruck ihr Unverständnis gegenüber der russischen Wahrnehmung des Krieges. Sie entdeckt damit die Grenze der deutschen Erzählung über den Krieg in der Ukraine. Diese Erfahrung steht Deutschland noch bevor.

Von Gert Ewen Ungar

Ina Ruck ist ARD-Moskau-Korrespondentin. Sie berichtet aus Russland und bedient sich dabei gern in Deutschland verbreiteten Klischees über Russland und die Russen. Ihr wird oft Einseitigkeit in der Berichterstattung vorgeworfen und die Vorwürfe sind begründet. Schon an ihrer Berichterstattung zu Nawalny wurde deutlich, dass Ruck nicht aus Russland berichtet, um den deutschen Zuschauern Vorgänge in Russland verständlich zu machen, sondern dass sie Geschehnisse in Russland in ein westliches Narrativ einordnet. Die in Deutschland verbreitete Geschichte über Nawalny als angeblich wichtigsten russischen Oppositionellen hat sie nicht angetastet, und das, obwohl in Russland jeder weiß, dass sie nicht stimmt. Ruck war in Russland und sie wusste es daher auch. Dessen ungeachtet stützte sie in der ARD die frei erfundene Erzählung über Nawalny als eine der größten Gefahren für das bestehende politische System in Russland. Ein Mann ohne jedes erkennbare politische Profil und mit zwielichtiger Vergangenheit wohlgemerkt – den Deutschen wurde eine Räuberpistole vorgesetzt, und Ruck hat sich maßgeblich daran beteiligt.

Ruck wertet, wo sie berichten soll, suggeriert Zusammenhänge, wo ihr Fakten fehlen, und unterschlägt sie, wenn sie nicht ins Bild über Russland passen. Dieser Strategie ist sie auch im Hinblick auf den Ukraine-Konflikt treu geblieben. Das ist selbstverständlich das Gegenteil von

Journalismus und auch das Gegenteil des Auftrags der Öffentlich-Rechtlichen.

Die Erzählungen über Russland, die in deutschen Medien in einer Art von freiwilliger Gleichschaltung einheitlich verbreitet und gepflegt werden, haben mit der russischen Lebenswirklichkeit wenig gemeinsam. Wer in der deutschen Medienlandschaft nach Journalisten sucht, die sich um ein ausgewogenes Bild von Russland und russischer Politik bemühen, wird in den großen Medien nicht fündig. Auch der Blick deutscher Medien auf den Ukraine-Konflikt ist von tiefer Einseitigkeit und von Auslassungen geprägt.

Diese Technik der Propaganda hat selbstverständlich ihre Grenzen. Ina Ruck hat eine davon entdeckt – die geografische. Dort, wo deutsche und westliche Medien kaum hingelangen, ist ihre desinformierende Wirkung gering.

Die *ARD*-Korrespondentin ist derzeit in Sibirien unterwegs, und dort auf die Grenze der deutschen Erzählung über den Ukraine-Konflikt gestoßen. Darauf macht sie in drei Tweets aufmerksam. Die Menschen würden den Krieg nicht hinterfragen, schreibt Ruck und man merkt ihr das Unverständnis an. Sie seien gastfreundlich, fragen dann aber, warum der Westen den Krieg gegen Russland begonnen habe, warum er Faschisten mit Waffen ausrüstet? "Kriegste im Kopf nicht zusammen", entrüstet sich Ruck glaubhaft. Wahrscheinlich versteht sie es wirklich nicht.

Der Fehler, der ihr unterläuft, ist ein zweifacher: Sie glaubt daran, dass die deutsche Sicht auf den Konflikt die richtige ist. Und sie glaubt auch daran, dass diese Sicht unstrittig und daher überall gültig ist. Das ist keineswegs der Fall. Das, woran Ruck im Hinblick auf den Ukraine-Konflikt glaubt, hat enge regionale Grenzen.

An die Erfahrungen, die Ruck in Sibirien gemacht hat, wird nicht nur sie, sondern werden sich die Deutschen insgesamt gewöhnen müssen. Die Erzählung eines unprovokierten Überfalls Russlands auf die Ukraine wird sich nicht halten lassen. Deutsche Medien werden sie korrigieren und ihre Geschichte über den Konflikt den tatsächlichen Abläufen anpassen müssen.

Nein, man versteht in Russland das Verhalten Deutschlands wirklich nicht, und man versteht es aus guten Gründen nicht. Das hat natürlich zum einen mit dem besonderen deutsch-russischen Verhältnis zu tun, mit engen historischen Verbindungen, mit der Wiedervereinigung, mit einer besonderen Schuld Deutschlands als Nachfolgestaat des Deutschen Reichs gegenüber Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion. Das hat aber auch mit einer anderen Berichterstattung zu tun. In russischen Medien wird über die Geschehnisse in der Ukraine ausführlich berichtet, in Deutschland wird viel verschwiegen – die ukrainischen Kriegsverbrechen beispielsweise.

Man weiß in Russland von den täglichen Bombardements des Donbass durch die Ukraine, die täglichen Opfer unter Zivilisten. Deutsche Medien verschweigen dies ihrem Publikum – so auch Ruck. Vermutlich ist es ihr schlicht verboten, darüber zu berichten. Das bedeutet nicht, dass angebliche russische Kriegsverbrechen in der russischen Berichterstattung keinen Platz haben. Aber sie kommen eben als das vor, was sie auch faktisch sind: bisher unbewiesene Anschuldigungen. Während sie dem deutschen Publikum als Tatsachen verkauft werden. Die Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt ist in Russland sicher gewichtet, aber insgesamt ausgewogener als die deutsche.

Wer die Kriegsverbrechen der Ukraine aber zur Kenntnis nimmt, wird die deutschen Waffenlieferungen nicht verstehen können. Auch über die umfassende Zensur, das Verbot von Opposition, die Säuberungen im Machtapparat durch Selenskiy wird in den russischen Medien berichtet, in den deutschen kommen sie nur am Rande vor und werden relativiert. Auch diejenigen, die den Begriff Faschismus in Bezug auf die Ukraine ablehnen, werden angesichts dieser innenpolitischen Zustände in der Ukraine zugestehen müssen, dass dort etwas ganz grundlegend

nicht stimmt. Die Geschichte von einer demokratischen Ukraine ist angesichts der tatsächlichen Entwicklung frei erfunden. In Sibirien wisse man das deutlich besser als in den Redaktionen deutscher "Qualitätsmedien", wird Ruck mitgeteilt. Sie will es nicht wahrhaben.

Die Erfahrung, die Ruck machte, ist im Gegensatz zu Rucks Nicht-verstehen-Wollen keine Verweigerung. In Russland ist die Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt breiter als in Deutschland. Ruck versteht nicht, weil sie auslässt, weil sie sich weigert, Fakten zur Kenntnis zu nehmen, weil sie leugnet. Es fehlt ihr obendrein an interkultureller Kompetenz. Sie ist nicht in Russland, um zu verstehen, sondern um die Russen deutsches Verständnis und die deutsche Sicht zu lehren. Das haben vor ihr schon viele versucht und sind gescheitert. Sie wird es auch.

Ihre Bemerkung über einen angeblichen sowjetischen Kolonialismus ist in diesem Zusammenhang besonders entlarvend. Die Sowjetunion war kein imperialistisches Projekt. Es war kein Projekt der Ausbeutung der Peripherie zugunsten eines Zentrums, wie es die westlichen Kolonialstaaten praktizierten. Ruck bleibt in den engen Grenzen ihres deutschen Geistes gefangen und sieht vor lauter deutscher Prägung die russische Weite nicht. Ihre Tweets drücken aus, wie fremd ihr das Land und seine Geschichte geblieben sind.

Dabei verstrickt sie sich obendrein in Widersprüche. Während Ruck in ihren Fernsehbeiträgen immer wieder behauptet und suggeriert, dass in Russland eine strenge Zensur herrschen würde, dass man aufpassen müsse, was man äußere und dass man zum Beispiel nicht von Krieg sprechen dürfe, macht sie von genau diesem Wort in ihren Tweets munter Gebrauch und beweist damit, dass ihre Behauptungen aus der Luft gegriffen sind.

Die Welt außerhalb des Westens trägt dessen Narrativ vom unprovokierten Überfall Russlands auf eine an der Entwicklung unschuldigen Ukraine nicht mit. Die Mehrheit der Länder unterstützt auch die Idee einer militärischen Lösung des Konflikts durch immer weitere Waffenlieferungen und den Ausschluss von Verhandlungen nicht. Es widerspricht dem Gründungsgedanken der UN. Abgelehnt wird auch die Anmaßung des Westens, mit Sanktionen, die die gesamte Weltwirtschaft treffen, das Ziel der Vernichtung der russischen Wirtschaft auf Kosten unbeteiligter Länder durchzusetzen.

Wie Ina Ruck wird sich auch Deutschland an den Gedanken gewöhnen müssen, auch dieses Mal wieder auf der falschen Seite gestanden zu haben. Deutschland ist in seiner Wahrnehmung des Konflikts isoliert und wird aufgrund der umfassenden Inkonsistenz seiner Erzählung über die Entstehung und den Verlauf des Ukraine-Konflikts sich letztlich nicht behaupten können. Das wird man im Kopf zusammenkriegen müssen – nicht nur Ina Ruck.

* * *

Er sprach von "nationalen Interessen" Deutschlands: Mainstream fällt über Michael Kretschmer her

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165336-er-sprach-von-nationalen-interessen-michael-kretschmer/>

14.03.2023

Darf man von "nach dem Krieg" reden in Deutschland? Oder von "nationalem Interesse"? Wie die Reaktionen auf einige Sätze von Sachsens Ministerpräsident Kretschmer zeigen, nein. Damit wurden die Grenzen der legitimen Debatte noch einmal verengt.

Von Dagmar Henn

Ist das noch eine lässliche Sünde oder hat Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer bereits

eine Todsünde begangen, als er vor einigen Tagen die Überlegungen seitens des Energiekonzerns Eon begrüßte, die Pipeline Nord Stream 1 zu reparieren?

Hundert Millionen Euro soll die Reparatur kosten; acht Milliarden Euro hat die Erstellung der Pipeline gekostet. Bei jeder Kfz-Reparatur in diesem Größenverhältnis würde niemand zögern. Kretschmer hat seine Ansicht dazu auch getwittert:

Die Antworten auf diesen Tweet sind erschütternd bis hin zu "Sie outen sich gerade als Verfassungsfeind, aber passt zu Ihrer Putintreue". Damit war aber noch lange nicht das Ende der Reaktionen erreicht. Die *Welt* widmete seinen Aussagen einen langen Artikel, in dem ihm "erstaunliche Ähnlichkeiten mit AfD-Positionen" und andere charmante Eigenschaften zugeschrieben werden.

Grund dafür ist, dass die AfD im sächsischen Landtag einen Antrag gestellt hat, nach dem die sächsische Staatsregierung aufgefordert werden soll, "sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Betreiber von Nord Stream freien Zugang zur Reparatur der zerstörten Rohrleitungen erhalten und die Lieferbereitschaft wieder herstellen können". Nun muss man mitnichten der AfD nahestehen, um zu dem Schluss zu kommen, eine Reparatur der Pipelines sei sinnvoll. Für die meisten Deutschen dürfte ein Blick auf die letzte Gasrechnung genügen, sofern sie nicht der NATO-Propaganda verfallen sind.

Kretschmer hat sich dennoch gleich eine heftige Reaktion des CDU-Außenpolitikers (und zertifizierten Kriegstreibers) Roderich Kiesewetter eingefangen, der die Formulierung "nach dem Krieg" empört zurückwies und darauf gleich einen Eid auf die Ukraine "in den Grenzen von 1991" forderte, also einschließlich der Krim. Ähnliches kam, das muss nicht verwundern, von den Grünen. Deren Fraktionschefin Schubert erklärte gleich, "nach dem Krieg" gehe es um die juristische Verfolgung russischer Kriegsverbrechen und Reparationen an die Ukraine. Die Grünen sind mit der SPD in einer Koalition mit Kretschmers CDU.

Kretschmer, so mutmaßt die Welt, hat mit seiner Aussage die nächsten Landtagswahlen im Blick, die für Sommer 2024 im Kalender stehen; in Umfragen lägen AfD und CDU gleichauf. Allerdings ist über ein Jahr doch etwas lang. Bis dahin ist die Wirkung so einer Bemerkung verpufft. Viel naheliegender wäre, dass damit der AfD-Antrag auf Nichtbehandlung gesetzt werden soll, um eine öffentliche Debatte darüber zu verhindern, denn schließlich habe sich der Ministerpräsident bereits, wenn auch vergeblich, im Sinne dieses Antrags eingesetzt.

Dass schon die Verwendung der Formulierung "nach dem Krieg" ein Überschreiten der Grenzen des Zulässigen darstellt, zeigt, dass diese wieder ein Stück enger gezogen wurden. Das, was von Kiesewetter und Schubert zur Erwiderung kam, übersetzt sich mit "nach dem Sieg der Ukraine/NATO", mehr noch, "nach der Unterwerfung Russlands", was sich als aktuelle Version der schönen traditionellen Floskel vom Sankt-Nim-mer-leins-Tag erweisen wird; ein anderes Ende (etwa durch Verhandlungen) soll jedenfalls nicht einmal mehr ausgesprochen werden dürfen.

Und noch eine Verfehlung wird Kretschmer vorgehalten. Er schrieb: "Es ist in unserem nationalen Interesse, diese Option für Erdgas und Wasserstoff offenzuhalten." Nationales Interesse, das sagt man schon gar nicht! Da könnte man noch auf den Gedanken kommen, die Sprengung der Pipelines sei eine Schurken- und keine Heldentat gewesen. Das untersagt schon die transatlantische Zuneigung. Die Antworten unter Kretschmers Tweet lesen sich, als wären die Täter Kandidaten fürs Bundesverdienstkreuz und russisches Erdgas die europäische Variante von Fentanyl.

In Wirklichkeit hat Kretschmer nur zwei, drei vernünftige Sätze gesagt, so, wie sie in der politischen Debatte einmal üblich waren. Leider wird das wohl ein einmaliges Erlebnis bleiben. Es

gab schon andere Fälle, in denen Politiker kurz einen etwas weniger wahnhaften Ansatz machten, nur um dann wieder einzuknicken und Abbitte zu leisten; ein Manöver, das das Publikum daran erinnern soll, wie weit man in der Gemeinde der NATO-Jünger gehen darf, und das nebenbei vielleicht ein wenig Sympathie bei all den Verzweifelten einfängt, die vergeblich auf Vernunft in der deutschen Politik hoffen.

Dabei wäre es wirklich angebracht, sich langsam Gedanken zu machen, wie man in der Welt "nach dem Krieg" zurechtkommen könnte. Auch und insbesondere in der Variante "die NATO verliert". So weit wagt in Deutschland allerdings keiner die Nase herauszustecken.

* * *

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Indianer – Habeck macht den Lübke

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165465-sehr-geehrte-damen-und-herren/>

16.03.2023

Robert Habeck bezeichnet sich im Amazonas als Häuptling. Mit diesem Statement entlarvt Habeck das Selbstverständnis der Grünen als neokolonial und arrogant. Das Welt- und Menschenbild der Grünen ist ewig gestrig. Das trifft auch auf ihr Bild von Russland und den Russen zu.

Von Gert Ewen Ungar

Der zweite deutsche Bundespräsident Heinrich Lübke war für seine skurrilen Äußerungen bekannt. So soll Lübke bei einem Staatsbesuch in Liberia im Jahr 1962 die Anwesenden mit "Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger" begrüßt haben. Da es damals weder Internet noch Smartphones gab, ist die Geschichte nicht durch Video- oder Tondokumente belegt. Belegt dagegen ist, dass Robert Habeck, der sich mit Landwirtschaftsminister Cem Özdemir auf einer Reise in Südamerika befindet, sich und Özdemir als Häuptlinge bezeichnet hat.

Habeck sagte beim Besuch eines indigenen Volkes im Amazonas wörtlich:

"Ich bin Robert, das ist Cem und wir sind Minister in der deutschen Regierung – das ist etwas wie euer Häuptling, aber in einem anderen Land."

Habecks Anliegen ist es, den Regenwald zu retten. Er fragt deshalb bei den umstehenden Indianern, wie man das machen könnte, denn Augenhöhe ist ein Grundprinzip feministischer Außenpolitik, wie sie die Grünen der Bundesrepublik verordnet haben.

Wie kann man den Regenwald schützen und gleichzeitig darin leben, möchte Habeck vor Ort in Erfahrung bringen und wendet sich als deutscher Häuptling väterlich an die Eingeborenen. In Deutschland hätte man das nicht geschafft, fügt Habeck Bescheidenheit heuchelnd hinzu. Da sei der Wald praktisch weg, behauptet er faktenwidrig, denn in Deutschland sind knapp 30 Prozent der Landesfläche bewaldet.

Es ist ein unangenehmer, peinlicher Auftritt, der den unangenehmen und peinlichen Auftritten der deutschen Außenministerin in nichts nachsteht.

Sicher, Deutsche im Ausland – das ist ein schwieriges Thema. Mangelnde interkulturelle Kompetenz, wenig Einfühlung und Sensibilität sind Kennzeichen, mit denen sich Deutsche im Ausland gerne unbeliebt machen. Wenn deutsche Rucksacktouristen sich in den Tropen an der Schlichtheit des dortigen Lebensstils erfreuen und dabei übersehen, dass diese mit freiwillig

gewählter Einfachheit verwechselte Armut der kolonialen Ausbeutung durch die Länder des Westens geschuldet ist, mag man das als Bildungsproblem abtun.

Habeck macht mit seinem Auftritt jedoch deutlich, dass diese Form neokolonialer Arroganz und Ignoranz jetzt auf der Ministerebene angekommen und zum deutschen Politikstil erhoben ist.

Verstärkt wird der Eindruck der Ignoranz noch dadurch, dass Deutschland Kolumbien jetzt mit deutschem Wissen und Know-how beim Kohleausstieg unterstützen möchte. Ein echter Schenkelklopfer. Kolumbien lebt unter anderem vom Kohlebergbau. Deutschland möchte dem Land nun helfen, davon unabhängig zu werden. Da ist der Misserfolg vorprogrammiert.

Das Land, das den Kohleausstieg angesichts einer völlig irren Sanktionspolitik gerade rückgängig machen muss, schwingt sich in anderen Teilen der Welt zum vermeintlich kompetenten Berater in Sachen Umwelt und Ausstieg aus fossilen Energieträgern auf. Man kann sich dabei sicher sein, dass dem grünen Minister die gesamte Widersprüchlichkeit und der inhärente Rassismus seines Auftretens noch nicht einmal in Ansätzen bewusst ist.

Habeck und Baerbock stellen auf ihren Auslandsreisen der Weltöffentlichkeit unter Beweis, wie rückständig und unaufgeklärt das Welt- und Menschenbild der Grünen als Partei ist. Sie stellen es auch in ihrem offen aggressiven Umgang mit Russland unter Beweis, denn so wie Habecks Bild von indigenen Völkern offensichtlich auf der Lektüre von Karl May basiert, so basiert das Russenbild von Katrin Göring-Eckardt, Annalena Baerbock und Robert Habeck ganz offenbar auf der Rassenlehre des Nationalsozialismus.

Es wird Zeit, dass die Grünen dieses typisch deutsche Überlegenheitsgefühl überwinden, die realen Verhältnisse in Augenschein nehmen und sich um ein zeitgemäßes Menschenbild ohne neokoloniale Anklänge bemühen. Es würde ihnen und vor allem Deutschland viele Peinlichkeiten ersparen und zudem dem Frieden und einer echten Verständigung der Völker in Europa und der Welt dienen.

* * *

Anwälte von Corona-Impfgeschädigten reagieren auf Lauterbach-Äußerungen im ZDF – die ARD auch

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165483-anwaelte-von-covid-impfgeschaedigten-reagieren/>

16.03.2023

Die betreuende Rechtsanwaltskanzlei erkannte in den Aussagen des Bundesgesundheitsministers zu Corona-Impfschäden im heute-journal des ZDF "fragwürdige" Inhalte. Die ARD-Mediathek löschte im Anschluss an Lauterbachs ZDF-Interview auffällig die "Anne Will"-Sendung mit seiner Äußerung zu vermeintlich "nebenwirkungsfreien Impfstoffen".

Von Bernhard Loyen

Karl Lauterbach und das von ihm geführte Bundesgesundheitsministerium sahen sich aufgrund kritischer Recherchen zu seinem beruflichen Werdegang strategisch dazu gezwungen, dem *heute-journal* des ZDF am 12. März ungewohnt forsche und kritische Fragen beantworten zu müssen. Dabei versuchte der Minister, sich als besorgter Unterstützer und Macher für die abertausenden deutschen Bürger mit teils lebensbedrohlichen Gesundheitseinschränkungen nach einer Corona-Impfung zu verkaufen.

Die Rechtsanwaltskanzlei Rogert & Ulbrich aus Düsseldorf "ist mit über 3.000 Erstberatungen und

über 750 Mandaten die führende deutsche Kanzlei für die Geltendmachung von mRNA-Impfschäden in Deutschland", heißt es demgegenüber in einer Pressemitteilung der Kanzlei vom 15. März. Laut Eigenauskunft wurden bereits weit über 100 Klagen gegen Pharmahersteller entsprechender Produkte eingereicht.

Dies brachte den Anwalt Tobias Ulbrich im Rahmen eines ungewohnt unmissverständlich formulierenden ZDF-Beitrags zu Impfschäden vom 8. März in die Position des erläuternden Klagebetreuenden. Die diesbezügliche Interviewsequenz war dann auch Bestandteil des heute-journal-Beitrags vom 12. März.

Der eindeutig fähig wirkende Auftritt Lauterbachs, inklusive der getätigten Beantwortungen der scharf formulierte Fragen, missfiel nicht nur den geschädigten Impfpfern aufgrund des unglaublichen Agierens des Ministers. Anwalt Ulbrich kommentierte diesbezüglich klar formuliert am 13. März auf Twitter:

"Diese Lüge ist rekordverdächtig. Lauterbach und (sein Vorgänger) Spahn sind beide Sinnbild für NGO-getriebene Interessenpolitik, verbunden mit dem Vertrauensverlust der Bürger in alle medizinischen Institutionen und Überwachungen. Schlimmster Fall."

Die Kanzlei zeigt sich laut Mitteilung "umso erstaunter auf die Ausführungen des Gesundheitsministers zu wesentlichen Aspekten der Impffolgen". Es seien im Verlauf des Interviews "fragwürdige Aussagen des Bundesgesundheitsministers zu Corona-Impfschäden" erfolgt. Diesbezüglich heißt es weiter:

"Minister Lauterbach ging von einer Häufigkeit von schweren Nebenwirkungen von 1:10.000 aus. (...) Das Paul-Ehrlich-Institut, dessen oberster Dienstherr der Minister ist, hatte bereits am 04.12.2022 331.500 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen (Quelle: <https://ots.de/KMsEX9>). An anderer Stelle gibt das PEI eine Häufigkeit von 3:10.000 an (das sind dreimal so viele Fälle wie der Minister angab)."

In der Mitteilung erfolgen unter Nennung von Quellenangaben weitere Zahlenerläuterungen zur Thematik. Ulbrich wird mit der Feststellung zitiert:

"Man muss daher davon ausgehen, dass die tatsächlichen Zahlen um ein Vielfaches höher sind als die gemeldeten Zahlen. Das liegt unter anderem daran, dass es keinen finanziellen Anreiz für Ärzte gibt, Impfschäden zu melden. Zudem haben die Ärzte schließlich oft selbst das Vakzin verimpft. Das muss dem Minister selbstverständlich bekannt sein (ausgehend diesbezüglicher differenter Äußerungen im ZDF-Interview)."

"Schlichtweg falsch" sei des Weiteren die pauschale Behauptung des Ministers im heute-journal-Gespräch, dass "die (gesetzlichen) Krankenkassen die Kosten für die Therapie und Behandlung von Impfschäden übernehmen würden", so der Anwalt weiter. Auch diese Behauptung wird ausführlich in der Mitteilung erläutert. Die Kanzlei zeigt sich irritiert aufgrund einer differenten Realität:

"Nach jetzigem Stand übernimmt der Staat keine Haftung, sondern stelle lediglich den Hersteller von dessen Haftung frei. Das bedeutet aber doch nicht, dass dem Geschädigten dadurch einfacher oder schneller eine Entschädigung zukomme. Vielmehr hat sich der Staat durch die vertraglichen Regelungen mit dem Hersteller auf dessen Seite geschlagen, wodurch die Durchsetzung von Ansprüchen gegen den Hersteller zusätzlich erschwert wird."

Der Minister wurde aufgrund der fraglichen Äußerungen seitens der Kanzlei dazu aufgefordert, "die

Haftung der Bundesrepublik Deutschland (zugunsten der Impfpfopfer) auch amtlich anzuerkennen". "Bis dato warte ich auf eine Antwort des Ministers", so Anwalt Dr. Rogert. Abschließend heißt es:

"Es kann nicht angehen, dass trotz fehlgeschlagener vorklinischer und aufgrund der sogenannten 'Pfizer-Paper' fragwürdiger klinischer Studien Impfstoffe im Verkehr sind, die nach wie vor schwerste gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorrufen. Impfgeschädigte werden von dem Bundesverdienstkreuzträger und BioNtech-Milliardär Sahin im Regen stehen gelassen."

Karl Lauterbach muss es sich nun gefallen lassen, von Großteilen der Gesellschaft und Medien auch weiterhin als (mit-)verantwortliches Gesicht der Corona-Jahre 2020 bis 2022 zu gelten. Zu groß war sein Geltungsbedürfnis, endlich aus den wenig wahrgenommenen hinteren Sitzreihen des Bundestages in den Fokus von Millionen Menschen zu rücken. Der sichtbare Genuss als Medien-Darling der Stunde überwog der eigentlichen Rolle des behutsamen und bedachten Agierens eines Ministers mit herausragenden Verantwortlichkeiten in Krisenzeiten.

Unzählbare Auftritte in öffentlich-rechtlichen Formaten für Jung und etwa älter, teils nicht nachvollziehbar in ihrer Notwendigkeit und Bizarrheit, dienen dabei als unwiderrufliche Beweise. Getätigte Aussagen als inhaltliche Orientierungspunkte in der Aufarbeitung einer Causa "COVID-Impfungen – freiwillig oder politisch eingefordert?". Je nach Blickwinkel der millionenfache Einsatz eines neuartigen mRNA-Wirkstoffes oder der unter Sonderkonditionen zügig produzierte Impfstoff der Stunde.

Nachweislich tätigte Karl Lauterbach in der ARD-Sendung Anne Will vom 13. Februar 2022 folgende Aussage:

"Wir müssen den Menschen, die da noch zögern (sich impfen zu lassen) noch Angebote machen (...) Mir tun auch diese Menschen leid, die da zögern. auf der anderen Seite müssen wir da auch vermitteln, die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei. Das muss immer wieder gesagt werden."

Lauterbach bezeichnete dann mRNA-kritische Bürger weiter als zum Teil "Opfer der schäbigen Desinformationen in den sozialen Medien (...)". Seine für verunsicherte Bürger maßgeblich entscheidende Wahrnehmung, die annähernd nachdrückliche Aufforderung, dabei kein Einzelfall:

Im März 2023 teilte Lauterbach den irritierten gutgläubigen ZDF-Zuschauern nun mit, dass für ihn "jedes Schicksal (einer Impfschädigung) absolut bestürzend" sei. Ihm täten diese Menschen "sehr leid". Die Betroffenen hätten nun schwerste Einschränkungen und einiges dürfte davon auch "permanent sein". Ein glaubwürdiger Mediengang des Karl Lauterbach nach Canossa?

Die erwähnte Anne Will-Sendung ist nun aus der ARD-Mediathek verschwunden, also gelöscht worden. Seitens der ARD heißt es auffällig passend:

"Anne Will-Sendungen haben eine Verweildauer von 12 Monaten in der ARD Mediathek und werden dann herausgenommen. Das steht auch unter jedem Video von Anne Will in der ARD Mediathek."

Tja, so ist es dann doch belustigend oder auch sehr traurig und symptomatisch die sprichwörtliche Faust auf das bebrillte Auge des Karl Lauterbach, dass es bei der ARD zu den genaueren Definitionen von Löschvorgängen in der Rubrik: "Rundfunkrechtliche Verweildauern in der Übersicht" heißt:

- 7 Tage Sportgroßereignisse
- 30 Tage angekaufte europäische Filme und Serien
- 1 Jahr Filme, Serien, alle fiktionalen Inhalte
- 2 Jahre Nachrichten, Dokumentation, alle nonfiktionalen Inhalte
- 2 Jahre Themenwochen und andere Schwerpunkte
- 2 Jahre Debütfilme
- 5 Jahre Wissen und Bildung

Kritische Medienbetrachter könnten sich daher nun fragen, ob die *ARD*-Inhalte von Anne Will, Hart aber Fair und Maischberger schon vor Ablauf eines Jahres oder erst danach als rein "fiktionale Inhalte" zu deuten sind. Von "Wissen und Bildung" Jahre, wenn nicht Galaxien weit entfernt sind? Zum Thema "Impfpflicht", auch ausgehend von einer möglichen bewussten und aufzuarbeitenden, weil damit straffälligen Vorenthaltung entsprechender Informationen seitens der Pharmaindustrie, der Wissenschaft, der Politik und unterstützender Medien, muss umgehend ein staatlicher Hilfsfond eingerichtet werden, um das Leid dieser Menschen zumindest auf der finanziellen Ebene etwas abzuschwächen und zu puffern.

Herr Lauterbach sollte die einzige finale Entscheidung treffen, die momentan angemessen wäre. Der sofortige Rücktritt von seinem Amt als Bundesgesundheitsminister und Bundestagsabgeordneter:

* * *

Klage gegen den MDR: Beitrag hatte "Ansätze der Volksverhetzung"

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165562-deutsche-medien-immer-wieder-im/>

17.03.2023

Die Bild-Zeitung und die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ARD und MDR stehen weiterhin im Rahmen ihrer Berichterstattung treu an der Seite der Ukraine. Autor Uli Gellermann erkennt bei einem MDR-Beitrag Ansätze der Volksverhetzung und klagt gegen den Sender.

Von Uli Gellermann

Das haben alle Medien mit Genuss gebracht: "Lasst die Russen Ukrainer töten, foltern und vergewaltigen." So lautet die schwere Beleidigung von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer durch Dmytro Kuleba, den Außenminister der Ukraine. Als ob die beiden Frauen und die vielen Menschen auf der Berliner Friedensdemonstration zur Vergewaltigung aufgerufen hätten. Nicht eines der Medien widersprach dieser Ungeheuerlichkeit.

Anmerkung der Redaktion: Das gesamte Kuleba-Zitat des Gesprächsmoments im Rahmen eines Interviews mit der Bild-Zeitung lautet:

"Ich denke, diese Leute müssen ehrlich sein, und sie müssen ihre Slogans umschreiben, anstatt unter dem Slogan 'Stoppt den Krieg! Keine Waffenlieferungen' zu werben, sollten sie schreiben, was sie wirklich meinen: Lasst die Russen Ukrainer töten, foltern und vergewaltigen, denn wenn wir keine Waffen haben, um uns zu verteidigen, wird genau das passieren. Ich versichere Ihnen, dass jeder einzelne Ukrainer, selbst der Soldat im Schützengraben, der den russischen Soldaten, der ihn in diesem Moment angreift, tötet, mehr Frieden will als der friedfertigste Demonstrant am Brandenburger Tor."

So niederträchtig wie möglich

Man hatte ja unter der Führung der *ARD*/des *MDR* schon so niederträchtig wie möglich begonnen, als man gegen jedes Medienrecht die Erstunterzeichner des "Manifest für Frieden" einzeln anschrieb und versuchte, das "Manifest" als Rechts einzuordnen und die Unterzeichner zum Widerruf zu bewegen. Auch die parallele Fahndung nach "Rechten" diene nicht der Wahrheitsfindung, sondern der Manipulation und der Hetze.

Der "Beweis am Rand der Demo"

Ein Klassiker der "Beweisführung" war die Behauptung des *MDR* in seinem Schreiben an die Erstunterzeichner: "Am Rande der Demo hielt der wegen Brandstiftung an einem Asylbewerberheim verurteilte Rüdiger Hoffmann eine lange Rede vor Leuten, die zur Demo liefen und als sie die Veranstaltung verließen. Laut einer Spiegel-Journalistin soll er dabei strafrechtlich relevante Behauptungen geäußert haben."

Am Rande der Demo: Das reicht dem *MDR* für seine üblen Unterstellungen. Und dann schiebt er noch eine anonyme Journalistin hinterher, die irgendwas gehört haben soll.

Tatbestand der "Volksverhetzung"

Da diese Form der "Berichterstattung" nichts mit Journalismus zu tun hat, muss es einen anderen Grund für diese Unterstellungen und Verleumdungen geben. Dass der Tatbestand der "Volksverhetzung" mit der zitierten Kampagne erfüllt ist, ergibt sich aus dem Strafgesetzbuch: "Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, gegen Teile der Bevölkerung zum Hass aufstachelt", der betreibt "Volksverhetzung" nach dem § 130 des Strafgesetzbuches. Wegen dieser Straftat zeigt der Gebührenzahler Uli Gellermann die hetzenden Sender *MDR* und *ARD* an.

Spenden für diese Justiz-Kampagne

Es hat sich ein ganzes Anwaltsbüro gefunden – aus taktischen Gründen wird der Name des Büros zum jetzigen Zeitpunkt nicht genannt – das bereit ist, den Gebührenzahler Uli Gellermann vor Gericht zu vertreten. Aber auch dieses Büro muss Miete und Gehälter zahlen. Deshalb ruft Uli Gellermann auf seiner Webseite zu Spenden für diese Justiz-Kampagne auf. Um jede Irritation über die Verwendung der Spenden zu vermeiden, wurde ein Rechtsanwalt-Anderkonto eingerichtet. Geld auf "Anderkonten" muss treuhänderisch verwendet werden.

Es geht um Gerechtigkeit und Transparenz

Natürlich wird in Abständen über das Konto Rechenschaft abgelegt. Und wenn es seinen Zweck erfüllt hat und auf dem Konto noch Geld übrig sein sollte, wird das Restgeld einem guten öffentlichen Zweck zugeführt werden: Dem oppositionellen Medien-Portal "*apolut*". Denn dem Autor geht es um Gerechtigkeit und größtmögliche Transparenz. Da wäre der Rest der Spenden bei "*apolut*" an einer guten Adresse.

Hoffnung auf öffentliche Resonanz

Niemand kann voraussagen, ob und wann sich ein Gericht findet, das eine Klage gegen die öffentlich-rechtliche Krake annimmt. Aber Gellermann und seine Anwälte nehmen den Kampf auf. In der Hoffnung, dass dieser Kampf eine öffentliche Resonanz finden wird, die auf Dauer zur Gerechtigkeit beiträgt.

Uli Gellermann ist Filmemacher und Journalist. Seine Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern grundieren seine Medienkritik. Er ist Herausgeber der Internetseite [RATIONALGALERIE](https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165395-deutsche-qualitaetsmedien-im-dauerhaften-sinkflug/).

* * *

Deutsche "Qualitätsmedien" im dauerhaften Sinkflug

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165395-deutsche-qualitaetsmedien-im-dauerhaften-sinkflug/>

18.03.2023

Ist der Ruf erst ruiniert ... Wir kennen das. Doch bei der Betrachtung der Leistung unserer "Qualitätsmedien" ist die Sache so einfach nicht. Denn sie nehmen ihre ureigene Aufgabe nicht einfach nur nicht mehr wahr, sondern haben jede Grenze zur Realität aus dem Fokus verloren. Und auf ihren Tastaturen klebt Blut.

Von Tom J. Wellbrock

Häme und Spaß sind normalerweise nichts, was im Sinne von Medien sein kann, die in der öffentlichen Darstellung hohe Ansprüche an ihre Arbeit formulieren. Spaß und Häme sind gewissermaßen die Höchststrafe, denn beides transportiert vor allem eines: Missachtung. Auch aus diesem Grund müsste Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) längst ihre Koffer gepackt und ein Ziel in mehreren 100.000 Kilometern Entfernung angepeilt haben. Kritik an außenpolitischen Entscheidungen ist das eine, jeder Außenpolitiker muss damit leben. Doch stattdessen das Wahlvolk zu hören, wie es sich die Frage stellt, ob eine Politikerin wirklich so dumm ist, wie es scheint oder vielleicht auch nicht, ist ein politisches Todesurteil. Oder besser: wäre ein solches Urteil, wenn es kombiniert würde mit dem Urteilsvermögen der betroffenen Person.

Wie inzwischen vermutlich die ganze Welt weiß, ist das Urteilsvermögen in dieser Sache bei Baerbock so ausgeprägt wie die Einsicht des deutschen Wirtschaftsministers, dass er nicht vom Fach ist und sich besser an Kinderbüchern über ungefährliche Themen widmen sollte: gar nicht.

Und die Medien? Sie lassen keine Gelegenheit aus, um sich zu blamieren, durch unsaubere Recherche aufzufallen und sich alles aufs Brot schmieren zu lassen, was US-amerikanische und deutsche Polit-Bäcker gerade am Frühstücksmesser kleben haben. All diese Peinlichkeiten auf fehlende Professionalität zurückzuführen, wäre allerdings ein grober Fehler.

Medienarbeit: Läuft (wie) geschmiert

Natürlich ist etwas dran: Ein Großteil der deutschen Journalisten der "Qualitätsmedien" steht finanziell in der Karriere gut da und kann so gesehen gepflegt auf den eigenen Ruf pfeifen. Ohne Namen zu nennen, kann man sicher sagen, dass die Berliner Hauptstadtjournalisten Wange an Wange mit denen stehen, die sie eigentlich überwachen, kontrollieren und mit ihren Recherchen konfrontieren sollten. Wenn beispielsweise ein Politiker der Koalition und ein Journalist des "Berliner Kreises" (der muss auch nicht unbedingt aus Berlin kommen) in einer Talkshow zusammensitzen, merkt man als Außenstehender sofort, dass sich da zwei prima verstehen.

Dass Journalisten auch geschmiert und mit attraktiven Posten und Funktionen oder Aufstiegsmöglichkeiten verwöhnt werden, sollte klar sein. Die Grenze zwischen Bestechung und Anreizen ist hier fließend und wohl nur in den seltensten Fällen nachzuweisen, zumal da zwei oder mehr Krähen kuscheln, die sich eher die eigene Hand ab- als das Auge der anderen aushacken würden. Das ist die übliche Gier des Systems, das entweder die "schöne neue Welt" oder "1984" bietet. Die wenigsten Journalisten beschäftigen sich mit der dritten Wahlmöglichkeit: der

Unabhängigkeit. Man könnte jetzt noch Begriffe wie Ehre, Berufsethos oder Aufrichtigkeit einbringen, aber wir wollen doch bitte realistisch bleiben.

Natürlich ist das Problem größer. Die braven Journalisten stehen am Ende der Nahrungskette der Medienkonzerne, der Geldgeber, der Internetkonzerne, der Werbekunden und eben auch der Politiker. Zwar hat die Corona-Episode gezeigt, dass es sogar oft die Journalisten waren, die die Politiker zu immer strengeren und umfassenderen Maßnahmen regelrecht vor sich hergetrieben haben. Doch auch hier arbeiteten die "Krähen" auf Augenhöhe und taten sich gegenseitig die Gefallen, die die Konstruktion aufrecht stehen blieben ließ. Mal wurde in die eine Richtung gekräht, mal in die andere. Unterm Strich blieb eine desaströse und zutiefst undemokratische Politik übrig. Ohne die willfährige Unterstützung der Medien wäre das, was wir drei Jahre lang an Totalitarismus erlebt haben (und noch immer erleben), einfach nicht denkbar gewesen.

Und damit sind wir beim eigentlichen Punkt der Journalismuskritik.

Verantwortungslos ...

Es ist historisch belegt, dass die meisten Kriege nicht ohne die fleißige Mithilfe von Medien hätten geführt werden können. Doch die Journalisten von heute werden mit dieser Tatsache nicht konfrontiert. Auch daran hat sich zu vergangenen Zeiten nicht viel geändert. Da die Kriegspropaganda ohne den Journalismus – zumindest, seit es so etwas wie Massenmedien gibt – einfach nicht funktioniert, besteht seit jeher eine enge und innige Verbindung zwischen Politik, Kriegsgewinnlern aus der Wirtschaft und den Medien. Die Abhängigkeit beruht auf Gegenseitigkeit, denn die Medien haben eine Machtfunktion mit dem, was sie unters Volk bringen. Die anderen Protagonisten füttern und verwöhnen die Journalisten, die sonst ein eher tristes Dasein als unterbezahlte Schreiberlinge fristen müssten. Es ist die perfekte Mischung.

Die Verantwortungslosigkeit, mit der beide Seiten vorgehen, wäre normalerweise ein Fall für so etwas wie den "Hohen Gerichtshof für seriösen Journalismus", doch erstens gibt es den nicht, und zweitens wäre auch er im Falle seiner Existenz längst unterwandert und vergiftet. Vergleichbar wäre er vielleicht mit den in der Luft hängenden Extremitäten des Bundesverfassungsgerichtes, das sich (spätestens) in der Corona-Episode mittels Amputation allem entledigt hat, was mit der freien Entscheidung von Verfassungsrichtern in Verbindung gebracht werden könnte.

Doch spätestens hier verlassen wir die Sphäre der Häme und des Späßes (der uns dennoch allen vergönnt sein sollte, wir haben ja nicht mehr viel zu lachen, sieht man von dummen Politikern und Medienleuten ab). Denn man muss sich den Begriff der Verantwortungslosigkeit auf der Zunge zergehen und im Kopf wirken lassen.

Niemand (vom durchgeknallten Fahrer einmal abgesehen) wird widersprechen, wenn man sagt, dass ein Auto, das mit 90 Stundenkilometern durch eine verkehrsberuhigte Zone fährt, durch unfassbare Verantwortungslosigkeit des Fahrers geleitet wird. Insbesondere die Vorstellung, dass womöglich Kinder verletzt oder getötet werden, lässt in jedem klardenkenden Menschen Abneigung, Ekel und allerlei weitere unerwünschte Gefühle an die Oberfläche treten.

Anders bei verantwortungslosen Journalisten. Sie können undemokratische Forderungen aufschreiben, wie in der Corona-Episode geschehen, und sie können für einen Krieg trommeln, der schon jetzt unendliches Leid zur Folge hat und durch jeden Schlag auf die Tastatur der Schreibenden weiteres Leid erzeugt. Es stimmt also etwas ganz Grundsätzliches nicht, wenn Journalisten ihre Verantwortung ablegen wie einen alten Mantel oder schon zu Beginn ihrer Karrieren darauf trainiert werden, eine solche Verantwortung gar nicht erst zu entwickeln.

... und dumm

Die Frage, ob Politiker oder Medienleute entweder dumm sind oder einem mehr oder weniger großen Plan folgen, wird immer wieder gestellt und teils konträr beantwortet. Tatsächlich kommt man der Wahrheit wohl am nächsten, wenn man das eine vom anderen Attribut nicht abkoppelt. Man kann sehr wohl einem Plan folgen, ohne dabei sonderlich klug zu sein. Im Grunde ist eigenes Nachdenken für einen Plan, bei dem man lediglich ausführendes Organ ist, sogar höchst hinderlich und daher unerwünscht.

Beantworten wir also an dieser Stelle die Frage einfach mit "Ja". Ja, man kann dumm und verantwortungslos sein und im Bürostuhl sitzend im Stechschritt Befehlen folgen. Den Aspekt der Dummheit sollte man aber nicht unterschätzen oder einfach in die "hämische Ecke" schieben. Je bösartiger Dummheit ist, desto mehr gefährliches Potenzial trägt sie in sich.

Während der Corona-Episode war es noch nicht so klar ersichtlich wie heute. Aber seit dem Beginn des aktuellen Ukraine-Krieges ist die Dummheit der Journalisten nicht mehr von der Hand zu weisen. Fachlich komplett überfordert, von der eigenen Tatenlosigkeit betäubt und sich selbst desinformierend ging es sicher vielen Journalisten zu Corona-Zeiten so, dass sie infantil und hilflos irgendwelchen eingekauften Wissenschaftlern folgten, die sagten oder modellierten, dass dieses oder jenes passieren könnte und deshalb passieren wird. Da war schon viel Dummheit im Spiel, doch die Kombination mit Ignoranz, Größenwahn und Narzissmus machte die Sache so toxisch für die Bevölkerung. Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, dass der deutsche Journalismus ein intellektuelles Problem hat, für das es keine Therapie gibt, auch keine Medikamente, und schon gar keine Impfung, die mit oder ohne Nebenwirkungen auskommt.

Jetzt befinden wir uns bereits in einer "Kriegswirtschaft", und wer auch immer das sagt, muss sich vor empörten Reaktionen durch Journalisten nicht fürchten. Man hört zu, nickt, schreibt es auf, zitiert und geht weiter zum nächsten Thema. Das ist der feste Bodensatz der Dummheit, auf dessen Grundlage all das kommt, was schlimmer ist.

Wenn alle Hüllen fallen

Die an den Schreibtischen sitzenden und auf ihre Tastatur hämmernenden "Kaiser" sind nackt, aber um sie herum steht schützend die Meute aus Kriegshetzern und Demokratiefeinden, sodass die Nacktheit nicht auffällt, zumindest nicht sofort.

Und dann kommt ein Terroranschlag daher und erzeugt bei den Journalisten angespannte Nervosität. Die Nord Stream-Pipelines zu sprengen, war ein Anschlag, der wohl zu den gravierendsten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehört. Unter anderen Umständen wäre das die Vorlage zu Investigativjournalismus, wie ihn die Welt zuvor kaum gesehen hat. Der überzeugte Medienmensch müsste aufhorchen, hochschrecken, durchs Büro laufen, telefonieren, mailen, sogar ausnahmsweise faxen und alle Hebel in Bewegung setzen, um dieses Verbrechen aufzuklären.

Doch er bleibt sitzen, starrt vor sich hin, nippt an seinem Tee. Sanft streichelt er seine Tastatur und fragt sich in Gedanken, was nun zu tun ist. Irgendjemand sagt, es könnten die Amerikaner gewesen sein, Biden hätte schon lange vorher so etwas angedeutet. Der Journalist nimmt die Stimme wahr, die er aus dem Off hört, nickt kurz zögerlich mit dem Kopf und stellt fest, dass sich auf seinem Schreibtisch eine Staubschicht befindet, die ihm vorher gar nicht aufgefallen war. Er fragt sich, ob er seinen Schreibtisch abwischen sollte, entscheidet sich aber dann dagegen. Morgen ist auch noch ein Tag ...

Am nächsten Tag hat der Journalist den Staub auf seinem Schreibtisch wieder vergessen. Er hat

auch genug anderes zu tun. Gemeinsam mit der ganzen Schar der anderen Medienmenschen schreibt er wie der Teufel und kreierte zugleich einen: Putin. Nur er kann es gewesen sein, Putin ist so, der kann gar nicht anders, versteht nur die Sprache des Krieges. So ungefähr. Die USA sind nach wie vor der Verdächtige Nummer eins, es spricht eigentlich fast alles dafür, dass sie den Anschlag verübt haben. Und da kurze Zeit später schon die ersten Fracking-Gas-Geschäfte in trockene Tücher gepackt werden, die für die USA goldene Zeiten einläuten, ist diese Putin-Nummer eigentlich unsinnig. Es floss ja eh kein Gas durch die Pipelines, und selbst wenn Putin das auch aus seiner Himmelsrichtung untermauern wollte, müsste er nur den "Aus-Schalter" drücken. All das ergibt keinen Sinn, und so entscheidet sich der Journalist nach ein paar Wochen, nun doch den Staub von seinem Schreibtisch zu entfernen und sich um andere Themen zu kümmern. Bei Nord Stream stockt es ohnehin, die Berichterstattung ebbt ab. Und das ist ja auch kein Wunder, es gibt schließlich nichts Neues. Denkt der Medienmensch.

... denn sie bedenken nicht, was sie tun.

Kommen wir zum traurigen und beunruhigenden Höhepunkt dieses Textes: zur jüngeren Berichterstattung über die Terroranschläge auf die Nord Stream-Pipelines. Die Geschichte mit der Jacht, den Tauchern und der Ärztin ist so absurd, dass sich normale Menschen verschämt zur Seite drehen, wenn sie hören, dass jemand an diese Version tatsächlich glaubt. Fremdschämen nennt man das: "Nein, nein, ich kenne diesen Menschen nicht, habe ihn noch nie in meinem Leben gesehen und glaube selbst natürlich nicht an diesen Jacht-Unsinn."

Doch in einem kleinen, galligen Dorf haben sich ein paar tapfer-dumme Journalisten zusammengefunden, sich mit Zaubersrank oder anderen Substanzen zugeschlürft, und nun schreiben sie über die Terroranschläge, die durch ein paar üble Gesellen durchgeführt wurden. Noch vor einigen Wochen waren sich die Medienleute sicher, dass nur Staaten zu einer solchen Tat fähig wären. Und auch dann nur mit herausragenden Mitteln und einer schier unfassbaren Planung. Doch da kannten sie die faszinierenden Neuigkeiten ja noch nicht.

Unter Einwirkung welcher auch immer eingenommenen Substanzen verraten in einem Beispiel die Vollprofis der Tagesschau, auf welches Niveau sie mittlerweile herabgesunken sind. Es geht ausgerechnet um die "Faktenchecker", die doch schon im Namen die Wahrheit tragen.

Wir erinnern uns an den Fall des "Sprengstoffes in Pflanzenform", der einmal mehr für virtuelles Gelächter sorgte. Die Tagesschau hatte zuvor einen Sprengstoffexperten nach seiner Meinung gefragt und dann Teile seines Berichts miserabel übersetzt und publiziert. Nach dem Hinweis des Experten auf den Übersetzungsfehler verschlimmbesserte die Tagesschau die Meldung, was zu einem Shitstorm am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) führte. Wieder wendete sich der Sprengstoffexperte an die Tagesschau und bat um Mithilfe, um die Sache aufzuklären und zu bereinigen. Doch die kam nicht, wie er schreibt:

"Die ARD verweigerte trotz der Bitte jede Unterstützung und ließ alle Betroffenen auf sich alleine gestellt. Der ARD-Chef Prof. Dr. Kai Gniffke hat erst elf Tage nach meinem Hilfersuchen geantwortet. Leider darf ich seine E-Mail aus rechtlichen Gründen nicht veröffentlichen. Ein Medienanwalt rät mir erst einmal davon ab, eine Zusammenfassung und Einschätzung der Antwort öffentlich zu teilen."

Und er fährt fort:

"Ich beschließe, die Flucht nach vorne anzutreten und die Hintergründe sowie meine Teilverantwortung aus meiner Sicht darzustellen, um primär das Karlsruher Institut für Technologie vor weiterem Rufschaden zu bewahren. Das dortige Social-Media-Team verlinkt

im Krisenmodus auf diesen Beitrag.

Von der Tagesschau erwarte ich nach wie vor eine transparente Darstellung des Medienversagens:

- 1. dass nur ein einziger Redakteur für ein komplexes Thema eingesetzt wird und über Fakten entscheiden kann,*
- 2. dass beim Tagesschau-Faktenfinder keine Qualitätsprüfung stattfand und wohl auch nicht stattfindet,*
- 3. und dass Geschädigte des dadurch verursachten Schadens vollkommen alleine gelassen werden.*

Durch dieses Versagen entsteht ein massiver Vertrauensverlust in die Glaubwürdigkeit der Tagesschau, und es ist anzunehmen, dass eine solche Arbeitsweise auch an anderen Stellen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorkommt."

Ja, es ist anzunehmen und davon auszugehen, dass diese Arbeitsweise auch an anderen Stellen vorzufinden ist. Mehr noch: Jede andere, professionelle, gewissenhafte und genaue Recherche und Arbeitsweise sind faktisch nicht mehr vorhanden.

Die "Qualitätsmedien" sind zu einem würdelosen, willfährigen Haufen Propaganda verbreitender Lakaien verkommen, dem nichts mehr peinlich ist. Das hat eine andere Qualität als das Verbreiten bestimmter Erzählungen, die bei den politischen Verantwortlichen wohlige innere Wärme und zufriedenes Kopfnicken erzeugen. Wir sprechen hier von Medienstücken, die so eklatant schlecht und dumm sind, dass man die Gehälter der Erzeuger einfrieren müsste, bis sie nachweislich ihre Medienkompetenz und Seriosität verbessert haben.

Inhaltlich unterscheiden sich die öffentlich-rechtlichen Medien dabei kaum noch von den Erzeugnissen von Spiegel, Welt & Co. Doch die unverschämten Berichte von Tagesschau und den anderen GEZ-Anstalten müssen wir bezahlen. So wird daraus gewissermaßen eine erzwungene Mittäterschaft, gegen die wir uns nicht wehren können.

Noch eine Anmerkung zum Krieg und den Medien. Wie bereits beschrieben, ist es nicht neu, dass erfolgreiche Kriegsvorbereitung und -hetze ohne entsprechend aufgestellte Medien nicht möglich ist. Man muss sich die Rolle solcher Medien jedoch bewusster machen, als dies im Allgemeinen geschieht. Wenn vermeintlich seriöse Journalisten im Brustton der Überzeugung Argumente für (im heutigen Fall) die Fortführung des Krieges in der Ukraine verkünden, so tun sie das nicht als objektive und außenstehende journalistische Beobachter, die kühl und pragmatisch die Lage analysieren. Sie machen das als Teile des Rädchens der Kriegsmaschine und spielen daher eine aktive und den Krieg direkt fördernde und unterstützende Rolle. Damit sind sie Täter, damit tragen auch sie die Verantwortung für Leid und Tod, damit schmieren sie das Blut, das an ihren Händen klebt, über ihre Tastaturen und reiben es uns unter die Nase.

Abschließend muss man konstatieren, dass die "Qualitätsmedien" des Jahres 2023 nur unter größten Anstrengungen noch tiefer sinken können, als sie es bereits sind. Die Mischung aus Kriegshetze, Dummheit, Ignoranz und Herablassung hat ein Maß erreicht, das eine Umkehr zum wahrhaftigen Journalismus unmöglich erscheinen lässt. Wir werden uns damit anfreunden müssen, dass es seriösen Journalismus der "Qualitätsmedien" schlicht nicht mehr gibt. Die Journalisten haben sich den Verstand weggeschrieben, und es sieht nicht so aus, als ließen sich die entsprechenden Fähigkeiten wiederherstellen.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs "[neulandrebell](#)".

* * *

Konferenz zur Einigung des Widerstandes gegen den US/NATO-Krieg in der Ukraine

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165399-konferenz-zur-einigung-widerstandes-gegen/>

18.03.2023

Mit tagtäglichen Herz-Schmerz-Geschichten aus der Ukraine und mit Hilfe linkssektiererischer Strömungen wurde die Antikriegs-Bewegung gespalten und weitgehend gelähmt. Zugleich vollzieht sich hinter den Kulissen Bidens Reindustrialisierung der USA auf Kosten der Deindustrialisierung Deutschlands. Die Ukraine und Deutschland werden zugleich von den transatlantischen Eliten verheizt, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Eine Konferenz Ende März in Berlin soll nun den Widerstand einen.

Von Rainer Rupp

Aktuelle Lage

Als demokratisches Land strebt die Ukraine natürlich in Richtung Westen. Aber ihre Sehnsucht nach Freiheit wurde von ihrem autoritären Nachbarn, dem bösen Zaren Putin dem Schrecklichen zunichte gemacht. Der hatte nichts Besseres zu tun, als die arme, unschuldige Ukraine grundlos und ohne Vorwarnung brutal zu überfallen und ohne Ende Kriegsverbrechen zu begehen. Das ist die offizielle und einzige, im kollektiven Westen zugelassene Wahrheit. Damit sie auch keiner vergisst, wird sie der Bevölkerung seit über einem Jahr, 7 Tage die Woche, 24 Stunden am Tag von Politikern und Medien eingetrichtert.

Die tagtäglichen Herz-Schmerz-Geschichten aus der Ukraine haben die Aufmerksamkeit der Bevölkerung im Westen ganz auf die von der US/NATO-Propaganda geschaffene, angebliche Bosheit der Russen gelenkt. Die Erinnerung an 9 Jahre Artillerie-Bombardierung ukrainischer Städte und Dörfer im Donbass durch die ukrainische Armee und ihre freiwilligen Nazi-Hilfstruppen ist im Westen erfolgreich im Gedächtnisloch entsorgt worden.

Im Gegensatz zu früher entdecken Westmedien in der Ukraine keine Nazis und Russen hassende Gewaltextremisten mehr. Tausende von Bildern aus den umkämpften Gebieten zeigen jedoch immer wieder das Gegenteil, wie z.B. ukrainische Kämpfer und selbst ihre Kommandeure sich selbst oder ihre Panzer und Stuben mit Hakenkreuzen und SS-Symbolik schmücken und eigene Kampfeinheiten nach berüchtigten SS-Divisionen benannt haben. Aber auch die ukrainischen Nazis sind im kollektiven Gedächtnislos des Westens verschwunden und in neuem, verklärtem Licht wieder aufgetaucht, nämlich als Freiheitshelden. Als solche werden Kämpfer der Nazi-Truppe "Asow" derzeit auf einer Tour durch die USA herum gereicht. Sie wurden sogar vom deutschen Botschafter in den USA empfangen.

Ganz in diesem Sinn trichtern uns die inzwischen militaristischen "Qualitätsmedien" ein, alle Deutschen, die die NATO-propagierte Freiheit lieben, die Reihen mit unseren US-amerikanischen Beschützern und Freunden schließen und die Ukraine mit Waffen und Geld unbegrenzt versorgen müssen. Das schulden wir ihnen, denn dort auf dem Schlachtfeld im Osten verteidigen in opferreichen Kämpfen die tapferen ukrainischen Helden auch unsere europäische Freiheit gegen die Russen!

Bei so viel ukrainischer Selbstaufopferung kann und darf kein aufrechter Deutscher abseitsstehen. Und wer das doch tut, und es wagt die offizielle Wahrheit auch nur zaghaft zu hinterfragen, wird von einem Tsunami von Schmähungen und Beleidigungen überschwemmt und als Querdenker,

Verschwörungstheoretiker, als Rechter, als Nazi oder – ganz schlimm – als Russenfreund und Putin-Versteher beschimpft. Deshalb müssen auch wir Deutsche die Ukraine bis zum Sieg über Russland mit Geld und Waffen unterstützen.

Man muss eingestehen, die US/NATO-Propagandisten in Washington, Brüssel und in Berlin beherrschen das Manipulations-Klaviatur virtuos. Besonders wichtig, es ist ihnen nahezu perfekt gelungen, in den europäischen NATO-Ländern die Gegner ihrer antirussischen Kriegspolitik zu spalten. Ihre medial-manipulative Einwirkung auf traditionell linke Kreise von Kriegsgegnern und Friedensaktivisten, deren Potential sie weitgehend gelähmt haben, war dabei besonders erfolgreich.

Unter Linken ist es z.B. akzeptiert, nicht mit AfD oder anderen wertekonservativen Gruppen in derselben Demo gegen den US/NATO-Krieg in der Ukraine marschieren. Das darf man nicht, weil man mit Rechten und Populisten nicht gemeinsame Sache machen darf. Diese Position wird von inzwischen stark ideologisierten, linkssektiererischen Kreisen notfalls auch mit Gewalt und Nazi-Methoden bei öffentlichen Kundgebungen und friedlichen Demonstrationen von Nicht-Linken durchgesetzt.

Leider haben diese linken Sektierer auch in linken Medien und darüber hinaus die Diskussionshoheit erreicht. Denn ihr Mantra, die AfD als Nazis darzustellen, mit denen man nicht demonstriert, passt hervorragend in die Zielstellung der transatlantischen Eliten für Deutschland. Denn die AfD ist die einzige Partei im Bundestag, die eine klare Position gegen den US/NATO-Krieg und die Forderung nach Frieden mit Russland vertritt. Und gerade deshalb wird Vertretern dieser linkssektiererischen Strömungen immer wieder gerne ein Platz bei den Talkrunden der Mainstream Medien angeboten.

Die linken Sektierer bedienen nämlich perfekt die Position der herrschenden, transatlantischen Eliten, indem sie einerseits die regierungsoffizielle "Wahrheit" vom "brutalen russischen Angriffskrieg" nachplappern und andererseits die Antikriegspartei und prorussische Friedenspartei AfD als Nazis verunglimpfen. Dieses Zusammenwirken zwischen Linkssektierern und den großen Medien hat den Großteil der linken Friedensbewegung erfolgreich gelähmt. Aus Angst vor Denunziation, mit Rechten zu paktieren, scheuen viele Linke, sich mit gleichgesinnten AfD-Kriegsgegnern zusammenzutun und ihren Erfolg dadurch zu multiplizieren.

Hinter dieser ablenkenden Kulisse laufen jedoch weitgehend unbemerkt alarmierende Prozesse ab, in der die transatlantischen Eliten die Zukunft unseres Landes und Europa an ihre Herren des amerikanischen Imperiums in Washington, D.C. verkaufen.

Deutschlands Deindustrialisierung

Um die Russen zu bestrafen, müssen wir auch auf russische Energieträger- und andere Rohstofflieferungen verzichten, wird uns gesagt. Dass dabei nicht etwa Russland, sondern der Wirtschaftsstandort Deutschland ruiniert und unsere Arbeitsplätze ebenso wie die Zukunft unserer Kinder und Enkel verspielt werden, scheint den Herrschaften da oben egal zu sein, solange sie ihre Schäfchen im Trockenen haben, wovon wir ausgehen können. Das sind die Opfer, die der senile Führer der Freien Welt, seine Kriegstreiber in Washington von uns allen verlangen, wegen der Ukraine!

Zugleich gelingt es denselben Leuten in Washington, energieintensive Unternehmen in Europa und vor allem in Deutschland zur Auswanderung in die USA zu bewegen. Die überzeugenden US-"Argumente" sind verlockend niedrige Energiepreise und Washingtons gigantisches Subventionsprogramm von 750 Milliarden Dollar für Industrieinvestitionen in den Vereinigten Staaten. Der Erfolg bei der Abwerbung europäischer Unternehmen ist überwältigend. Ganz aktuell

wird in den Medien berichtet, dass sich der Schaeffler-Konzern, der ein Kernunternehmen der deutschen Industrie darstellt, sich den USA und China zuwendet", denn die Geschäftsführung sieht in Europa "wenig Investitionschancen".

Laut DWN will der Schaeffler-Konzern die "Chancen", die man "in Amerika hat, ganz bewusst" nutzen und von den großzügigen Subventionen des Gesetzes zur "Inflation Reduction" in den USA profitieren.

Vor dem Hintergrund, dass die deutsche Wirtschaft immer tiefer in die Krise rutscht und unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen allein seit dem Jahr 2022 tausende Unternehmen insolvent gegangen sind, hat jetzt auch der Chef des Ifo, des berühmtesten deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts, Prof. Clemens Fuest, vor der Deindustrialisierung Deutschlands gewarnt. Die Deindustrialisierung Deutschlands sei keine "leere Worthülse", sondern eine "reale Gefahr".

"Es ist nun wie eine Lawine: BASF, Bayer, BMW, VW, Mercedes: Die Herzstücke der ehemaligen "Deutschland AG" wandern in die USA oder nach China ab, heißt es aktuell in einer Twitter-Nachricht auf *msn* finanzieren.

Bidens Reindustrialisierung der USA

Das ist es also, was hinter Präsident Bidens laut verkündetem "Plan zur Reindustrialisierung Amerikas" steckt. Es geht nicht darum, aus eigener Kraft in den USA neue Industrien aufzubauen, sondern sie vornehmlich aus Europa abzuwerben, bzw. zu stehlen. Mit anderen Worten, die Reindustrialisierung der USA wird durch die Deindustrialisierung Europas und vor allem Deutschlands erreicht, indem die USA mit Hilfe der negativen Folgen des US/NATO-Ukrainekriegs und der Sanktionen die Bedingungen zur Abwanderung der deutschen Industrie erst geschaffen hatte.

Ukraine und Deutschland für US-geopolitische Interessen verheizt

Dass die Ukraine für die geopolitischen Interessen der USA verheizt wird, daran gibt es keine Zweifel mehr. Das geht aus einer ganzen Reihe von offiziellen Erklärungen führender US-amerikanischer Regierungspolitiker hervor, u.a. von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bei seinem Besuch in Warschau, im April letzten Jahres. Damals hatte er erklärt, dass das Ziel des Krieges in der Ukraine die "Schwächung Russlands ist". Diesem Ziel hat sich der komplette kollektive Westen angeschlossen. Dennoch kann unseren Politikern und Medien nicht verborgen geblieben sein, dass auch Deutschland durch seine Beteiligung am US-Krieg gegen Russland für amerikanische Interessen verheizt wird, wenn auch (noch?) nicht auf dem Schlachtfeld.

Die NATO-Waffenlieferungen in die Ukraine, einschließlich der aus Deutschland, verlängern den Krieg und bedienen das US-Kriegsziel, Russland möglichst lange und nachhaltig zu schwächen. Dass dabei die Opferzahlen weiter erhöht werden, scheint weder in Washington noch in der "Ampel"-Koalition in Berlin eine Rolle zu spielen.

Einer der berühmtesten Falken im US-Senat hat seine ungeheuerliche Menschenverachtung in diesem Video auf die Spitze getrieben. Nach seiner Einschätzung über den weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine befragt sagte er: "Ich liebe die Struktur des Weges, auf dem wir uns befinden. So lange wir die Ukrainer mit den Waffen versorgen, die sie brauchen, und ihnen wirtschaftlich helfen, werden sie bis zum letzten Mann kämpfen."

Die Politik des Westens gegenüber der Ukraine ist zutiefst zynisch, denn die Ukraine bezahlt den

Kampf des kollektiven Westens um Einflussphären mit dem Blut ihrer Menschen und Soldaten und der Zerstörung ihres Landes. Aber auch Deutschland wird bei dieser Führungsmannschaft in Berlin diese Krise nur schwer angeschlagen überleben.

Den transatlantischen Eliten geht es weder um Demokratie noch um Freiheit in der Ukraine, sondern um geopolitische Interessen der USA, die ihre Vorherrschaft gegenüber Russland und China behaupten und notfalls mit Krieg durchsetzen wollen. Dafür sind diese Herrschaften, auch die Deutschen, die sich zu diesem Kreis zählen, bereit, nicht nur die Ukraine, sondern auch unser Land und den Rest Europas zu verheizen. Und sie sind dabei, doppelt zu gewinnen, nämlich einerseits mit der erhofften Schwächung Russlands und andererseits mit der Deindustrialisierung Europas zu Gunsten der USA. Und was machen die europäischen Volksvertreter und Regierungen in dieser Situation?

Die Rolle der transatlantischen Vasallen

Heute geht es in Europa wieder zu wie in Zeiten des römischen Imperiums. In den eroberten Gebieten setzten die Römer in der Regel lokale Adelige als Vasallen auf den Thron, die unter dem wachsamen Auge der vor Ort stationierten Legionen die wirtschaftlichen und politischen Geschäfte im Sinne Roms bedienten. In Nebensächlichkeiten wie Religion oder Anhäufung persönlichen Reichtums hatten die Vasallen freie Hand, solange sie den Tribut an Rom entrichteten. Zugleich schützten die römischen Legionen die Vasallen gegen das eigene Volk.

So stellten die gekauften und bezahlten oder erpressten Vasallen die Interessen "Roms" stets über das Wohl ihrer eigenen Völker. Heute sind es die transatlantischen Eliten in den Regierungen der Länder NATO-Europas, die das Wohl ihrer Völker für das Imperium in Washington opfern. Denn vom Wohlfühlen Washingtons hängt ihre weitere Karriere, ihr eigener Wohlstand und – für den Ernstfall – ihr sicherer Zufluchtsort mit Villa in Miami ab.

Wer das offizielle US/NATO-Narrativ hinterfragt, oder gar in der Öffentlichkeit in Frage stellt, der wird sofort zur Zielscheibe einer gnadenlosen Welle aus Beschimpfungen, Diffamation und Denunziation, die wie ein Tsunami über der betroffenen Person hereinbricht. Sogar das persönliche und berufliche Umfeld wird oft mit einbezogen, nicht selten verbunden mit Jobverlust oder des Wegbleibens von Aufträgen bei Freiberuflern oder von Engagements bei Künstlern.

Die Regierungen haben ihre während Corona erprobten autoritären Maßnahmen inzwischen weiter ausgeweitet. Die deutsche Justiz stellt jetzt bereits unangenehme politische Meinungsäußerungen zum US/NATO-Krieg in der Ukraine unter Strafe, wie einige aktuelle Fälle zeigen. Es ist dunkel in Deutschland.

Um wieder Licht zu machen und den Blick freizugeben hinter die Kulisse der Meinungsdictatur der transatlantischen Eliten und ihren Medien trifft sich Ende März in Berlin eine Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten aus Ost- und Westdeutschland, aus Militär, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

Unter Zurückstellung parteipolitischer und weltanschaulicher Differenzen sind sich alle Beteiligten, Professoren, Generale, Soldaten, Kulturschaffende, Friedensaktivisten einig,

1. sich nicht länger diktieren zu lassen, mit wem man gegen den US/NATO-Krieg demonstrieren darf und sich über das im Verein mit den Mainstream-Medien propagierte, linkssektiererische Kontaktverbot zur AfD hinwegzusetzen
2. über alle Parteigrenzen hinweg der gemeinsamen Forderung nach "Frieden mit Russland" höchste Priorität geben zu wollen, vor allen anderen Problemen. Denn Frieden mit Russland bedeutet nicht nur die Beendigung des US/NATO-Krieges in der Ukraine und dessen

potentieller Ausweitung auf den Rest Europas, sondern auch das Ende der Deindustrialisierung Deutschlands durch die USA.

Lasst uns retten, was noch zu retten ist.

Der Autor dieser Zeilen sprach mit einem der Organisatoren dieses Treffens, der nur mit seinen Initialen "RW" genannt werden wollte. Die Begründung, man will im Vorfeld des Treffens möglichst wenig über Ort, Zeit, Organisatoren und Teilnehmer bekannt geben, weil man verhindern will, dass z.B. einschlägig bekannte linkssektiererische Gewaltextremisten von interessierten Kreisen als Sturmtruppen losgeschickt werden, um bereits vor einer Konferenz Teilnehmer zu bedrohen und abzuschrecken – wie schon so oft geschehen. Zum Inhalt der Konferenz sagte RW:

"Man muss weder Pazifist noch Freund der Russen sein, um Frieden mit Russland zu fordern. Denn Frieden mit Russland ist das Gebot der Vernunft und die Voraussetzung dafür, dass unsere Wirtschaft und die Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht den Interessen einer kleinen Clique von US-Vasallen im Dienste Washingtons zum Opfer fallen. Deshalb ist es geboten, dass wir über alle parteipolitischen und gesellschaftspolitischen Differenzen hinweg eine Brücke schlagen und gemeinsam aufstehen, gemeinsam planen, auf die Straßen gehen, um den Kriegstreibern in die Arme zu fallen. Und gemeinsam Frieden mit Russland zu fordern."

Weiter hob RW hervor, dass dieses Treffen in Berlin für Deutschland ein absolutes Novum sein wird, denn hier werden nicht nur hohe Offiziere der NVA der DDR mit hohen Offizieren a. D. der Bundeswehr zusammensitzen, sondern auch bekannte Persönlichkeiten aus dem gesamten politischen Spektrum, von der Linken bis zur AfD, und gemeinsam Frieden mit Russland fordern.

Mit dem Treffen Ende März verbinden die Organisatoren laut RW die "berechtigte Hoffnung", dass dadurch

1. die künstlichen Barrieren aus dem Weg geräumt werden, die von den transatlantischen Meinungsdictatoren zu Spaltung der Opposition errichtet wurden, und niemand mehr Angst davor hat, als "Rechter" oder als Nazi denunziert zu werden, wenn er mit anderen für Frieden mit Russland demonstriert. Wichtig ist, die Reihen der Opposition zu schließen und gemeinsam gegen den US/NATO-Krieg auf den Straßen und Plätzen unseres Landes zu demonstrieren,
2. dass das Berliner Treffen der Startschuss für viele weitere Treffen auf regionaler und lokaler Ebene sein kann, bei denen Vertreter aus dem gesamten parteipolitischen und weltanschaulichen Spektrum ihre Differenzen temporär hintanstellen und gemeinsam "Frieden mit Russland" höchste Priorität beimessen. Die Initiative hat das Potential zum Kern einer großen Antikriegs-Bewegung zu werden.

Dafür aber müsste jedoch erst ein wichtiges Problem gelöst werden, nämlich die Finanzierung des Projektes.

"Die Initiative zu unserem Treffen geht weder von einer politischen Partei aus noch wird sie von einer Partei finanziell unterstützt", erklärte der Mitorganisator. Daran soll sich auch nichts ändern, denn die Initiative "soll überparteilich bleiben". "Ein guter Teil der Kosten für die Konferenz Ende März wurde bereits mit Spenden aus dem Umfeld der Organisatoren gedeckt", so RW und machte klar:

"Wenn diese Antikriegs-Initiative eine Zukunft haben soll, wenn sie auch auf regionale und lokale Ebene übertragen werden soll, dann kostet das zumindest in der Startphase mehr Geld als wir haben, z.B. für Plakate, Info-Blätter, Saalmieten und Technik und vieles mehr."

Allein können wir das nicht stemmen. Die Leser dieses Artikels bei RT DE, die nicht wollen, dass diese Initiative wie ein Strohfeuer kurz aufleuchtet und dann wieder verschwindet, wenn Sie der Meinung sind, dass wir mit dieser Initiative auf der richtigen Fährte sind, dann bitte ich im Spenden. Und könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen

Erstens wäre es für uns wichtig zu wissen, wie stark tatsächlich das Interesse an einer Übertragung unserer Initiative auf regionale und lokale Ebenen ist. Ein Indikator dafür wären möglichst viele kleine Überweisungen von 1 bis 5 Euro auf das unten angegebene Konto.

Zweitens ließe sich an der Anzahl der Überweisungen, die 5 Euro übersteigen, in etwa ermessen, wie wichtig den Lesern und ihren Freunden und Bekannten eine Ausweitung unserer Initiative auf die anderen Ebenen ist, für die dann in einem zweiten Schritt auch die Bereitschaft aktiver Mitwirkung vor Ort notwendig wäre."

Spenden sind zu richten an:

Postbank Berlin

Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

IBAN: DE97 1001 0010 0026 4571 08

Verwendungszweck: Konferenz 2023

Dieser Artikel wurde zuerst [hier](#) auf Apolut veröffentlicht.

* * *

"Keinen Euro für den Krieg" – Ansätze einer neuen Friedensbewegung

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165699-keinen-euro-fuer-den-krieg-ansaezte-einer-neuen-friedensbewegung/>

19.03.2023

Die Welt ist in einem erbärmlichen Zustand. Aber es gibt keinen Weg zurück in vermeintlich gute alte Zeiten. Die Menschheit ist verurteilt, nach vorne zu gehen. Dieser Weg führt nicht über die Werteorientierung sondern über das Erkennen der eigenen Interessen und entschiedenes Eintreten für diese.

Von Rüdiger Rauls

Wirklichkeit als Ausgangspunkt

Wenn die Lebensgrundlagen auf dem Treibsand der Veränderung zusammenzubrechen drohen, verstärkt sich die Suche nach gesicherten Fundamenten für die Gestaltung der Zukunft. Dabei suchen viele nach Lösungen bei Denkern und Philosophen vergangener Zeiten. Wieder andere nehmen Anleihen bei Religionen, Sekten, den Glaubenswelten anderer Kulturen oder der Esoterik, was gerade mal eben Konjunktur hat.

Die meisten Menschen jedoch suchen in unsicheren Zeiten Halt in Entwürfen für die Zukunft. Sie schaffen Modelle über eine zukünftige, eine erstrebenswerte Welt, die sich deckt mit den eigenen Idealen und Werten. Solche Denker werden oft als Visionäre bezeichnet. Aber ihre Visionen halten

meistens nicht lange und werden oft sehr schnell ersetzt durch neue Visionen neuer Visionäre.

All diesen Ansätzen ist gemeinsam die Verweigerung der Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Analyse und Verstehen der Gegenwart wird ersetzt durch die Schaffung von Gegenwelten. Weltbilder, entnommen aus der Vergangenheit oder Zukunft, werden als Ersatz angeboten für die unbefriedigende aktuelle Welt.

Aber gerade die Gegenwart ist der Zustand, wo die Vergangenheit Zukunft werden will. In ihr werden die Erfahrungen der Vergangenheit umgewandelt in die Möglichkeiten der Zukunft. Nur in der Gegenwart herrscht die Wirklichkeit, das heißt die Summe all jener Kräfte, die in einer Situation wirken und diese bestimmen. Deshalb ist auch nur die Gegenwart gestaltbare Wirklichkeit.

Natürlich ist es sinnvoll, sich über die Entwicklung der Welt und unseres Lebens Gedanken zu machen. Aber es macht nur Sinn, zu erkennen zu versuchen, wie die Welt tatsächlich ist. Denn im Erkennen der Wirklichkeit liegt auch schon die Antwort darauf, wie die Welt im Begriffe ist, anders werden zu wollen. Wohin will die Menschheit und welche Strecke wurde auf diesem Weg bereits zurückgelegt? Was ist der Zug in dieser Entwicklung und worauf deutet er hin?

Wirklichkeit und Wahrheit

Dabei ist das Erkennen der Wirklichkeit der schwierigste Teil der Übung. Denn der Mensch betrachtet die Welt nicht vorurteilsfrei, sondern durch die Brille seines Weltbildes. Das ist normal. Aber die Frage ist, ob man das eigene Weltbild in Frage stellt, wenn es nicht zur Welt passt oder werden Widersprüche zurechtgebogen nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf?

Bis zu Kopernikus und Galilei galt die Erde den Menschen als Scheibe und als Mittelpunkt des Universums, um den sich alle anderen Himmelskörper zu drehen schienen. Und da über die Jahrhunderte sich dieses Weltbild als richtig erwiesen zu haben schien, waren Zweifel nicht angebracht. Ähnliches galt auch für die Theorie des früheren US-Notenbankchefs Alain Greenspan, dass mit der Geldpolitik die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus überwunden worden sei.

Aber die Entwicklung des Menschen schreitet voran und bringt zum Einsturz, was als unerschütterliche Wahrheit galt. Heute weiß jeder, dass die Erde keine Scheibe ist und auch nicht der Mittelpunkt des Universums. Und auch Greenspans frohe Botschaft von der heilsamen Wirkung der Geldpolitik hat sich herausgestellt als das, was sie war: (Selbst)Täuschung. Die Wirklichkeit hat all diese unerschütterlichen Wahrheiten in einen Scherbenhaufen verwandelt.

Wirklichkeit ist nicht gleich Wahrheit, aber die Wahrheit will Wirklichkeit werden. In der Auseinandersetzung um den Irakkrieg hatten sich in der Welt die Kräfte durchgesetzt, die unter Verwendung von Halbwahrheiten und Lügen auf den Krieg hinarbeiteten. In dieser Situation waren Lüge und Täuschung die Wirklichkeit, nicht die Wahrheit.

Der Kapitalismus ist die wirtschaftliche Grundlage der meisten Gesellschaftssysteme auf unserem Planeten. Das ist die Wirklichkeit, in der die Mehrheit der Menschen lebt. Die Wahrheit aber ist, dass er mit all seinem Reichtum immer weniger in der Lage ist, den Bedürfnissen der Menschheit gerecht zu werden. Das bezieht sich nicht nur auf die materiellen Lebensgrundlagen.

Er ist auch immer weniger in der Lage, dem schöpferischen Potential der Menschen, ihrer Genialität Raum zu geben. Er bietet ihnen immer weniger Ausblick in eine Welt, in der gerade diese menschliche Schaffenskraft der gesellschaftlichen Entwicklung neuen Schub geben und neue Kräfte freisetzen könnte. Es bedarf der genauen Beobachtung, sachlicher Analyse und der ehrlichen

Deutung der Vorgänge in der Welt, um die Frage zu beantworten: "Wohin wollen sich die Menschen und ihre Gesellschaften entwickeln?"

Ja, es geht um die Menschenrechte. Das ist die Wahrheit, die Wirklichkeit werden will. Aber für die einen bedeuten sie das Recht auf gesicherte Lebensgrundlagen und Aufbau eines bescheidenen Wohlstands nach den eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen. Für die anderen, die Wertemissionare, geht es darum, die eigenen Ideale dem Rest der Welt als Richtschnur aufzuzwingen.

Bei solch einem Vorgehen haben diese Werte nichts Befreiendes, denn sie schließen aus, wer sich ihnen nicht unterwirft. Die westlichen Werte sind ein Mittel der Ausgrenzung. Sie sind die Grundlage für die Anmaßung, sich moralisch über andere zu erheben und die eigenen Bedürfnisse über den Rest der Menschheit zu stellen. Diese Haltung richtet sich nicht nur gegen andere Staaten sondern auch gegen Andersdenkende in der eigenen Gesellschaft. Das ist die Wirklichkeit.

Hoffnungsträger

Gerade die Entwicklung der Grünen und manch anderer ehemaliger Friedenstauben hin zu den heftigsten Befürwortern von Waffenlieferungen, zeigt die Fragwürdigkeit von Werteorientierung. Werte sind für viele weniger Richtschnur für eigenes Handeln sondern in viel stärkerem Maße Grundlage ihres Selbstverständnisses von der eigenen moralischen und intellektuellen Überlegenheit.

Doch trotz dieser eingebildeten Überlegenheit erkennen jene aber nicht, dass auch Werte dem Wandel unterliegen. Im Feudalismus, der Vorgängergesellschaft des bürgerlich-kapitalistischen Systems, waren andere Werte erstrebenswert als die heutigen – beispielsweise die Gottgefälligkeit. Wer sich selbstgefällig über das damalige Denken erhebt, übersieht, dass er jene Werte von heutigem Bewusstsein aus beurteilt und dass dazwischen Jahrhunderte geistiger Entwicklung liegen. Vielleicht schütteln spätere Generationen den Kopf über die Verblendung der heutigen Werteorientierten.

Wer aber die Zeichen der Zeit nicht erkennt, taugt nicht als Hoffnungsträger. Und die heutige Welt hat sie bitter nötig. Die Hoffnungsträger einer neuen Zeit ist jene gesellschaftliche Gruppe, die in den öffentlichen Diskussionen heute kaum noch in Erscheinung tritt weder als Thema noch als Vertreter. Das sind jene Menschen, die sich abgewendet haben von den Selbstdarstellern und der allgegenwärtigen Rechthaberei und Besserwisserei im Meinungsstuhwabo.

Das sind jene Menschen, die durch ihre alltägliche, zuverlässige und unauffällige Arbeit dafür sorgen, dass die Gesellschaft funktioniert. Jene Menschen, die ohne zänkische Diskussionen, aber durch selbstverständliches Handeln dafür sorgen, dass Busse und Züge fahren, Häuser gebaut, Kranke geheilt, Abflussrohre freigemacht werden und Brötchen pünktlich in der Auslage liegen.

Jene Menschen wurden in früheren Zeiten als das Proletariat bezeichnet. Sie verstanden sich als eigene Klasse, die sich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und Macht bewusst ist. Ihre Kraft kam aus ihrem politischen Bewusstsein. Dieses Klassenbewusstsein beruhte auf Bildung und dem Wissen über den Lauf gesellschaftlicher Entwicklung. Zur Verfolgung seiner Interessen hatte sich das Proletariat eigene Organisationen geschaffen. Besonders die kommunistischen Parteien gaben Orientierung über die eigene Klasse hinaus. Diese Fähigkeit haben sie mittlerweile verloren.

Das Proletariat existiert zwar immer noch, gleicht aber nicht mehr jenen verelendeten Malochern, die in den Zeiten von Marx und Engels zu Tausenden die Fabrikhallen des frühen Kapitalismus bevölkerten. Dennoch ist die Lohnabhängigkeit als das wesentliche Merkmal des Proletariats bei

den meisten Menschen nicht überwunden. Weltweit sind es eher mehr geworden.

Das Proletariat hat eine praktische Sicht auf die Welt. Diese ist geprägt durch Bodenständigkeit, durch den Materialismus der Produktion, die sein Leben bestimmt. Im Takt der Produktionsabläufe, unter dem Druck der Produktivitätssteigerung und der Rendite ist kein Platz für intellektuelle Selbstdarstellung und Traamtänzerie. Materialistische Weltsicht macht den Blick frei auf die Wirklichkeit.

Interessen statt Werte

Auch wenn die Menschen besonders im Westen sich nicht mehr als Proletarier verstehen, decken sich ihre Interessen immer weniger mit jenen, die die bürgerlichen Parteien vertreten. Sie und die Medien schüren Konflikte, die das Überleben der Menschheit gefährden. In seinem Vormachtstreben hat der Westen den Nahen Osten zertrümmert, seine NATO hat sich an die russischen Grenzen herangerobbt und will nun auch noch China bekämpfen.

Das sind aber nicht die Interessen der einfachen Menschen. Diese Interessen gilt es zu benennen, und dieser Findungsprozess scheint gerade im Gange zu sein. Der Prozess ist schwierig und voller Irrwege, denn die freie Sicht wird behindert durch die Nebel der Werteorientierung. Sie verstellt den klaren Blick, stößt aber andererseits auch zunehmend an ihre Grenzen.

Gerade der Krieg in der Ukraine zeigt die Launenhaftigkeit der Werte. Von einem Tag auf den anderen war nicht nur die Zeitenwende ausgerufen, gleichzeitig wurden auch die Werte neu gedeutet. Wer gegen den Krieg ist, ist nun rechts, was früher gerade für Kriegsbefürworter galt. Und immer mehr Waffen bringen uns dem Frieden näher, sagen heute jene, die vor kurzem noch gegen Waffenlieferungen waren. Die Werte sind entwertet, weil ihre Auslegung beliebig geworden ist.

Was bleibt als klare Orientierung? Die Interessen! Sie sind nicht so leicht umzudeuten. Sie sind nicht immer leicht zu erkennen. Aber wenn sie erkannt sind, ist es schwer, sie zu ignorieren. Die Werteorientierten rufen: Frieden! Frieden! Frieden! Aber die einen wollen den Frieden erreichen durch Verhandlungen, die anderen durch mehr Waffen. Beide sehen sich als Vertreter von Werten, und beiden zusammen stehen den Interessen gegenüber.

Das Interesse der kleinen Leute im heutigen Konflikt lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: "Keinen Euro für den Krieg!" Wir brauchen das Geld zur Linderung der Not im eigenen Land, zur Unterstützung der Menschen gegen die immer unerträglicheren Preissteigerungen von Lebensmitteln und Energie. Zur Unterstützung der Tafeln! Zur Förderung des Wohnungsbaus! Zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und des Bildungssystems. Überall herrscht Mangel. Nur für den Krieg ist Geld im Überfluss vorhanden.

Wenn die neue Friedensbewegung um Wagenknecht und Schwarzer Erfolg haben will, muss sie sich lösen von der Werteorientierung. Damit erreicht sie zwar diejenigen, die selbst werteorientiert sind, aber nicht jene große Mehrheit der Bevölkerung. Denn diese richtet sich nach wie vor an ihren Interessen aus. Ohne diese große Mehrheit wird es aber nicht gehen. Wer für den Frieden ist, darf sich nicht darauf beschränken, nach Frieden zu rufen, sondern muss fordern: „Keinen Euro für den Krieg!“ Denn letztlich ist es egal, weshalb er endet, ob aus Mangel an Waffen oder aus Mangel an Geld. Die Hauptsache ist, er endet.

Ansätze

So wie das Proletariat sich seinerzeit seine Organisationen schaffen musste zur Durchsetzung seiner Interessen, so werden auch die einfachen Menschen in Zeiten wie diesen nicht umhin kommen, sich

neue Organisationen zu schaffen zum Schutz ihrer Interessen. Das ist die Lektion, die es in der Zukunft zu lernen gilt: Die eigenen Interessen erkennen und sich für diese Interessen organisieren.

Ansätze dazu sind in Frankreich zu erkennen, wo sich der Konflikt zwischen der Regierung und großen Teilen der Bevölkerung um die Anhebung des Renteneintrittsalters immer mehr verschärft. Da geht es um Interessen, nicht um Werte, und die Menschen sind sich darüber im Klaren. Das Bewusstsein über die eigenen Interessen entwickelt die nötige Entschlossenheit und Kampfkraft.

Ähnliches entwickelt sich auch in den Niederlanden, wo die Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) gegen eine Klimapolitik der eigenen Regierung zu Felde zieht, die die Lebensgrundlagen der meisten bäuerlichen Betriebe bedroht. Offensichtlich ist es dieser Bewegung innerhalb kürzester Zeit gelungen, nicht nur die eigenen Interessen zu bedienen sondern darüber hinaus weitere Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Bei den Provinzwahlen am 15. März 2023 wurden die Bauern-Bürger-Bewegung in neun der zwölf Provinzen stärkste politische Kraft und deklassierte die bisherigen Parteien auf den Rang von Splittergruppen. Es war ein Erdbeben, wie selbst die Vertreter der etablierten Parteien zugeben mussten. Die BBB setzte sich gerade nicht für Werte ein, die die Partei in Freunde und Feinde der Ukraine gespalten hätte, in Anhänger und Gegner Putins oder ähnliche Fragen, die für das Leben der Menschen nur eine untergeordnete Bedeutung haben.

Sie ließen sich auch nicht durch die Links-Rechts-Propaganda jener Kräfte spalten, gegen die sie sich im Kampf befinden für ihre eigenen Interessen. Für sie stand der Kampf gegen die umweltpolitischen Pläne der Regierung im Vordergrund. Wie die Mitstreiter zu anderen politischen Themen stehen, spielt für die Bewegung eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist, wie sie zu den Plänen stehen, die ihre Lebensgrundlagen bedrohen, und welchen Einsatz sie dafür zu leisten bereit sind. Folgerichtig hat die BBB Koalitionen zur Regierungsbildung in den Provinzen mit jenen politischen Kräften ausgeschlossen, die die umweltpolitischen Pläne der Regierung unterstützen. Das ist interessenorientierte Politik.

Die Probleme in Deutschland sind von denen der Holländer nicht so verschieden und nicht minder bedrohlich. Aber es gibt noch keine Bewegung, die Themen aufgreift wie beispielsweise die Folgen der energetischen Gebäudesanierung, die in der Brüsseler Vorlage für Millionen die Gefahr des Ruins oder der Obdachlosigkeit in sich trägt. Im Vordergrund der öffentlichen Debatte in Deutschland steht der Ukraine-Krieg. Auch in dieser Frage dient die deutsche Politik nicht den Interessen der deutschen Bevölkerung. Deren Interesse entspricht der Forderung: "Keinen Euro für den Krieg".

Rüdiger Rauls ist Autor und betreibt den Blog [Politische Analyse](https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165618-nuklearen-ambitionen-suedkoreas/).

* * *

USA zündeln am nächsten Pulverfass: Südkoreas nukleare Ambitionen

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165618-nuklearen-ambitionen-suedkoreas/>

20.03.2023

Der Bürgermeister von Seoul sprach sich für den Bau von Atomwaffen aus, vorgeblich zur Abschreckung Nordkoreas. Es stellt sich die Frage, was die wahren Pläne jener Kreise in Südkorea sind, die einen atomaren Status für ihr Land anstreben. Hat dieser Vorstoß einen direkten Bezug zur russischen Sonderoperation in der Ukraine?

Von Alexander Timochin

Der Bürgermeister von Seoul Oh Se-hoon, der für das Amt des Präsidenten der Republik Korea (Südkorea) im Jahr 2027 vorgeschlagen wird, hat sich für den Bau von Atomwaffen durch Südkorea ausgesprochen. Zur "Abschreckung Nordkoreas", versteht sich. Bislang handelt es sich nur um die Äußerung eines zweitrangigen Politikers außerhalb des Kreises von Spitzenpolitikern des Landes. Dennoch ist sie wegweisend und hat einen direkten Bezug zu der russischen Spezialoperation in der Ukraine.

Zunächst ein Auszug aus der Erklärung Ohs gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*:

"Nordkorea ist es gelungen, taktische Atomwaffen zu verkleinern und leichter zu machen, und es verfügt über mindestens ein Dutzend Sprengköpfe. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es schwierig ist, die Menschen mit Logik davon zu überzeugen, dass wir von einer Entwicklung der Atomwaffen absehen sollten."

Auf der einen Seite ist dies richtig. Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) demonstriert immer wieder neue Raketenwaffensysteme und hat vermutlich zunehmend kleinere und leichtere Atomsprengköpfe. Dies ermöglicht es der DVRK, kleinere Trägersysteme für Nuklearwaffen zu bauen. Zum Beispiel Marschflugkörper, ähnlich den US-amerikanischen Tomahawk und russischen Kalibr, und künftig möglicherweise auch Artilleriegeschosse.

Angenommen, die Südkoreaner halten eine mögliche Aggression des Nordens für real, dann haben sie tatsächlich etwas zu bedenken. Aber, wie man so schön sagt, der Teufel steckt im Detail. Denn es geht nicht nur um die DVRK.

Erstens haben sich die USA verpflichtet, Südkorea zu verteidigen, notfalls auch mit Atomwaffen. In mehreren politischen Studien der USA heißt es ausdrücklich, Washington müsste der DVRK mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, wenn die DVRK ihre eigenen gegen Südkorea einsetzte.

Darüber hinaus bekräftigte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin auf einer gemeinsamen Konferenz mit dem südkoreanischen Verteidigungsminister Jeong Kyeong-doo am 31. Januar, dass die Vereinigten Staaten Nuklearwaffen einsetzen würden, wenn es erforderlich wäre, um das Land vor einem Angriff der DVRK zu schützen. Die Sicherheit Südkoreas scheint damit gewährleistet zu sein.

Und zweitens gibt es eine weitere Nuance. Südkorea ist fleißig bei der Entwicklung seines U-Boot-Programms, das mit ballistischen Raketen bewaffnet ist. Die Entwicklung erfolgt, obwohl Südkorea bereits in der Lage ist, jedes Ziel auf nordkoreanischem Gebiet vom Boden aus anzugreifen. Außerdem hat Südkorea bald die Möglichkeit, seine Schiffe restlos mit Marschflugkörpern zu bewaffnen und diese theoretisch auch mit Atomladungen auszustatten.

Stellt man sich ein für Südkorea absolut apokalyptisches (und unrealistisches) Szenario eines massiven nuklearen Angriffs des Nordens vor, der zur totalen Vernichtung des gesamten, heute noch nicht vorhandenen Atomwaffenarsenals Südkoreas führen würde, so könnte ein Vergeltungsschlag gegen Nordkorea mit Marschflugkörpern durchaus von See erfolgen. Denn Nordkorea hat nicht die Mittel und wird diese auch nicht haben, in See gestochene südkoreanische Marineschiffe zu versenken.

Dennoch arbeiten die Südkoreaner intensiv an U-Boot-gestützten ballistischen Raketen. Die Bewaffnung mit solchen nuklearen Systemen erfüllt zwar den Zweck der Abschreckung, ist aber für die bloße Abschreckung Nordkoreas nicht erforderlich.

Es stellt sich die Frage, was die wahren Pläne jener Kreise in Südkorea sind, die den atomaren Status des Landes anstreben. Und warum wird darüber gerade jetzt so lautstark gesprochen? Immerhin ist die nukleare Bedrohung durch den Norden schon viele Jahre alt, und die Südkoreaner haben früher im Stillen an ihrem Atomprogramm gearbeitet, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. Wir erlauben uns, zwei Vermutungen anzustellen.

Die südkoreanische Bombe und der Krieg in der Ukraine

Auf keinen Fall sollte gelehnet werden, dass die Atomwaffen Nordkoreas ein Hauptanliegen des Südens sind und die wesentliche Motivation für ein potenzielles zukünftiges Atomprogramm Südkoreas darstellen. Anscheinend ist dies aber nicht das einzige Problem.

Die Bestrebungen Südkoreas, U-Boot-gestützte ballistische Raketen anzuschaffen, sind eindeutig nicht als Abschreckung gegen Nordkorea gedacht, sondern generell als Abschreckung. Die Möglichkeit, diese Raketen mit einer Atomladung auszustatten, ist aufgrund eines möglichen südkoreanischen Atomprogramms unumstritten. Darüber hinaus sollten solche Raketen auch als Mittel zum Erstschatz betrachtet werden, da die Südkoreaner in der Tradition der US-Seestreitkräfte erzogen wurden. Und eigentlich sind sie das auch.

Man bekommt den Eindruck, dass manche Vertreter der südkoreanischen Elite nicht nur den Wunsch hegen, sich gegen Nordkorea zu verteidigen (was natürlich auch der Fall ist), sondern grundsätzlich den Status ihres Landes anheben wollen. Südkorea ist ein Wirtschafts- und Industrieriese und verfügt über eine zwar kleine, aber sehr moderne Hochseeflotte. Das Land ist auf dem weltweiten Rüstungsmarkt präsent, hat einen beachtlichen Fortschritt in der Kampfflugzeugtechnik gemacht, hat beinahe das Monopol für die Produktion von Speicherchips für die Computertechnik, was dem Land einen sehr wichtigen Platz in der internationalen Arbeitsteilung verschafft, und verfügt über ein großes Potenzial im Raketenbau. Warum also nicht ein paar Stufen höher steigen als nur eine der "Fabriken der Welt"?

Gewiss, wie viele Südkoreaner befürchten, könnte der Besitz von Atomwaffen das Land unter internationalen Druck setzen. Die Vorteile des neuen Status des Landes sind allerdings gewichtiger als diese Risiken.

Und gerade hier kann man die Vermutung aufstellen, weshalb die nuklearen Ambitionen jetzt geäußert werden. Noch dazu von jemandem, der zwar nicht der politischen Führung des Landes angehört, aber auch nicht die letzte Person in dieser Führung ist, sowie von einem potenziellen Präsidenten. Schließlich ist die nukleare Bedrohung durch Nordkorea nicht neu, das muss man immer wieder betonen. Es liegt an den Vereinigten Staaten.

Die militärische Spezialoperation Russlands in der Ukraine hat gezeigt, dass die USA mit all ihrer Macht nicht mehr die volle Kontrolle über den Lauf der Welt haben. So waren die USA zum Beispiel nicht in der Lage, etwas gegen diejenigen Länder zu unternehmen, die sich einer vollständigen Einhaltung der antirussischen Sanktionen widersetzt haben. Selbst der Ukraine liefern sie lediglich Waffen und nachrichtendienstliche Informationen, sind aber nicht direkt am Krieg beteiligt und tun ihr Bestes, eine direkte Konfrontation mit Russland zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund wird für die meisten Länder dieser Welt eine einfache und für manche erschreckende Tatsache deutlich. Es ist egal, dass die USA immer noch das mächtigste Land der Welt sind. Sie können nicht mehr für die Sicherheit ihrer Vasallen garantieren. Heute ist jeder für sich selbst verantwortlich.

Nicht umsonst betonte Oh, der Konflikt in der Ukraine habe ihn in seiner Ansicht bestärkt, dass

Südkorea den nuklearen Status erlangen sollte. In den Augen der Mehrheit der einheimischen Eliten sind sie nun gezwungen, allein in einer Welt zu überleben, in der jeder für sich selbst einsteht. In dieser Situation sind Nuklearwaffen eine wichtige Stütze. Zusätzlich ist die Besitznahme solcher Waffen mit der Freiheit in außenpolitischen Entscheiden verbunden. Unter anderem von solchen, die der größten südkoreanischen Zerstörer der Welt mit jeweils 128 Raketen bedürfen.

Zweifellos wird der Hauptzweck des südkoreanischen Atomwaffenarsenals, sollte es jemals dazu kommen, darin bestehen, den nördlichen Nachbarn abzuschrecken. Doch eine nicht minder wichtige zweite Aufgabe wird darin bestehen, Südkorea in die Lage zu versetzen, in einer Welt aus eigener Kraft zu überleben und zu gedeihen, die nicht mehr von den USA beherrscht wird.

In einer multipolaren Welt.

Zuerst erschienen bei Wsgljad. Übersetzt aus dem [Russischen](#).

* * *

Xi in Moskau: Ein Besuch, der im Westen für Panik sorgt

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165789-besuch-von-xi-in-moskau-westen-in-panik/>

20.03.2023

Der Staatsbesuch des chinesischen Staatschefs in Russland sorgt im Westen offenbar für Panik. Medien zufolge beendet Chinas Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und Iran die "US-Dominanz im Nahen Osten". Umso mehr sorgt Xis "Besuch für den Frieden" für Unbehagen.

Von Wladimir Kornilow, RIA Nowosti

Eines der weltweit am meisten diskutierten Ereignisse ist derzeit zweifellos der Staatsbesuch von Xi Jinping in Russland. Die Kommentare westlicher Medien und Analysten weichen jedoch stark von der üblichen Berichterstattung über den Besuch eines Staatsoberhauptes ab. Man könnte sagen, die Reaktion grenzt an Hysterie.

Wenn man versucht, aus dem Rauschen die Gründe für diese Besorgnis herauszufiltern, stellt sich heraus, dass der Westen Angst vor Frieden und einem Waffenstillstand hat. Und dabei geht es nicht nur um die Feindseligkeiten in der Ukraine.

Eine Vielzahl analytischer Artikel, die versuchen, der Öffentlichkeit Chinas Rolle beim Schmieden von Beziehungen zwischen den Erzfeinden Saudi-Arabien und Iran zu erklären, beweist dies. CNN zum Beispiel schlug sofort Alarm, dass China die "US-Dominanz im Nahen Osten" zerstöre. Als ob die Dominanz einer Seite wichtiger wäre als die Frage des Friedens und der Beendigung des langjährigen Leidens der Menschen im Jemen, wo seit vielen Jahren Blut vergossen wird.

Hier wäre es logisch, die Frage zu stellen: Wenn die Vereinigten Staaten diese Region so lange "dominiert" haben, warum haben sie sich dann nicht bemüht, das Blutvergießen zu stoppen? Aber die Antwort auf diese Frage ist zu offensichtlich, weshalb Quellen wie CNN sie nicht öffentlich stellen.

Übrigens ist eine weitere vom Autor des Artikels geäußerte Befürchtung sehr bezeichnend:

"Viele in der Golfregion sehen die Entwicklung des Krieges in der Ukraine als ein unnötiges und gefährliches US-amerikanisches Abenteuer, und einige der territorialen Ansprüche des

russischen Präsidenten Wladimir Putin auf die Ukraine sind nicht unbegründet."

Dem Autor zufolge wird dies zu "schrecklichen" Konsequenzen führen: Die Saudis (stellen Sie sich nur vor, was für ein unzulässiges Verhalten) haben begonnen, "ihre Politik an ihren nationalen Interessen und weniger an den Bedürfnissen der USA auszurichten".

Das ist der Kern der Berichterstattung westlicher Kommentatoren über Peking. Es spielt keine Rolle, ob Chinas Bemühungen zu einem Frieden führen oder nicht, es ist allein die Tatsache der chinesischen Friedensvermittlung, die den Westen so erschreckt. Gerade weil sie friedlich ist. Pekings Initiativen werden sofort mit völlig unlogischen Argumenten abgelehnt.

Eine davon könnte zum Beispiel die Erklärung des Weißen Hauses sein, warum die Biden-Regierung mit Chinas Friedensplan für die Ukraine nicht zufrieden ist. Ganz einfach, weil der Plan zu einem Waffenstillstand führen würde. Dies sei jedoch kein "Schritt in Richtung eines gerechten und dauerhaften Friedens", wie der Sprecher des Nationalen US-Sicherheitsrats John Kirby erklärt hat. Es wäre gut, ihn zu fragen, wie er sich einen Frieden ohne Waffenstillstand vorstellen würde. Aber solche Fragen werden in den USA nicht gestellt. Jeder weiß bereits sehr gut, dass Washington nicht beabsichtigt, Frieden zu erreichen.

Ungeachtet dessen, was wir von Chinas Initiative zum Ukraine-Konflikt halten, im Gegensatz zu westlichen Ländern, die den Konflikt nur anheizen, versucht Peking tatsächlich eine Lösung zu finden. Und das allein verdient Respekt und Aufmerksamkeit, worüber Moskau direkt und offen spricht.

Westliche Analysten setzen nun alles daran, zumindest eine Art Keil in die Beziehungen zwischen Russland und China zu treiben. Vielleicht ist es kein Zufall, dass die Sprecher des Internationalen Strafgerichtshofs ihren Streich mit einem "Haftbefehl gegen Putin" nur wenige Stunden nach der offiziellen Ankündigung von Xis Besuch in Moskau gespielt haben. Die Erklärungen dieser Sprecher sahen sehr unvorbereitet aus. Offenbar hatten sie es eilig, einen Sturm im Wasserglas zu erzeugen.

Die westlichen Medien begannen damit, dies rasend schnell zu verbreiten. Sie versuchten es so darzustellen, als würde dieser vermeintliche Haftbefehl Xis Reise nach Russland angeblich eine ganz neue Bedeutung verleihen. Als ob für Peking oder Moskau diese kleine Gemeinheit des Gerichts, dessen Lächerlichkeit die US-Amerikaner einst selbst verbissen zu beweisen versuchten, ein Hindernis wäre.

Außerdem wird zunehmend die Behauptung verbreitet, dass Russland und China praktisch stets Erzfeinde und Konkurrenten gewesen seien. Die derzeitige Phase der Freundschaft und Zusammenarbeit sei nur eine vorübergehende "Ausnahme von der Regel", behauptet die Zeitung Sunday Times. Überraschend ist, dass der Autor seine Argumente mit einem überarbeiteten aus den 1950er-Jahren stammenden Plakat mit dem Titel "Freundschaft für immer zum Glück der Völker" begleitet.

Aber die Zeiten, in denen unsere Völker das Lied "Moskau – Peking" gesungen hatten, versuchen westliche Analysten nicht ins Gedächtnis zu rufen. Andernfalls müssten sie ihrem Publikum wieder einmal erklären, warum Lieder und Plakate über die Freundschaft zwischen dem russischen und dem chinesischen Volk "nicht den Bedürfnissen der USA entsprechen" und daher "schädlich und gefährlich sind".

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 20. März auf [ria.ru](#) erschienen.

* * *

Angela Merkels politisches Vermächtnis muss neu bewertet werden

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165718-angela-merkels-politisches-vermaechtnis/>

20.03.2023

Für diejenigen, die nur beiläufig die Ereignisse in den internationalen Beziehungen verfolgen, ist es schwer zu glauben, dass Angela Merkel jahrelang von den USA gesteuert wurde, während sie gleichzeitig mit Präsident Putin freundschaftlich verbunden war und sogar mit ihm gemeinsam den Bau der Nord-Stream-Pipelines vorantrieb.

Von Andrew Korybko

Der Vorsitzende des russischen nationalen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, erwähnte Anfang vergangener Woche in einem Interview, dass "das Weiße Haus die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel jahrelang gesteuert hat". Diese Bemerkung steht im Gegensatz zu den bisherigen Wahrnehmungen in der Gemeinschaft der alternativen Medien, wo gerne darüber spekuliert wurde, ob Merkel eine multipolare Partnerschaft mit Russland und China anstrebe. Diejenigen, die damals solche Ansichten vertraten, sollten jetzt, im Licht der jüngsten Schlussfolgerung von Patruschew, Merkels politisches Vermächtnis neu bewerten.

Zwar schien Präsident Putin selbst Merkel so wahrzunehmen, wie die Analysten aus den alternativen Medien es taten. Dies erklärte umso mehr seine Fassungslosigkeit, nachdem Merkel in einem Interview mit der Zeit zugegeben hatte, nie ein Interesse an der Umsetzung der Minsker Abkommen gehabt zu haben, und diese in Wahrheit dazu dienten, für Kiew Zeit zu gewinnen, um aufzurüsten und die ukrainische Armee auszubilden. Was die früheren Wahrnehmungen in den alternativen Medien in Bezug auf Merkel für viele so verlockend machte, war ihre langjährige freundschaftliche Verbundenheit mit dem russischen Präsidenten, was sich im Projekt der Nord-Stream-Pipelines greifbar manifestierte.

Russland hat offensichtlich alles in Bezug auf Merkel neu bewertet, wie die Schlussfolgerung von Patruschew zeigt. Aber genau das macht ihre Verbundenheit mit Präsident Putin und ihre früheren Pipeline-Erfolge umso faszinierender. Schließlich ist es schwer zu glauben, dass die USA sowohl Merkel als auch Putin hinter den Kulissen heimlich unterstützten und gleichzeitig öffentlich kritisiert haben. Daher die Verwirrung.

Die Grenzen des Einflusses der USA auf ihre Vasallen

Was Beobachter daher benötigen, um Merkels Taktik besser zu verstehen, ist eine überzeugende Erklärung, die diese scheinbare Widersprüchlichkeit verbindet. Für diejenigen, die nur beiläufig die Ereignisse in den internationalen Beziehungen verfolgen, ist es schwer zu glauben, dass Angela Merkel jahrelang von den USA gesteuert wurde, während sie gleichzeitig mit Präsident Putin freundschaftlich verbunden war und sogar mit ihm gemeinsam den Bau der Nord-Stream-Pipelines vorantrieb.

Die USA üben sehr selten die volle Kontrolle über ihre Vasallen aus, auch nicht über Selenskij. Laut einem jüngsten Bericht von Politico mit dem Titel "Kleine Risse: Die Einheit zwischen den USA und der Ukraine bricht langsam auseinander" geht es um zunehmende Differenzen in mehreren Schlüsselfragen. Die alternativen Medien und ihre Antagonisten bei den Mainstream-Medien, neigen dazu, die Beziehungen zwischen Staaten und Staatsoberhäuptern zu stark zu vereinfachen. Zum Beispiel behaupten die alternativen Medien, dass die USA Selenskij völlig unter Kontrolle hätten. Während die Mainstream-Medien den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko

als von Russland kontrolliert betrachteten.

Die Realität ist jedoch, dass sowohl Selenskij als auch Lukaschenko, trotz der nahezu vollständigen Angleichung der eigenen Ansichten an ihre jeweiligen größeren Partner, immer noch ein gewisses Maß an Unabhängigkeit behalten haben. Aus Gründen der "narrativen und politischen Bequemlichkeit", ist es für die alternativen und die Mainstream-Medien jedoch viel einfacher, die Beziehungen zwischen Staaten und Staatsoberhäuptern stark zu simplifizieren, anstatt die tieferen Nuancen zu ergründen – was die große Mehrheit ihres jeweiligen Publikums auch tut, das die Ereignisse nur beiläufig verfolgt und in der Regel auch nichts Genaueres wissen möchte.

Präsident Putins Kritik an Wunschdenken-Analysen

Nachdem dieser entscheidende Mangel in den Informationsangeboten zu diesem Thema beleuchtet wurde, sollte man versuchen zu verstehen, auf welche Weise Merkel von den USA gesteuert wurde, während sie gleichzeitig die Beziehungen zu Russland im Energiesektor ausbaute. Die Kontrolle über Merkel war offensichtlich nicht mächtig genug, um die Beziehungen der Bundesrepublik zu Russland nach den Wünschen der USA zu beeinflussen, was erklärt, warum diese von den USA gesteuerte Regierungschefin auch unter diesem enormen Druck beachtliche Erfolge erzielen konnte.

Trotz Merkels pragmatischem, von wirtschaftlichen Aspekten getriebenem Ansatz in Bezug auf die Beziehungen zu Russland, die durch das objektive nationale Interesse Deutschlands motiviert waren, günstige Ressourcen zu beziehen, wäre es ein Fehler, Merkel als eine Verfechterin der Multipolarität zu bezeichnen. Die Spekulationen in den alternativen Medien, dass sie insgeheim eine bahnbrechende trilaterale Partnerschaft mit Russland und China anstreben würde, waren nichts als Wunschdenken, wie Präsident Putin im vergangenen Sommer festgestellt hat.

Damals sagte er gegenüber Mitarbeitern und Veteranen des Auslandsgeheimdienstes, dass "die Nachrichtendienste der strategischen Analyse internationaler Prozesse Priorität einräumen sollten. Und diese Analyse muss realistisch und objektiv sein und sich auf verifizierte Informationen und eine Vielzahl zuverlässiger Quellen stützen. Man sollte sich nicht einem Wunschdenken hingeben."

Die Relevanz dieser Bemerkung besteht darin, dass einige positive öffentliche Schritte nicht immer auf einen größeren geheimen Plan hindeuten.

Russlands strategisches Kalkül während Merkels Amtszeit

Präsident Putin glaubte nie, dass Merkel eine trilaterale Partnerschaft mit seinem Land und China anstrebte, was Eurasien von der unipolaren Hegemonie der USA befreit hätte. Aber er wurde definitiv von Merkel bei den Minsker Abkommen getäuscht. Er wusste, dass der Unabhängigkeit der Bundeskanzlerin durch den Einfluss der USA Grenzen gesetzt waren, aber Putin glaubte aufrichtig, dass sie stark genug sei, den Frieden in der Ukraine zu forcieren, so wie sie stark genug war, den Bau der beiden Nord-Streams durchzusetzen.

Die Annahmen des russischen Staatschefs in Bezug auf die Rolle seines Landes bei der Ausweitung des transeurasischen Handels, waren, dass sich Deutschland für die Umsetzung der Minsker Abkommen starkmachen würde, um die daraus resultierenden wirtschaftlichen Opportunitäten zu erschließen, von denen vor allem Deutschland selbst profitiert hätte. Dies war theoretisch ebenso sinnvoll wie Putins frühere Einschätzung bezüglich Deutschlands Interesse am Bau der Pipelines – trotz des immensen Drucks aus den USA, dieses Projekt zu stoppen.

Präsident Putin kann daher nicht vorgeworfen werden, erwartet zu haben, dass Merkel sich aufrichtig für die Minsker Abkommen einsetzen wird, da Präzedenzfälle gezeigt haben, dass es

einen Grund für ihn gab zu glauben, dass Merkel stark genug sei, um sich den USA auch in dieser Frage zu widersetzen. Tatsächlich wäre dies den USA möglicherweise nicht einmal ein Dorn im Auge gewesen, zumindest nicht während Trumps Amtszeit, da dieser offen davon sprach, die Differenzen mit Russland beseitigen zu wollen, damit sich die USA ausschließlich auf die "Eindämmung Chinas" konzentrieren könnten, anstatt sich an zwei geostrategischen Brennpunkten zu verzetteln.

Merkels Duplizität gegenüber den Präsidenten Putin und Trump

Trump konnte dieses große strategische Ziel aufgrund des beispiellosen Widerstands der liberalen Globalisten in den Militär-, Geheimdienst- und diplomatischen Bürokratien seines Landes – im "tiefen Staat" – nicht erreichen. Diese waren stattdessen davon besessen, "Russland einzudämmen". Präsident Putin war sich dieser Faktoren bewusst, die jede Handlungsfreiheit seines amerikanischen Amtskollegen in dieser Hinsicht einschränkten, aber er schien nicht bemerkt zu haben, dass diese schädlichen Protagonisten des "tiefen Staates" ihre Klauen bereits tief in Merkel getrieben hatten.

Diese Beobachtung, die erst im Nachhinein gemacht wurde, erklärt, warum Merkel später zugab, dass sie nie ein Interesse an der Umsetzung der Minsker Abkommen hatte, was bedeutet, dass sie auch Trump in geheimer Absprache mit seinen Gegnern hinter das Licht geführt hatte. Auch wenn Merkel von äußerem Einfluss befreit gewesen wäre und letztlich dazu beigetragen hätte, den ukrainischen Bürgerkrieg zu beenden, ist es trotzdem unrealistisch sich vorzustellen, dass Trump, als vehementer antichinesischer Politiker, nicht alle Register gezogen hätte, um Merkel daran zu hindern, sich mit China zu verbünden.

Die USA üben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen starken Einfluss auf Deutschland aus, obwohl sie nie allmächtig waren, wie Merkels freundschaftliche Verbundenheit mit Präsident Putin und der erfolgreiche Bau der Nord-Stream-Pipelines beweisen. Russland erkannte dies, irrte jedoch in der Annahme, dass die USA der "Eindämmung" Chinas Priorität einräumen würden, weshalb Moskau erwartete, dass Merkel Kiew zur Umsetzung der Minsker Abkommen drängen könnte, was im Ergebnis den deutschen Interessen gedient hätte.

Das Szenario einer deutsch-russisch-chinesischen Allianz zur Befreiung Eurasiens von der unipolaren Dominanz der USA war immer nur ein Wunschdenken. Merkel hätte bestenfalls erreichen können, dass Deutschland von den Beziehungen zu beiden Staaten hätte profitieren können, aber sie wäre niemals gegen die USA vorgegangen.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien spezialisiert hat sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung.

* * *

Wirtschaftspolitische Transformation - Der "Great Reset" des Kanzlers Scholz

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165786-great-reset-kanzlers/>

21.03.2023

In seiner Regierungserklärung vergangene Woche bekannte sich der Bundeskanzler zum wiederholten Mal zu einer Politik der unumkehrbaren wirtschaftspolitischen Transformation. Die Parallelen zur Agenda des WEF lassen sich kaum leugnen, müssen aber noch

entschlüsselt werden.*Von Roberto Geier*

Erinnern Sie sich noch an "The Great Reset"? In diesem Buch plädierte der WEF-Chef Klaus Schwab dafür, die Corona-Krise für eine globale wirtschaftspolitische Transformation zu nutzen, hin zu mehr Nachhaltigkeit, mehr Digitalisierung und mehr öffentlich-private Zusammenarbeit. In der deutschen Übersetzung hieß Schwabs Buch "Der Große Umbruch". Dass die Corona-Krise eigens dafür initiiert wurde, um das Zeitfenster einer Krise für den Großen Umbruch erst zu schaffen, ist selbstverständlich nur eine Verschwörungstheorie. Die Ideen des WEF scheinen aber fortzubestehen, wie die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vergangene Woche zeigt:

"Ja, es ist möglich. Wir werden den Großen Umbruch hinbekommen, der vor uns liegt. Und dieser Große Umbruch wird gut ausgehen, für uns hier in Deutschland und in Europa."

War diese doch spezielle Wortwahl nur Zufall? Die Liebe des Kanzlers zum WEF ist hinlänglich bekannt. Kein Monat nach seiner Vereidigung wurde Scholz auf einem digitalen WEF-Format bei Schwab vorstellig und legte sein Bekenntnis zur Davos-Agenda ab. Im Mai 2022 erschien Scholz vorbildlich in persona auf dem Weltwirtschaftsforum und auch zum WEF 2023 reiste er noch an, als viele andere Staatsschefs aufgrund des bröselnden Rufs des Forums lieber fernblieben.

Neben der mit Schwabs Buchtitel identischen Wortwahl gibt es aber noch weitere erstaunliche Parallelen in Scholz Regierungserklärung mit der Politik des WEF. So scheint aktuell der Krieg in der Ukraine ein ebenso willkommener Stimulus für Klimaneutralität zu sein wie zuvor die Corona-Krise für die Digitalisierung. Plant der Kanzler womöglich seinen eigenen Großen Umbruch?

Transformation durch Krisen

Es ist ein typischer Anspruch des WEF, zum Wohle der Menschheit zu handeln und die große Katastrophe abzuwenden. Denselben Messianismus, an den sich die Öffentlichkeit mittlerweile gewöhnt hat, erkennen wir auch in der Regierungserklärung des Kanzlers. Scholz begann sogar seine Regierungszeit mit der Ankündigung einer gewaltigen Transformation, die unser Leben auf Jahrzehnte verändern soll. Die europäische Wirtschaft soll klimaneutral umgekrempelt werden und Deutschland soll hier den Anfang machen. Für Deutschland bedeutet das Deindustrialisierung. Wenn energieintensive Unternehmen aufgrund der hohen Preise aus Deutschland abwandern, kann es der Bundesregierung in dem Sinne also nur recht sein.

Denn zum einen kommt man durch die Senkung des Energieverbrauchs den Vorgaben der EU-Kommission nach, die 80 Prozent des Stroms aus der Produktion erneuerbarer Energien fördert und Klimaneutralität bis 2045. Zum anderen stärkt die Deindustrialisierung Deutschlands die Integration in die EU. An die Stelle der früheren Wirtschaftsmacht Deutschland soll im globalen Wettbewerb künftig "Europa" treten.

Vor diesem Hintergrund macht es auch Sinn, den Krieg in der Ukraine durch die Unterstützung Kiews am Laufen zu halten und für Russland unerfüllbare Bedingungen für einen Frieden zu stellen. Das Ziel der EU-Kommission und der Bundesregierung ist natürlich nicht, die "Demokratie" zu retten, sondern den Krieg so lange fortzusetzen, bis die Abkehr von Russlands Erdgasressourcen unumkehrbar geworden ist. Nicht umsonst erwähnte der Kanzler in seiner Regierungserklärung den Umbau der europäischen Energieinfrastruktur zugunsten der Niederlande, Norwegens und nicht existenter Energieträger der Zukunft aus Spanien.

Europa ist wichtiger als Deutschland

Erdgasintensive Industrien werden es in Deutschland künftig zwar schwer haben, rentablen Ersatz zu finden. Um die deutsche Wirtschaft geht es Scholz wie gesagt aber nicht. Eine wettbewerbsfähige EU ist wichtiger als ein wettbewerbsfähiges Deutschland. Hauptsache, die energiepolitischen Ziele der EU-Kommission werden erreicht. Auch das stellte Scholz in seiner Regierungserklärung unmissverständlich klar. Auf einer Klausurtagung im brandenburgischen Meseberg, auf der auch die Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen teilnahm, sagte Scholz sogar:

"Europa ist für uns in Deutschland die wichtigste nationale Frage und deshalb ist der Fortschritt in Europa auch ein Anliegen, das wir als Regierung und als Land sehr verfolgen."

Dass eine solche Transformation Deutschlands zugunsten der EU und zum Nachteil der Deutschen nicht ohne Reibung funktionieren wird, ist klar. Eine weitere typische Einstellung des WEF ist es, Krisen als etwas Positives, ja Wünschenswertes zu sehen. So heißt es in The Great Reset:

"Eine der großen Lehren der letzten fünf Jahrhunderte in Europa und Amerika lautet: Akute Krisen tragen dazu bei, die Macht des Staates zu stärken."

In der Regierungserklärung des Kanzlers ist der positive Bezug auf die Krise sogar einer der wichtigsten Punkte. So habe man in der Energiekrise im vergangenen Jahr erst gezeigt, wie stark man sei. In Europa sei man dann stark, wenn man zusammenhalte und sich gegenseitig stütze. In der Tat stehen Bürger und Wirtschaft in Krisenzeiten unter enormen Stress und kommen unter Umständen zu besonderen Leistungen. Wie praktisch ist es da, seit letztem Jahr auf unbestimmte Zeit einen äußeren Feind zu haben, dem man die Krise im Inneren in die Schuhe schieben kann. Die Krise ist überhaupt erst die Voraussetzung, um die schöne, neue Welt, die man den Bürgern als "grüne und digitale Transformation" verkaufen will, angehen zu können.

Vertrauen als Schmiermittel

Um die Reibungen der Krise abzumildern, wird Olaf Scholz nicht müde, an die Solidarität der Deutschen zu appellieren, Solidarität, die offenbar als eine Art Schmieröl des Großen Umbruchs wirken soll, und man fühlt sich seltsam an die Corona-Krise zurückerinnert, als die gleichen Appelle verbreitet wurden. Auch der WEF versteht, wie wichtig die Ressource Vertrauen im Zusammenspiel mit der Ressource Macht ist; Vertrauen der Untertanen in ihre Führer, damit sie gemeinsam die Härten der krisenförmigen Transformation aushalten. Auch der Kanzler schwört in seinen Reden die Bürger immer wieder auf Vertrauen ein.

Es ist ein Balanceakt der Politik, die Krise am Leben zu erhalten, ohne sie außer Kontrolle geraten zu lassen. Die aktuelle Bundesregierung besteht zwar vollständig aus Vertretern der Krisen-Agenda. Doch genauso sind ihre Mitglieder Belege dafür, dass das deutsche Parteiensystem nicht mehr in der Lage ist, kompetente Politiker hervorzubringen. Der große Vertrauenszerstörer ist die Inkompetenz, wie der WEF weiß, und hieran wird der Große Umbruch mutmaßlich scheitern.

* * *

Putin-Haftbefehl: Wann werden US-Präsidenten für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen?

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165864-putin-haftbefehl-us-praesidenten/>
21.03.2023

Die US-Amerikaner wollen Putin völkerrechtlich zur Verantwortung ziehen, während sie sich selbst nicht an die Regeln des Völkerrechts halten. Mit den jüngsten Militärinterventionen wie in Afghanistan, Irak oder Libyen haben die USA längst ihre "moralische Autorität" auf der Weltbühne eingebüßt.

Von Seyed Alireza Mousavi

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag hat wegen "Kriegsverbrechen" in der Ukraine Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten erlassen. Mit dem Haftbefehl gegen Wladimir Putin bedient der Westen sich wieder seines Narrativs zum Ukraine-Krieg. Geopolitisch gesehen erlebt der Westen seit Februar 2022 die Wiederkehr alter Verhältnisse und eine neue Realität der multipolaren Welt – insbesondere, seit Europa im Zuge des Krieges in der Ukraine selbst ein Krisenkontinent geworden ist. Die groß angelegte westliche Medienkampagne zu dem Erlass von Den Haag ist jedoch ein weiteres Beispiel dafür, dass der Westen in seiner Filterblase stecken geblieben ist und nicht in der Lage ist, die Ukraine-Frage über sein ideologisch aufgeladenes Weltbild hinaus zu betrachten.

Die Medienkampagne zum Putin-Haftbefehl richtet sich in erster Linie an die Öffentlichkeit im Westen, die kriegsmüde geworden ist und nicht wie sonst einzig über Waffenlieferung an die Ukraine ist. Der Westen zielt mittels seines Medienapparats darauf ab, Russland zum Sündenbock zu machen, damit er den Krieg zur Schwächung Russlands in Länge ziehen könnte.

Der Erlass von Den Haag entlarvt unter anderem die Doppelmoral des Westens zu der Thematik "Völkerrecht". Die US-Amerikaner wollen Putin völkerrechtlich zur Verantwortung ziehen, während sie sich selbst nicht an die Regeln des Völkerrechts halten. Zwanzig Jahre ist es schon her, dass die US-Armee auf Geheiß des damaligen US-Präsidenten George W. Bush in den Irak einmarschierte und Bagdad wahllos bombardierte. Dies gilt längst als völkerrechtswidriger US-Angriffskrieg. Der Angriffskrieg gegen den Irak basierte zudem auf Lügen, wie etwa, dass die Regierung von Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besessen habe. Die Weltöffentlichkeit weiß inzwischen aber, dass es die angeblich im Irak existierenden "Massenvernichtungsmittel" nie gab. Die US-Invasion stürzte den Irak ins Chaos, von dem sich das Land bis heute nicht erholen konnte.

Die von der NATO aufgeputschte Rebellion gegen Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 untergrab dauerhaft die Stabilität im Mittelmeerraum, wobei Libyen danach im Chaos und Bürgerkrieg versank. Seither florieren in dem nordafrikanischen Land Sklaven-, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Die USA machten sich schuldig, indem sie die NATO dazu brachten, offensive militärische Gewalt gegen einen souveränen Staat einzusetzen. Die UN-Charta verbietet Gewalt unter Staaten. Der Ex-Präsident Barack Obama sagte seinerzeit, dass die Intervention in Libyen "das Richtige" gewesen sei, nannte er zugleich die Intervention den "schlimmsten Fehler" seiner Präsidentschaft und übernahm Verantwortung für den Fehler, nicht "für den Tag danach zu planen", nachdem Gaddafi von der Macht entfernt und grausam ermordet wurde.

Im Januar 2020 wurde der iranische General Qassem Soleimani bei einem US-Drohnenangriff auf Geheiß von Donald Trump im Irak ermordet, während Soleimani in diplomatischer Mission im Irak war. Die US-Regierung hatte anfänglich behauptet, dass Soleimani eine "unmittelbare Bedrohung" für US-Soldaten in Syrien und im Irak darstelle, indem er Angriffe auf US-Stützpunkte und Botschaften geplant habe, die kurz vor der tatsächlichen Ausführung stünden. Die UN-Beamtin Agnès Callamard erklärte nach den ersten Untersuchungen, dass die US-Regierung nicht überzeugend darstellen konnte, dass von dem iranischen Generalmajor Soleimani eine unmittelbare Bedrohung für die USA ausgehe, die einen solchen Angriff gerechtfertigt hätte.

Der Westen will das Völkerrecht gegenüber seinen Rivalen wie Russland und China hochhalten, während er sich selbst nicht an internationale Regeln hält. Insofern fehlt es ihm an Glaubwürdigkeit. Mit den jüngsten Militärinterventionen wie in Afghanistan, Irak oder Libyen haben die USA längst ihre "moralische Autorität" auf der Weltbühne eingebüßt. Es dürfte deshalb nicht für Irritationen sorgen, dass viele nichtwestliche Staaten die westliche Empörung über den Ukraine-Krieg als heuchlerisch betrachten.

* * *

Putin vor Gericht? Der Internationale Strafgerichtshof ist korrupt!

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165855-putin-vor-gericht-internationale-strafgerichtshof-korrupt/>

21.03.2023

Ist der Blick des Internationalen Strafgerichtshofs auf die USA und willigen Kriegspartner, unter anderem bei der gemeinsamen Zerstörung des Iraks, getrübt? Uli Gellermann erkennt eher den Bedarf einer juristischen Aufarbeitung gegenüber den 43 Unterstützern der "Koalition der Willigen".

Von Uli Gellermann

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag hat wegen angeblicher Kriegsverbrechen in der Ukraine Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen. Die Russen haben den Haftbefehl erst mal von sich abtropfen lassen. Denn sie haben, wie die USA auch, das Rechtskonstrukt nie unterzeichnet. Aber ein "Haftbefehl gegen Putin", das schlägt erst mal tolle Medienwellen und erzeugt starken Beifall, zum Beispiel bei Joe Biden und Wolodymyr Selenskyj. Wen mag das wundern?

Koalition der Willigen – jemals vor Gericht?

Wundern kann das nur jene, die nicht wissen, dass die USA den Gerichtshof schon lange instrumentalisieren. Das Gericht existiert faktisch seit dem 1. Juli 2002. Aber im Frühjahr 2003, also nach Gründung des Hofes, marschierte die "Koalition der Willigen" unter Führung der USA in den Irak ein. Nach dem "Römischen Statut" des Gerichtshofes wäre sofort eine Anklage nach Artikel 5 wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen fällig gewesen.

43 Haftbefehle?

Es waren 43 Länder, die an dem internationalen Verbrechen des Überfalls auf den Irak beteiligt waren. Der Gerichtshof hätte also nach seinem eigenen Statut gegen 43 Staatschefs Haftbefehle ausfertigen müssen und so der Weltöffentlichkeit mitteilen können, dass im Irak unter Führung der USA schwere Verbrechen stattfinden; Verbrechen, an denen der Irak bis heute leidet.

Massenvernichtungsmittel gab es nie

Die Weltöffentlichkeit weiß inzwischen auch, dass es die angeblich im Irak existierenden "Massenvernichtungsmittel" nie gab. Aber es gab etwa eine Million toter Zivilisten in dem geschundenen Land, das bis heute schwer an den Kriegsfolgen leidet. Wiedergutmachung? Entschuldigung? Doch nicht von den USA, dem militarisierten Menschenfresser-Staat.

Gerichtshof hat jedes Recht verwirkt

Ein Gericht, das bis heute die "Koalition der Willigen" nicht anklagt, ist offenkundig korrupt, ist eindeutig ein Instrument der US-Propaganda. Solch ein Gericht hat jedes Recht verwirkt, Haftbefehle gegen andere als den US-Präsidenten, den Völkermörder und Befehlshaber der "Koalition der Willigen" auszustellen.

Medien klatschten dem US-Krieg Beifall

Dass den deutschen Medien bei der Nachricht von einem "Haftbefehl gegen Putin" nicht sofort die Frage nach den Haftbefehlen gegen die "Koalition der Willigen" einfällt, ist verständlich: Sie waren damals nahezu ausnahmslos an der Verbreitung der Massenvernichtungsmittel-Lüge beteiligt. Sie haben damals den mörderischen USA Beifall geklatscht. Sie haben bis heute ihre Komplizenschaft mit den Völkermördern nicht eingestanden.

Chancen zu Verhandlungen gesunken

Dass den Medien nicht mal auffällt, dass mit einem "Haftbefehl gegen Putin" die Chance zu Verhandlungen über einen Frieden in der Ukraine gegen null tendiert –, denn wie sollten die Russen diese Beleidigung ignorieren können und wie sollte der Westen mit jemandem verhandeln können, den man gerade zum Verbrecher erklärt hat –, entspricht ihrer Rolle als Lügen-Propagandisten.

Intendanten vor Gericht

Wie während des Irak-Kriegs stehen die deutschen Medien in einer langen, unguuten Tradition der Volksverhetzung. So wie sie damals das deutsche Volk propagandistisch für einen Krieg der USA begeisterten, so hetzen sie heute gegen jene, die sich auf Frieden in der Ukraine orientieren.

Der Autor bittet daher auf seiner Webseite um Unterstützung seiner Medien-Klage: "Intendanten vor Gericht".

Zuerst [veröffentlicht](#) auf der Medienplattform Rationalgalerie am 18. März 2023.

Uli Gellermann ist Filmemacher und Journalist. Seine Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern grundieren seine Medienkritik. Er ist Herausgeber der Internetseite [RATIONALGALERIE](#).

* * *

Wolfgang Bittner: Widerstand gegen die aktuelle Politik als Überlebenschance für Deutschland

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165902-wolfgang-bittner-mutmassungen-ueber-ukraine/>
21.03.2023

Wie geht es weiter im Ukraine-Krieg? Russland wird nicht aufgeben, und erst wenn die USA dies zur Kenntnis nehmen, kann der Krieg zu einem Ende kommen. Dabei, so unser Autor Wolfgang Bittner, ist eine weitere Eskalation nicht auszuschließen, die auch Deutschland von der Karte wischen könnte.

Von Wolfgang Bittner

Über den Ukraine-Krieg wird viel gemutmaßt: Über eine Frühjahrsoffensive Russlands und eine Gegenoffensive der Ukraine (mit strategischer Unterstützung der USA); auch über den Gesundheitszustand des russischen Präsidenten, sein Vermögen, seinen Palast am Schwarzen Meer,

seine Tochter, seine Panzerfabrik, sein Verhältnis zu Xi Jinping und so weiter.

Jetzt hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag Haftbefehl gegen Putin "wegen Kriegsverbrechen" erlassen. Der deutsche Justizminister wie auch der Bundeskanzler haben das begrüßt, obwohl der IStGH mit seinem Vorgehen gegen den russischen Präsidenten zum wiederholten Mal seine Befangenheit und Inkompetenz demonstriert. Hat sich der IStGH jemals mit den Kriegsverbrechen von Biden, Bush, Cheney, Kissinger oder Blair befasst?

In Kiew wird triumphiert, aber von dort kommen ohnehin hauptsächlich Lügen, Hetze und dreiste Forderungen. Dass führende Politiker und Journalisten an den Lügen- und Hetzkampagnen teilnehmen, zeugt von der Verkommenheit in der politischen und medialen Szene. Es hat den Anschein, als hätten wir es in vielen Bereichen mit ideologisch verwirrten Fanatikern, Irren und Verbrechern zu tun, deren höchste Instanz aus Washington die westliche Welt im Zangengriff hält.

Es ist eindeutig: Was in der Ukraine mit diesem provozierten Krieg geschieht, haben die USA zu verantworten (wie sie auch seit Langem die Entwicklung in Europa bestimmt haben). Deutschland schuldet der Ukraine und ihrer von Nationalisten und Faschisten geführten Regierung gar nichts. Ukrainische Geflüchtete, die in Deutschland Sonderrechte erhalten haben, könnten ohne Weiteres in der Westukraine in speziell einzurichtenden Refugien versorgt werden. Aber die Berliner Politiker vertreten nicht deutsche Interessen, sondern befolgen offensichtlich die Anweisungen aus Washington auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Es zeichnet sich ab, dass Deutschland ruiniert wird. Russland wollte Frieden in Europa, vorrangig mit Deutschland, doch das haben die USA verhindert.

US-Präsident Joseph Biden wähnt sich jetzt am Ziel seiner jahrzehntelangen Bemühungen, Russland den westlichen Begehrlichkeiten wie auch den strategischen Interessen zu unterwerfen. Aber Russland ist eine Atommacht und wird eine Niederlage, die Vasallenschaft und eine Zerstückelung des Landes zur Folge hätte, niemals zulassen. Daher wird der Krieg enden, wenn die USA feststellen werden, dass Russland nicht aufgibt und gewinnen wird. Bis dahin soll das Land noch weiter geschwächt werden.

Auszuschließen ist aber nicht, dass es zu einem großen Krieg kommt, und sei es durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall. Sollte es dazu kommen, würde Deutschland endgültig von der Landkarte verschwinden. Dennoch wird gegen alles Mögliche demonstriert, aber nur sehr vereinzelt gegen Aufrüstung, Krieg und die Verbreitung von Völkerhass. Die Indoktrination der Bevölkerung hat gewirkt.

Was nützt, ist Bewegung in der Auseinandersetzung mit den Kriegsbefürwortern, Hetzern und Lügern, vor allem eine breite Front gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft. Ob sich unter den gegebenen politischen Verhältnissen etwas ändern lässt, ist eine andere Frage. Aber Widerstand gegen die aktuelle Politik ist womöglich die einzige Überlebenschance, die noch bleibt.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Von ihm ist kürzlich im Verlag zeitgeist das Buch ["Ausnahmezustand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung der Ukraine-Krise"](#) erschienen.

* * *

Ex-Milizsprecher Bassurin: Westen tappte selbst in geopolitische Falle, die er Moskau gestellt hat

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165919-dvr-ex-milizsprecher-bassurin-westen/>

21.03.2023

Das geopolitische und militärische Kalkül von Washington und der von ihm abhängigen NATO-Staaten ist nicht aufgegangen. Für Eduard Bassurin, den früheren Pressesprecher und Oberst der Miliz der Donezker Volksrepublik, ist der kollektive Westen seinen eigenen Fehlannahmen zum Opfer gefallen.

Von Eduard Bassurin

Seit Ende März 2022 werden in den ukrainischen sozialen Medien Slogans gepostet wie "Die Ukraine wird gewinnen, weil Amerika mit uns ist, die ganze Welt ist mit uns".

Kiew und Europa haben geglaubt, dass der amerikanische Faktor ausschlaggebend sei, weil die kombinierten militärischen Fähigkeiten der NATO oder die amerikanischen Fähigkeiten selbst für einen Sieg der Ukraine ausreichen würden.

Die tatsächliche Situation erwies sich für den Westen als großer Schock. Es stellte sich heraus, dass westliche und prowestliche "Experten" nicht wussten, dass Russland bereits vor anderthalb Jahrzehnten seinen Status als Supermacht wiedererlangt hatte und sowohl militärisch als auch wirtschaftlich in der Lage war, dem gesamten kollektiven Westen nicht weniger Widerstand entgegenzusetzen, als es die UdSSR im letzten Jahrhundert getan hatte.

Die ersten Zweifel kamen im Westen während des Syrien-Feldzugs auf, aber die Strategen in Washington trösteten sich mit der Tatsache, dass Russlands Erfolg in Syrien ein Sieg auf einem begrenzten lokalen Kriegsschauplatz war, während der Westen global gesehen absolut dominierte und es sogar schaffte, die Ukraine gehörig aufzurüsten.

Die aufkommenden Ängste wurden vom Westen abgetan und das war ein Fehler.

Denn als der eigentliche militärische Feldzug begann, wurde klar, dass der Westen mithilfe der ukrainischen Armee nicht der gleichwertigen Armee gegenüberstand, sondern einer ihm ebenbürtigen Supermacht.

Unter diesen Umständen ist die westliche Hilfe kein entscheidender Faktor mehr, da sie nicht in der Lage ist, zu einer entscheidenden Stärkung der Ukraine zu führen. Sie stellt Russland zwar vor Probleme, aber diese Probleme sind lösbar.

Damit hat sich der Westen selbst in die Lage gebracht, in die er Russland treiben wollte. Die USA stehen nun vor dem Dilemma, eine Niederlage in der Ukraine auf absehbare Zeit hinzunehmen oder auf unkonventionelle Methoden der Kriegsführung umzusteigen. Eine Niederlage bedeutet einen kritischen Rückgang des US-Prestiges.

Immer mehr Länder auf der Welt wenden sich von Amerika ab, und wenn die geopolitische Niederlage der USA in der Ukraine feststeht, könnte sie leicht 90 Prozent übersteigen, woraufhin die Versuche, die amerikanische Hegemonie wiederzubeleben, für lange Zeit (wenn nicht sogar für immer) vergessen sein könnten.

Die anfängliche Fehleinschätzung des Potenzials der Konfliktparteien hat die USA also in die Sackgasse geführt, die sie Russland bereitet haben. Die eigenen Ressourcen der Ukraine reichen nicht aus, um standzuhalten – das Land ist de facto zu 100 Prozent vom Westen abhängig, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, aber die Hilfe ist nicht endlos. Kiew hat dies längst erkannt und besteht darauf, den Westen direkt in den Konflikt einzubeziehen.

Redaktionelle Anmerkung: Die Meinung des Autors gibt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. – Übersetzung aus dem Russischen. Der Kommentar Eduard Bassurins erschien zuerst auf dem Telegram-[Kanal](#) von RT.

* * *

Insider-Information: Immer mehr ukrainische Offiziere enttäuscht und demotiviert

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/165920-insider-information-immer-mehr-ukrainische-offiziere-demotiviert/>

23.03.2023

Nachrichten über schlechte Kampfmoral selbst in Eliteeinheiten des ukrainischen Militärs gab es nahezu seit Beginn der russischen Sonderoperation. Sie kamen aber höchstens von Zugkommandanten. Mittlerweile jedoch geben sich auch ranghöhere Offiziere, öffentlich wie anonym, sehr pessimistisch.

Ein Kommentar von Tatjana Montjan

Ich werde oft gefragt, ob sich denn wohl die öffentliche Meinung und die Stimmung im Dritten Speckreich (hämischer Name für die Ukraine mit ihrer traditionell dem Salo selbst für osteuropäische Verhältnisse ganz besonders zugetanen Bevölkerung; in Gebrauch gekommen nach dem Staatsstreich 2014, der mithilfe von Neonazis erfolgte und ihnen im Lande zu bisher nie dagewesener Macht verhalf, Anm. d. Red.) irgendwie verändert habe. Sei es bei den Militärs (ranghohen – die Soldaten beschwerten sich nämlich schon länger, Anm. d. Red.) oder bei den Zivilisten (wobei da ebenfalls schon länger dann und wann die Vernunft durchscheint, Anm. d. Red.).

Bis vor kurzem musste ich jedoch stets antworten, dass es keine nennenswerte Bewegung gegeben habe und dass die engstirnige Verbohrtheit, deren Grad bei Uninformierten zuweilen den Verdacht auf Missbrauch harter Drogen zu erregen vermag, nicht nachgelassen hat. Aber nur bis vor kurzem.

Denn jüngst kam es endlich zum Durchbruch – dann aber wahrlich an allen Fronten. "Ausharries" (auch "Wartemännchen", "Wartetiere" – hier: Menschen, die im Sinne des letzten Satzes aus diesem MDZ-Artikel hoffnungsvoll auf die Ankunft der russischen Streitkräfte warten, Anm. d. Red.) aus den verschiedensten Gebieten der Ukraine beobachten neuerdings Folgendes: Selbst die verbohrtesten Anhänger des Dritten Speckreichs, deren Bilder in den sozialen Netzwerken vor ukrainischen Flaggen und/oder Nazi-Symbolen nur so strotzen und deren Posts dort sich nahezu ausschließlich um "Tod den Russenköpfen!" drehen, sind in letzter Zeit deprimiert.

Viele dieser strammen Patrioten erklären gar, es sei Zeit zum Türmen aus der Ukraine, weil nichts Gutes zu erwarten sei – Korruption allerorten, und der Westen habe sie auch noch verraten. Und wer von vornherein nicht ganz so verbohrt war, neige nun gar zu der Ansicht, dass es keinen "sauberen" Sieg der Ukraine geben wird. Was bedeutet, dass der Frieden (nach den Bedingungen Russlands – Anm. d. Red.) unvermeidlich ist – und dann solle er doch gefälligst schon eintreten, sonst wird der Platz auf den Friedhöfen knapp.

Sorgen und Nöte einer gänzlich eigenen Art hat derweil das ukrainische Militär. Das Kommando bestehe aus der Kategorie von Menschen, für die dieser Krieg nur ein Geschäft ist, die sich alles unter den Nagel reißen und die Soldaten wie Vieh behandeln, ihnen die persönlich gekaufte oder von Freiwilligen zur Verfügung gestellte Ausrüstung wegnehmen, sie der Kampfzulage berauben

und sie wie Fleisch in den Moloch der Sturmangriffe werfen. Hinzu kommt die unüberwindbare Bürokratie des Verteidigungsministeriums und der Ärzte: Von den Letztgenannten ein objektives Attest über den Gesundheitszustand, geschweige denn eine Behinderung, einzuholen, sei heutzutage ein Ding der Unmöglichkeit.

Es gibt Ausnahmen – wie Funkname "Kupol" (zu Deutsch: Kuppel, hier bezogen auf die Form eines geöffneten militärischen Rundkappen-Fallschirms. Anm. d. Red.): Der Kommandant des 3. Bataillons der 46. Luftlandebrigade der Ukraine hielt es eines Tages nicht mehr aus und gab der *Washington Post* (WP) ein Interview in ziemlich pessimistischem Tenor. Woraufhin er – ebenfalls laut der *Washington Post* – von seinem Posten freigestellt wurde und einen Antrag auf Entlassung aus den Streitkräften einreichte.

(Einschub der Redaktion: Die besonders vielsagenden Äußerungen des Bataillonskommandanten mit dem Funknamen "Kupol" und weitere aus dem erwähnten Leitartikel der Washington Post will RT dem Publikum natürlich nicht vorenthalten. Funkname "Kupol" erklärte:

"Das Wertvollste im Krieg ist Kampferfahrung. Ein Soldat, der über sechs Monate Kampfhandlungen überlebt hat, und ein Soldat frisch vom Schießstand sind zwei unterschiedliche Soldaten – ein Unterschied wie Himmel und Erde. Und leider haben wir nur wenige Soldaten mit Kampferfahrung. Sie alle sind leider entweder verwundet oder tot."

Nun sprach der Offizier (in den Armeen der postsowjetischen Staaten wird ein Bataillon meist etwa von einem Major bis Oberstleutnant befehligt) aber davon, von 500 Soldaten seines Bataillons 400 als schwer verwundet und 100 als tot permanent verloren zu haben. In solchen Fällen, sei hier angemerkt, muss ein Bataillon nach einer Aufstockung von der Front ins Hinterland rotiert werden und zuerst eine gewisse Zeit das Zusammenspiel trainieren. Diese Zeit, so "Kupol", werde ihm jedoch nicht gegönnt – und zudem bekomme er völlig unvorbereitete Rekruten als Verstärkung:

"Da bekomme ich also 100 unerfahrene Soldaten. Zeit, sie vorzubereiten, gibt man mir überhaupt nicht. Es heißt, 'Führ sie jetzt in den Kampf!' Und sie schmeißen schlicht alles hin und fliehen. Das war's. Verstehen Sie? Die Soldaten schießen nicht. Frage ich einen, wieso er nicht schießt, sagt er 'Ich habe Angst vor dem Mündungsknall.' Aus irgendeinem Grund hat er auch niemals Handgranaten geworfen."

Die neuen Soldaten, so der Offizier, verlassen ihre Stellungen gleich zu Hunderten.

In Bezug auf die von Kiew für den Frühling oder Sommer 2023 geplante Gegenoffensive äußerte der Bataillonskommandant deshalb seine Hoffnung auf das Training, das Kontingente von ukrainischen Soldaten in NATO-Staaten aktuell durchlaufen. Allein, seine Hoffnung sei nicht besonders groß:

"Es gibt immer den Glauben an ein Wunder."

Ein ukrainischer Regierungsbeamter erklärte gegenüber dem US-Blatt zudem, Kiew habe einen großen Teil des militärischen Führungskaders verloren, der seit dem Jahr 2014, also neun Jahre lang, von den USA ausgebildet und trainiert wurde:

"Viele von ihnen wurden getötet."

Im selben Artikel zitierte die WP anonym einige ukrainische Regierungsbeamte, die die Pläne einer Gegenoffensive auch aus anderen Gründen sehr skeptisch sahen. Rüstungsgüter aus dem Westen kämen in unzureichenden – nicht zuletzt die Panzer gar nur in 'symbolischen' – Mengen in der

Ukraine an, und nur ein Teil davon erreiche tatsächlich auch die Frontlinien. Die Schlussfolgerungen des Beamten lesen sich wie folgt:

"Wenn man mehr Ressourcen hat, greift man aktiver an. Hat man weniger Ressourcen, ist man mehr in der Verteidigung. Wir werden uns verteidigen. Und deswegen – wenn Sie mich persönlich fragen – glaube ich nicht an eine große Gegenoffensive unsererseits. Ich würde ja gern daran glauben, aber dann schaue ich auf unsere Ressourcen und frage mich, 'Womit sollen wir sie auf die Beine stellen?' Vielleicht werden uns ja ein paar örtliche Durchbrüche vergönnt. Wir haben nämlich weder Personal noch Waffen. Und Sie kennen die Verhältnisse: In der Offensive verliert man zwei bis dreimal so viel Personal. Wir können uns aber nicht leisten, so viel Personal zu verlieren."

Von Versorgungsengpässen sprach auch der weiter oben zitierte "Kupol" – es fehle an banalsten Mörsergranaten und 40-Millimeter-Patronen für Granat-Maschinengewehre Mk19 aus US-Produktion:

"Da bist du an der Frontlinie. Sie kommen auf dich zu – und du hast nichts, womit du sie beschießen könntest."

Soviel zu den Aussagen, auf die Tatjana Montjan Bezug nimmt. Es folgt nun die Fortsetzung ihres Kommentars.)

Selbst die eigene Regierung und deren Behörden unterdrücken die ideologisch zweihundertprozentigen Speckreich-Offiziere: Sie sollen die Obrigkeit nicht zu laut kritisieren, generell nicht mit der Wahrheit nerven, und vor allem nicht bei der Selbstbereicherung stören. Und die wichtigste Intrige besteht nun darin, ob "Kupol" die Fürsprache seitens seiner Kameraden etwas nützt, die nämlich ebenfalls beschlossen haben, ihr Schweigen zu brechen. Hier sind Auszüge aus einem offenen Brief eines seiner Befürworter:

"...Bei uns wird versucht, die Militärs mundtot zu machen, damit sie, Gott bewahre, nicht das ideale Bild der Welt zerstören, das die Regierung den einfachen Leuten vermittelt... Die Hauptfolge davon wird die Demotivierung der Truppen sein, ihres professionellen und intellektuellen Teils... Der Sieg ist überhaupt nicht sicher. Auch sind wir nicht auf der Ziellinie. Und bei uns läuft überhaupt nicht alles gut... Demotivation und Abwanderung des Kaders. Wenn die Gesellschaft das schluckt, wenn die Armee das schluckt, wird eine große Anzahl von Militärprofis alles zum Teufel schicken und die Armee auf allen erdenklichen Wegen verlassen..."

Ich bestätige: Auch meine Informanten berichten, dass viele erfahrene ukrainische Militärs, die nicht an engstirniger Verbohrtheit leiden, nicht an den Sieg der Ukraine glauben. Vielmehr stocken sie durch die Fortsetzung des Dienstes nur ihr "Portfolio" auf – suchen sich aber schon jetzt nach allerlei privaten Militärdienstleistern um, wo sie ihre Karriere demnächst fortsetzen wollen.

Aber alles wird sich erst entscheiden, wenn der Boden ausgetrocknet ist, die Felder und Aufforstungen wieder grün sind und sich die Seiten in der Schlacht gegenüber treten, die viele als die vorentscheidende in diesem Krieg bezeichnen.

Anlässe für Optimismus werden jedenfalls immer mehr und stärker.

* * *

Rainer Rupp: Vorsicht vor Fake-Friedensdemos!

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166023-rainer-rupp-vorsicht-vor-fake/>

23.03.2023

Achtung. Bei den Ostern-Friedensmärschen sind Bauernfänger unterwegs. Nur wo "NATO raus aus Deutschland" oder "Deutschland raus aus der NATO" draufsteht, ist auch Frieden drin. Nur so kann es wirklichen Frieden in der Ukraine, Frieden mit Russland und Frieden in Europa geben.

Von Rainer Rupp

Wer die russische Sonderoperation in der Ukraine – oft als Selbstschutz vor eigener Diffamierung – pauschal als Angriffskrieg verurteilt, der verbeugt sich vor dem Gessler-Hut, den die US/NATO-Kriegstreiber aufgestellt haben. Denn das ist ein wirksames Mittel, um die Vorgeschichte des Krieges, um Ursache und Wirkung zu verschleiern und die Antikriegsbewegung zu teilen.

Jeder, der sich vor diesem Gessler-Hut verbeugt, bedient die US/NATO-Kriegspolitik gegen Russland zum Schaden Europas – und vor allem zum Schaden der Ukraine. Die Intention einer jeden echten Friedensdemonstration wird dadurch konterkariert. Denn jede Verurteilung des angeblich "brutalen russischen Angriffskriegs gegen unschuldige ukrainische Frauen und Kinder" aus den Reihen von Friedensdemonstrationen ist Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Politik Washingtons, Wasser auf die Mühlen des Krieges gegen Russland, der bis zum letzten ukrainischen Soldaten verlängert werden soll. Und ganz nebenbei wird auch noch unsere deutsche Wirtschaft ruiniert. Denn die vom US-Präsidenten Joe Biden erklärte Politik der Reindustrialisierung Amerikas geht auf Kosten der Deindustrialisierung Europas!

Jeder Krieg hat eine Vorgeschichte. Dieser Krieg ist die Konsequenz einer über 20 Jahre dauernden Aneinanderreihung von schweren antirussischen Provokationen und höhnischen Zurückweisungen der nachvollziehbaren Sicherheitsbedürfnisse Russlands, deren Äußerung angesichts der stetigen US/NATO-Expansion im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr als gerechtfertigt war. Zugleich haben die vielen US/NATO-Angriffskriege und Destabilisierungen ganzer Staaten in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass die NATO das Gegenteil einer Friedens- oder Sicherheitsorganisation ist.

Zudem fand die NATO-Expansion gegen Russland unter der lauten und begeisterten Begleitmusik ukrainischer Neonazis und osteuropäischer Russenhasser statt. Die haben von Anfang an verstanden, dass es dabei gegen Russland geht. Wer noch daran zweifelte, der wurde im April 2022 vom US-Verteidigungsminister Lloyd Austin anlässlich seines Besuchs in Warschau eines "Besseren" belehrt. Der erklärte, dass es den USA bei dem Krieg nicht um die Ukraine gehe, sondern "um die nachhaltige Schwächung Russlands", weshalb der Krieg auch möglichst lange dauern solle. Vor diesem Hintergrund kann niemand mehr von einem "unprovokierten russischen Angriffskrieg" sprechen.

Aber es gibt auch einen weiteren Grund, weshalb ernsthaft friedensbewegte Menschen sich nicht vor dem "Gessler-Hut" des US/NATO-Narrativs verbeugen sollten. Eine zwecks "Selbstschutz" geäußerte Beschuldigung Russlands, einen angeblich "unprovokierten Angriffskrieg" in der Ukraine zu führen, führt argumentativ aufs Glatteis. Denn sie öffnet eine Flanke, in die jeder halbwegs gewiefte Vertreter der NATO-Kriegstreiber mit Leichtigkeit vorstoßen kann.

Die Initiative von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer ist dafür ein anschauliches Beispiel. Beide haben sich mit ihrer symbolischen Verbeugung vor dem Gessler-Hut derartig in eine argumentative Schieflage begeben, dass beide unabhängig voneinander selbst von drittklassigen Talkshow-Moderatoren in die Ecke gedrängt wurden. Alice Schwarzer ist dabei vollkommen in die Knie gegangen. Unter dem Druck, öffentlich als Monster zur Schau gestellt zu werden, hat sie ihre

ursprüngliche Forderung nach einem sofortigen Stopp deutscher Waffenlieferungen schmachvoll revidieren müssen.

Die in den Talk-Shows angewandte Methode erinnerte an die Verhöre der Bundeswehrkommissionen, die über die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung zu entscheiden hatten. Dabei sollte den Kandidaten mit der Hilfe verschiedener, konstruierter Szenarien letztlich doch noch deren Bereitschaft zur Gewaltanwendung entlockt werden.

So wurde der Proband z. B. gefragt, wie er sich verhalten würde, wenn er zusehen müsste, wie seine kleine Schwester von einem brutalen Grobian vergewaltigt würde, er aber Zugang zu einer Waffe hätte, um das Verbrechen zu verhindern. Mit solchen Beispielen wurde damals erfolgreich so manchem Kriegsdienstverweigerer eine Falle gestellt – und ab ging es in den Wehrdienst. Diese Methode hat auch bei Alice Schwarzer zum K. o. geführt.

Mit dem Argument, dass auch Deutschland die moralische Pflicht habe, den unschuldigen Menschen in der Ukraine zu helfen und die Frauen und Kinder – die angeblichen Hauptopfer des angeblichen brutalen russischen Angriffskrieges – zu schützen. Und da Russland angeblich nicht zu einer Waffenruhe bereit sei, könne man den Menschen in der Ukraine nur noch mit Waffenlieferungen helfen, damit sie ihre Familien verteidigen können. Dieser Argumentationsstrang wurde vom Moderator und anderen Talk-Show-Gästen in verschiedenen Variationen immer wieder durchgespielt, bis zumindest Alice Schwarzer weichgeklopft war, während Sahra Wagenknecht aus den Runden zwar angeschlagen aber immer noch aufrecht hervorging.

Im *Bild*-Talk "DieRichtigenFragen" vom 24. Februar 2023 unter dem Titel "Alice Schwarzer im Verhör" (sic!) räumte Schwarzer plötzlich ein, sie sei ja nicht generell für einen Stopp der Waffenlieferungen. Der sollte nur im Fall eines Waffenstillstands in der Ukraine erfolgen. Wörtlich sagte sie:

"Halten sie mich für naiv. Wir haben in unserem Manifest nicht jeden Schritt ausgearbeitet. Das muss natürlich Hand in Hand gehen. Und erst dann, wenn die Russen anfangen, sich aus den am 24. Februar vergangenen Jahres besetzten Gebieten zurückzuziehen, erst dann, wenn es einen wirklich echten Waffenstillstand gibt, erst dann sagt man: Wir liefern keine Waffen mehr. Ist ja klar."

Das Video zu diesem Ausschnitt finden Sie hier.

Mit dieser Kehrtwende von Alice Schwarzer ist eines klar geworden: Wer den Bückling vor dem Gessler-Hut der NATO-Kriegstreiber macht und nicht auf der Vorgeschichte des Kriegs in der Ukraine besteht, der begibt sich argumentativ auf eine glatte und schiefe Ebene, an der Ende eine Bejahung der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine steht.

* * *

Ist Olaf Scholz ein US-amerikanischer Agent?

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166128-ist-olaf-scholz-us-amerikanischer-agent/>

24.03.2023

Der Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee, die einen erheblichen Schaden für Deutschlands Wirtschaft bedeuteten, ist immer noch nicht aufgeklärt. Im Westen versucht man, von einer "staatlichen Beteiligung" an dem Anschlag abzulenken, was nach Scholz' Besuch in Washington begann.

Von Sergei Aksjonow

Die Identität der Angreifer auf die Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 sei noch immer nicht geklärt und die Ermittlungen würden weiterhin gegen unbekannte Täter geführt, beklagte sich öffentlich der Generalbundesanwalt Peter Frank. Es könnten noch keine eindeutigen Schlüsse über die Sabotageaktion gezogen werden, insbesondere nicht über eine staatliche Beteiligung, fügte er hinzu. Sehr amüsant, wie sie eine "staatliche Beteiligung" auszuschließen versuchen. Und vor allem kommt die Erklärung zur rechten Zeit. Nach den Regeln der Informationskriegsführung muss jeder Angriff des Gegners neutralisiert, gekontert und ein symmetrischer Angriff durchgeführt werden.

Die deutschen Staatsanwälte sowie ihre Kollegen in Dänemark und Schweden, wo die dortigen Pinkertons (Fahnder) ebenfalls vorgeben, zu ermitteln, haben einen ernsthaften Widersacher – den US-amerikanischen freien Journalisten Seymour Hersh. Er gewann den Pulitzer-Preis zu einer Zeit, in der dieser noch nicht durch die ehrlosen Globalisten ausgehöhlt war. Seine Glaubwürdigkeit ist so hoch, dass selbst die Geheimdienste, die der Presse traditionell nicht wohlgesonnen sind, mit ihm zusammenarbeiten. Ich möchte daran erinnern, dass es ungenannte Quellen bei den US-Geheimdiensten waren, die zu Hershs Informanten im Sabotagefall wurden.

Nachdem Hersh die grundlegenden Schlussfolgerungen seiner Untersuchung veröffentlicht hatte, fügte er seitdem regelmäßig Details hinzu, die das Weiße Haus immer mehr beunruhigten. Jüngstes Beispiel: Quellen haben Hersh darauf hingewiesen, dass Joe Biden die US-Geheimdienste und Nachrichtendienste nie angewiesen habe, die Explosionen an den russischen Gaspipelines zu untersuchen. "Warum?", fragte der Journalist rhetorisch, denn er kennt die Antwort bereits. Denn "jedes ernst zunehmende Staatsoberhaupt" würde sicherlich eine Untersuchung anordnen, und sei es nur, um den sehr ersten Verdacht von seinem Land abzulenken.

Die Untätigkeit eines Politikers, auch wenn sie strafrechtlich relevant ist, ist jedoch schwer zu beweisen und beeindruckt die Öffentlichkeit nicht so sehr wie konkrete Schritte, die darauf abzielen, Fakten zu verschleiern. Und diese gibt es, wie Hersh herausfand. Es stellte sich heraus, dass Joe Biden und Olaf Scholz die Sabotage während des Besuchs des deutschen Bundeskanzlers in Washington im März besprachen. Sie sprachen mehr als eine Stunde lang, die meiste Zeit davon von Angesicht zu Angesicht. Thema waren "die Enthüllungen in Bezug auf die Gaspipelines". Biden, der bei der Vorbereitung des Anschlags sehr darauf bedacht war, keine Spuren zu hinterlassen, wies sein Gegenüber an, wie dieser vorgehen sollte.

Woher konnten Hershs Quellen dies wissen? Aufgrund der darauffolgenden Konsequenzen – die erteilten Befehle, die Tätigkeit der Beamten, den beteiligten Persönlichkeiten. Für einen erfahrenen Geheimdienstoffizier (oder auch nur Regierungsbeamten) ist es kein Problem, aus Indizien zuverlässige Informationen zu gewinnen. Die Schlussfolgerung des Ermittlers ist eindeutig: "Bestimmte CIA-Einheiten wurden in Zusammenarbeit mit dem BRD-Geheimdienst gebeten ... eine alternative Version der Explosion an der Nord-Stream-2-Pipeline vorzubereiten". Eine weitere Seite für das zukünftige Buch über die verdeckten Kriege der CIA ...

Genau hier setzt die obskure Parallelversion der Ereignisse an, die kürzlich von der europäischen Presse verbreitet wurde. Sie besagt, dass Mitglieder einer "proukrainischen Gruppe", fünf Männer und eine Frau, ein kleines Boot, die Andromeda, verwendet haben, um die Gasleitung zu sprengen. Auf dem Boot wurden sogar Spuren von Sprengstoff und Biomaterialien gefunden, mit deren Hilfe die wahren Organisatoren versuchten, öffentlich Schlussfolgerungen zu ziehen, die offensichtlich nicht mit den zugrundeliegenden Annahmen vereinbar sind. Sie hätten auch gleich über eine Tonne TNT und ein schriftliches Schuldbekenntnis von Boschirow und Petrow berichten können!

(Anmerkung: Alexander Petrow und Ruslan Boschirow wurden im Jahr 2018 von London

beschuldigt, eine ausschlaggebende Rolle im angeblichen Vergiftungsfall des ehemaligen russischen Agenten Sergei Skripal und dessen Tochter gespielt zu haben. Wirkliche Beweise wurden bis heute nicht erbracht.)

Es liegt auf der Hand, dass eine solche großangelegte Ablenkung nur von Staaten durchgeführt werden kann, die über entsprechende Ressourcen verfügen.

Die Darstellung ist zwar schlampig, aber der geschickte Einfluss der Globalisten auf die großen Medien erlaubt es ihnen, jede noch so unwahrscheinliche Version in die Medien zu tragen. "Der Präsident (Biden) ... hat eine dumme Entscheidung getroffen und lügt jetzt darüber", so Hersh. Außerdem zwingt Biden andere Politiker zum Lügen. Laut dem Investigativjournalist "war Scholz ... seit letztem Herbst daran beteiligt, die Vertuschung der Operation in der Ostsee durch die Biden-Regierung zu unterstützen". Oder ist Scholz ein Agent der US-amerikanischen Globalisten und macht mit Biden eine gemeinsame Sache?

In einer Situation, in der sich die Spitzen der führenden westlichen Länder de facto auf eine für sie akzeptable Erklärung in Bezug auf die Gaspipelines geeinigt haben, bleibt die Infragestellung dieser Version die Sache zweitrangiger Politiker. "In Deutschland versucht man, die Diskussion über dieses Thema auf ein Minimum zu beschränken, den Beginn der Diskussion im Deutschen Bundestag wollte man so weit wie möglich hinausschieben", sagte der AfD-Politiker Armin-Paulus Hampel. Er erinnerte daran, dass Biden versprochen hatte, das deutsch-russische Projekt "zu beenden", was bedeute, dass er der Einzige war, der ein Motiv für die Sabotage habe – Forensiker, euer Einsatz!

Die Argumente von Hersh werden bereits von Politikern der Dritten Welt verwendet, die von Washington unabhängig sind. Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador nutzte etwa das Thema der Verantwortung Washingtons für den Bombenanschlag auf die russische Pipeline, um den Angriffen des Weißen Hauses auf die Aktionen seines Landes entgegenzutreten. Es scheint, dass das Machtungleichgewicht der einzige Grund ist, warum die Biden-Regierung noch keine rechtlichen Konsequenzen für die Sabotageakte gezogen hat. Hersh gelang es in den Reihen kompetenter Beobachter die Meinung zu bilden, dass die CIA hier ihre Hand im Spiel hatte.

Interessanterweise waren es die US-Geheimdienste, die den kriminellen Befehl des US-Präsidenten ausführten, und deren Vertreter Hersh die Enthüllungen zuspielten. Der Journalist erklärte, dass sie entsetzt über die rücksichtslosen Befehle von Politikern seien, die die ganze Welt bedrohten. Man kann nicht umhin, an die Rosenbergs zu denken, die amerikanische Atomgeheimnisse an die UdSSR weitergaben (und dafür auf den elektrischen Stuhl kamen), um den Vorteil Washingtons auszugleichen. Wer weiß, vielleicht werden die CIA-Agenten eines Tages vor einem US-amerikanischen Gericht gegen Biden und Scholz aussagen.

Sergei Aksjonow ist ein russischer Journalist, Politologe und Schriftsteller.

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

* * *

Meinungsfreiheit? Medien wettern gegen Gerichtsbeschluss für Ganser-Auftritt

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166157-meinungsfreiheit-medien-wettern-gegen-gerichtsbeschluss-gegen-gerichtsbeschluss-ganser-auftritt/>

25.03.2023

"Keine Gefahr" durch Daniele Ganser: Der Schweizer Historiker klagte erfolgreich gegen ein von der Stadt Dortmund verhängtes Auftrittsverbot. Nun überschlagen sich einige Medien und politische "Bündnisse" erneut mit Diffamierungen gegen ihn. Auch ein weiteres Verbot steht noch im Raum.

Von Susan Bonath

Die Stadt Dortmund darf dem Schweizer Historiker Daniele Ganser einen Vortrag zur Geschichte des Kriegausbruchs in der Ukraine nicht verbieten. Das hat in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht (OVG) Nordrhein-Westfalen entschieden. Das Gericht habe in seinem Urteil verdeutlicht, "dass die im Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes statuierte Meinungsfreiheit nicht den staatlichen Zugriff auf die Gesinnung erlaubt", kommentierte Rechtsanwältin Kirsten König die Entscheidung.

"Ich freue mich einfach, dass die Redefreiheit wieder hergestellt ist", sagte Daniele Ganser dazu am Freitag gegenüber der Autorin. Allerdings: Dass sich der Referent dafür erst durch die Instanzen der Justiz kämpfen musste, dies nicht zum ersten und wohl nicht zum letzten Mal, bleibt ein Skandal.

Nicht auf NATO-Linie

Ganser kritisiert seit Langem das imperialistische und kriegstreiberische Vorgehen der NATO. Die USA hätten maßgeblich den Krieg in der Ukraine mit forciert, um Russland zu schwächen und ihren militärischen Einfluss auszuweiten. Die US-Regierung habe Geld in den Putsch auf dem Kiewer Maidan investiert, um ein antirussisches und prowestliches Regime zu installieren.

Für diesen Standpunkt, den Ganser in seinen Vorträgen auf seiner aktuellen Tour durch Deutschland und Österreich darlegt, gibt es zwar zahlreiche Belege, in die westliche Propaganda-Erzählung passt er allerdings ebenso wenig wie Gansers Forderung, die zunehmenden Waffenlieferungen in die Ukraine zu stoppen und nach Verhandlungen zu streben.

Von Medien diffamiert

Der für den 27. März geplante Vortrag ist der zweite Auftritt Gansers in der Dortmunder Westfalenhallen seit 2021. Bereits im vergangenen November habe er mit dem kommunalen Unternehmen den Vertrag dafür besiegelt. Die Plätze seien schnell ausverkauft gewesen. Doch nicht nur, dass sich rasch ein politisches Bündnis dagegen formierte, auch die Medien belegten den Historiker mit allerlei Beleidigungen.

So betitelte die *Hannoversche Allgemeine* Ganser als "Verschwörungsrauner". Das öffentlich-rechtliche ZDF warf ihm vor, "Geschäfte" mit "Verschwörungsmythen" zu machen. Viele weitere Medien schlugen in die gleiche Kerbe, stellten ihn gar als Antisemiten und Rechtsextremisten dar. Stichhaltige Belege blieben sie sämtlich schuldig. Schließlich setzte Dortmunds Oberbürgermeister Thomas Westphal (SPD) die Westfalenhallen unter Druck. Das Unternehmen kündigte den Vertrag daraufhin einseitig – und der Historiker zog vor Gericht.

OVG: Staat muss Meinungsfreiheit wahren

Das OVG bestätigte mit seinem Beschluss das Urteil der Erstinstanz, des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen. Die Westfalenhallen müssten als dafür gedachte öffentliche Einrichtung allen Veranstaltern offenstehen, sofern sie nicht gegen das Grundgesetz verstießen oder eine Gefahr darstellten. Der Staat habe sie gleichzubehandeln, sein Spielraum bei der Auswahl sei begrenzt, so das Gericht.

Grundlage dafür sei das Grundrecht der Bürger auf freie Meinungsäußerung. Diese könne nur durch ein gut begründetes Gesetz eingeschränkt werden. Ein bloßer Stadtratsbeschluss in Form einer Erklärung sei aber kein Gesetz, führte das OVG aus und bekräftigte:

"Dass eine Gefahr strafbarer Äußerungen des Vortragenden besteht, ist dem Vorbringen der Stadt nicht zu entnehmen und auch sonst nicht ersichtlich."

Presse und Politik legen nach

Kaum hatte das OVG entschieden, legten einige Medien mit weiteren Beleidigungen kräftig nach. Der *WDR* spulte sein bekanntes Repertoire an Kampfbegriffen – von "Verschwörungserzähler" bis "Antisemit" – erneut ab. Das vom Werbekonzern Ströer betriebene Internetportal t-online behauptete, dass "Experten" Ganser für "brandgefährlich" hielten. Der *Deutschlandfunk* suggerierte Bezug nehmend auf ominöse "Kritiker", dass der Historiker "kontrafaktische, antisemitische und antidemokratische Verschwörungsfantasien" verbreite.

Dass der OVG-Beschluss eine Rückkehr zu einer offenen Debattenkultur bewirkt, ist unwahrscheinlich. Weitere geplante Vorträge des Historikers stehen nach wie vor unter Beschuss von diversen politischen Bündnissen und Medien, zum Beispiel im baden-württembergischen Leinfelden-Echterdingen. Der Druck auf den Rathauschef der Kleinstadt, Roland Klenk (CDU), wachse, titelten die *Stuttgarter Nachrichten*.

Im Gespräch mit der Autorin lobte Daniele Ganser am Freitag aber den Leinfelden-Echterdinger Oberbürgermeister als "standhaft". "Auch in vielen anderen Städten, wie etwa in Rostock, habe es keine Probleme gegeben, sagte er. Allerdings stehe nun im bayrischen Nürnberg das Gleiche wie in Dortmund bevor: "Die Stadt hat meinen Vortrag verboten, aber wir hoffen, dass das Urteil aus Nordrhein-Westfalen dazu führt, dass sie es überdenken", so Ganser. Ansonsten werde seine Agentur, die NEMA Entertainment GmbH, wohl erneut vor Gericht ziehen.

Absurde Verleumdungen

Die Behauptung zahlreicher Medien, dass Ganser "antisemitische Thesen" verbreite, bezeichnete der Historiker gegenüber der Autorin als "absurd". Die "Kritiker" beziehen sich dabei auf ein Video, in dem Ganser den Umgang mit Ungeimpften in der Coronakrise anprangerte. Da sei "ein ungeheurer Druck auf die Menschen aufgebaut" worden, sagte Ganser und fügte an: "Es gibt ja historische Erfahrungen, wie es zur Verfolgung bestimmter Gruppen kam und wohin das führen kann." Daran habe er unter anderem mit Blick auf den Beginn der Nazi Herrschaft in Deutschland erinnert.

Dies, so Ganser weiter, "wird mir nun als Gleichsetzung und Verharmlosung ausgelegt, obwohl mein Vergleich genau das nicht war". Dann schreibe einer vom anderen ab. So habe man eine Behauptung kreiert, "die völlig haltlos ist". Weder mit Antisemitismus noch mit irgendeiner Form von Rassismus oder Menschenverachtung habe Ganser etwas zu tun, beteuerte er. Im Gegenteil: Er setze sich stets für Frieden, Verständigung und Menschenwürde ein.

* * *

Der Klimaglaube – ein Wahn, dessen Zeit abläuft

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166359-klimaglaube-wahn-zeit-ablaeuft/>

27.03.2023

Erst der Klimaglaube hat es geschafft, das Atmen selbst zur Sünde zu erklären. Aber seine beste Zeit ist bereits vorüber. Nicht einmal in Berlin kann er genug Gläubige mobilisieren. Und in der Welt außerhalb des Westens dürfte er bald der Vergangenheit angehören.

Von Dagmar Henn

Trotz aller Absurditäten der Wokeness bleibt das eine der schönsten Filmszenen der Filmgeschichte – der Moment, an dem Jack Lemmon in "Manche mögen's heiß" seine Perücke abnimmt und seinem Millionärs-Verehrer im Boot zuruft: "Ich bin ein Mann", und die Antwort schlicht lautet: "Niemand ist vollkommen."

Dieser Moment ist so schön, weil dieser Satz "niemand ist vollkommen" befreiend wirkt. Er ist eine von zwei historisch konkurrierenden Lesarten der alten Geschichte mit der Erbsünde, die so viele menschliche Religionen mit sich schleifen. Du musst nicht vollkommen sein, denn du bist ein Mensch. Die andere Lesart lautet, du bist unvollkommen, fehlerhaft und daher schuldig. Das ist die Version, die genutzt werden kann, um Menschen zu kontrollieren. Schuld ist dabei ein wesentlich wirkungsvolleres Mittel als Hoffnung, Erwartung oder rationale Überzeugung. Es ist daher nicht überraschend, dass Herrschaftsideologien immer neue Versionen vermeintlicher Schuld, gekoppelt mit drohenden Untergängen, liefern; da unterscheidet sich der Klimaglaube nicht vom Hexenwahn des 16. Jahrhunderts.

Macht es Sinn, sich mit den Begründungen auseinanderzusetzen, darauf hinzuweisen, dass ein Zeitrahmen zur Beurteilung einer Veränderung auch die mittelalterliche Wärmeperiode beinhalten sollte und nicht nur die Erwärmung aus der kleinen Eiszeit der letzten Jahrhunderte heraus, oder anzumerken, dass die Einführung digitaler Thermometer allein bereits eine scheinbare Erhöhung auslöste? Nicht wirklich. Weil es die einen gibt, bei denen der Glaube ohnehin nicht verfängt, die also mit den daraus abgeleiteten Forderungen rational umgehen können, und die anderen, die davon überzeugt sind, durch Erzeugung von Kohlendioxid zu sündigen, für Argumente schwer erreichbar sind. Wodurch sollte man auch den Schub für das Selbstbewusstsein ersetzen, der dadurch entsteht, sich selbst für den Retter der Welt zu halten?

Immerhin, die Ergebnisse des Berliner Volksentscheids scheinen anzudeuten, dass die Klimaerzählung den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit bereits überschritten haben könnte. Das ist nicht wirklich ein Wunder, schließlich müsste Hamburg, wenn man die Prognosen aus den 1980ern betrachtet, seit Jahren unter Wasser stehen, aber nicht einmal die Pazifikinseln, deren Untergang beschworen wurde, sind bisher tatsächlich untergegangen. Der reale Verlauf hat, nicht anders als bei den Endzeitprognosen des Club of Rome aus den 1970ern, nach denen sämtliche Rohstoffe in Bälde endeten, wenig mit den Prognosen zu tun. Allerdings gelingt es, wie bei den Zeugen Jehovas, immer wieder, den angekündigten Untergang etwas zu vertagen, ohne gleich die gesamte Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Die konkreten politischen Ergebnisse sind katastrophal, allerdings – und das scheint inzwischen doch aufzufallen – mit einer heftigen Schlagseite für die unteren Etagen der Gesellschaft wie der globalen Wirtschaft versehen. Es sind nicht die Reichen, die nicht mehr heizen oder reisen können, wenn all die "klimaschonenden" Projekte realisiert würden. Die Verteuerung der Nahrungsmittel, die durch Wahnideen wie die Stickstoffeinsparungen in den Niederlanden ausgelöst wird, trifft vor allem Ärmere, die einen weit größeren Teil ihres Budgets für Nahrung ausgeben, und wer schon jetzt die Hälfte seines Einkommens für die Miete auf den Tisch legt, hat auch keinen Spielraum für höhere Energiekosten. Die Klimagläubigen erweisen sich in diesem Fall als die gesellschaftlichen Hilfstruppen, die es braucht, um Angriffe auf den Lebensstandard der Massen durchzuführen, die zu Zeiten, als das Wohl der Menschen (wenn auch vorübergehend) das höchste Ziel der Politik war, nicht vorstellbar waren.

Dass diese Dystopien für Jugendliche so attraktiv sind, ergibt sich aus den angebotenen Rollen. Abgesehen davon, dass das Problem des Schamgefühls nicht verschwindet, wenn eine Gesellschaft angeblich sexuell frei ist, und diese pubertären Empfindungen von Schuld irgendwohin müssen – die gewöhnliche menschliche Utopie einer besseren Gesellschaft bietet zwar die Möglichkeit des Mitwirkens, aber wenig Heldenrollen. Im Gegensatz dazu macht die Dystopie ein geradezu paradiesisches Angebot. Die Schuldgefühle bekommen einen Ort, und gleichzeitig darf man sich den anderen überlegen fühlen und geradezu die Rolle eines Helden einnehmen; schließlich muss ein Weltuntergang abgewendet werden.

Ist es vorstellbar, dass so große Teile gerade des vermeintlich intellektuellen Teils der deutschen Gesellschaft einem absoluten Irrglauben aufsitzen? Leider sind die Phasen solchen Irrglaubens ausgeprägter als die einer wirklich rationalen Weltsicht. Man muss nur einen Blick in die Museen werfen, oder vielmehr in ihre Depots. Phrenologie, die vermeintliche Wissenschaft von der Vermessung des Schädels, galt Ende des 19. Jahrhunderts als hochmoderne Forschung. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt das Gleiche für die Eugenik, die die menschlichen Bevölkerungen betrachtete wie Viehherden. Beides würde kaum jemand heutzutage mehr als Wissenschaft akzeptieren; das Schicksal des Klimaglaubens wird letztlich dasselbe sein.

Was alle drei, die Phrenologie, die Eugenik und den Klimaglauben, miteinander verbindet, ist die Vorstellung, menschliche Gesellschaft zu verändern, ohne sich mit den Gegebenheiten der menschlichen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Phrenologen glaubten, man könne z. B. zukünftige Kriminelle an der Schädelform erkennen, und wenn man diese aus der Bevölkerung filtern könne ... die Eugeniker wollten Menschen züchten wie Schäferhunde und kategorisierten nach guten oder schlechten Erbanlagen. Die Klimagläubigen gehen davon aus, dass die Menschen selbst das Klima unter Kontrolle hätten; eine Megalomanie, die als solche nur deshalb nicht sofort kenntlich ist, weil sie negativ formuliert ist. In allen drei Fällen geht es um Machtausübung über Menschen unter Verleugnung gesellschaftlicher Zusammenhänge; konkrete Menschen haben in dieser Denkweise keinen Wert, sie existieren nur als abstrakte, zu behandelnde Bestandteile. Was natürlich in jedem der besagten drei Fälle dadurch erleichtert wurde, dass die Anhänger sich selbst im Besitz überlegener Erkenntnis sehen.

Ist es möglich, eine wissenschaftliche Fiktion zu erzeugen? Selbstverständlich. Das historisch Verblüffende an den Hexenprozessen des 16. Jahrhunderts ist, dass sie gerade vom heranreifenden wissenschaftlichen Apparat vorangetrieben wurden, für den die Hexerei an die Stelle des blinden Schicksals trat und der die Quelle für Naturereignisse in der Mitte der menschlichen Gesellschaft verortete; und wenn man betrachtet, wie heutzutage den "Klimasündern" die Verantwortung für Unwetter zugeschoben wird, findet sich ein ganz ähnliches Muster.

In jedem dieser Fälle – und im Umgang mit der Wissenschaft an sich – gibt es eine einfache Frage, die zur Korrektur solcher Verirrungen genügt: Cui bono? Wem nutzt es? Etwa dem Fürstbischof von Würzburg, der durch die "Enttarnung" einer Reihe vermeintlicher Hexen in den Reihen der wohlhabenderen Bürger seiner Stadt seinen neuen Palast finanzierte, ähnlich wie die angeblich wissenschaftliche Notwendigkeit, gegen Corona zu impfen, der Firma Pfizer und deren Hilfskräften Milliarden ertrage verschaffte. Beim Klimaglauben sind es die konkreten Maßnahmen, die letztlich verraten, zu wessen Nutzen sie stattfinden. Sie erzeugen zum einen an vielen Stellen eine völlig künstliche Nachfrage, in vielen Fällen, ohne sie überhaupt befriedigen zu können (wie im Falle der erzwungenen energetischen Sanierungen der Wohnungen oder der Umstellung auf Elektromobilität), aber vor allem rechtfertigen sie eine Absenkung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung weit unter das Niveau, das realisierbar wäre.

Genau das wäre auch der Effekt des Berliner Volksentscheids gewesen, der selbst typisch nebulös

bleibt und nur raunt, die "Umsetzung der Klima-Verpflichtungen" dürfe nicht auf Kosten der Mieter gehen. Denn natürlich wäre sie letzten Endes auf Kosten der Mieter gegangen, selbst wenn Mieterhöhungen untersagt würden – weder Genossenschaften noch öffentliche Wohnungsbaugesellschaften können sich die Sanierungen leisten, was entsprechend den Beschlüssen des EU-Parlaments schlicht die Konsequenz hätte, dass diese Wohnungen dann ab 2030 nicht mehr vermietet werden dürften. In einer Stadt, in der ohnehin bereits massive Wohnungslosigkeit herrscht, wäre das die Rückkehr zur Zille'schen Mietskasernenromantik mit Schichtschlafplätzen. Sogar dann, wenn der "soziale Ausgleich" ausnahmsweise mal nicht nur auf dem Papier stünde.

Die Berliner haben sich nicht in ausreichender Zahl bereit erklärt, diese Blankovollmacht auszustellen. Der EU-Beschluss zu energetischen Sanierungen mag ebenso dazu beigetragen haben wie die konkrete Erfahrung innerhalb des letzten Jahres, dass auch auf Bundesebene die Aussagen grüner Politiker selten von Fakten getragen werden; so, wie auch die maßlose Arroganz der Klimakleber, die ihren Strauß eben weder mit den politisch noch mit den wirtschaftlich Mächtigen ausfechten, sondern nur das Leben der gewöhnlichen Bürger beeinträchtigen.

Aber verschwinden wird der Klimaspuk eher nicht durch eine plötzliche Erkenntnis der westlichen Bürger, sondern dadurch, dass Schritt für Schritt die Abkommen gelöst werden, mit denen diese Politik als allgemeingültig etabliert wurde. Im Verlauf des letzten Jahres wurde für alle sichtbar vorgeführt, wie UN-Mehrheitsbeschlüsse zustande kommen: unter reichlich Einsatz von Erpressung und Manipulation.

Das ganze Gemenge aus Organisationen, die im Auftrag der USA oder deren Oligarchen handeln, auch die EU-Stiftungen, wird inzwischen in großen Teilen der Welt als eine Struktur gesehen, die fremden Interessen dient. China hat in der Praxis seinen eigenen Weg verfolgt, etwa mit großflächigen Aufforstungen, aber keine Stellung gegen die Erzählung an sich bezogen. Das könnte sich demnächst ändern. Ebenso wie viele Länder in Afrika und Lateinamerika die Gelegenheit nutzen werden, Regeln aufzuheben, die nur ihre Entwicklung behindern sollen, und die Möglichkeit wahrnehmen werden, sich aus den Klammern der IWF-Kredite zu befreien, die ebenfalls zur Durchsetzung der Klima-Agenda genutzt werden.

Ob in Deutschland weiterhin Vergebung für den Klimafußabdruck gesucht oder auf Windräder vertraut wird, bleibt am Ende ein deutsches Problem. Auch wenn jedes Jahr, in dem weiter diesem Fetisch gehuldigt wird, die Bedingungen für das Leben in der neuen, postamerikanischen Welt weiter verschlechtert.

* * *

Kanzler Scholz gibt den Watschenmann

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166438-kanzler-scholz-gibt-watschenmann/>

28.03.2023

Für die Rolle bestens geeignet / Zensur und Selbstzensur kaschieren das deutsche Elend, derweil die Rechtsstaatlichkeit schwindet.

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Deutschland, der Pausenhof: Big Joe knallt dem Olaf ein Ding an den Nischel, so einen Wumms hält kein Gasrohr aus. Olaf sieht Sterne und Streifen. Aber er versichert den Umstehenden: „Unsere Partnerschaft ist enger und vertrauensvoller denn je.“ Big Joe bestellt den Olaf wenig später zu sich nach Übersee und flüstert ihm was. Die *ARD-aktuell* aber macht daraus einen "Besuch bei

Freunden". Manipulation gehört eben zur Tagesschau wie Mattscheibe zur Caren Miosga. Drei Tage später heißt es aus Hamburg, Big Joe habe dem Olaf überhaupt keine reingehauen, sondern, ganz anders, einige pro-ukrainische Rüpel hätten mit einem Segelboot Knallfrösche in Olafs Badewanne ... Man verzeihe uns das Geschnodder, es soll darauf aufmerksam machen, dass die USA eine intellektuelle Flugverbotszone über unser Land verhängt haben; deshalb liefern unsere Leit- und Konzernmedien Nachrichten vom hier dargestellten informationellen Gehalt.

Unser Gemeinwesen verkrüppelt unter solcher Deutungshoheit zusehends zu einem protofaschistischen US-Protectorat. Widerstandskräfte dagegen entwickeln sich erst allmählich. Konkrete Erfahrungen mit realem Faschismus hat in Deutschland nur noch ein sehr kleiner Kreis von Hochbetagten, die Hitlers Drittes Reich erlebt haben. Die Jüngeren müssen erst selbst dahinterkommen, wo welche Gefahrenquellen für unseren Rechtsstaat sprudeln.

Seine Verächter zeichnen sich durch ihren abgründigen Zynismus und US-Konformismus aus. Selbstbestimmte Persönlichkeitsentfaltung, unabhängige Meinungsbildung, freies Denken und Reden sind ihnen zuwider. Ihr Ideal ist der Angepasste, der sich ihren Vorgaben unterordnet und ihnen besinnungslos nachbetet. Die einst übliche Todesstrafe fürs Abhören von „Feindsendern“ brauchen sie für ihre Zwecke nicht mehr. Mit von elektronischer Datenverarbeitung unterstützter Zensur sowie mit Agitation und Propaganda in Dauerschleife gelingt es schon jetzt, ein vollkommen verzerrtes Weltbild als Realität auszugeben und mehrheitlich akzeptabel zu machen. Rechtsnihilismus und Willkürjustiz unterstützen den Erfolg.

Kein Nachrichtentag vergeht, ohne dass wir vom "brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine" zu hören kriegen. Wer diese USA-NATO-EU-Sichtweise öffentlich infrage stellt, ein Ende der gigantischen Waffenlieferungen an die Ukraine und die Aufnahme von Verhandlungen mit Russland fordert, lernt schnell deutsche Staatsanwälte kennen. Die nennen soviel kritischen Widerspruch gegen die "herrschende" Meinung nämlich

"Billigung eines Angriffskrieges, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören".

Das gilt als Straftat und wird mit bis zu drei Jahren Haft oder Geldstrafe geahndet. Entsprechende Urteile sind bereits ergangen.

Deutsche Gerichte berücksichtigen nicht, dass der globale Süden, die Mehrheit der Weltbevölkerung, sich nicht an der westlichen Sanktionspolitik beteiligt. Zudem lassen die deutsche Justiz (und füglich auch die konformistische Tagesschau) außer Acht, dass sich Russland bei seiner militärischen Aktion gegen die Ukraine – ob zu Recht oder Unrecht bleibt offen – auf Art. 51 der UN-Charta beruft; dieser Artikel betrifft die Selbstverteidigung und schließt sogar eine präventive (=vorbeugende) Selbstverteidigung nicht aus.

Justitia, die Göttin der Gerechtigkeit, ist angeblich blind und wird meist mit verbundenen Augen dargestellt. Ihre deutsche Ausgabe gibt sich hingegen als offen einäugig. Sie setzt durch, dass die Masse der Bevölkerung das Geschehen in der Ukraine nicht einmal mehr von beiden Seiten betrachten kann: von der NATO-transatlantischen und von der russischen Seite – der Beleg unserer zunehmenden Unfreiheit.

Ex-Kanzlerin Schamlos und Kanzler Tunichtgut

Das lässt sich exemplarisch auch am Umgang mit dem Eingeständnis der Altkanzlerin Merkel sowie der vormaligen Staatspräsidenten Poroschenko (Ukraine) und Hollande (Frankreich) aufzeigen. Alle drei gaben bekanntlich aus freien Stücken zu erkennen, das völkerrechtlich abgesicherte Minsk-II-Abkommen mit voller Absicht gebrochen und Putin hintergangen zu haben.

Sie wollten den seit Mitte 2014 von Kiew geführten Bürgerkrieg gegen die ukrainischen (russischsprachigen) Donbass-Provinzen nicht beenden lassen (das Abkommen sah dafür enge Fristen von wenigen Monaten vor), sondern – vertragswidrig – der Ukraine jede Menge „Zeit geben“ zu hemmungsloser Hochrüstung. Sie kalkultierten Russlands militärische Reaktion und brachen somit einen völkerrechtlich gültigen Vertrag.

Schon Monate vor Russlands Invasion hatten sie bis ins Detail geplant, womit sie ihren schon mehr als zehn Jahre geführten Wirtschaftskrieg zu verschärfen gedachten; die Angeberei des Merkel-Nachfolgers und vormaligen Vizekanclers Scholz im Bundestag verrät alles:

„...Sanktionen, die ihresgleichen suchen. Über Monate hinweg haben wir sie bis ins kleinste Detail vorbereitet Weltweit haben wir für Unterstützung geworben.“

Sie wussten, was kam. Sie hatten es ja genau darauf angelegt.

ARD-aktuell berichtete über diesen Skandal mit keinem Wort. Wenn schon einäugige Justiz, dann erst recht tendenziöser Qualitätsjournalismus.

Keine offizielle Instanz in Deutschland regt sich darüber auf, dass Ex-Kanzlerin Merkel in ihrem "Zeit"-Interview zugleich einen mehrfachen Verfassungsbruch schamlos eingestand: Das Grundgesetz bindet nämlich alle staatlichen Organe an die „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“. Zugleich verbietet es "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören". Offen bleibt die Frage, ob außerdem noch ein strafbarer Fall von Friedensverrat vorliegt.

Reden wir lieber über den regierenden Kanzler Scholz und seine infantile Außenministerin Baerbock. Beider Rechtsverständnis reicht ebenfalls nicht so weit, dass sie sich um eine Wiederbelebung des Minsk II-Abkommens bemühten. Im Gegenteil, sie verweigern Gespräche mit Moskau und konterkarieren das, was die UN-Generalversammlung gerade erst wieder beschlossen hat:

"Die Generalversammlung fordert nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel."

Mit Ignoranz und Arroganz setzen sie vielmehr auf weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, auf grundgesetzwidrige Kriegsbeteiligung mittels Ausbildung ukrainischer Soldaten an deutschen Angriffswaffen und auf völkerrechtswidrige Sanktionen. Im Gegensatz zu aller Berliner Heuchelei dient diese Politik den USA und deren Ziel, den Krieg zu verlängern.

Das Einzige, was man Kanzler Scholz zugutehalten kann:

Er hat sich noch nicht öffentlich bei den Amis für ihren Terroranschlag auf die Nord-Stream-Gasleitungen bedankt.

Aber das kann ja auch noch kommen.

Legal, illegal? Scheißegal

Man sollte eigentlich meinen, die UN-Charta sei auch in Art. 2, Absatz 4 unmissverständlich

"Alle Mitglieder unterlassen ... jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische

Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt",

doch machte man dann die Rechnung ohne den Wirt. Nach Auslegung der USA ist in der Charta lediglich die "militärische Gewalt" gemeint. Der globale Süden beharrt hingegen darauf, das Gewaltverbot gelte auch für Wirtschaftssanktionen. Wird hier Haarspalterei betrieben? Das kann nur jemand meinen, der nicht wahrhaben will, dass Sanktionen eine ebenso existenzvernichtende, für Millionen Menschen tödliche Gewaltform darstellen können wie die militärische Gewalt.

Damit auch das endlich geklärt ist: Baerbocks großmäulige Ansage, die Sanktionen würden (sollten) "Russland ruinieren" ist eine Missachtung des Völkerrechts. Ein Ausdruck vollendet selbstherrlicher Ignoranz. Denn laut UN-Charta ist nur der UN-Sicherheitsrat und niemand sonst ausdrücklich befugt, zur zwischenstaatlichen Streitbeilegung und zur Sicherung des Friedens schwerwiegende Sanktionen zu verhängen.

Mit hasserfülltem Aktionismus verfügte die EU allein in den ersten zwei Monaten nach Beginn der russischen Militäroperation sage und schreibe 3913 Sanktionen. Per Verordnung, ohne gesetzliche Grundlage, auf rechtlich äußerst fragwürdiger Basis.

Dass diese überschäumende Sanktionitis ihren gegen Russland gerichteten Zweck verfehlt, ist das Eine; das Andere aber, dass sie inzwischen die deutsche Wirtschaft massiv schädigt. Das führte selbst in Baerbocks Ministerium zu Nebenwirkungen:

"Bei vielen Mitarbeitern hat sich ein enormes Maß an Frustration und Fremdscham angehäuft ... zunehmendes Unverständnis über die Art und Weise der Sanktionspolitik ohne jede Rücksichtnahme auf deutsche Interessen ..."

Ob die Sanktionen mit dem in Deutschland geltenden Recht vereinbar sind, ist längst nicht so eindeutig geklärt, wie die führenden Politiker und ihre journalistischen Wasserträger uns weismachen wollen. Beabsichtigt war, die russische Bevölkerung dazu zu bringen, den innenpolitischen Druck auf ihre Führung zu verstärken, um deren Außenpolitik zu ändern. Das Gegenteil ist eingetreten. Putin wird von 80 Prozent der Russen unterstützt. Logisch und rechtlich geboten wäre es folglich, die Sanktionen aufzuheben.

Über Berge von Leichen

Doch weder mit Logik noch mit rechtsstaatlichem Bewusstsein ist unsere Ampelregierung sonderlich gesegnet. Vielmehr treibt sie der gleiche krankhafte Wille, die Widersacher der USA zu vernichten, wie ihn Washington gegenüber Kuba, Venezuela, Irak, Iran und derzeit in schlimmster Form gegenüber Syrien auslebt. Da gehen die Scholz-Regierung und die Biden-Aministration Arm in Arm – und zwar über Berge von Leichen.

Menschenleben zählen nicht, entgegen dem frommen Schein auch keine ukrainischen. Waffen liefern für den Krieg, auf dass er bald zu Ende gehe? Gegenfrage: Kennen Sie in der vieltausendjährigen Geschichte der Menschheit auch nur einen einzigen Fall, dass ein Krieg mittels Waffenlieferungen beendet wurde?

Michail Gorbatschow, der letzte Präsident der abgestorbenen Sowjetunion, politischer Vater auch der DDR-Selbstaufgabe und einst der Deutschen Lieblingsrusse:

"Die deutsche Presse ist die böseartigste überhaupt."

Sie ändert sich nicht und garantiert damit, dass sich auch in unserem politischen Alltag nichts Wesentliches ändert. Gleiches gilt für die EU und den gesamten „Werte-Westen“: Ihre „regelbasierte Ordnung“ ist ein orchestrierter Bruch des Völkerrechts. Menschenverachtende Willkür. Gäbe es außerhalb der bewussten Medien (Internet-Portale, Blogs, einige kleine Tages- und Wochenzeitungen) tatsächlich einen distanziert-kritischen, um Wahrhaftigkeit und um Aufklärung bemühten Journalismus, dann gingen die Massen heute nicht nur zu Arbeitskämpfen auf die Straße, sondern regelmäßig auch gegen politische Korruption und gegen Kriegstreiberei.

Die Pest der Zensur

Mit ihr weiß unsere politische und gesellschaftliche Elite allerdings gut umzugehen und dem Volkszorn vorzubeugen. Mit Zuckerbrot (Journalisten schmieren, sie mit gut dotierten Posten und Privilegien korrumpieren) und Peitsche: Maulkorb und Strafandrohung, von Staats wegen.

Über die Informationsfreiheit heißt es in Art. 11 der Charta der Europäischen Union:

"Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet."

Das Entsprechende in unserem Grundgesetz Art. 5:

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Diese Grundrechte sind das Papier nicht mehr wert, auf dem sie gedruckt stehen. Bereits bevor Russland in den Ukraine-Krieg eingriff, verweigerten deutsche und europäische Behörden RT Deutsch die Sendeerlaubnis, obwohl RT bereits eine europaweit geltende, von Serbien ausgestellte Sendelizenz hatte. Die russische Nachrichtenagentur Sputnik wurde ebenfalls gesperrt. Ausgerechnet EU-Kommissionspräsidentin v.d. Leyen, selbst unter Korruptionsverdacht und geübt in schamloser Lüge, durfte sich da hervortun:

"Als Sprachrohre Putins haben diese Fernsehkanäle seine Lügen und Propaganda erwiesenermaßen aggressiv verbreitet. Man solle ihnen „keine Bühne mehr zur Verbreitung dieser Lügen geben."

Tobias Schmid, Direktor der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen sah für das Vorgehen allerdings keine Rechtsgrundlage:

"Die Europäische Kommission ist gefordert, eine gesetzgeberische Lösung zu finden."

Mit anderen Worten: Das Verbot war rechtswidrig. Und das ist es bis heute.

Die Bundesnetzagentur gab sich zur Durchsetzung der Zensurmaßnahmen her. Auch sie handelte rechtswidrig, wenn man eine grundlegende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beachtet:

"Dem Einzelnen soll ermöglicht werden, sich seine Meinung auf Grund eines weitgestreuten Informationsmaterials zu bilden. Er soll bei der Auswahl des Materials keiner Beeinflussung durch den Staat unterliegen. Da die Informationsfreiheit ... auch dazu bestimmt ist, ein

Urteil über die Politik der eigenen Staatsorgane vorzubereiten, muss das Grundrecht vor Einschränkungen durch diese Staatsorgane weitgehend bewahrt werden.

Die Informationsfreiheit wurde ... verfassungsrechtlich garantiert, um die ungehinderte Unterrichtung auch aus Quellen, die außerhalb des Herrschaftsbereiches der Staatsgewalt der Bundesrepublik bestehen, zu gewährleisten. Wenn die Informationsquelle an irgendeinem Ort allgemein zugänglich ist, mag dieser auch außerhalb der Bundesrepublik liegen, dann kann auch ein rechtskräftiger Einziehungsbeschluss nicht dazu führen, dieser Informationsquelle die Eigenschaft der allgemeinen Zugänglichkeit zu nehmen."

Diese vorbildliche Entscheidung stammt allerdings aus einer Zeit, als Politiker und Richter noch bemüht waren, "Demokratie zu wagen".

Zwei staubige Brüder

Hatten wir eingangs des Kanzlers charakterlos schleimige Bemerkungen zitiert, so wollen wir hier mit vergleichbar Geistreichem von ihm fortfahren. Scholz:

"Niemand steht über Recht und Gesetz".

Um Legendenbildungen vorzubeugen: Er bezog das auf Putin, nicht auf sich selbst.

Ein klassischer Fall von Cum-Ex-Gedächtnislücke. Doch bei diesem folgenlosen Vorwurf wollen wir es nicht belassen. Scholz habe am neuesten Märchen über die Nord-Stream-Gasröhren mitgestrickt, behauptet der weltbekannte Investigativ-Journalist Seymour Hersh; er habe beim Tête-à-Tête mit US-Präsident Biden in Washington vereinbart, dessen Täterschaft zu vertuschen. Beide hätten die CIA und den BND beauftragt, eine Tarngeschichte für die Zerstörung der Nord-Stream-Röhren zu erfinden und sie zu lancieren.

Heraus kam dabei die Story von ukrainischen Segelbootfahrern als angebliche Nord-Stream-Bombenleger. Die Tagesschau behauptete sogar, nicht die Einflüsterung der Geheimdienste, sondern eigene Recherchen der ARD hätten zu dieser „Spur“ geführt. Das klang so großmäulig wie unglaubwürdig.

Sollte Hersh mit seiner Behauptung Recht haben, Scholz sei Mitwisser der fiesen Geschichte, dann gehörte der Kanzler wegen eines Bündels von Straftaten vor den Richter, unter anderem wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung und Strafvereitelung im Amt.

Was aber macht ein deutscher Bundeskanzler heutzutage, wenn er mit schändlich unterwürfigen Aussagen gepatzt hat? Zieht er sich ins Trappistenkloster zurück und legt ein Schweigegelübde ab? Aber nicht doch! Entgegen seiner Pflicht, selbst aktiv zur Konfliktbewältigung beizutragen, tut er so, als sei sein geopolitischer Widerpart ein Schwachkopf – und lässt schnellstmöglich die nächste Sottise raus:

"Es ist wichtig, dass Putin versteht, dass er seine Truppen zurückziehen muss".

Man nennt das verbale Vorne-Verteidigung. Die Tagesschau bringt derart hohle Phrasen garantiert im O-Ton und kommentarlos auf den Schirm, statt sie als Realsatire zu brandmarken. Das Publikum lässt es sich ja gefallen. Noch.

Anmerkung der Autoren:

Unsere Beiträge stehen zur freien Verfügung, nichtkommerzielle Zwecke der Veröffentlichung vorausgesetzt. Wir schreiben nicht für Honorar, sondern gegen die „mediale Massenverblödung“ (in memoriam Peter Scholl-Latour). Die Texte werden vom Verein "Ständige Publikumskonferenz öffentlich-rechtlicher Medien e.V." dokumentiert: <https://publikumskonferenz.de/blog>

* * *

Merkel – oder: Ein Orden für falsches Spiel

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166445-merkel-oder-orden-fuer-falsches/>

28.03.2023

Merkel soll einen Orden für ihre 16 Jahre Kanzlerschaft bekommen, und die Presse moniert daran nicht ihre schlechte Regierung, sondern ihre zu große Freundlichkeit Russland gegenüber. Dabei hat sie die ukrainische Suppe eifrig mit angerührt.

Von Dagmar Henn

Es ist schon putzig. Da könnte man Angela Merkel vieles vorwerfen, aber die deutschen Medien echauffieren sich angesichts der geplanten Ordensverleihung, kriegslüstern wie sie sind, ausgerechnet darüber, sie sei zu freundlich zu Russland gewesen. Dabei hatte sie im letzten Jahr erklärt, ihre Friedensverhandlungen in Minsk, die im Minsker Abkommen mündeten, nie ernst gemeint zu haben, und hat in all den Jahren seit 2015 auch keinen Handschlag getan, um die ukrainischen Regierungen zur Umsetzung dieses Abkommens zu veranlassen. Ihre Komplizenschaft bei der Vorbereitung des NATO-Krieges gegen Russland kann also niemand ernstlich infrage stellen.

"Kritik an ihrer Russland-Politik" werde "für Debatten sorgen". Weil sie zumindest noch die Gepflogenheiten diplomatischen Umgangs einhielt und nicht infantiles Gehabe als "feministische Außenpolitik" verkaufte? Weil sie sich noch veranlasst fühlte, friedfertig zu tun, statt im Gleichschritt mit großwahn sinnigen Balten unverkennbar auf einen Weltkrieg zuzustreben?

Wie auch immer man es dreht und wendet, man endet bei dem Satz mit dem Einäugigen und den Blinden. Oder der Formulierung "schlimmer kommt immer". Die gepflegte Falschheit lässt wenigstens noch die Option einer Umkehr; der ehrliche transatlantische Fanatismus, den die deutsche Politik derzeit zur Schau trägt, ist ein Weg ohne Wiederkehr. Und der langsame Verfall, den die 16 Jahre Merkel den Deutschen brachten, wurde in aktive Abrissmaßnahmen gesteigert. Aber macht das den langsamen Verfall schon zum Verdienst? Sie hat ihn ja nicht aufgehalten oder behindert, sie hat ihn nur nicht beschleunigt.

Dass Frank-Walter Steinmeier ihr den höchsten Orden verleiht, muss nicht verwundern. Er war schließlich mit beteiligt an der Minsker Täuschung, am Einrühren dieser ukrainischen Suppe, die gerade gelöffelt werden muss. Und betrachtet womöglich die gegenwärtige Riege mit der gleichen Verachtung, die Merkel zeigt, indem sie die jetzige Führung ihrer Partei zu dieser Ehrung nicht einlädt – ein Haufen, dem die Bösartigkeit der Russland-Politik des Duos schlicht deshalb entgeht, weil er zu dumm ist, eine Täuschung zu erkennen.

Eine Täuschung, die auf mehr als eine Weise für das heutige Elend den Weg bereitet hat. Denn wäre nicht all die Jahre über behauptet worden, man stehe hinter den Minsker Vereinbarungen, hätte man nicht stetig erklärt, Russland, und einzig Russland sei schuld daran, dass sie nicht umgesetzt würden, vielleicht wäre darüber berichtet worden, was tatsächlich im Donbass geschieht, und die ganze Mär vom "unbegründeten russischen Angriffskrieg" hätte nie funktioniert. Steinmeier und

Merkel haben gemeinsam das Elend vernebelt; haben sich Märchen ausgedacht, dass beispielsweise zuerst die Grenzkontrolle an die Ukraine übergehen müsse oder dass von Mariupol aus eine Landbrücke zur Krim führt; haben die ganzen Jahre über das Schweigen über die verheerende Ideologie der Bandera-Jünger gehegt und gepflegt. Jeder von ihnen wäre im Stande gewesen, dieses Schweigen zu durchbrechen, oder Gelder, die reichlich aus Berlin nach Kiew flossen, von Schritten hin zum Frieden abhängig zu machen, und keiner der beiden hat es getan.

Die Medienberichte deuten an, Ursula von der Leyen sei eingeladen worden, habe aber noch nicht zugesagt. Von der Leyen, die damals als Flintenuschi so gerne deutsche Truppen in den Donbass geschickt hätte. Die heute als EU-Kommissionspräsidentin von einer russischen Wirtschaft deliriert, die "in Fetzen" ginge. Wenn jemand Bürge dafür ist, dass in Angela Merkel kein Quäntchen mehr Freundlichkeit Russland gegenüber steckt als in Annalena Baerbock, dann ist das Ursula von der Leyen, die Ostlandreiterin aus Brüssel.

Nein, nicht einmal, wenn man sich vorzustellen versucht, ob Angela Merkel die Sprengung von Nord Stream so kriecherisch hingenommen hätte wie Bundeskanzler Olaf Scholz, gelangt man zu einer günstigeren Antwort. Vielleicht hätte sie einen schwarzen Blazer getragen. Aber Vorwürfe, sie habe sich nicht an die transatlantische Agenda gehalten, sind verfehlt; sie hätte vermutlich bei jener Pressekonferenz mit US-Präsident Joe Biden ebenso brav den Mund gehalten wie Scholz. Der Unterschied liegt in der B-Note, weil selbst das oft tölpelhaft Plakative der Merkel-Auftritte, 2014 etwa mit einem weißen Blazer für Poroschenko und einem schwarzen für Putin, verglichen mit der Nilpferddynamik einer Baerbock fast elegant scheint.

Längst hat sich herausgestellt, dass in acht Jahren sorgfältiger Kriegsvorbereitungen niemand, weder in Washington noch in Brüssel oder gar in Berlin, auch nur die erforderlichen Hausaufgaben erledigt hat, die erledigt sein sollten, ehe man solche Abenteuer vom Zaun bricht. Mehr als ein einmaliges Zählen ukrainischer Panzerbestände scheint nicht stattgefunden zu haben, und selbst nach der Einführung der Sanktionen, die dann die Erdgaspreise in Europa in die Höhe katapultierten, brauchte es fast ein ganzes Jahr, ehe der *Financial Times* auffiel, dass ohne Ammoniak auch der Sprengstoff knapp wird und deshalb beim besten Willen nicht mehr Granaten an die Ukraine geliefert werden können. Das ist auf der einen Seite günstig, weil es das Scheitern der NATO-Pläne garantiert, aber auf der anderen Seite zum Erbarmen lächerlich. Und nicht einmal Merkel, die als Physikerin doch eine gewisse Nähe zur materiellen Wirklichkeit besitzen sollte, kam in all den Jahren darauf, auch nur über die Sinnhaftigkeit dieser Pläne nachzudenken ...

Es ist schon so, die 16 Jahre Merkel haben die Saat der heutigen Idiotie gelegt, und sie trägt mit die Verantwortung für die Ernte, die jetzt eingefahren wird. Und wenn man die beiden anderen Ordensträger betrachtet, so passt sie nicht schlecht dazu. Adenauer war der Vater der deutschen Teilung ("lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb") und derjenige, der die Naziellen wieder an die Hebel der westlichen Republik beförderte, und Helmut Kohl sorgte dafür, dass es einen Anschluss gab, keine Wiedervereinigung, und das Resultat ohne eine Verfassungsdebatte nach Westen orientiert blieb. Den Tiefpunkt deutscher Selbstachtung in Gestalt eines Olaf Scholz haben alle drei auf ihre Weise vorbereitet.

Wirklich freuen kann man sich vor allem darauf, wenn die ganze geifernde Journaille, der eine treue NATO-Intrigantin wie Merkel nicht antirussisch genug ist, eines Tages begreift, dass der Westen verloren hat und anfängt, hektisch in die Gegenrichtung zu rudern. Ob Merkel von ihrem Kumpan Steinmeier noch einen Orden erhält, wird günstigenfalls eine historische Fußnote. Schließlich reden wir spätestens seit Nord Stream von einer Bananenrepublik.

* * *

AMX-10 RC in der Ukraine: Ein Renault mit Kanone – oder doch eher eine Ente?

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166607-amx-10-rc-in-der-ukraine-ein-renault-mit-kanone-oder-doch-eher-eine-ente/>

30.03.2023

Erst vor Kurzem tauchte ein Video davon auf, wie ukrainische Besatzungen mit der hydraulisch verstellbaren Aufhängung des französischen Radpanzers AMX-10 RCR spielen. Wie gefährlich kann der Renault mit Kanone (Renone? Kanault?) für Russlands Militär im Ukraine-Krieg werden?

Eine Analyse von Kirill Fjodorow

Das neue Videomaterial vom Kanonen-Radpanzer AMX-10RCR aus französischer Herstellung und Beständen in den Händen ukrainischer Truppen bedeutet: Diese Maschine hat es nicht bloß auf Übungsgelände in Westeuropa zur Ausbildung der Panzerfahrer Kiews geschafft – sondern wird bald auch auf dem Schlachtfeld des Ukraine-Krieges zum Einsatz kommen.

Was muss man über seine Technik wissen?

Für den Kriegsschauplatz Ukraine sind diese Fahrzeuge einmalig – etwaige vollständige Entsprechungen kamen dort auf keiner der beiden Seiten bisher zum Einsatz. Das nur leicht gepanzerte Radfahrzeug – dafür mit einer 105-Millimeter-Kanone ausgestattet – ist eben dies: eine Glaskanone auf Rädern. Und das macht im Wesentlichen all seine Vorteile wie Nachteile aus.

Mit den Vorteilen wollen wir beginnen.

1. Fahrzeuge der AMX-10 RC-Reihe sind **hochmobil**. Ein geringes Gewicht (*nur etwa 17 Tonnen bei der zusätzlich gepanzerten RCR-Version. Anm. d. Red.*) gibt ihnen auch dort freie Fahrt, wo den schwereren richtigen Panzern der Weg versperrt ist. (*Etwa über bestimmte lastbegrenzte oder beschädigte Brücken sowie leichte Pontonbrücken oder aufgeschüttete Furten – Anm. d. Red.*) Die Maschine kann auf bis zu 85 Kilometer pro Stunde vorwärts und auf bis zu 50 Kilometer pro Stunde im Rückwärtsgang beschleunigen. Bei all dem wendet die Feder im französischen Baret auf engstem Raum – ganz so wie ein Raupenfahrzeug.

2. Die **Feuerleitanlage ist gut**. Das sollte sie auch besser sein, wo doch zu den Aufgaben des Radpanzers auch die Aufklärung zählt. Er ist ins satellitengestützte Gefechtsfeldkontrollsystem SIT (Système d'Information Terminal) eingebunden sowie mit Wärmebildkameras und dem PR4G VS4 von Thales ausgestattet, einer sehr ordentlichen Funkanlage.

3. Die **105-Millimeter-Kanone** ist nicht schlecht. Zur Auswahl an Geschossen zählen auch Splitter-Spreng-Granaten gegen befestigte Stellungen und Infanterie, anders, als dies bei vielen Panzergeschützen der NATO-Staaten der Fall ist. Und mit panzerbrechenden Geschossen aus dieser Kanone ist der AMX-10 fähig, einen Großteil aller Fahrzeuge mit Ausnahme der Hauptkampfpanzer auch frontal effektiv zu bekämpfen (*auf der russischen Seite also mit Ausnahme aller Panzer, die neuer und schwerer als der T-62 sind – sprich, ein absoluter Großteil im Fronteinsatz: aktuell T-72 und T-80 in den eingesetzten Versionen, T-90 und gegebenenfalls T-14. Anm. d. Red.*).

4. Durch die **hydropneumatische Aufhängung** lässt sich die Bodenfreiheit aller Räder unabhängig voneinander verstellen.

Nun die Nachteile.

1. Die **Panzerung besteht aus Aluminium**; bei der Version RCR kommen zusätzliche Panzerstahlplatten hinzu. Damit bewegt sich der AMX-10 hinsichtlich Panzerschutz auf dem Niveau des russischen Schützenpanzers BMP-3 – nicht höher. Und seien der Turm und die Wanne frontal auch gegen 30-Millimeter-Geschosse immun, wie behauptet wird – seitlich wie von hinten werden bereits Maschinenkanonen im selben Kaliber auch ohne panzerbrechende Geschosse dem Radpanzer sehr, sehr wehtun.
2. Die 105-Millimeter-Kanone ist nicht schlecht ... Aber als **lediglich ein Mitteldruckgeschütz** auch nicht besonders gut. Auch benötigt sie Granatpatronen im ganz eigenen Kaliber 105 x 527 Millimeter R, die **mit allen anderen 105-Millimeter-Geschützen der NATO-Staaten nicht kompatibel** sind – und das bedeutet Kopfschmerzen für die ukrainischen Logistiker: Wird einmal ein Versorgungsfahrzeug abgefangen, werden sich die Panzerbesatzungen nicht einmal eben bei einer benachbarten Einheit etwa mit 105-Millimeter-Haubitzen durchfüttern lassen können.
3. Das **Geschütz ist nicht stabilisiert**. Also – gar nicht, weil es kein Stabilisierungssystem gibt. Nada. Niente. Oder vielleicht eher: rien. Sprich, ausgerechnet für den AMX-10 RCR, dessen Hauptschutz in seiner Mobilität liegt und dessen ursprüngliches Kürzel den Zusatz RC für roue et canon (Rad und Kanone) enthielt, entfällt das präzise Schießen aus der Bewegung ersatzlos.
4. Die **Geländegängigkeit ist zweifelhaft** – zumal auf Rädern. Kennern bildender Kunst mag sich ein Bild etwa folgenden Inhalts vor das geistige Auge drängen:

"Steckengebliebener AMX-10 RCR. Öl, Leinen, ukrainischer Schwarzerden-Schlamm."

Die modernisierte RCR-Version kann zudem wegen der zusätzlichen Panzerung nicht mehr schwimmen.

Von welcher Verwendungsweise muss aus allem Obigen folgend ausgegangen werden?

1. **Hinterhalt als Alpha und Omega**. Aufklärungsdaten aus der Hand der NATO-Staaten, eine gute Feuerleitanlage und eine anpassungsfähige Aufhängung, mit der man das Fahrzeug quasi bäuchlings auf den Boden legen (oder, umgekehrt, quasi auf seine Zehenspitzen aufstellen) kann, sodass nur der Turm mit dem Geschütz aus der Deckung herauslugt, machen den AMX-10 in Kombination zu einer Gefahr für Panzerfahrzeuge wie Infanterie gleichermaßen.
2. **Schnelleingreif-Panzertrupps für schief laufende Stadtkämpfe**: Über befestigte Straßen zum Gefecht eilen (800 Kilometer Reichweite auf einer Tankfüllung machen es möglich), schnell um die Ecke kurven, anhalten (nicht vergessen: Geschütz nicht stabilisiert!), drei bis fünf Schuss abgeben und wieder abdüsen. Der letzte Punkt ist deswegen sehr schnell auszuführen, dass der AMX-50 mit seiner Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde im Rückwärtsgang beim eiligen Rückzug zunächst gar nicht wenden muss. Hier drängt sich ein Vergleich nicht einmal mit Renault-Pkw, sondern eher mit Kleinwagen des niederländischen Herstellers DAF auf, die mit Variatorgetrieben ausgestattet waren und gleich schnell vorwärts wie rückwärts fahren. So schnell kann die Mehrheit der russischen Panzerfahrzeuge sich nicht im Rückwärtsgang aus dem Kampf zurückziehen.

Fazit

Wundertaten sind vom frischen Franzosen nicht zu erwarten. Doch der Erfolg oder Misserfolg bei der Kampfanwendung der AMX-10 RCR könnte durchaus dem Konzept solcher Fahrzeuge frisches

Leben einhauchen – oder es mitsamt den ukrainischen Besatzungen im Feuer bestatten. Und das liegt bei der russischen Armee – und nicht zuletzt auch bei der Heimatfront, die die Armee auf jede erdenkliche Weise unterstützen muss.

* * *

Unser Internetauftritt ist weiterhin von EU-Sperren und Angriffen betroffen. Selbstverständlich haben wir dagegen die passenden Rezepte parat: Die einfachste Lösung ist, die DNS-Sperren zu umgehen – eine Anleitung finden Sie in diesem [Video](#). Sie entziehen sich allen Sperren direkt, wenn Sie den [Tor-Browser](#) verwenden. Ansonsten sind wir über folgende Mirror-Pages (Spiegel-Seiten) zu erreichen:

<https://freeassange.rtde.live> – <https://freeassange.rtde.life>

<https://fromrussiawithlove.rtde.live> – <https://fromrussiawithlove.rtde.life>

<https://gegenzensur.rtde.live> – <https://gegenzensur.rtde.life>

Sie können uns darüber hinaus wie gewohnt über die [Android App](#), auf [Odysee](#), auf [VK](#) und im [Yandex Messenger](#) finden. Neu hinzugekommen sind nunmehr [Minds](#) und [Rumble](#).

Bleiben Sie uns gewogen!

Ihre RT DE-Redaktion

* * *

Diese Auswahl von Texten, die von RT DE im März 2023 veröffentlicht wurden, enthält außer Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Beitrags vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.